

zivilschutz magazin



Blick in die Geschichte

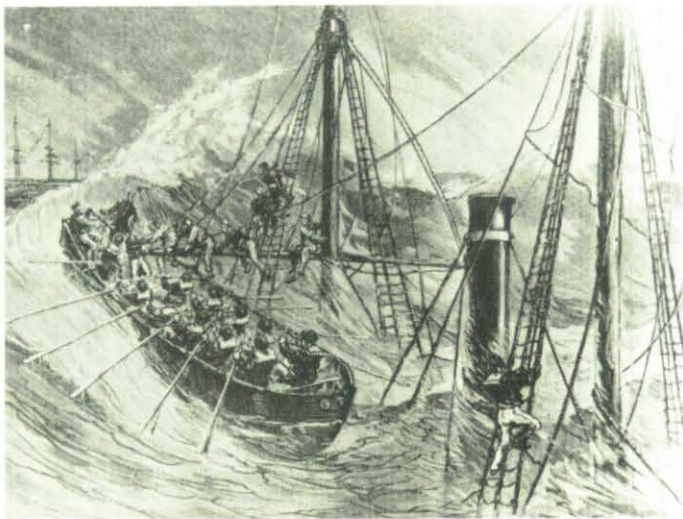
Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

Vom letzten Rettungsboot fehlte jede Spur

Heute: Der Untergang des Panzerschiffes „L'Arrogante“ 1879 und der „American“ 1880

44 Menschen ertranken beim Untergang des französischen Panzerschiffes „L' Arrogante“ am 19. März 1879. Das Schiff anker- te, als in der Nacht plötzlich ein orkanarti-

ger Südweststurm losbrach. Die „L' Arrogante“ konnte sich bald nicht mehr halten, und so beschloß der Kommandant, sie auf den nahen Strand von La Badine treiben zu



Die Rettung der Mannschaft des untergegan- genen französischen Panzerschiffes „L'Arro- gante“.



Die Rettungsboote ver- lassen die sinkende „American“.
(Fotos: Roden-Press)

lassen. Plötzlich jedoch erfaßte eine meter- hohe Welle das Schiff von der Seite, schleuderte die Offiziere von der Komman- dobrücke und bohrte das Vorderteil in den Grund, während der hintere Teil des Schif- fes noch emporragte. Eine zweite gewaltige Woge ließ bald auch den Rest des Schiffes mit der dorthin geflüchteten Mannschaft verschwinden. Nur noch die Spitzen des Mastwerks ragten aus dem Wasser hervor. Die Matrosen, die in das Mastwerk geflüch- tet waren, mußten nun eine lange, schwere Zeit ausharren, denn erst am nächsten Morgen kam die Hilfe. Von den insgesamt 127 Menschen hatten 76 schwimmend die Küste erreicht, sieben wurden gerettet und 44 ertranken.

Fast genau ein Jahr später, nämlich am 23. April 1880, war der Postdampfer „American“ unterwegs, der regelmäßig nach Südafrika fuhr. Gegen 5 Uhr in den frühen Morgen- stunden brach — so vermutet der Chronist — der Hauptwellenbaum der Schraube in der Büchse. Dadurch entstand am Schiff ein dermaßen großes Leck, daß sofort Was- ser in Massen eindrang. Der Versuch, den angerichteten Schaden von innen aus zu untersuchen, mißlang, denn der Raum stand innerhalb kürzester Zeit voll Wasser. Die Fluten drangen in den Heizraum ein und zu den Kesseln.

Ein Offizier wurde nun an einer Leine über den Stern des Schiffes hinuntergelassen und konnte feststellen, daß die Schraube verdreht und der Hinterstevan am Steuerru- der verbogen war. Weder die Dampfma- schine konnte gangbar gemacht, noch das Steuerruder gebraucht werden!

Mit Handpumpen versuchte man nun unter freiwilliger Beteiligung der Passagiere, das Wasser aus dem Schiffsinneren zu beför- dern. Doch diese Versuche blieben ohne Erfolg, denn immer mehr Wasser drang ein. Schließlich gab der Kapitän die Order, die Rettungsboote mit Wasser und Proviant zu füllen und dann auszusetzen. Mittlerweile stand das Wasser im Schiff schon fünfein- halb Meter hoch.

Sehr ruhig verließen dann die Passagiere, die Mannschaft und der Kapitän das Schiff und stiegen in die Boote. Kurz nach Mittag ging der mächtige Postdampfer unter.

Die acht Rettungsboote gingen nun unter Segel, um das etwa 200 Seemeilen ent- fernte Kap Palmas zu erreichen. Durch eine starke Südwestbrise wurde der Zusam- menhalt der acht Boote sehr erschwert, die Dämmerung trennte sie dann völlig. Die Be- satzung dreier Rettungsboote wurde von einem Dampfschiff aufgenommen, 54 Per- sonen landeten wohlbehalten auf Madeira, andere wurden von einem amerikanischen Barkschiff und einem deutschen Schiff auf- genommen. Von dem letzten Boot aber, in dem fünf Leute der Mannschaft waren, hat man nie eine Spur gefunden.

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



November/Dezember
11-12/86

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich, im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Gunter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 120406, 5300 Bonn 1
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687
Teletex 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllung- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

Blick in die Geschichte	U 2
Umschau	2
Arbeitsprogramm der Bundesregierung	9
Im Mittelpunkt stehen Folgen aus dem Unfall in der UdSSR	
Verbesserungen des Katastrophenschutzes als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl	12
Sachprogramm wird derzeit vom Bundesminister des Innern ausgearbeitet	
Fragen an den Präsidenten	13
Dr. Werner Schmitt beantwortet Fragen	
Probleme des Brand- und Katastrophenschutzes im Zusammenhang mit dem Transport gefährlicher Güter	16
Ministerialrat Dr. Ewald Andrews zum aktuellen Thema	
Langzeitschäden für das ganze Ökosystem	21
Größter Chemieunfall im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet	
Tradition sichtbar gemacht	23
Rotkreuz-Museum in Nürnberg zieht Besucher aus nah und fern an	
„Engagement, Pflichterfüllung und vorbildliches Verhalten sind Grundlagen für Erfolge“	26
Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger hielt Ansprache bei Fachtagung	
Im kleinen Kirchberg stehen Exponate aus aller Welt	27
Feuerwehr-Ausstellung steht jedem Interessenten offen	
„Erhaltung des Friedens ist die bedeutsamste Aufgabe“	29
Auszüge aus zwei Reden zum Thema Zivilschutz	
Was ist eigentlich Radioaktivität?	31
2. Teil und Schluß	
Bundesverband für den Selbstschutz	35
Technisches Hilfswerk	40
Deutsches Rotes Kreuz	53
Arbeiter-Samariter-Bund	59
Johanniter-Unfall-Hilfe	61
Malteser-Hilfsdienst	63
Deutscher Feuerwehrverband	65
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	71
Presseschau des Inlands	75
Presseschau des Auslands	76
Wissenschaft & Technik	77
Neue Bücher	78
Jahresregister für 1986	79
Das Minimagazin	U 3



Umschau

Schnelleinsatzeinheit des Technischen Hilfswerks für Auslandseinsätze gebildet

Die von Bundesminister Dr. Zimmermann nach dem Erdbeben in Mexico-City Ende 1985 angeordnete Aufstellung einer Schnelleinsatzeinheit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Bergungseinsätze im Ausland ist inzwischen abgeschlossen.

Aus Ortsverbänden in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ist eine aus 65 Helfern (in dreifacher Besetzung) bestehende Einheit gebildet worden, die aus einer Einsatzleitung, einem Bergungszug, einem Verpflegungstrupp, einem Ortungstrupp und einem Hundetrupp besteht.

Durch Rettungshunde, modernstes technisches Ortungsgerät und Kurzwellenfunkverbindung sind wesentliche Voraussetzungen für einen nachhaltigen Einsatzerfolg geschaffen worden. Der Verzicht auf schweres Gerät und Fahrzeuge soll es ermöglichen, die Abflugbereitschaft der Einheit innerhalb von sechs Stunden herzustellen.

Die ehrenamtlichen Helfer unterliegen einem ständigen breitgefächerten Impfschutz und sind von ihren Arbeitgebern für den Einsatzfall freigestellt. Bei dem Erdbeben in Kalamata/Griechenland sind Teile der Einheit erstmals zum Einsatz gelangt.

Staatssekretär würdigte THW-Helfervereinigung

Am 5. September 1986 empfing Staatssekretär Neusel im Bundesinnenministerium das Präsidium der THW-Helfervereinigung zu einem Gespräch. In dem Gespräch, an dem auch der neue THW-Direktor Henkel, Bundessprecher Merck sowie der Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesinnenministerium, Ministerialdirigent Beyer, und Ministerialrat Dr. Ammermüller teilnahmen, wurden grundsätzliche Fragen des Technischen Hilfswerks erörtert.



Staatssekretär Neusel erläuterte den Stand der Arbeiten an dem neuen Zivilschutzgesetz, das auch eine gesetzliche Regelung für die Bundesanstalt THW enthalten soll, sowie die vom Bundesminister des Innern vorgesehenen Folgerungen aus der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl.

Der Staatssekretär würdigte die ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeit der Helfervereinigung und ihrer rund 30 000 Mitglieder zugunsten des Technischen Hilfswerks sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes. Er dankte allen Mitgliedern der Helfervereinigung für ihre ideelle und materielle Förderung, die erheblich zur

Verbesserung der Leistungsstärke und des Ansehens des THW beigetragen habe.

Staatssekretär Neusel verlieh anschließend dem 1. Präsidenten der Helfervereinigung, Friedrich Späth, in Anerkennung seiner Verdienste um das Technische Hilfswerk das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Das Foto zeigt (von links nach rechts) Staatssekretär Neusel, Ministerialrat Dr. Ammermüller, Ministerialdirigent Beyer, Direktor Henkel, den 1. Präsidenten der Helfervereinigung, Friedrich Späth, und seinen Nachfolger Hans-Joachim Wiegand.

71 574 mal wurden die Feuerwehren alarmiert

71 574 mal wurden die Gemeindefeuerwehren Baden-Württembergs im Jahre 1985 alarmiert. Die Zahl der Alarme lag damit um rund 4700 oder etwas mehr als 7% höher als 1984. In 43% der Fälle (30 876) wurde die Feuerwehr zur technischen Hilfeleistung gerufen. Zum Aufgabenbereich der technischen Hilfeleistung gehören insbesondere Hilfen für verletzte Personen, die aus verunglückten Fahrzeugen befreit werden müssen. Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet liegt in der Bekämpfung von Gefahren, die von Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern ausgehen. Bei diesen Einsätzen gilt es, Gefahren für Menschen und die Umwelt zu verhindern oder zu beseitigen. Die Brandbekämpfung ist gegenüber den Aufgaben bei der technischen Hilfeleistung etwas in den Hintergrund getreten. Die Zahl der Einsätze bei Bränden lag im Jahr 1985 mit 13 984 (das entspricht knapp 20% der Einsätze) um mehr als die Hälfte unter der der Einsätze bei der technischen Hilfeleistung.

Den steigenden Anforderungen sind – so Staatssekretär Robert Ruder während der Delegiertenversammlung des Deutschen

Feuerwehrverbandes – Feuerwehren nur gewachsen, wenn Organisation, Ausbildung und vor allem die Ausrüstung der Wehren mit der neuesten Entwicklung Schritt halten und ständig verbessert werden. Baden-Württemberg hat für die Beschaffung der neu entwickelten Sonderfahrzeuge, insbesondere der Gerätewagen für Öl-, Strahlen-, Säure- und Chemieunfälle die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Land und Kommunen wenden rd. 400 Millionen DM im Jahr für die Feuerwehren auf. Baden-Württemberg liegt damit im Verhältnis zur Einwohnerzahl an erster Stelle in der Bundesrepublik.

Neben der technischen Ausrüstung ist eine optimale Aus- und Fortbildung bestimmend für die Qualität der Feuerwehren. Für Staatssekretär Ruder ist deshalb klar: Jede Investition in die Aus- und Fortbildung führt zu einem volkswirtschaftlichen Gewinn; denn dadurch können Brände schneller gelöscht oder bei Unfällen kann gezielter geholfen werden. Dies verringert auch wesentlich die Höhe der Schäden. Dem Innenministerium ist es in Zusammenarbeit mit der Landesfeu-

erwehrschnle gelungen, das Ausbil-
dungsangebot auszuweiten und vielseiti-
ger zu gestalten. Ruder: „Das Land hat
bei der Förderung der Aus- und Fortbil-
dung einen Schwerpunkt gesetzt.“

Das Ziel einer optimalen Ausbildung
kann – so Ruder – jedoch nur dann er-
reicht werden, wenn fundierte gesicherte
Erkenntnisse über die mögliche Bekämp-
fung von verschiedenen Gefahrensitua-
tionen vorliegen. Um den Feuerwehren so-
wie auch den zuständigen Verwaltungs-
behörden diese Erkenntnisse an die
Hand geben zu können, bedarf es einer
gezielten Forschung im Bereich des ab-
wehrenden Brandschutzes. Die notwendi-
gen Forschungsarbeiten werden seit Jah-
ren von der Forschungsstelle für Brand-
schutztechnik bei der Universität Karls-
ruhe (TH) in einer ehemaligen Generato-
renhalle der Stadt Karlsruhe abgewickelt.
Da diese Halle nur noch bis längstens
Mitte des Jahres 1988 für Forschungs-

zwecke zur Verfügung steht, wird eine
neue Brandversuchshalle für die For-
schungsstelle für Brandschutztechnik in
Karlsruhe erstellt. Die Baukosten betra-
gen 4,5 Millionen DM, davon werden
3 Millionen DM aus dem Feuerschutz-
steueraufkommen, der Rest aus For-
schungsmitteln des Landes Baden-Würt-
temberg zur Verfügung gestellt. Die ent-
sprechenden Jahresraten aus dem Feu-
erschutzsteueraufkommen sind im Ent-
wurf des Staatshaushaltsplanes für die
Jahre 1987 und 1988 eingestellt. Ruder:
„Wir gehen davon aus, daß verbunden
mit dem Neubau einer Brandversuchshal-
le, auch die Forschungstätigkeit erweitert
werden kann. Dies setzt jedoch voraus,
daß die jährlichen Mittel für die Durchfüh-
rung von Forschungsaufgaben, die von
allen Bundesländern gemeinsam aufge-
bracht werden, von derzeit noch 600 000
DM auf künftig ca. 1 Million DM erhöht
werden.“

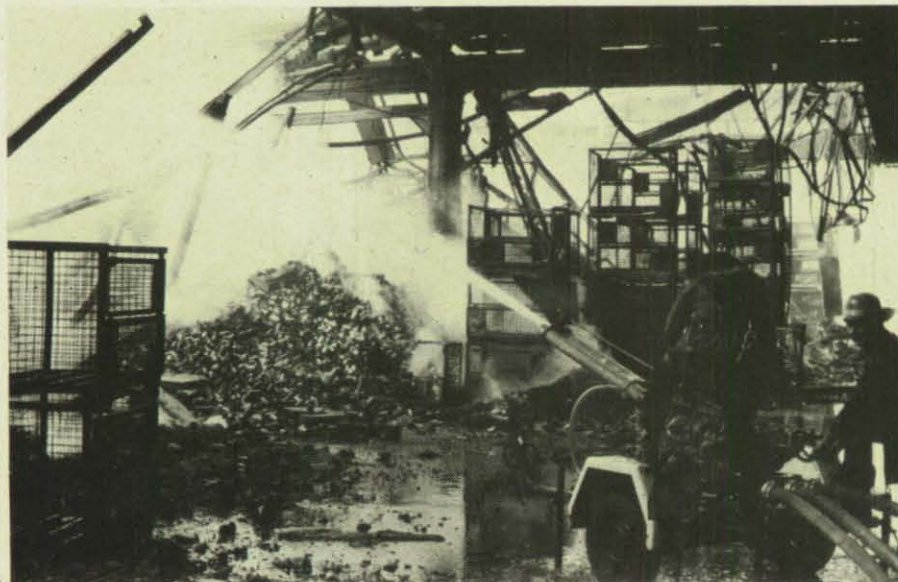
Ersatzteillager in Flammen

Wenige Wochen nach dem Thermalbad-
Brand (das „ZS-Magazin“ berichtete) hielt
ein weiterer Großbrand die Kölner Feuer-
wehr in Atem. Ein über 1 000 Meter hoher
schwarzer Rauchpfeil signalisierte den
Brandort, eine Lagerhalle für Autoersatz-
teile im Kölner Norden. Entdeckt wurde
der Brand in der 8 000 Quadratmeter gro-
ßen Halle um 10.41 Uhr. Die ersten Ein-
satzkräfte rückten mit Alarmstufe 2 an, die
aber dann auf 4 und schließlich auf
Alarmstufe 8 erhöht wurde. Insgesamt
waren 120 Feuerwehrmänner im Einsatz,
davon drei Löschgruppen der Freiwilligen
Feuerwehr.

In der Halle waren Gitterpaletten mit
Blechteilen, Plastikgegenständen und
Polstermaterial bis zu sieben Meter hoch

gelagert. Vor allem in der Verpackung
fanden die Flammen reichlich Nahrung.
Der Brand wurde mit 20 000 Litern Was-
ser je Minute bekämpft, was aber nicht
verhinderte, daß die Halle ausbrannte
und das Dach einstürzte. Es gelang je-
doch, die angrenzenden Hallen, darunter
ein Chemikalienlager, vor den Flammen
zu bewahren. Der Sachschaden wird auf
über 25 Millionen DM geschätzt. Die
Lösch- und Nachlöscharbeiten zogen
sich bis zum nächsten Tag hin. Als
Brandursache wurde zwischenzeitlich
vorsätzliche Brandstiftung festgestellt.

Das Foto zeigt den Einsatz eines Was-
serwerfers im Innern der zerstörten Halle.
(Foto: Claes)



Fünf Tote und 27 Verletzte nach Sturmböen

Schwere Sturmböen, z.T. mit einer Wind-
geschwindigkeit bis zu 170 Stundenkilo-
metern, fegten Ende Oktober über die
Bundesrepublik Deutschland hinweg. Sie
hinterließen Sturmschäden in Millionen-
höhe. Menschen kamen ums Leben, viele
wurden verletzt.

Abgebrochene Äste rissen Oberleitungen
der Bahn herunter und blockierten die
Gleise; Menschen verloren auf der Kölner
Domplatte wegen der Böen ihr Gleichge-
wicht und stürzten zu Boden; Stromaus-
fall in mehreren Orten. In Cloppenburg
Frau vom Gehweg auf die Fahrbahn, wo
sie überfahren und tödlich verletzt wurde.
aangerüste kippten um, ein Zirkuszelt
drohte auf und davon zu fliegen, Haus-
wände stürzten ein. An der Ostseeküste
erreichten die Böen nach Auskunft des
Hamburger Seewetteramtes die Stärke
neun. In den DDR-Seehäfen Wismar,
Stralsund und Rostock wurde die Arbeit
eingestellt; die Fährschiffe nach Däne-
mark liefen nicht aus.

Über drei Meter hoch waren die Wellen
der Nordsee bei Windstärke 11. Auch
hier war der Fährverkehr von Belgien
nach England erheblich gestört.

Aus England, den Niederlanden, der
Schweiz und der DDR wurden ebenfalls
erhebliche Sturmschäden gemeldet.

Insgesamt wurden bei den verheerenden
Unwettern fünf Menschen getötet und 27
zum Teil erheblich verletzt.

20 Prozent weniger Arbeits- und Wegeunfälle mit Todesfolge

Nach den vom Hauptverband der ge-
werblichen Berufsgenossenschaften vorge-
legten Zahlen ging in den ersten sechs
Monaten dieses Jahres die Zahl der Un-
fälle mit Todesfolge in der gewerblichen
Wirtschaft gegenüber dem gleichen Zeit-
raum des Vorjahres um 19,9 Prozent zu-
rück. Es ereigneten sich 451 tödliche Ar-
beitsunfälle und 293 Unfälle auf dem Weg
zur Arbeit und zurück. Im ersten Halbjahr
1985 waren es noch 580 bzw. 349.

Diese Entwicklung ist besonders erfreu-
lich, weil nunmehr schon seit Anfang der
70er Jahre die Zahl der Todesfälle nach
Arbeits- und Wegeunfällen in der ge-
werblichen Wirtschaft rückläufig ist. Wa-
ren 1970 noch 4 304 und 1980 noch
2 855 Todesfälle zu beklagen, so waren
es im vergangenen Jahr nur noch 1 909
und damit fast 12 Prozent weniger als
1984.

Auch bei den schweren Unfällen und Be-

rufkrankheiten (das sind Fälle, die zu einer Rentenzahlung führen) ist für das erste Halbjahr 1986 ein Rückgang zu verzeichnen. Er betrug 4,2 Prozent (erstes Halbjahr 1985: 22 805; erstes Halbjahr 1986: 21 837). Im einzelnen ging die Zahl der Arbeitsunfälle um 3,8 Prozent auf 16 152 Unfälle, die der Wegeunfälle um 5 Prozent auf 4 108 Unfälle und die der Berufskrankheiten sogar um 6,6 Prozent auf 1 577 Fälle zurück.

Die Zahl der meldepflichtigen Unfälle stieg – bei allerdings auch tendenziell leicht zunehmender Beschäftigtenzahl – um 2,4 Prozent. Dabei erhöhte sich nur die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle um 3,8 Prozent auf 582 833. Bei den Wegeunfällen war dagegen ein deutlicher Rückgang, und zwar um 7,4 Prozent auf 70 299 Unfälle, festzustellen.

Delegiertenversammlung beim Landesjugendfeuerwehrtag

„Der unermüdliche und selbstlose Einsatz von Feuerwehren zum Nutzen der Bürger ist eine bewährte Tradition ehrenamtlicher Gemeinschaftsarbeit in unserem Land. Der Dienst in der Feuerwehr ist von dem Willen getragen, Mitmenschen in Gefahr und Not zur Seite zu stehen.“ Dies hat Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium anlässlich der Delegiertenversammlung beim Landesjugendfeuerwehrtag in Dornstetten (Landkreis Freudenstadt) deutlich gemacht. Staatssekretär Ruder betonte: „Vieles hat sich im Feuerwehrwesen geändert, erhalten geblieben ist der Geist der Kameradschaft. Es erfüllt mich mit Freude, daß auch die Angehörigen der Jugendfeuerwehren sich dieser Tradition verpflichtet fühlen.“

Bezugnehmend auf die über 10 000 Jugendlichen in den 500 Jugendfeuerwehren des Landes lobte der Staatssekretär deren Begeisterungsfähigkeit und Einsatzwillen. Ruder stellte fest: „Die Jugendfeuerwehren sorgen dafür, daß auch in Zukunft die Sicherheit der Bürger bei Brand- und Unglücksfällen gewährleistet ist.“ Das Land Baden-Württemberg wird nach Aussage des Staatssekretärs wie in den vergangenen Jahren seinen Teil dazu beitragen, um die weitere Einrichtung von Jugendfeuerwehren zu fördern, bzw. bestehende Jugendfeuerwehren weiter zu unterstützen. Baden-Württemberg hat bereits im Jahr 1983 ein Förderprogramm für Beschaffungen für die Jugendfeuerwehren aufgelegt. In den Jahren 1984 und 1985 wurden dafür 2,5 Millionen DM verwendet. Das Sonderprogramm soll bis über das Jahr 1987 hinaus verlängert werden. Ruder äußerte die Hoffnung, daß durch die Ausstellung

„Feuerwehr heute“ interessierte Jugendliche für eine aktive Mitarbeit in einer Feuerwehr gewonnen werden können. Im Rahmen der Delegiertenversammlung zeichnete Staatssekretär Robert Ruder den Landesjugendfeuerwehrtag Hermann Franzmann aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) mit dem Feuerwehr-Ehrenzeichen der Sonderstufe aus. Ruder würdigte Franzmanns langjährige Verdienste um das Feuerlöschwesen und stellte fest:

„Ihrem herausragenden Engagement ist es zu verdanken, daß die Zahl der Jugendfeuerwehren von etwas mehr als 300 mit 4 500 Angehörigen auf nahezu 500 mit derzeit 10 000 Angehörigen erhöht werden konnte. Sie haben es ganz besonders verstanden, in jenen Städten und Gemeinden die Verantwortlichen zur Gründung von Jugendfeuerwehren zu veranlassen, in denen eine Nachwuchsorganisation gänzlich fehlte.“

Landesversammlung der ARKAT Baden-Württemberg

Wie ein roter Faden zogen sich die Nachwirkungen des Reaktorunfalles von Tschernobyl durch die Landesversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Regie-Einheiten des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg e.V. (ARKAT) in Nierdenhall.

Die Informationspolitik nach der Katastrophe wurde von den Helfern ebenso kritisiert wie die geübte Praxis, Strahlenmeßgeräte von den Einheiten abzuziehen und sie an den Wirtschaftskontrolldienst und die Landwirtschaftsämter weiterzugeben.

In einem mit viel Beifall bedachten Referat zeichnete BVS-Dienststellenleiter Peter Grab, Schwäbisch Hall, ein Bild des Zivilschutzes. Der Referent gab einen breiten Überblick vom Warndienst bis hin zum Schutz der Kulturgüter. Er stellte fest, daß sich die Bevölkerung seit dem Reaktorunglück von Tschernobyl für den Bereich des Selbstschutzes vermehrt interessiert.

Vorstandsmitglied Uwe Larsen dankte dem Referenten im Namen der ARKAT für seinen Überblick und die Ausführungen zum Zivil- und Katastrophenschutz und stellte hierzu fest, daß die Bevölkerung bei einem Unglück wohl Hilfe wünscht, aber oftmals kein Verständnis für Übungen aufbringt.

Der 1. Vorsitzende Hans Kiebler, Ravensburg, gab einen umfassenden Bericht über die Aktivitäten des Vorstandes. Er bedankte sich beim Katastrophenschutzdezernenten Kurt Bauer und Sachbearbeiter Ernst Rapp für den Empfang im Landratsamt Künzelsau.

In einem Grußwort ging Katastrophenschutzdezernent Bauer auf die wichtigen Aufgaben der Regieeinheiten ein und betonte, daß insgesamt ein Betreuungsleit-, ein Veterinärzug, die Fernmeldezentrale HVB, eine technische Einsatzleitung, die ABC-Melde- und Auswertestelle und eine ABC-Beobachtungs- und Meßstelle mit über 80 Helfern im Landkreis bestehen.

Nachdem im vergangenen Jahr die Vertretung der Regieeinheiten auf Bundesebene gegründet wurde, standen bei den Zielsetzungen für das kommende Jahr katastrophenschutzbezogene Erwägungen im Vordergrund:

- Das vom Bundesministerium des Inneren und vom Bundesverband für den Selbstschutz herausgegebene „Zivilschutz-Magazin“ soll auch Sprachrohr der Regieeinheiten sein.
- Nachdem in fast allen Stärke- und Ausbildungsnachweisen (STAN) männliche sowie weibliche Helfer zugelassen sind, muß festgestellt werden, daß



die Frauen in allen Fachdiensten unterrepräsentiert sind.

- Für Althelfer soll im neuen Zivilschutzgesetz eine Regelung getroffen werden, nach der sie lose in ihrer früheren Einheit mitwirken können, wobei die notwendigen Aufwendungen für Dienstbekleidung, Übungen und Ausbildungsveranstaltungen vom Bund getragen werden müssen. Schließlich stehen diese Helfer mit all ihren Erfahrungen auch im Einsatzfall und bei der Ausbildung zu Verfügung.
- Bei der Neufassung des Landeskatastrophenschutzgesetzes müssen auch die Forderungen der ARKAT, als Helfervertretung der Regieeinheiten, berücksichtigt werden.
- Einheitliche Kennzeichnung der Helfer und Führungskräfte in den Regieeinheiten.
- Verbesserung der Ausstattung nach STAN in den verschiedenen Fachdiensten.

Versammlungsleiter Jürgen Kreuz, Fernmeldedienst der Stadt Stuttgart, bedankte sich im Namen der Helfer bei allen Vorstandsmitgliedern und den Kassenprüfern für die geleistete Arbeit.

Nach einstimmiger Entlastung wurde der Vorstand für weitere drei Jahre wiedergewählt: 1. Vorsitzender: Hans Kiebler, Ravensburg, 2. Vorsitzender: Dr. med. Otto Weise, Albstadt, 3. Vorsitzender und Pressewart: Uwe Larsen, Murrhardt, Schriftführer: Roland Glöggler, Geislingen/Steige, Kassierer: Peter Pohonic, Forchtenberg.

Zu Kassenprüfer wurden Philipp Kämpf, Ravensburg, und Kurt Spahr, Weinstadt, bestellt. Als stellv. Kassierer wählten die Mitglieder Reinhard Klemisch vom Betreuungszug Hohenlohe und als stellv. Schriftführerin das Einzelmitglied Helga Übelmesser-Larsen, Murrhardt.

Das Foto gibt einen Blick in die Versammlung. (Foto: Larsen)

Katastrophenschutz optimal untergebracht

Verbunden mit dem Dank für die bislang geleistete vorbildliche Arbeit übergab der Kreisdirektor des Landkreises Hameln-Pyrmont, Hans-Jürgen Krauß, dem Katastrophenschutz des Landkreises sein neues Domizil im Coppenbrügger Ortsteil Marienau.

Die 30mal 48 Meter große Halle beherbergt die Einheiten des ABC-Dienstes der Kreisfeuerwehr Hameln-Pyrmont sowie den 1. Sanitätszug des Deutschen Roten Kreuzes. Im November 1985 war



mit der völligen Neugestaltung der ehemaligen Lagerhalle einer Möbelfirma begonnen worden. Im Juli 1986 konnte das Depot mit einem Kostenaufwand von 1,08 Millionen Mark fertiggestellt werden.

Neben einer optimalen Unterbringungsmöglichkeit für die Einsatzfahrzeuge des DRK und der Feuerwehr entstanden darüber hinaus in zwei Etagen auch Unterrichtsräume, Dusch- und Waschräume sowie Lagerräume und eine kleine Teeküche für die Einheiten des Katastrophenschutzes.

Die neue Unterbringung der Einheiten von Feuerwehr und DRK, so Kreisdirektor Krauß, sei ein Beweis für die Bemühungen des Landkreises, dem Katastrophenschutz eine gute Basis für bestmögliche Einsatzbereitschaft zu schaffen. Bei den Bemühungen, Menschen zu helfen, stünden DRK und Feuerwehr bei „dieser vornehmsten Aufgabe unserer Gesellschaft stets an vorderster Front“. Aus diesem Grund, so der Kreisdirektor weiter, werde der Landkreis auch in Zukunft Geldmittel für diese Zwecke zur Verfügung stellen.

(Foto: Mandla)

Internationaler „Tag des jungen Helfers“

Der Landkreis Waldshut hatte 1984 die Jugendlichen aller im Landkreis Waldshut vertretenen Hilfsorganisationen zu einem „Tag des jungen Helfers“ eingeladen. Die Vertreter der Jugendverbände, die Führungskräfte der Hilfsorganisationen und die Verantwortlichen des Landkreises waren sich nach dem sehr guten Erfolg darüber einig, daß eine solche gemischte Jugendveranstaltung mit ihrer breiten Informationspalette und dem gemeinsamen Wettspiel auf internationaler Ebene wiederholt werden sollte.

Diese Absicht konnte im August 1986 in

die Tat umgesetzt werden. Der Einladung von Landrat Dr. Wütz folgten Jugendliche mit ihren Gruppenleitern aus acht Ländern Europas. Vertreten waren Briten, Belgier, Luxemburger, Franzosen, Schweizer, Österreicher und Jugoslawen. Darunter waren beispielsweise Jugendfeuerwehren, Jugendrotkreuz, Schülerlotsen, Verkehrskadetten und Jugendgruppen der Wasser- und Bergrettung. Zusammen waren es fast 250 Jugendliche mit Begleitern.

Für die Durchführung der Veranstaltung konnte im Bereich des Schlüchtsees ein



Zeltlager errichtet werden. Ein Großzelt diente als zentrale Begegnungsstätte. Die Verpflegung übernahm der Verpflegungstrupp des Technischen Hilfswerks Waldshut-Tiengen. Zelte, Feldbetten und Decken stellten das THW und das Regierungspräsidium Freiburg zur Verfügung. Die Organisatoren hatten nicht einmal den Toilettenwagen vergessen; für die Dusche im Lager sorgte der ABC-Zug St. Blasien.

An den fünf Tagen wurden jeweils morgens fachspezifische Vorführungen gezeigt. Somit hatten alle Jugendlichen die Möglichkeit, andere Hilfsorganisationen und deren spezielle Einsatzmöglichkeiten genau kennenzulernen.

Die Nachmittage waren überwiegend dem gemeinsamen Spiel gewidmet. Bei den spielerischen Wettkämpfen legten die Veranstalter großen Wert auf die Internationalität und Fachdienstverschiedenheit der Gruppen. Nach dem Motto „Spiel ohne Grenzen“ konnten sich die Jugendlichen beim friedlichen Wettstreit kennenlernen.

Für die Gestaltung der Abende waren die Teilnehmer gefordert, selbst etwas in Form von Sketchen, Liedern oder Musik aufzuführen. Auch hier wurden alle Erwartungen übertroffen.

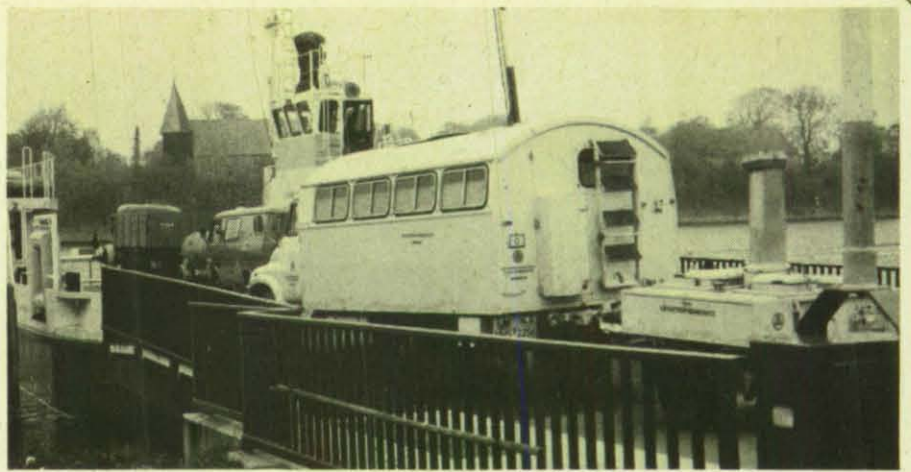
Für die Organisatoren gab es nach Abschluß der Veranstaltung von den beteiligten Verbänden höchstes Lob. Man schied in der Hoffnung, daß sich dieser Gedanke der fachübergreifenden Kontakte von Jugendlichen verschiedener Hilfsorganisationen aus vielen Ländern Europas fortsetzen möge. Das Foto zeigt einen der Hauptanziehungspunkte der Veranstaltung, eine von THW-Jugendlichen gebaute Seilbahn.

Aktivitäten in Neumünster

Drei Anlässe rückten den Katastrophenschutz in Neumünster in der letzten Zeit in den Blickpunkt:

Mehr als 80 ehrenamtliche Helfer nahmen an einer Fernmeldeübung unter der Leitung des Fachdienstleiters für den Fernmeldedienst, Günter Hanisch, teil. Dabei wurden 19 Fahrzeuge eingesetzt.

Ziel der Übung war es, die ausgebildeten Sprechfunker aller Einheiten weiterzubilden und gleichzeitig die Funktionstüchtigkeit des Führungsmittel „Funk und Draht“ zu überprüfen. Neben Regieeinheiten nahmen auch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, des Malteser-Hilfsdienstes, des Technischen Hilfswerks und der Johanniter-Unfall-Hilfe teil, die ebenfalls im Katastrophenschutz der Stadt Neumünster mitwirken.



Ein Teil der Helfer übte im Bereich „Drahtverbindungen“ das Verlegen von Feldkabel, Einrichten von Endstellen und den Betrieb von Fernsprechvermittlungen.

Fachdienstleiter Hanisch faßte zusammen: „Die positive Resonanz bei den Helfern hat uns in der Absicht bestärkt, derartige Aus- und Fortbildungen künftig häufiger durchzuführen. So kann der Ausbildungsstand nicht nur gehalten, sondern verbessert werden.“

Im Rahmen einer weiteren Übung überprüften die Helfer des Versorgungsdienstes im Katastrophenschutz der Stadt Neumünster unter der Leitung von Fachdienstleiter Karl-Otto Steffen ihre Leistungsfähigkeit. Nach einem Kfz.-Marsch wurden auf dem eingerichteten Versorgungspunkt Verpflegung zubereitet, Stromerzeuger überprüft und gewartet sowie Kraffahrerausbildung durchgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der zu den Regieeinheiten gehörende Versorgungsdienst seinen Auftrag voll erfüllen kann. Das Foto zeigt die Fahrzeuge des Versorgungsdienstes bei der Auffahrt auf eine Fähre.

Eine willkommene Verstärkung des Katastrophenschutzes in Neumünster bildet ein neues Einsatzfahrzeug mit Katalysator, das der 2. Technischen Einsatzleitung (Regie) übergeben wurde. Das neue Fahrzeug löst ein 20 Jahre altes Modell ab und erhöht den Einsatzwert der Einheit.

Das Fahrzeug wurde im Rahmen des Landesbeschaffungsprogrammes 1985/86 beschafft und dem Katastrophenschutz der Stadt Neumünster zur Verfügung gestellt. Das ersetzte Fahrzeug macht weiterhin Dienst in der Erkundungs- und Lot-sengruppe.

Norddeutschlands Bahnfeuerwehren probten den Ernstfall

Rund 110 Feuerwehrmänner von Bahnfeuerwehren aus Göttingen, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Hannover unterstrichen mit teilweise spektaku-

lären, aber an der Realität gemessenen Einsatzübungen nachhaltig ihre Einsatzbereitschaft. Unterstützt wurden die Bahnfeuerwehren von der Berufsfeuerwehr und



der Freiwilligen Feuerwehr der gastgebenden Stadt Göttingen.

So mußten beispielsweise die Männer der Bahnfeuerwehr Göttingen zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr Göttingen mehrere bei Schweißarbeiten in der Wagenwerkstatt in Brand geratene Güterwaggons löschen. Durch die Flammen drohte ein Übergreifen des Brandes auf die gesamte Halle. Und darin standen noch Kesselwagen und einige Gas-schweißgeräte. Zu allem Überfluß mußten die Feuerwehrmänner die Halle auch noch aufbrechen, weil die Tür verriegelt war.

Zusammen mit der Bahnfeuerwehr Braunschweig hatte die Göttinger Berufsfeuerwehr eine andere Lage zu meistern: Auf einem unbeschränkten Bahnübergang geriet ein Personenwagen unter einen Güterwaggon. Fahrzeuginsassen waren eingeklemmt und auslaufendes Benzin hatte das Fahrzeug in Brand gesetzt. Nicht minder schwierig der Einsatz für die Bahnfeuerwehr Bremen. Sie sollte die Lecks, die in einen Kesselwagen beim Rangieren geschlagen worden waren, nicht nur abdichten, sondern auch die auslaufende brennbare Flüssigkeit wieder auffangen.

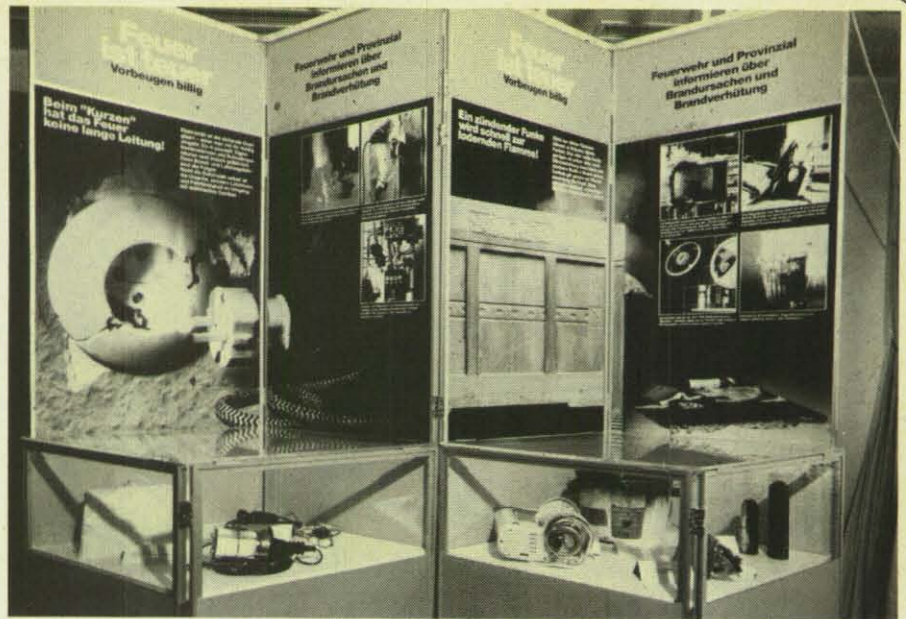
Und die Bahnfeuerwehr Hannover hatte schließlich mit den Folgen einer angenommenen Kollision zwischen einem Güterzug und einem Personenzug zu kämpfen: Menschen wurden „verletzt“, Türen ließen sich nicht öffnen und ein Waggön geriet in Brand. Die Oldenburger Bahnfeuerwehr mußte zum Abschluß ihr Können an einem durch eine feste Bremse in Brand geratendem Loktender zeigen.

(Foto: Otto)

Neue Wanderausstellung mit Videoschau

Im Oktober stellte die Provinzial Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Düsseldorf ihre neue Wanderausstellung zum Thema Brandverhütung vor. Mit dieser Wanderausstellung, die in zweifacher Ausführung den Feuerwehren innerhalb des Geschäftsgebietes der öffentlich-rechtlichen Regionalversicherung zur Verfügung steht, wird einem vielfach geäußerten Wunsch der Feuerwehren nachgekommen.

Die neue Wanderausstellung, eine Weiterentwicklung der vor Jahren mit Erfolg in den Sparkassen der Rheinprovinz gezeigten Ausstellung „Feuer ist teuer – vorbeugen billig“, soll nunmehr den Feuerwehren bei ihren örtlichen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bieten sich z.B. Feuerwehrjubiläen, Tage der offenen Tür, Kreis- oder Bezirksfeuer-



wehrtage sowie die bundesweite Brandschutzwoche an.

Der Inhalt der Ausstellung ist so gewählt, daß einmal eine Darstellung über die häufigsten Brandursachen und deren Vermeidung erfolgt, zum anderen aber auch besonders die Aufgabenstellung und Einsatzbereitschaft der Feuerwehren hervorgehoben wird.

Die Ausstellung gibt auf zwei je vierteiligen Stellwänden und einer Stellsäule in Wort, Bild und Schaustücken Informationen über insgesamt zehn Themen zum Brandschutz, wobei die den landwirt-

schaftlichen Bereich betreffenden Themen auf der Stellsäule behandelt werden. Es ergibt sich damit die Möglichkeit, den landwirtschaftlichen Themenbereich bei einer Präsentation der Ausstellung in Städten auszuklammern.

Eine besondere Attraktion der Ausstellung stellt die Videoschau dar, in der die 24 bisher vom Norddeutschen Rundfunk gesendeten Fernsehspots „Die Feuerwehr hilft – vorbeugen mußst Du“ zu sehen sind.

Unser Bild zeigt einen Teil der neuen Wanderausstellung. (Foto: Claes)

10. Stuttgarter Herbsttagung „Nächstenliebe mit schwerem Gerät“

Viele Vertreter von Kirchen, Universitäten, Behörden, Ministerien, Feuerwehr, Polizei und der verschiedenen Hilfsorganisationen waren der Einladung von Kirchenrat Wolfgang Kilger zur 10. Stuttgarter Herbsttagung „Nächstenliebe mit schwe-

rem Gerät“ in den Bernhäuser Forst gefolgt.

Kirchliches Handeln bei Unglücksfällen und Katastrophen unter der Perspektive der Apokalypse war das zentrale Thema



der diesjährigen Tagung. Hochrangige Fachleute hatte Kirchenrat Kilger zur Teilnahme gewinnen können. Ein Vormittag stand ganz im Zeichen des Technischen Hilfswerks. Unter dem Thema „Mittel und Wege technischer Hilfe“ erläuterten THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel, THW-Bundessprecher Peter Merck und der Präsident der Vereinigung der Helfer und Förderer des THW e.V., Hans-Joachim Wiegand, die Aufgaben und Ziele der Hilfsorganisation. Zahlreiche Fragen der sachverständigen Tagungsteilnehmer über Einsatzmöglichkeiten, Ausbildung, Ausstattung und Kosten zeigten das große Interesse an der Arbeit des THW.

Vollübung im Landkreis Pfaffenhofen

Eine groß angelegte Katastrophenschutz-Vollübung mit dem Namen „Hollédau '86“ fand jüngst im Landkreis Pfaffenhofen statt. Rund 500 Helfer von Feuerwehr, Rotes Kreuz, Technischem Hilfswerk, Katastrophenschutz und auch der Bundeswehr nahmen an der Übung teil, deren Kosten in Höhe von 10000 Mark der Bund übernahm. Übungsziel war die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stab und den einzelnen Einsatzkräften vor Ort.

Ein Verkehrsunfall mit sieben „Schwerverletzten“, der Absturz eines Flugzeuges, auslaufendes Kerosin, Brände und schließlich Luftangriff – dies war die fiktive Situation der Katastrophenschutz-Vollübung, die von allen Beteiligten viel Einsatz und harte Arbeit verlangte. Wie das Foto zeigt, mußten die Helfer der Feuerwehr mit schwerem Atemschutz an Zügen arbeiten, die – so die Übungsannahme – in Brand geraten waren.



Kreisbrandmeister Horst Dähling verabschiedet

„Mit Ihnen hat der rechte Mann am rechten Platz gestanden. Sie haben entscheidend mitgeholfen, das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kreis und den Städten und Gemeinden des Kreises Lippe, aber auch das Vertrauensverhältnis in den einzelnen Wehren selbst zu erhalten und zu stärken. Dafür gilt Ihnen mein besonderer Dank.“

Diese Worte sprach der Oberkreisdirektor des Kreises Lippe (Nordrhein-Westfalen), Dr. Udo Haase, anlässlich der Feierstunde für einen Mann, in dessen Händen die Führung der Freiwilligen Feuerwehren des Kreises zwölf Jahre lang gelegen hatte: Kreisbrandmeister Horst Dähling (Barntrop).

OKD Dr. Haase schloß seine Laudatio mit den Worten: „Seit 45 Jahren ist Horst Dähling Feuerwehrmann. Er hat sich um das Feuerwehrwesen – besonders in Lippe – verdient gemacht. Er hat sein Leben – neben seiner Familie – der Feuerwehr gewidmet.“

Nachfolgend sprach Landrat Budde und zeigte auf, daß Dähling neben der Feuerwehr auch auf politischer Ebene im Kreistag tätig war. In Würdigung seiner Verdienste zeichnete Landrat Budde den scheidenden Kreisbrandmeister mit dem ihm vom Bundespräsidenten verliehenen Bundesverdienstkreuz am Bande aus.



Zum neuen Kreisbrandmeister wurde der bisherige Stellvertreter, Stadtbrandmeister Hans Engelage (Detmold), und zu dessen Stellvertreter Fritz Brummermann (Bad Salzuffen) ernannt und vereidigt.

Das Foto zeigt Horst Dähling (rechts), seinen Nachfolger Hans Engelage und dessen Stellvertreter Fritz Brummermann (links).

„Grenzwald 85“ ausgewertet

Im April 1985 wurde in den weitläufigen Waldgebieten der Eifel an der Landesgrenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz unter der Bezeichnung „Grenzwald 85“ eine länderübergreifende Katastrophenschutzübung durchgeführt (das „ZS-Magazin“ berichtete). Die Übung, an der Helfer verschiedener Fachdienste aus beiden Bundesländern teilnahmen, fand seinerzeit bundesweites Interesse.

Die bei der Übung gesammelten Erfahrungen wurden beim Regierungspräsidenten Köln zu einem umfassenden und aussagekräftigen Bericht zusammengefaßt. Der über 100 Seiten starke Erfahrungsbericht wird an interessierte Feuerwehren und Dienststellen abgegeben. Er kann beim Regierungspräsidenten Köln (Postfach 10 15 48, 5000 Köln 1) angefordert werden. Es wird allerdings darauf hingewiesen, daß der Vorrat begrenzt ist.

Aktuelle Termine

Das Haus der Technik e. V., Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, führt am 5. Februar 1987 eine Fachveranstaltung „Industrieller Brandschutz“, Leitung: Branddir. D. Brümmer, durch.

Informationen: Haus der Technik e. V., Postfach 10 15 43, 4300 Essen 1, Telefon (02 01) 18 03-1.

Die Technische Akademie Esslingen, Institut des Kontaktstudiums an der Universität Stuttgart, an der Universität Hohenheim und der Fachhochschule für Technik Esslingen, führt folgende Lehrgänge durch:

19. 2. + 20. 2. 87: Das gesamte Recht des Arbeitsunfalls, der Unfallverhütung und der Haftung im Betrieb, Dr. Dr. W. Pfeiffer.

23. 2.–25. 2. 87: Vorbeugender und Abwehrender Brandschutz im Betrieb, S. Felten.

10. 3. 87: Schutzausrüstungen zum Arbeiten in elektrischen Anlagen, Dipl.-Ing. K. W. Baer.

Programmanforderungen und Anmeldungen: Technische Akademie Esslingen, Weiterbildungszentrum, Postfach 12 69, 7302 Ostfildern 2, Telefon (07 11) 3 40 08-23.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl

Arbeitsprogramm der Bundesregierung

Im Mittelpunkt stehen sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitische Folgen aus dem Unfall in der UdSSR

Wie das „Zivilschutz-Magazin“ in seiner Oktober-Ausgabe berichtete, hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann, ein Arbeitsprogramm zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl vorgelegt. Dieses Arbeitsprogramm wurde nun vom Bundeskabinett beschlossen.

Die Bundesregierung ist entschlossen, aus den Erfahrungen nach dem Reaktorunfall in der UdSSR die erforderlichen Verbesserungen durchzusetzen.

Nachfolgend wird das Arbeitsprogramm der Bundesregierung im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Die Staatssekretäre haben beschlossen, ein Arbeitsprogramm aufzustellen, „in dem im Anschluß an die Diskussion zum Reaktorunfall Tschernobyl die sicherheits- und gesundheitspolitischen, forschungspolitischen, energiepolitischen und öffentlichkeitsrelevanten Gesichtspunkte stärker koordiniert und mit den europapolitischen und internationalen Aktivitäten abgestimmt werden.“

Das Arbeitsprogramm enthält:

A. Sachstandsdarstellungen zu den Initiativen, die die Bundesregierung im Anschluß an den Reaktorunfall von Tschernobyl bereits eingeleitet hat und zu denen kein Entscheidungsbedarf besteht.

B. Beschlußvorschläge zu den Bereichen, in denen weiterer Entscheidungs- und Handlungsbedarf gesehen wird.

A. Sachstandsdarstellungen

1. Reaktorsicherheit

a) national

Alle im Betrieb und im Bau befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik werden im Lichte der Erkenntnisse aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl auf ihren Sicherheitsstand und auf sicherheitstechnische Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft, Beratungsaufträge wurden hierzu erteilt.

Im August 1986 hat die UdSSR eine ausführliche Dokumentation über den Reaktorunfall von Tschernobyl vorgelegt. Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) ist beauftragt, auf der Grundlage einer möglichst umfassenden Analyse des Unfallgeschehens in Tschernobyl Stellungnahmen zu allen in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb und im Bau befindlichen Kernkraftwerken hinsichtlich etwaiger sicherheitstechnischer Konsequenzen abzugeben. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird darüber hinaus Bewertungen und Folgerungen im Ausland und in internationalen Organisationen berücksichtigen.

Erkenntnisse über sicherheitstechnische Verbesserungsmöglichkeiten, die sich hierbei ergeben, werden im Rahmen der ständigen Weiterentwicklung der Reaktorsicherheit umgesetzt.

Sollten es die weiteren Erkenntnisse oder Beratungsergebnisse nahelegen, so wird das BMU zusätzliche Einzeluntersuchun-

gen in Auftrag geben oder auch die Landesbehörden um Prüfung bitten.

Darüber hinaus werden BMU und BMFT die in den vergangenen Jahren durchgeführten Untersuchungen und Forschungsarbeiten zur Risikobeurteilung von Kernkraftwerken zusammenfassend darstellen und daraufhin überprüfen, welche Möglichkeiten die erzielten Ergebnisse bieten, die Sicherheit von Kernkraftwerken national wie international weiter auszubauen.

Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand bestehen in folgenden Bereichen weitere Möglichkeiten zur Verringerung des Risikos von Reaktoren:

- Weitere Erhöhung der betrieblichen und sicherheitstechnischen Zuverlässigkeit von Störfallverhinderung und -beherrschung mit Hilfe anlagenspezifischer Systemanalysen nach neuestem Kenntnis- und Methodenstand.
- Zusätzliche Vorkehrungen für die Wirksamkeit des Sicherheitseinschlusses zur Folgenbegrenzung bei schweren Schäden am Reaktorkern.
- Weitere Eingriffsmöglichkeiten für das Anlagenpersonal, unfallträchtige Abläufe mit möglichst geringem Schaden zu beenden.

Der Unfall von Tschernobyl hat nach den bisher vorliegenden Informationen keine neuen Phänomene und Ereignisse zu Tage gebracht, die nicht schon im Rahmen der Reaktorsicherheitsforschung behandelt werden. Daher besteht zur Zeit keine Notwendigkeit, neue Forschungsfelder in das

Programm aufzunehmen. Die Arbeiten auf dem Gebiet der Vermeidung von Unfällen und zur Begrenzung der Unfallfolgen werden jedoch verstärkt.

Das Forschungsprogramm Reaktorsicherheit bleibt langfristig ein wichtiger Forschungsbereich staatlicher Vorsorge, um das mit der Nutzung der Kernenergie verbundene Restrisiko weiter vermindern zu können und eventuelle Schäden zu vermeiden, im äußersten Falle aber auf die Anlage zu beschränken.

Ein Schwerpunkt der Forschung wird dementsprechend die Beherrschung von Unfällen mit schweren Kernschäden sein. Dabei geht es vor allem um Maßnahmen zur Begrenzung der Unfallfolgen mit dem Ziel, mit Hilfe vorhandener Einrichtungen bzw. schnell zu installierender Zusatzsysteme den Verlauf schwerer Störfälle möglichst frühzeitig zu beeinflussen und ihre Auswirkungen auf die Anlagen selbst zu beschränken.

Im Hinblick auf die gesundheitlichen Konsequenzen radioaktiver Kontamination hat die Bundesregierung den Ausschüssen für Strahlenschutz/Strahlenbelastung und Lebensmittelwesen des Bundesgesundheitsrates Fragen für einen zukünftigen erforderlichen Forschungsbedarf gestellt. Eine Expertengruppe dieser Ausschüsse und des Gesamtprogramms Krebsbekämpfung hat Mitte Juli über die zu erteilenden Antworten beraten. Mit Ergebnissen ist in Kürze zu rechnen.

Die Ressorts werden die Ergebnisse prüfen und in ihrer Forschungsplanung mit hoher Priorität berücksichtigen.

b) innerdeutsch

Die Bundesregierung hat mit der DDR vereinbart, die Verhandlungen über einen Informationsaustausch bezüglich kerntechnischer Anlagen und des Strahlenschutzes noch im Herbst 1986 fortzusetzen. Es wird ein Abkommen angestrebt, das auch die Informationen bei Störfällen und Fragen des Notfallschutzes enthalten soll.

c) international

Der Vorschlag des Bundeskanzlers, eine internationale Konferenz über Fragen der Sicherheit der Kernenergie durchzuführen, fand weltweit ein positives Echo. Die internationale Atomenergieorganisation hat sich bereiterklärt, eine Regierungskonferenz als Sondersitzung der Generalkonferenz in Wien zum Thema „Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Kooperation in der kerntechnischen Sicherheit und im Strahlenschutz“ durchzuführen. Wesentliche Unterlagen dieser Konferenz sollen sein die Ergebnisse eines Expertenmeetings Ende August 1986 über die Unfallanalyse Tschernobyl, ein Vorschlag der IAEA für ein erweitertes Arbeitsprogramm zur Nuklearsicherheit und zwei Abkommensentwürfe, für die

die IAEA den Mitgliedstaaten inzwischen Entwürfe übersandt hat. Es handelt sich um den

- Entwurf eines Abkommens über die frühe Anzeige eines nuklearen Unfalls und den
- Entwurf eines Abkommens über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen und radiologischen Notfällen.

Beide Entwürfe sind auf Expertenebene bis zur Entscheidungsreife vorbereitet worden. Eine Verabschiedung auf der Sondersitzung wird angestrebt.

Aus deutscher Sicht soll außerdem eine Diskussion um international verbindliche Sicherheitsstandards und um die Verbesserung des internationalen Haftungsrechts bei Reaktorunfällen in die Wege geleitet werden.

Der Bundesumweltminister hat den Generaldirektor der IAEA inzwischen gebeten, Operational Safety Review Teams (OSART) zu drei deutschen Kernkraftwerken (Biblis A, Philippsburg 2 und Krümmel) zu entsenden, damit auch deutsche Anlagen dieser IAEA-Überprüfung unterzogen werden können. Die Betreiber haben hierzu ihr Einverständnis erklärt.

In Vorbereitung der Konferenz hat die IAEA die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) um Erarbeitung eines Fachbeitrags gebeten.

Die WMO hat im Juni 1986 eine Arbeitsgruppe mit folgendem Auftrag eingerichtet:

- Erarbeitung der meteorologischen Aspekte für ein internationales Frühwarnsystem
- Erarbeitung von Empfehlungen für ein international koordiniertes Aktionsprogramm für Störfälle mit grenzüberschreitender Wirkung
- Vorbereitung von Richtlinien für koordinierte Maßnahmen der internationalen meteorologischen Dienste zur Hilfestellung für nationale und internationale Behörden bei der Gefahrenabwehr für die Bevölkerung.

Ein vorläufiger Bericht dieser Arbeitsgruppe ist bis Ende September 1986, ein Abschlußbericht bis Ende Januar 1987 zu erwarten.

Die von der Bundesregierung im nationalen Bereich vorgesehenen Maßnahmen, wie sie in den Beschlußvorschlägen enthalten sind, sollten parallel zu der innerstaatlichen Ausarbeitung auch in die internationale Diskussion, insbesondere in der EG und in der OECD/NEA eingeführt werden. Die in internationalen Gremien, insbesondere in der EG und in der OECD/NEA bereits vorhandenen Überlegungen (z.B. Arbeitsprogramm der AG Kommission) sollten dadurch unterstützt und gefördert werden.

Ziel sollte es dabei sein, unsere nationalen

Regelungen möglichst auch zur Grundlage von Festlegungen im internationalen Rahmen zu machen.

2. Energiepolitik

Der Bundesminister für Wirtschaft wird im Kabinett eine energiepolitische Gesamtaussage in Form eines Energieberichts vorlegen. Darin wird die Bundesregierung ihre energiepolitische Konzeption darlegen und eine Bilanz ihrer insgesamt erfolgreichen Energiepolitik der letzten Jahre ziehen; auch die energiepolitischen Schlußfolgerungen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl werden gezogen. Der Bundesminister für Forschung und Technologie wird ein neues Energieforschungsprogramm vorlegen, das unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Entwicklung an das bisherige Energieforschungsprogramm anschließt.

Der Energiebericht wird im einzelnen die positive Entwicklung im Energiebereich während der laufenden Legislaturperiode aufzeigen; dies gilt insbesondere für die deutlichen Fortschritte bei den Zielen einer sicheren und umweltgerechten Energieversorgung. Gleichwohl müssen wegen der auf den internationalen Energiemärkten langfristig fortbestehenden Risiken und der Umweltprobleme die bisherigen Anstrengungen fortgeführt werden.

In der Regierungserklärung vom 14. Mai 1986 hat der Bundeskanzler erklärt, daß die Nutzung der Kernenergie als sichere, umweltschonende und kostengünstige Technologie ethisch verantwortbar und energiepolitisch notwendig sei. Hierzu wird der Energiebericht im Lichte der dann vorliegenden Erkenntnisse aus dem Unfall von Tschernobyl weitere Aussagen machen. Gleichzeitig müssen aber auch alle wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten der Energieeinsparung ausgeschöpft werden. Auch die Förderung der erneuerbaren Energie (z.B. Sonne, Wind) soll intensiviert werden. Eine Änderung der Politik in den Bereichen Kohle, Mineralöl und Gas ist nicht erforderlich.

Der Bundesminister für Wirtschaft hat Forschungsgutachten vergeben, welche die derzeit in der Öffentlichkeit diskutierten Ausstiegszenarien aus der Kernenergie analysieren und bewerten sollen. Diese Gutachten sind Mitte August vorgelegt worden. Ihre Ergebnisse werden im Energiebericht berücksichtigt.

Das Energieforschungsprogramm des Bundesministers für Forschung und Technologie wird im einzelnen die Neuausrichtung der Energieforschungspolitik darlegen. Eine Bilanz der bisherigen Arbeit zeigt, daß eine Reihe der sehr aufwendigen Vorhaben erfolgreich zum Abschluß gebracht werden konnte. Dies ermöglicht nunmehr eine Konzentration auf neue zukunftsträchtige Entwicklungen.

3. Katastrophenschutz

Die Folgerungen, die in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Reaktorunfall gezogen werden müssen, betreffen nicht nur den Schutz vor Radioaktivität, sondern die Katastrophenvorsorge insgesamt — auch gegenüber anderen Gefahrenquellen (z.B. Chemiekatastrophen, Unfälle beim Transport gefährlicher Güter, Seuchen, Erdbeben, Waldbrände).

Hierzu haben sowohl der Deutsche Städte- tag wie auch die Katastrophenschutzorga- nisationen Thesen vorgelegt. Der BMI hat diese Anregungen aufgegriffen und in den letzten Wochen mit diesen Stellen sowie mit den Ländern eine Vielzahl von Gesprä- chen über den Aufbau eines gemeinsamen Krisenmanagements geführt. Dies geschah in dem Bestreben, die vorgesehenen Maß- nahmen nicht als „Insellösungen“ für den Strahlenschutz, sondern so anzulegen, daß sie aus Gründen der Effektivität wie der Mit- telersparnis in ein Gesamtsystem des Ka- tastrophenschutzes und der Katastrophen- vorsorge (= unterhalb der Katastrophen- schwelle) passen. Die vorhandenen und bewährten Instrumente und Strukturen sol- len genutzt werden. Der Abstimmung zwi- schen Bundesregierung und Verbänden diente auch das Gespräch, das mit den Präsidenten der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sowie der Bundesärztekammer geführt wurde. Daraus ergab sich die (vom BMI inzwischen reali- sierte) Anregung, eine Bund/Länder-Ar- beitsgruppe „Folgerungen aus dem Reak- torunglück in Tschernobyl“ einzusetzen, die am 28./29. Juli 1986 ihre Arbeit aufgenom- men hat.

Der BT-Innenausschuß erwartet einen Be- richt über die Folgerungen aus dem Reak- torunfall von Tschernobyl für den Kata- strophenschutz.

B. Beschlußvorschläge

I. Gesetz zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt

1. Der Bundesumweltminister wird beauf- tragt, den Entwurf eines Bundesgeset- zes zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt auszuarbeiten, das bun- deseinheitliche Regelungen für Erhe- bung, Auswertung und Übermittlung von Meßdaten enthalten soll.
2. Im Rahmen dieses Gesetzes sollen die Voraussetzungen geschaffen werden für die bundeseinheitliche Festsetzung von Lebensmittel- und sonstigen Grenzwert- en für den Vorsorgefall. Dabei kommen in Betracht:
 - a) eine gesetzliche Verfahrensregelung zur Ad-hoc-Festlegung von verbindli- chen Kontaminationswerten,

b) eine gesetzliche Vorabfestlegung von verbindlichen Unfalldosismgrenzwer- ten.

II. Integriertes Meßdatengesetz zur Überwachung der Umweltradioaktivität

Die Bundesrepublik Deutschland sollte ein flächendeckendes Meßnetz auch für den Vorsorgefall haben. Bei einer bestehenden Bundesbehörde sollte eine Datenzentrale des Bundes eingerichtet werden, in der die Meßwerte aus den Meßnetzen des Bundes und der Länder erfaßt, dokumentiert und bewertet werden.

Der Bundesumweltminister wird beauftragt, im Einvernehmen mit den betroffenen Res- sorts (BMI, BMV, BML, BMJFFG, BMF) eine umfassende Neukonzeption und Vor- schläge vorzulegen

- über den Ausbau eines flächendecken- den Meßnetzes des Bundes für die Früh- warnung sowie nachfolgende kontinuier- liche Übersichtsmessungen, bestehend aus den Meßnetzen
 - des Warndienstes des BZS,
 - des Deutschen Wetterdienstes,
 - der Bundesanstalt für Gewässerkunde und
 - des Deutschen Hydrographischen In- stituts,
- über die Einbeziehung der Meßnetze der Länder in das Gesamtsystem,
- über die Einrichtung einer Datenzentrale bei einer Bundesbehörde.

III. Einrichtung einer Zentralen Koordinierungsstelle

Es sollte eine ständige interministerielle Koordinierungsstelle geschaffen werden,

die in Abstimmung mit den Ländern Ent- scheidungen und Maßnahmen bei Unfällen mit überregionalen Auswirkungen vorberei- tet. BMI und BMU werden beauftragt, zu- sammen mit den betroffenen Ressorts hierzu einen Vorschlag zu machen.

IV. Forschungsbedarf im Gesundheitswesen und bei der Lebensmittel-Vorsorge

Die betroffenen Ressorts werden gebeten, den Forschungsbedarf zu Fragen der Ge- sundheit der Bevölkerung aufgrund der Strahlenexposition nach Kernkraftwerksun- fällen zu überprüfen und mit hoher Priorität in ihren Forschungsprogrammen zu be- rücksichtigen.

V. Verbesserung der EG-Koordinierung

Die betroffenen Ressorts werden gebeten, die Vorschläge der EG-Kommission (Rah- menmitteilung an den Rat vom 12. Juni 1986) zu prüfen und für eine weitgehende Harmonisierung von Grenzwerten einheitli- che Werte in der EG und möglichst auch mit ihren wichtigsten Handelspartnern an- zustreben und diskriminierende Handels- beschränkungen zu vermeiden.

VI. Regenerative Energien und rationelle Energieverwendung

BMFT und BMWi werden gebeten, zusam- men mit BMF und den übrigen betroffenen Ressorts zu prüfen und darzustellen, ob und ggf. wie über die bereits erfolgte Mittel- erhöhung hinaus Forschung, Entwicklung und Markteinführung regenerativer Ener- gien und Maßnahmen zur rationellen Ener- gieverwendung verstärkt gefördert werden können.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., eine freiwillige Hilfsorganisation und eines der Werke des Johanniterordens, sucht ab 1. Januar 1987 oder später für ihre erwei- terte Bundesschule in Nieder-Weisel bei Butzbach einen

Schulleiter

dem der Lehrkörper, die Auszubildenden und die Hausverwaltung unterstellt werden.

Erfahrungen in der Menschenführung und in der Verwaltung ähnlicher Institute sowie ev. Bekenntnis und christliche Grundhaltung sind Voraussetzung.

Vergütung nach AVR/BAT. Aussagefähige Bewerbungen an:

Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
Sträßchensweg 14, 5300 Bonn 1

Sachprogramm wird derzeit vom Bundesminister des Innern ausgearbeitet

Verbesserungen des Katastrophenschutzes als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl

Vier Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Lösungsmodellen wurden gebildet

Die Auswirkungen des Reaktorunglücks in Tschernobyl stellten die für die Gefahrenabwehr in der Bundesrepublik Verantwortlichen vor eine neue Situation, die dadurch gekennzeichnet war, daß

1. die Gefährdung von einem Ergebnis außerhalb der Bundesrepublik verursacht worden war,
2. das gesamte Bundesgebiet von der Gefährdung tangiert war und
3. der Gefährdungsgrad zu keinem Zeitpunkt die Katastrophenschwelle überschritten hatte, so daß keine Veranlassung bestand, den Katastrophenfall auszurufen.

Bund, Länder und Kommunen sind übereinstimmend der Auffassung, daß durch gemeinsame Bemühungen eine systematische, kooperative Lösung für die Bewältigung großflächiger bzw. bundesweiter Katastrophen- und Gefährdungslagen unterhalb der Katastrophenschwelle erreicht werden muß.

Der BMI arbeitet derzeit unter Berücksichtigung der mit Ländern, Kommunen, Hilfsorganisationen und Verbänden geführten Gespräche ein Sachprogramm aus. Dieses umfaßt nicht nur Konsequenzen für den Bereich kerntechnischer Störfälle, sondern erfaßt ebenso großflächige Gefährdungslagen, die z. B. durch Chemieunfälle, Transport gefährlicher Güter, Gewässerverschmutzungen, Seuchen, Massenvergiftungen usw. entstehen können. Neben dem Sachprogramm ist der Aufbau eines umfassenden Krisenmanagements für derartige Risikolagen unverzichtbar.

Vier Arbeitsgruppen wurden gebildet

Grundlage der Maßnahmen, die der BMI auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes beabsichtigt, ist das „Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl“. Diese Maßnahmen können nur in Abstimmung und im Einvernehmen mit den in Bund und Ländern zuständigen Stellen für die Gefahrenabwehr unter Einbeziehung der Organisationen, die in diesem Bereich durch Personal und Material mitwirken, getroffen werden. Daher sind auf Vorschlag des BMI in einer Besprechung mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Hilfsorganisationen sowie dem Deutschen Feuerwehrverband und der Bundesärztekammer vier Arbeitsgruppen zur Aufbereitung der gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse und zur Erarbeitung von Lösungsmodellen gebildet worden, und zwar in der Regie des BMI:

● Arbeitsgruppe „Krisenmanagement“

Bearbeitungsziel:

Erarbeitung von Inhalten und Verfahrensweisen für ein Krisenmanagement von Bund und Ländern für Katastrophen und großflächige Gefährdungslagen unterhalb der Katastrophenschwelle mit Einrichtung eines Bund/Länder-Koordinierungsstabes beim BMI unter Einbeziehung der dafür erforderlichen Alarm- und Informationssysteme bis zur Gemeindeebene. Die Bildung einer Untergruppe Alarm- und Informationstechnik ist bei Bedarf vorgesehen.

● Arbeitsgruppe „Informationskonzept“

Bearbeitungsziel:

Verbesserung des Informationskonzepts über die Gefährdungen und eigene sowie staatliche Schutzmöglichkeiten.

In der Regie der Länder:

● Arbeitsgruppe „Bestandsaufnahme des Hilfspotentials“

Bearbeitungsziel:

1. Erarbeitung von Kriterien für die Bestandsaufnahme des gesamten in Betracht zu ziehenden Hilfspotentials im Bundesgebiet, einschließlich besonderer personeller und materieller Ressourcen der Privatwirtschaft und von wissenschaftlichen Einrichtungen.
2. Festlegung von Verfahren für die Durchführung und Fortschreibung der Bestandsaufnahme sowie hinsichtlich der bedarfsgerechten Nutzung des Datenmaterials.

● Arbeitsgruppe „Vereinheitlichung der Katastrophenschutzpläne“

Bearbeitungsziel:

Erarbeitung von Rahmenempfehlungen für die einheitliche Aufstellung von allgemeinen und besonderen Katastrophenplänen auf Landes- und Kommunalebene, einschließlich der Berücksichtigung besonderer Gefahrenlagen auch unterhalb der Katastrophenschwelle.

BMI strebt eine Reihe von Beschaffungsmaßnahmen an

Daneben wurde ein Katalog von weiteren Vorhaben erarbeitet, die aus der Sicht des Katastrophenschutzes im Hinblick auf die Bewältigung großflächiger und länderübergreifender Gefährdungslagen ungeachtet der Zuständigkeit der Behandlung bedürfen. Hierbei wurde zwischen kurzfristig, mittelfristig und längerfristig zu erledigende Angelegenheiten unterschieden sowie eine Aussage über die Zuständigkeit getroffen.

Der BMI strebt schon für das Haushaltsjahr 1987 eine Reihe von Beschaffungsmaßnahmen an, die im wesentlichen der Erhöhung der Meßkapazität dienen, und zwar:

1. Ertüchtigung der Einheiten und Einrichtungen aller Fachdienste des Katastrophenschutzes für die Messungen schwacher Oberflächenverstrahlung und zur Feststellung des Dekontaminationsgrades durch Beschaffung von Kontaminationsnachweisgeräten.
2. Beschaffung von Stabdosisimetern und leichten Kontaminations-Schutzanzügen zum Eigenschutz der Helfer, die die Kontaminations-Nachweisgeräte zu bedienen haben.
3. Aufstellung von einigen zusätzlichen ABC-Zügen zur Aufstockung der vorhan-

denen 245 ABC-Züge. Sie sollen in Gebieten aufgestellt werden, in denen sich bisher keine ABC-Einheiten befinden. Die Länder werden hierzu Vorschläge unterbreiten.

4. Ertüchtigung der Meßstellen des Warndienstes zur Messung friedensmäßig relevanter Gammadosisleistungen durch Einführung von zusätzlichen Geräten der zweiten Generation.

Außerdem wird geprüft, welche Ausbildungslehrgänge für die Führungskräfte des erweiterten Katastrophenschutzes bei einem Einsatz in großflächigen radiologi-

schen Notfallsituationen aufgestockt bzw. inhaltlich erweitert werden müssen. Auch diese Maßnahme erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen, die im Ernstfall für die Abwehrmaßnahmen vor Ort zuständig sind.

Großflächige, grenzüberschreitende Risiken, wie der Reaktorunfall in Tschernobyl, erfordern nicht nur angemessene Vorkehrungen im nationalen Bereich. Ihre optimale Bekämpfung setzt darüber hinaus eine funktionierende internationale Zusammenarbeit voraus. Zu diesem Zweck hat der Bundesminister des Innern bilaterale Hilfe-

leistungsabkommen mit Frankreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark und der Schweiz geschlossen. Mit Österreich und den Niederlanden laufen z. Z. Verhandlungen; mit der CSSR sind erste Kontakte aufgenommen worden.

Darüber hinaus hat der BMI die Bundesregierung in den Verhandlungen vertreten, die in der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien geführt worden sind, um den Entwurf einer Ende September verabschiedeten internationalen Konvention über die gegenseitige Hilfeleistung bei kerntechnischen Störfällen zu erarbeiten.

20 Jahre Akademie für zivile Verteidigung

Fragen an den Präsidenten

Dr. Werner Schmitt beantwortet Fragen des „Zivilschutz-Magazins“



„Eine Akademie hat Geburtstag“ – so lautete der Titel eines ausführlichen Berichts im „Zivilschutz-Magazin“ 7–8/86 anlässlich des 20jährigen Bestehens der Akademie für zivile Verteidigung (AkzV) in Bonn-Bad Godesberg.

Mit dem Präsidenten der AkzV, Dr. Werner Schmitt, sprach das „Zivilschutz-Magazin“.

ZS-Magazin: 20 Jahre Akademie für zivile Verteidigung – auch ein Anlaß für Sie als Präsident der Akademie, nach nunmehr dreijähriger Amtszeit ein Resümee Ihrer Erwartungen und Erfahrungen zu ziehen?

Dr. Schmitt: Die Akademie und ihre Aufgaben waren mir, als ich 1983 mein Amt antrat, nicht eigentlich fremd. Vom Bundesministerium des Innern aus hatte ich die AkzV mit aus der Taufe gehoben und war bis 1970 ihr erster Fachaufsichtsreferent. Um so interessanter für mich, bei meiner Rückkehr zur zivilen Verteidigung nach 13jähriger Beschäftigung mit ganz anderen Fragen eine Bilanz der inzwischen erzielten Fortschritte oder der verbliebenen Schwächen zu ziehen.

Die Akademie selbst fand ich vorzüglich organisiert, den von ihr zu vermittelnden Lehrstoff umfassend und in fachlich hoher Qua-

lität aufbereitet. Wer meinen Vorgänger, Dr. Dr. Eichstädt, kannte, wird nichts anderes erwartet haben.

Die Analyse des Bereitschaftsstandes der zivilen Verteidigung ergab Licht und Schatten. Bedeutende Fortschritte in vielen Bereichen sind unverkennbar. Die meisten Sicherstellungsgesetze sind mit Durchführungsverordnungen ausgestattet und damit praktikabel geworden. Die langjährige Arbeit der mit ZV-Aufgaben betrauten Bediensteten in Bund und Ländern hat Früchte getragen. Viele Planungen und Verfahren für den Ernstfall wurden entwickelt, und viele Vorbereitungsmaßnahmen konnten bereits realisiert werden. Die Nato-Übungen der WINTEX-Serie wurden zu Übungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMEX) erweitert; der in den 60er Jahren noch zarte Gedanke der Gesamtverteidigung hat sich prinzipiell durchgesetzt.

Natürlich fand ich auch Defizite; beim Schutzraumbau etwa, der Regelung des gesundheitlichen Zivilschutzes oder den praktischen Möglichkeiten des Objektschutzes. Hier kommt erschwerend hinzu, daß sich das politisch-psychologische Umfeld für Vorhaben der zivilen Verteidigung während der letzten Jahre nicht verbessert

hat. Neben verständlicher und ehrlicher Aufklärung der Bevölkerung ist zur Abhilfe wohl vor allem ein überzeugendes Bekenntnis aller verantwortlichen Politiker zu den für richtig befundenen verteidigungspolitischen Konzeptionen vonnöten. In mancher Hinsicht könnten auch Ereignisse wie Tschernobyl oder die Terroristenanschläge das Bewußtsein um die Notwendigkeit eigenverantwortlicher und staatlicher Maßnahmen zum Schutz unserer Gesellschaft fördern.

Auch die AkzV leistet ihren Beitrag zur Aufhellung der Schattenseiten, und dies nicht nur im Unterricht ihren Hörern gegenüber. Zwar besitzt sie selbst keine politische oder administrative Handlungskompetenz, kann zivile Verteidigung also selbst nicht unmittelbar gestalten. Aber auch „nur“ beratend, anregend, mahnend oder vermittelnd ist sie nicht ganz ohne Einfluß. Dabei kommen ihr die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Hörsälen zugute, die sie an die konzipierenden und entscheidenden Stellen weitergeben kann; auch an dieser Stelle sei unseren Lehrgangsteilnehmern dafür gedankt.

ZS-Magazin: Was macht die besondere Bedeutung der Akademie aus?

Dr. Schmitt: Vor allem ihre umfassende Zuständigkeit. Die AkzV ist die einzige Institution des Bundes, die alle Bereiche der zivilen Verteidigung kraft ausdrücklicher Aufgabenzuweisung unmittelbar und gleichgewichtig abzudecken hat – wenn auch nur zur Wahrnehmung ihres spezifischen, insbesondere des Lehrauftrages. Gegenstand ihrer Fortbildungsveranstaltungen und sonstigen Aktivitäten sind danach die national zu planenden Maßnahmen der zivilen Verteidigung ebenso wie die zivile Nato-Verteidigung; die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der drei Staatsgewalten ebenso wie der Zivilschutz; der große Bereich der Versorgung mit den Fachteilen Ernährung, gewerbliche Wirtschaft, Energie, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Arbeitskräfte usw. ebenso wie die notwendige zivile Unterstützung der Streitkräfte. In der Institution der Akademie selbst wird zivile Verteidigung als einheitlicher Komplex deutlich. Ein Stab von Dozenten der verschiedensten Fachrichtungen macht die Wahrnehmung dieser breit gefächerten Aufgaben möglich.

Es ist eine ressortübergreifende und alle Verwaltungsebenen und Staatsgewalten einschließende Zuständigkeit. Das erleichtert die Gesamtschau. Die Verdeutlichung der vielfältigen fachlichen Verzahnungen und Querbezüge, also der wechselseitigen Auswirkungen und Abhängigkeiten zwischen den verteidigungsbedeutsamen Vorhaben der einzelnen Fachbereiche und Verwaltungsebenen ist daher ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Darüber hinaus werden, ganz im Sinne der Gesamtverteidigung, die Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Verteidigung eingehend behandelt. Auch dies ein Aspekt, der zu den Besonderheiten der Akademie zählt.

ZS-Magazin: *Zivile Verteidigung ist kein „verkaufsträchtiges“ Thema. Beeinflusst dies die allgemeine Entwicklung der Hörerzahlen der Akademie oder das Interesse, das sie findet?*

Dr. Schmitt: Nein, ganz im Gegenteil: Wir registrieren einen beträchtlichen Andrang bei praktisch allen Lehrgangsarten. Unsere Hörer sind durchweg an konstruktiver Auseinandersetzung und ernsthafter Fortbildung interessiert. Natürlich gibt es auch Skepsis oder grundsätzliche Kritik; aber eben dort muß unsere Überzeugungsarbeit ansetzen. Auf unseren Auftrag und unser Programm können und dürfen solche Vorbehalte jedenfalls keinen Einfluß haben.

Lehrgangsteilnehmer wie entsendende Dienststellen wissen in aller Regel, daß die Vorsorgemaßnahmen der zivilen Verteidigung notwendig sind: für weitere 40 Jahre Frieden; für einen Mindestschutz unserer Bevölkerung, falls andere dies wider Erwarten doch notwendig machen sollten; oder

vielleicht auch zum allgemeinen Nutzen im Falle einer Katastrophe oder sonstigen Notlage im Frieden.

ZS-Magazin: *Wer sind die Teilnehmer in Ihren Lehrgängen? Gibt es einen Schlüssel, nach dem einzelne Bundesländer ein Teilnehmerpotential zur Akademie nach Bonn entsenden können?*

Dr. Schmitt: Ja, es gibt einen solchen Schlüssel, nach dem die Bundesländer, aber auch die Bundesressorts, die deutschen und verbündeten Streitkräfte oder die Wirtschaft bestimmte Lehrgangsplätze besetzen können. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach von uns vorgegebenen allgemeinen Kriterien durch die entsendenden Stellen, die Einladung dann selbst unmittelbar durch die Akademie.

Die Lehrgangsteilnehmer aus dem öffentlichen Dienst – das ist die große Mehrheit – stammen aus allen Fachsparten und Verwaltungsebenen. Sie haben Schlüsselfunktionen im Bereich der zivilen Verteidigung inne oder sind für solche Funktionen im Krisenfall vorgesehen. Meist handelt es sich um Angehörige des höheren oder des gehobenen Dienstes.

Leider können wir den tatsächlichen Bedarf an Lehrgangsplätzen schon heute nicht decken, weil unsere personellen und räumlichen Möglichkeiten Grenzen setzen. Da die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Lehrgängen aus lernpsychologischen Gründen künftig deutlich gesenkt werden muß, wird das Kapazitäts-Problem noch erhebliche Konflikte aufwerfen, die grundsätzliche Fragen der Struktur der Akademie betreffen.

ZS-Magazin: *Gibt es Lehrgänge, die besonders stark frequentiert sind?*

Dr. Schmitt: Die Zahl der Absolventen bestimmter Lehrgänge wird praktisch weniger durch die Nachfrage als vielmehr durch das Lehrgangsangebot bestimmt. Dennoch können wir gewisse Vorlieben feststellen, und wir versuchen, im Rahmen gewisser Grenzen hier auch Schwerpunkte zu bilden. Die Lehrpläne z. B., bei denen die didaktischen Mittel den unmittelbaren Praxisbezug unterstreichen, sind besonders begehrt; für uns übrigens ein Anlaß, ganz allgemein der Anpassung von Methodik und Didaktik an die Erfordernisse der modernen Erwachsenenbildung sowie der Rückkopplung mit der Praxis erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Im übrigen aber sind wir gehalten, ein inhaltlich ausgewogenes Lehrgangsprogramm anzubieten, das den Interessierten aller einschlägigen Fachrichtungen die Fortbildung ermöglicht. Basiskurse laufen dabei natürlich häufiger als Fachkurse, in denen spezielle Materien – Ernährungssi-

cherstellung z. B. oder Probleme des Straßenverkehrs in der Krise – behandelt werden.

ZS-Magazin: *Entfaltet die Akademie Aktivitäten auch außerhalb ihres eigenen Hörsaales?*

Dr. Schmitt: Die Lehrgänge in unserer Dienststelle in Bonn stellen tatsächlich nur einen Teil – wenn auch einen sehr wichtigen – unserer Arbeit dar. Die Akademie lehrt aber auch in Außenveranstaltungen. So führen wir die schon erwähnten Lehrpläne mit zunehmender Häufigkeit in verkürzter Form auch in den Bundesländern selbst auf; unsere Hörer dort sind Spitzenrepräsentanten der mittleren und unteren Verwaltungsebene, also Regierungspräsidenten, Landräte usw., die zu einwöchigen Lehrgängen in Bonn nur schwer abkömmlich wären. Vielfach beteiligen wir uns auch an Lehrveranstaltungen, die die Bundesländer im Rahmen ihrer eigenen Fortbildungstätigkeit durchführen. Ähnliche Kontakte bestehen zur Bundeswehr; hier geht es vorwiegend um zivil-militärische Zusammenarbeit. Mit unserer Vortragstätigkeit erreichen wir den exklusiven Kreis führender Wirtschaftler ebenso wie die Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz, die kritische Universität ebenso wie die ins Ausland gehenden Militärtattachés. Und natürlich pflegen wir auch Beziehungen zu vergleichbaren Fortbildungseinrichtungen des Auslandes; ein Dozent unserer britischen Schwester-Akademie wird noch in diesem Jahr eine mehrtägige Einweisung bei uns absolvieren.

Fortbildung und Lehre sind allerdings nur eine von mehreren Aufgaben der AkzV. So obliegt es uns vor allem auch, die Nato-Übungen der WINTEX-CIMEX-Serie für die nationale zivile Seite vorzubereiten und auszuwerten; in diesen Übungen stellt die Akademie den Obersten Zivilen Leitungsstab.

Aus alledem wird deutlich: Die Akademie wirkt als Multiplikator, ihr Rat ist vielfach gefragt und offenbar auch geschätzt, und auch hieraus ergeben sich zwangsläufig indirekte Gestaltungsmöglichkeiten.

ZS-Magazin: *Welche Schwerpunkte möchten Sie persönlich für die zukünftige Arbeit der Akademie setzen?*

Dr. Schmitt: Ich wünsche mir ein noch stärkeres Herausarbeiten und Verdeutlichen der vielschichtigen Zusammenhänge und Querverbindungen zwischen den verteidigungsbezogenen Planungen und Maßnahmen der verschiedenen Fachbereiche und Verwaltungsebenen. Die WINTEX-CIMEX-Übungen haben gezeigt, daß hier noch mehr Einfühlungsvermögen und Verständnis notwendig ist.

Es liegt mir auch daran, die Notwendigkeit der zivilen Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung noch zwingender herauszustellen, um verbliebene Defizite in der Einschätzung der zivilen Komponente und daraus gelegentlich resultierende Benachteiligungen abzubauen.

Ein Schwerpunkt sind natürlich auch neu auftauchende Themen und Fragen, zu denen unsere Hörer alsbald Näheres wissen möchten. Ein novelliertes Zivilschutzgesetz oder eine neue Warnkonzeption – beides z. Zt. in Arbeit – könnten hier bald praktische Beispiele sein.

Auch einige ältere, immer noch ungelöste Probleme möchte ich bewußter machen, weil der Hinweis auf Lücken Anstöße geben kann.

Voraussetzung für jedes erfolgreiche Wirken der Akademie ist allerdings die enge fachliche Zusammenarbeit mit den ZV-betroffenen Bundesressorts und den Bundesländern. Ohne solche engen Kontakte sind Aktualität und Praxisnähe insbesondere unserer Lehrveranstaltungen nicht denkbar. Hier sehe ich einen prozeduralen Schwerpunkt. Die AkzV ist dankbar, daß ihr in manchen Bereichen die notwendige Hilfe schon bisher zuteil wird. Sie hat ihrerseits begonnen, die Außenkontakte zu verstärken.

ZS-Magazin: *Welche Zukunftsperspektiven sehen Sie für die Akademie?*

Dr. Schmitt: Die zivile Verteidigung wird als untrennbares Element der Gesamtverteidigung und damit der Sicherheitspolitik auch in überschaubarer Zukunft unverzichtbar sein. Der Fortbildungsbedarf in diesem Bereich wird bleiben, weil noch Nachholbedarf besteht und durch den recht schnellen Personalwechsel in der zivilen Verwaltung immer neuer Bedarf entstehen wird. Aus- und Fortbildung aber ist das A und O der Vorbereitungen auf den nicht gewollten und nicht wahrscheinlichen, aber doch nicht gänzlich auszuschließenden Ernstfall: Was nicht geübt ist, wird dann nicht klappen.

ZS-Magazin: *Die Akademie als solche wird also bleiben. Doch wohin wird sie sich entwickeln?*

Dr. Schmitt: Von den begrenzten Kapazitäten der AkzV sprach ich vorhin schon. Vielleicht gelingt es einmal, durch Vergrößerung des Lehrkörpers und der Ausbildungsstätte die Möglichkeit für ein erweitertes Lehrangebot zu schaffen. Dann könnte die Zahl der jeweiligen Lehrgangsteilnehmer ohne Ausbildungseinbuße auf ein pädagogisch vernünftigeres Maß herabgefahren werden; dann könnte der Nachholbedarf allmählich abgebaut werden; dann könnten vor allem auch die Lehrinhalte stärker differenziert, es könnte mithin

besser auf die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in den Ländern, auf den unterschiedlichen Stand der Planungen und Vorbereitungen dort, auf die unterschiedlichen Vorkenntnisse der Lehrgangsteilnehmer und auf ihre unterschiedlichen Funktionen und Fachinteressen abgestellt werden. Eigentlich sehr gewichtige Gründe, die für die Realisierung solcher Zielvorstellungen sprechen.

Ohne weiteres erreichbar scheint mir ein zweites Ziel: Die Abstimmung mit den Bundes- und Landesministerien jeweils einer bestimmten Fachrichtung über die Konzeption geschlossener, Verwaltungsebenen übergreifender Fortbildungsgänge, in denen der Bund – also die Akademie – und die Länder jeweils bestimmte, sich ergänzende und gegenseitig bedingende Abschnitte und Aufgaben zu übernehmen haben. Die AkzV vermittelt Wissen und Wertungen vornehmlich aus der Sicht des Bun-

des, auch wenn dieser Stoff durch beispielhafte Erörterung von Regelungen und Praktiken der Länder angereichert ist. Grundsätzlich liegt die Zielsetzung der Akademie nicht in der Heranführung an „handwerkliche“ Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern in der generellen, länder- und disziplinübergreifenden Information und Schulung. Hier sehen wir die Abgrenzung zu den Lehrprogrammen und Lehrinhalten vergleichbarer Fortbildungseinrichtungen der Länder, und hier auch unseren Part in den angestrebten einheitlichen Fortbildungsgängen. Vor allem auf dem Gebiet der Ernährungssicherstellung sind wir in diesem Sinne schon auf dem besten Wege. Am Ende dieser Entwicklung könnte der Besuch eines curricular wohl-angepaßten Lehrgangs der AkzV förmliche Voraussetzung für die Übertragung bestimmter ZV-Funktionen in den Verwaltungsbehörden auch der Länder sein.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Malteser-Hilfsdienst in Aachen sucht für seine Diözesangeschäftsstelle zum 1. Januar 1987 einen

Diözesan-Katastrophenschutz-Referenten.

Zu den Schwerpunktaufgaben gehören:

- Bearbeitung aller Katastrophenschutz-Angelegenheiten auf Diözesanebene
- Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien im friedensmäßigen und erweiterten Katastrophenschutz
- Abrechnung von öffentlichen Katastrophenschutzmitteln (Land NRW, Bund etc.)
- Bearbeitung aller Ausbildungsfragen im Katastrophenschutz
- Beratung von Führungskräften im Katastrophenschutz, von Beauftragten und ehrenamtlichen Kräften.

Die Bewältigung dieser vielseitigen und verantwortungsvollen Tätigkeit erfordert eine Persönlichkeit, die neben fundiertem Fachwissen auch über das notwendige Fingerspitzengefühl, Organisationstalent, Einsatzwillen und Durchsetzungsvermögen verfügt und im Umgang mit finanziellen Mitteln erfahren ist. Um sein Aufgabengebiet erfüllen zu können, erwarten wir außerdem den Nachweis einer abgeschlossenen Berufsausbildung im Verwaltungs- sowie langjährige Erfahrung im Katastrophenschutz-Bereich. EDV-Kenntnisse sind erwünscht.

Neben den erforderlichen Qualifikationen setzen wir selbständiges Arbeiten und die Bereitschaft zu überdurchschnittlichem Engagement voraus.

Als kirchliche Hilfsorganisation erwarten wir eine lebendige Verbindung zur katholischen Kirche.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an:

Malteser-Hilfsdienst e.V.
Diözesangeschäftsstelle
z. Hd. Herrn Fegers
Ludwigsallee 57, 5100 Aachen

Probleme des Brand- und Katastrophenschutzes im Zusammenhang mit dem Transport gefährlicher Güter

Die Komplexität des Problems und seine bundesweite Relevanz erfordern eine gemeinsame Lösung

I. Vorbemerkung

Der Transport gefährlicher Güter über die Verkehrswege unseres Landes nimmt ständig zu; 1984 waren es bereits mehr als 230 Mio. t. Insbesondere für die Kommunen bedeutet dieses komplexe Risiko eine Herausforderung, der, vor allem in ländlichen Regionen, die Feuerwehren, und hier wiederum insbesondere die freiwilligen Feuerwehren, nicht immer gewachsen sein dürften. Der Beirat „Katastrophenschutz“ des Deutschen Städtetages hat sich daher dieses Themas bereits vor längerer Zeit angenommen, um die konzeptionellen, systematischen, materiellen und personellen Voraussetzungen für eine Optimierung der Gefahren**bekämpfung** durch die Kommunen zu schaffen. Der BMI ist an diesen Gesprächen beteiligt, ebenso wie an den entsprechenden Erörterungen, die die Länder in dem zuständigen Arbeitskreis V der IMK über dieses Thema führen. Die Komplexität des Problems und seine bundesweite Relevanz lassen es geboten erscheinen, daß Bund, Länder und Kommunen gemeinsam nach Lösungen suchen, die die Regelung der Gefahren**bekämpfung** beim Transport gefährlicher Güter auf eine bundeseinheitliche Grundlage stellen oder zumindest durch gleichgerichtete, abgestimmte Leitsätze bzw. Leitlinien harmonisieren. Die Situation ist insoweit vergleichbar mit derjenigen Anfang der 70er Jahre, als es darum ging, einer Auseinanderentwicklung des Katastrophenschutzrechts von Bund und Ländern durch gemeinsam akzeptierte **essentia** zu begegnen. Seinerzeit hatten die Länder nach intensiven Gesprächen mit dem BMI zu diesem Zweck die „Leitlinien für regelungsbedürftige und regelungsfähige Materien im Katastrophenschutz der Länder“ vom 20. Juli 1975 verabschiedet. Sie enthalten Empfehlungen zu einheitli-

chen Begriffsdefinitionen und Tatbestandsregelungen im Katastrophenschutz und stellten eine wichtige Orientierungshilfe für die Länder bei der Vorbereitung ihrer Katastrophenschutzgesetze dar. Darüber hinaus haben die Länder in Umsetzung der Erfahrungen aus den Großkatastrophen Ende der 70er Jahre in der IMK die „Leitsätze zur Verbesserung des Brand- und Katastrophenschutzes“ beschlossen.

Die IMK wird auch im vorliegenden Fall einen ähnlichen Weg beschreiten. Sie hat daher den BMI gebeten, zunächst einmal eine Gesamtschau der Sach- und Problemlage zu erarbeiten und in die Diskussion einzuführen. Das vorläufige Ergebnis der bisherigen Recherchen hat seinen Niederschlag

in einer Auflistung von Sachproblemen, die sich der Gefahrenbekämpfungsseite stellen, gefunden, aber auch u. a. zu der wichtigen Frage geführt, wie der Wissenstransfer, z. B. von den Stellen, die Sicherheitstechnik und Sicherheitsnormen produzieren, zu der Gefahrenbekämpfungsseite hin und umgekehrt institutionell gewährleistet werden kann.

Das bisher vorliegende Untersuchungsergebnis ist m. E. so interessant, daß es im folgenden mit dem Ziel dargestellt wird, die Diskussion auf breiter Ebene, insbesondere auch unter Fachleuten der „technischen“ Katastrophenschutzorganisationen, d. h. der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks, zu beleben.



Die Kontrolle gefährlicher Stoffe durch den Hersteller ist kaum mehr möglich, wenn Schadensereignisse, etwa durch Transportunfälle, in Gang gesetzt werden.

II. Problemlage

Die Allgemeinheit hat einen Anspruch darauf, vor den Gefahren der technischen Entwicklung und den Risiken der Industriegesellschaft – soweit wie irgend möglich – geschützt zu werden. Von daher ist es Pflicht des Gesetzgebers, Vorschriften zu erlassen, die hohe Sicherheit gewährleisten und Unfälle nach Möglichkeit verhindern.

Die deutschen Gefahrgutvorschriften entsprechen einem anerkannt hohen Sicherheitsstandard und werden aufgrund neuer Erfahrungen und Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik sowie unter Berücksichtigung von Beschlüssen und Empfehlungen der Vereinten Nationen und anderer zuständiger internationaler Gremien laufend überprüft und weiterentwickelt. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Verpackung, Kennzeichnung und Verladung der Gefahrgüter, der Ausbildung der Fahrzeugführer sowie dem Bau, der Ausrüstung und der Überprüfung der Fahrzeuge.

Die besten Vorschriften allein gewährleisten aber noch nicht die Sicherheit der Menschen vor den Gefahren, die mit dem Transport gefährlicher Güter verbunden sein können. Entscheidend ist, daß auch alle Betroffenen in Industrie, Handel und im Verkehrsgewerbe sich ihrer großen Verantwortung bewußt sind und die zum Schutze der Bevölkerung und der Umwelt erlassenen Sicherheitsvorschriften einhalten.

Trotz aller Vorkehrungen können Unfälle mit gefährlichen Stoffen jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Den für die Gefahrenbekämpfung zuständigen Stellen kommt deshalb ein hohes Maß an Verantwortung für den Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Bevölkerung und von Sachwerten bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen zu. Bedingt durch die Verdreifachung der Produktion der chemischen Industrie in den letzten zehn Jahren wurden nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes jährlich ca. 230 Mio. t Gefahrgüter befördert. Hieraus resultieren Gefährdungspotentiale, die die Umwelt und die in ihr lebende Bevölkerung vielfachen Risiken aussetzen. So ereigneten sich beim Transport wassergefährdender Stoffe, die zu etwa 95% auch gefährliche Güter im Sinne der Transportvorschriften sind, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Zeitraum von 1975 bis 1983 insgesamt 4 875 Unfälle (einschließlich Unfälle beim Be- und Entladen).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf gefährliche Stoffe im Sinne der Gefahrgutvorschriften. Ihre Vielzahl und die Unterschiedlichkeit des Risikocharakters der Stoffe stellen die Einheiten der Gefahrenbekämpfung vor eine komplexe Situation, die durch folgende Besonderheiten gekennzeichnet ist:

1. Transportrisiko

Mit der Trennung des auf dem Transport befindlichen Gefahrguts von der Produktionsstätte ist die Kontrolle gefährlicher Stoffe durch den Hersteller kaum möglich, wenn Schadensereignisse in Gang gesetzt werden, u. a. durch:

- Transport-, Ent-, Be- und Umladeunfälle, die durch menschliches Versagen herbeigeführt werden,
- technische Mängel,
- Verkehrsunfälle,
- Naturereignisse,
- Eingriffe Unbefugter.

2. Gefahrenbekämpfungsprobleme

Aus den Besonderheiten der Transportverfahren resultieren für die Gefahrenbekämpfung eine Reihe von Problemen, die sich auf zwei Ebenen zusammenfassen lassen.

2.1 Informationslücken

Während des Transportes werden gefährliche Güter von ihren Produktionsstätten und damit auch von dem Hersteller als dem originären Träger wichtiger Informationen im Falle einer Schadensbekämpfung getrennt. Bei Unfällen mit gefährlichen Gütern sind den Einheiten der Gefahren**bekämpfung** die aus dem jeweiligen Stoff resultierenden Gefahren nicht immer bekannt. Dies führt zu Unsicherheiten hinsichtlich der zu ergreifenden Bekämpfungs- und Sicherungsmaßnahmen und damit zwangsläufig zu Zeitverlusten bei der Einsatzabwicklung.

Die Ursachen hierfür können einmal darin liegen, daß die zur Informationsübermittlung getroffenen Maßnahmen nicht greifen können, z. B. weil die am Fahrzeug befindlichen Begleitpapiere durch die Unfallfolgen vernichtet worden sind oder weil der Fahrer des Kraftfahrzeuges, soweit er als Informant in Betracht käme, etwa infolge Verletzung oder Unfallschocks, ausgefallen ist. Manchmal enthält auch die Gefahrgutliteratur noch keine Angaben über bestimmte Stoffe, so daß die Einheiten der Gefahrenbekämpfung nicht über den an sich notwendigen Informationsstand für die Bekämpfung der von gefährlichen Gütern ausgehenden Gefahren verfügen können. Diese Lücke wäre durch einen Informationstransfer vom Produzenten über den Beförderer hin zur Gefahren**bekämpfungsseite** zu schließen.

2.2 Struktur des Gefahrenabwehrsystems

Diese Informationsdefizite werden bei der Mobilität der Gefahrenherde durch das Fehlen eines durchgängig auf hohem Niveau stehenden flächendeckenden Gefahren**bekämpfungssystems** noch verschärft.

Das duale System aus professionellen und freiwilligen Einheiten (Berufsfeuerwehr – Freiwillige Feuerwehr – Katastrophenschutz-Einheiten) hat, abgestuft nach dem Grad der Professionalität, erhebliche Unterschiede in der Ausbildung und Ausstattung zur Folge.

III. Lösungsansätze

Die Probleme der Gefahrenbekämpfung können sicher nicht vollständig gelöst, wohl aber durch ein Bündel von Maßnahmen wesentlich entschärft werden. Die wichtigsten werden im folgenden dargestellt:

1. Informationsübermittlung aufgrund von Gefahrgutvorschriften

Die Gefahrgutvorschriften leisten ohne jeden Zweifel einen entscheidenden Beitrag zur Risikominderung und zur Schadensbekämpfung bei Unfällen mit gefährlichen Gütern. Durch die vorgeschriebene Kennzeichnung und die Angaben in den Begleitpapieren, im Falle der Beförderung in Tanks durch die Nummern auf den orangefarbenen Warntafeln, ist eine Stoff- und Gefahrenidentifizierung stets möglich, vorausgesetzt, daß die Einheiten der Gefahrenbekämpfung sie am Unfallort vorfinden. Die am Fahrzeug mitgeführten Unfallmerkblätter enthalten zusätzliche kurzgefaßte Angaben über unmittelbar nach dem Unfall zu treffende **Sofortmaßnahmen**, denen jedoch weitere Maßnahmen folgen müssen, die ihrerseits einen weiteren Informationsbedarf auslösen. In Verbindung mit Handbüchern und kleineren Gefahrgutcomputern werden die Bedarfsträger der Gefahrenabwehr mit der erforderlichen Erstinformation versorgt. Die in den Unfallmerkblättern enthaltenen Anweisungen sind so gestaltet, daß Einsatzkräfte in der Lage sein dürften, zunächst danach zu verfahren. Bei professionellen Einheiten ist dies in der Regel auch der Fall. Freiwillige, ehrenamtlich tätige Helfer werden jedoch bei Unfällen mit bestimmten Chemieprodukten nicht selten überfordert sein. Dies gilt sowohl in bezug auf ihre Ausbildung, deren Dauer zwangsläufig begrenzt sein muß, als auch auch – bei kleineren Gemeinden – hinsichtlich ihrer Ausstattung.

Hieraus folgt die **Forderung der Gefahrenbekämpfungsseite**, dieses System noch **einfacher** und **übersichtlich** zu gestalten.

Das vom Bund erlassene Vorschriftenwerk zur **vorbeugenden** Gefahrenabwehr beim Transport gefährlicher Güter ist an internationale Bestimmungen angebunden. Hinzu kommen im nationalen Bereich Regelungen mit anderen Schutzzwecken, wie Wasserhaushaltsgesetz (vorrangig: Schutz des

Grundwassers, Einteilung der Güter in Wassergefährdungsklassen), Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (vorrangig: Regelungen für das Lagern sowie Be- und Entladen, Einteilung in Gefahrenklassen mit zur Zeit vom Verkehrsrecht abweichenden Kriterien), Gefahrstoffverordnung (Regelung des Schutzes des Menschen, der mit dem Stoff längere Zeit umgehen muß). Da die genannten Vorschriften von ihrer Anlage her nicht bzw. nicht in erster Linie auf die Bedürfnisse der Gefahren**bekämpfung** zugeschnitten sind, muß überlegt werden, ob und ggf. wie hierdurch bedingte etwaige nachteilige Folgen insbesondere für die Bekämpfung von Transportunfällen beseitigt bzw. vermieden werden können.

Für Informationen über das Gefahrgut zwecks Bekämpfung von Transportunfällen bietet sich für den Landverkehr das nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften vorgeschriebene Gefahreninformationssystem an:

1.1 Gefahrenzettel

Anhand der von den Vereinten Nationen weltweit vorgeschriebenen Gefahrenzettel mit bestimmten Symbolen, die auf die von dem Gefahrgut ausgehende Gefahr hinweisen, können sowohl Außenstehende als auch die Unfallhilfsdienste diese Gefahren erkennen.

1.2 Orangefarbene Warntafel

Gefahr-Nummer

Auf dem oberen Teil der orangefarbenen Warntafel wird die sogenannte „Gefahr-Nr.“

angegeben. Anhand der Ziffern (z. B. 6 = Giftigkeit, 22 = tiefgekühltes Gas) können die Unfallhilfsdienste erkennen, welche Gefahrenmerkmale der Stoff insgesamt besitzt.

Stoff-Nummer

Genauere Informationen über das Gefahrgut sind über die „Stoff-Nr.“ zu erhalten, die weltweit für jeden Stoff von den Vereinten Nationen festgelegt wird (sogenannte UN-Nr.).

Die Gefahr- und Stoffnummern sind auf orangefarbenen Warntafeln zur Zeit nur bei Beförderung in Tanks anzubringen. Eine Erweiterung auf die Kennzeichnung von Fahrzeugen, die gefährliche Güter als Stückgüter geladen haben, könnte den Unfallhilfsdiensten nützlich sein. Die Rechtssetzung ist insofern unvollständig, als verpackte gefährliche Güter auf Schiffen, die keine deutschen Häfen anlaufen und den Nord-Ostsee-Kanal im Transitverkehr passieren, im Gegensatz zu den o. g. Massengütern nicht in der Anlage III der Seeschiffsstraßen-Ordnung als anmeldepflichtige Güter, bei deren Beförderung von den Fahrzeugen besondere Gefahren ausgehen, aufgeführt sind.

Der Zugriff auf die Begleitpapiere würde im übrigen durch ihre einheitliche Unterbringung in den Fahrzeugen (Schiene, Straße usw.) erleichtert.

2. Stoffidentifizierung und weitere Stoffinformation

Falls die Informationsübermittlung aufgrund der Gefahrgutvorschriften durch Unfällein-

wirkung nicht möglich ist, müssen die bei einem Transportunfall wirksam werdenden Gefährdungspotentiale durch **Stoffidentifizierung** ermittelt werden.

Zur schnellen Abschätzung von Gefahren, die durch gefährliche Gase, Dämpfe und Aerosole nach Transportunfällen den Einsatzkräften und der Bevölkerung drohen, müssen

- den Einsatzkräften Geräte zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe qualitative und quantitative Aussagen über gefährliche Stoffe und Stoffgemische (z. B. auch Zersetzungsprodukte) kurzfristig möglich sind. Grundlage für die Konzeption solcher Geräte kann das für das Bundesministerium der Verteidigung entwickelte mobile Massenspektrometer sein. Die Geräte sollten den Bedingungen der Feuerwehrpraxis entsprechen und von speziell geschulten Angehörigen der Feuerwehr eingesetzt werden können.
- Praxisgerechte Untersuchungen über das Gefahrenpotential und über Möglichkeiten schadensbegrenzender Sofortmaßnahmen mit stoffbezogenen Eingreifrichtwerten (z. B. auf MAK-Wert-Basis) unter Berücksichtigung der Ausbreitung gefährlicher Wolken angestellt werden.

Entsprechendes gilt für den schnellen und zuverlässigen Rückgriff auf überörtliche Datenbanken, wie INFUCHS (Informationssystem für Umweltchemikalien und Störfälle) oder FIV (Fahrzeuginformationssystem der Deutschen Bundesbahn). Dies gilt insbesondere dann, wenn weitere Stoffinformationen zur weiteren Bekämpfung der Unfallfolgen über die Sofortmaßnahmen hinaus erforderlich sind.

Neben dem reinen Datentransfer ist über das TUIS-System des VCI (Verband der chemischen Industrie) bereits heute eine Beratung durch Fachleute oder die Unterstützung durch Hilfsmannschaften der chemischen Industrie am Unfallort möglich.

Als weitere Hilfsmittel zur Identifizierung der konkreten Gefahr sollten die 17 Giftinformationszentren des Bundesgesundheitsamtes in verschiedenen Städten der Bundesrepublik verstärkt nutzbar gemacht werden.

3. Organisation der Gefahrenbekämpfung

Ausbildung und Ausstattung der Einheiten der Gefahrenbekämpfung müssen den unterschiedlichsten Gefahrensituationen Rechnung tragen. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an Schutzkleidung, Spürgerät und Erstbekämpfungsmittel, die u. U. am Transportfahrzeug mitzuführen und gegen Unfälle zu sichern sind. Gleiches gilt für die Ausbildung in Bekämpfungsmethoden, -verfahren und -taktik, da die Risikobewältigung bei Gefahrguttransportunfällen ein umfangreiches chemisches Spezialwis-



Die orangefarbenen Warntafeln, hier an einem vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderten neuentwickelten Sicherheits-Satteltankzug, ermöglichen eine schnelle Identifizierung des Gefahrgutes.

sen voraussetzt. In der Ausbildung muß deshalb ein kontinuierlicher Wissenstransfer von dem Produzenten hin zu den Einheiten der Gefahrenbekämpfung erfolgen.

Die Effizienz von Ausbildungs- und Ausstattungskonzeptionen erfordert weiter ein hohes Maß an Einheitlichkeit, zumindest auf Landesebene, möglichst aber auch auf Bundesebene. Die Einrichtung von zentralen Übungsstätten, z. B. in Verbindung mit den Landesfeuerwehrschulen, ist wünschenswert.

Bedingt durch das Fehlen einer auf gleichem Niveau stehenden flächendeckenden **Gefahrenbekämpfung** entsteht ein hoher Kommunikationsaufwand zwischen den Einheiten der Gefahrenbekämpfung der Kommunen und anderen Trägern der Gefahrenabwehr (z. B. Deutsche Bundesbahn oder Werkfeuerwehren benachbarter Industriebetriebe). Dies erfordert die organisatorische Vorbereitung in Katastrophenschutz- und Einsatzplänen sowie in gemeinsamen Einsatzverfahren von öffentlichen und privaten Potentialen der Gefahrenbekämpfung.

In den einzelnen Bundesländern werden gerade auf diesem Gebiet besondere Anstrengungen unternommen. Die Feuerwehren werden durch Bildung von regionalen Schwerpunkten besser in die Lage versetzt, Gefahrgutunfälle zu bekämpfen. Weitere Verbesserungen sind durch Einführung DV-gestützter Informationssysteme anzustreben, die den kommunalen Trägern der Gefahrenbekämpfung ermöglichen, den Einsatzleitern vor Ort Unterstützung zu leisten.

Besondere Probleme ergeben sich für die Gefahrenbekämpfung im Zusammenhang mit dem Transport gefährlicher Güter auf dem Nord-Ostsee-Kanal. Durch abgestimmtes Handeln des Bundes, des Landes und der betroffenen Kommunen wird dort zwar für die Bekämpfung von Bränden und Ölschäden vorgesorgt. Für andere Unfälle, auch solche im Ausmaß einer Katastrophe, gibt es an Land nur die allgemeinen Vorkehrungen, aber keine auf andere besonderen Gefahrensituationen zugeschnittenen Maßnahmen. Dies ist unbefriedigend, weil gefährlich. In Kooperation von Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung des Bundes mit den Behörden des Landes und betroffenen Kommunen müssen angesichts der besonderen Gefahren folgende Punkte geklärt und ggf. durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden:

- Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliches Schadensausmaß
- Meldewege von der Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung zu den für die Gefahrenbekämpfung an Land zuständigen Stellen
- Zusammenarbeit zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden bei der **Schadensbekämpfung**

Die beim Transport von gefährlichen Gütern auf der Schiene entstehenden Gefahren können in vielen Fällen nur in Zusammenarbeit mit Spezialeinheiten der Deutschen Bundesbahn bewältigt werden.

(Fotos: Stadt Bergheim, Claes, Krupp)



- zusätzliche Ausbildung der Rettungseinheiten
- zusätzliche Ausrüstung der Rettungseinheiten
- Warnung der Bevölkerung
- Evakuierung der Bevölkerung

IV. Kooperationsverbund zwischen Bund und Ländern

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß die Bekämpfung von Unfällen beim Transport gefährlicher Güter, die nach der Verfassung in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt, durch eine Reihe von Faktoren, insbesondere das technische Sicherheitsrecht und das Verkehrsrecht, beeinflusst wird, die in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen. Es liegt auf der Hand, daß in den Bundesressorts bei der Erarbeitung dieser Vorschriften „stilles Wissen“ über die spezifische Problemstruktur der Gefahrenbekämpfung angesammelt wird. Dieses Wissen stets in die Überlegungen mit einzubeziehen, ist das spezielle Anliegen der Gefahrenbekämpfungsseite in bezug auf die Unterstützung durch die zuständigen Bundesressorts.

Die Verantwortlichen der Schadensbekämpfung sind bei der Ausarbeitung der unter III. angesprochenen Lösungsansätze auf die Zusammenarbeit mit den Bundesressorts vor allem bei folgenden Problemkomplexen angewiesen:

1. Verbesserung des Informationstransfers

Für die im Schadenfall notwendige schnell abrufbare schadensspezifische Information sind in den Datenbanken des Umweltbun-

desamtes wesentliche Informationen über gefährliche Stoffe bis hin zu Abwehrmaßnahmen gespeichert. Für die Träger der Schadensbekämpfung in den Bundesländern ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß der schnelle und zuverlässige Zugriff auf diese Datenbanken sichergestellt werden kann durch:

- 24-stündige Verfügbarkeit
- Herausziehen der einsatzbezogenen Daten und Informationen.

Dies ist zur Zeit noch nicht möglich. Es ist deshalb außerdem dringend erforderlich, daß bei Einrichtung und Ausbau solcher Stoffdatenbanken auch das Ziel verfolgt wird, ein Informationsinstrument für die Gefahrenbekämpfung zu schaffen, das praxiserprobte Informationskategorien besitzt.

Der Bund kann zur Informationsübermittlung im Schadenfall einen weiteren Beitrag leisten, daß er die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der 17 Giftinformationszentren durch deren Ausstattung mit EDV verbessert.

Die Einheiten der Gefahrenbekämpfung benötigen zur Informationsgewinnung über konkrete Gefährdungspotentiale nach einem Unfall einen hohen Informationsstand über die gegenwärtige Klassifizierung gefährlicher Stoffe und insbesondere deren Aktualisierung über neu hinzutretende Stoffe. Erkenntnisse über neue Stoffe, für die teilweise ein Beförderungsverbot besteht oder die wie ein „ähnlicher“ Stoff zu befördern sind, liegen beim BMV und bei den den BMV im Rahmen des Gefahrgutbeirates beratenden Stellen oftmals frühzeitig vor. Sie sollten durch einen Informationsverbund schnellstmöglich der **Gefahrenbekämpfungsseite** zur Verfügung gestellt bzw. in zentrale Stoffdatenbanken aufgenommen werden.

Um gefährliche Situationen und den Ablauf unkontrollierter Prozesse bei Unfällen mit gefährlichen Transportgütern zu vermeiden, hat der Bund ein umfassendes international abgestimmtes technisches Regelwerk erlassen. Wenn diese vorbeugenden Maßnahmen auch einen hohen Sicherheitsstandard gewährleisten, können sie gleichwohl nicht ausschließen, daß bei Unfällen dennoch Stoffe freigesetzt werden. In diesen Fällen haben sie unmittelbare Auswirkungen auf die in der Schadensbekämpfung zu ergreifenden Maßnahmen, etwa durch die Auslegung von Sicherheitsventilen, Bergungsvorrichtungen an Tanks oder die Widerstandsfähigkeit einer Verpackung gegen Hitzeeinwirkung. Auf seiten der Gefahrenbekämpfung besteht deshalb das Bedürfnis, über Entwicklungen auf diesem Sektor so schnell wie möglich informiert zu werden. Hier ist neben dem Aufgabenbereich des BMV auch der des BMA angesprochen, der für jegliche Transporte gefährlicher Stoffe innerhalb von Betrieben sowie für den Schutz des beim Transport beschäftigten Personals beim Be- und Entladen zuständig ist.

Daneben genehmigt der BMA spezifische Regelungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Form von Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und Sicherheitsblättern, die im obigen Sinne Auswirkungen auf die Schadensbekämpfung besitzeln können.

2. Beteiligung der Gefahrenbekämpfungsseite bei Systementscheidungen des Bundes und bei Forschungsvorhaben

Der Bund leistet einen Beitrag zur Sicherheit des Verkehrs durch die Kanalisierung der Güterströme über bestimmte Verkehrsträger wie Straße, Schiene oder Binnenwasserstraße. Entscheidungen auf diesem Gebiet beeinflussen maßgeblich die Anforderungen an Dislozierung und technische Ausstattung der Gefahrenbekämpfungsseite.

Daneben betreibt der Bund mit der Deutschen Bundesbahn ein eigenes „Verkehrsunternehmen“, das durch die Setzung spezifischer Gefahren, z. B. Tunnelstrecken, erhöhte Anforderungen an die Träger der Schadensbekämpfung stellt. Diese könnten in vielen Fällen nur in Zusammenarbeit mit Spezialeinheiten der Deutschen Bundesbahn bewältigt werden. Zur Zeit werden zwischen dem Bundesminister für Verkehr/Deutsche Bundesbahn, dem Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz und dem Deutschen Städtetag Verhandlungen über eine verstärkte Zusammenarbeit der Deutschen Bundesbahn mit den kommunalen Trägern der Schadensbekämpfung geführt.

In verschiedenen Bundesressorts werden Forschungsvorhaben (z. B. auf dem Gebiet kommunaler Sicherheitstechnologien) betrieben und statistische Daten erhoben, die auch für die Organisation der Gefahrenbekämpfung von Bedeutung sind.

Im Bundesministerium für Verkehr werden Daten über gefährliche Güter in Relation zu den jeweiligen Transportsystemen statistisch verarbeitet, um die Effektivität der vorbeugenden Bestimmungen zu messen und neue vorzubereiten.

In der Abteilung Reaktorsicherheit des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sind sowohl die Erfahrungen aus der Durchführung von Transporten radioaktiver Stoffe vorhanden, als auch Berichte, Gutachten, Veröffentlichungen, Risiko- und Sicherheitsanalysen der verschiedensten Forschungseinrichtungen, wie z. B. der Gesellschaft für Reaktorsicherheit.

Darüber hinaus betreibt der Bundesminister für Forschung und Technologie gezielte Forschungsvorhaben, die sowohl der **Vorbeugung gegen Gefahren** als auch deren **Abwehr** dienen. Hier sind insbesondere zu nennen: Datenverarbeitung/Datenübermittlung zur Identifizierung gefährlicher Stoffe, Ausstattungsvarianten (Schutzkleidung, Spürgeräte), Sicherheitstechniken (Behälter, Fahrzeuge), Ermittlung der Gefährdungspotentiale bestimmter Stoffe (nach Bedarf), Bekämpfungsmittel, medizinisch orientierte Forschungsprojekte.

Der Bundesminister des Innern und der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit leisten des weiteren Beiträge zur Organisation des Katastrophenschutzes im allgemeinen (Grundsatz des einheitlichen Katastrophenschutzes gemäß KatSG) und der Aufstellung von Kats-Plänen im besonderen. Hier ist auf die „Empfehlungen für die Aufstellung von Alarm- und Einsatzplänen für die Bekämpfung von Unfällen bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe“ vom 14. 4. 1978 und die „Rahmenempfehlungen für Einsatzmaßnahmen nach Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen vom 14. 12. 1982“ sowie auf die „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“ vom 17. 10. 1977 hinzuweisen.

3. Institutionalisierung der Beteiligung von Vertretern der Schadensbekämpfung

Ogleich der Vertreter der Länderressorts, der betroffenen Gewerkschaften und Verbände, wie auch der Berufsfeuerwehren in Gremien der Bundesressorts und auf dem Beteiligungswege an der Fortentwicklung der Vorschriften für den Transport gefährlicher Güter mitarbeiten, wurde in der Ver-

gangenheit der kontinuierliche, schnelle und direkte Informationsfluß bis hin zu den **Trägern der Gefahrenbekämpfung nicht immer sichergestellt**. Die zur Zeit vorherrschende Praxis, sich gegenseitig anlässlich von gelegentlich stattfindenden Veranstaltungen mit wechselnden, unterschiedlich kompetenten Teilnehmern zu informieren, hat diesem Bedürfnis letztlich nur zum Teil und insbesondere nicht systematisch Rechnung getragen.

V. Zusammenfassung

Auf den oben beschriebenen Feldern sollten die zuständigen Ressorts des Bundes nicht nur einseitig Beiträge zur Gefahrenbekämpfungsseite hin transferieren, sie sollten im Gegenzug auch die für den Erfolg ihrer Normgebung wichtige Rückkoppelung von den Bedarfsträgern der Gefahrenbekämpfung erhalten. Dieser Austausch kann angesichts der komplexen, von verschiedenen Sachzielen bestimmten Materie nur dann für beide Seiten fruchtbare Ergebnisse bringen, wenn er permanent und systematisch erfolgt. Dieses Ziel könnte am besten durch die Einrichtung einer zentralen „Clearing-Stelle“ erreicht werden, die durch permanente Beteiligung an den Vorhaben sowohl der Gefahrenbekämpfung als auch der vorbeugenden Normgebung in die Lage versetzt wird, Informationen und Beiträge zu gewichten und an die interessierten Bedarfsträger weiterzuleiten.

Bei der Errichtung dieser Clearing-Stelle ist zu berücksichtigen, daß der BMI als Ansprechpartner der Bundesländer für Fragen des Katastrophenschutzes fungiert. Er verfügt darüber hinaus für die aktuelle Bewältigung von Großkatastrophen über ein ständig zwischen seiner Lagezentrale und den Länderinnenministerien geschaltetes Fernmeldenetz. Als weiteres Koordinierungsinstrument ist seit 1979 beim BMI ein interministerieller Koordinierungsstab als Abstimmungsgremium auf Ressortebene eingerichtet worden. Auf die hierzu entwickelten Verfahrensregelungen kann zurückgegriffen werden.

Diese Überlegungen sind fortzuschreiben auf die Ziele des Arbeitsprogramms der Bundesregierung vom 1. September 1986. Darin ist die Einrichtung einer **zentralen Koordinierungsstelle** zur Bewältigung großflächiger Gefährdungslagen vorgesehen mit der Feststellung, daß der BMI hierfür die besten personellen, materiellen und kommunikativen Voraussetzungen bietet. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben wird darin bestehen, komprimiertes Wissen über die Risiken moderner Technologien, wie auch der zu ihrer Bekämpfung vorhandenen Potentiale permanent verfügbar zu machen. Sie sollte deshalb die Funktion der o. a. Clearing-Stelle mit übernehmen.

Größter Chemieunfall im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet entsetzte die Öffentlichkeit

Langzeitschäden für das ganze Ökosystem

Auf Großbrand in einer Halle des Sandoz-Konzerns folgten immer wieder neue Unfallmeldungen – Der Rhein ist tot

Zu einer Umweltzerstörung verheerenden Ausmaßes führte Anfang November der bisher größte Chemieunfall im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet. Bei einem Brand im Chemiekonzern Sandoz in Basel gelangte mit Chemikalien verseuchtes Löschwasser in den Rhein, hatte diesen rot gefärbt und ein verheerendes Fischsterben ausgelöst. Kurz nach dem Brand, dessen genaue Ursache noch nicht völlig geklärt ist, war von der Werksleitung nur zu erfahren, daß „geringe Schadstoffmengen in die Luft entwichen“ seien. Das furchtbare Ausmaß des Unfalls stellte sich erst später heraus.

Katastrophenalarm für die Basler Region

In der 6 000 Quadratmeter großen Lagerhalle des Sandoz-Konzerns war das Feuer kurz nach Mitternacht entdeckt worden. Zunächst sprach die Firmenleitung von „rund 800 Tonnen Chemikalien, darunter Insektenvernichtungsmittel und Quecksilber“, die verbrannten. Über der Brandstelle bildete sich eine stinkende Gas- und Rauchwolke, die Stickoxid und Schwefeldioxid enthielt. Sie hatte eine ätzende Wirkung auf die Atemorgane.

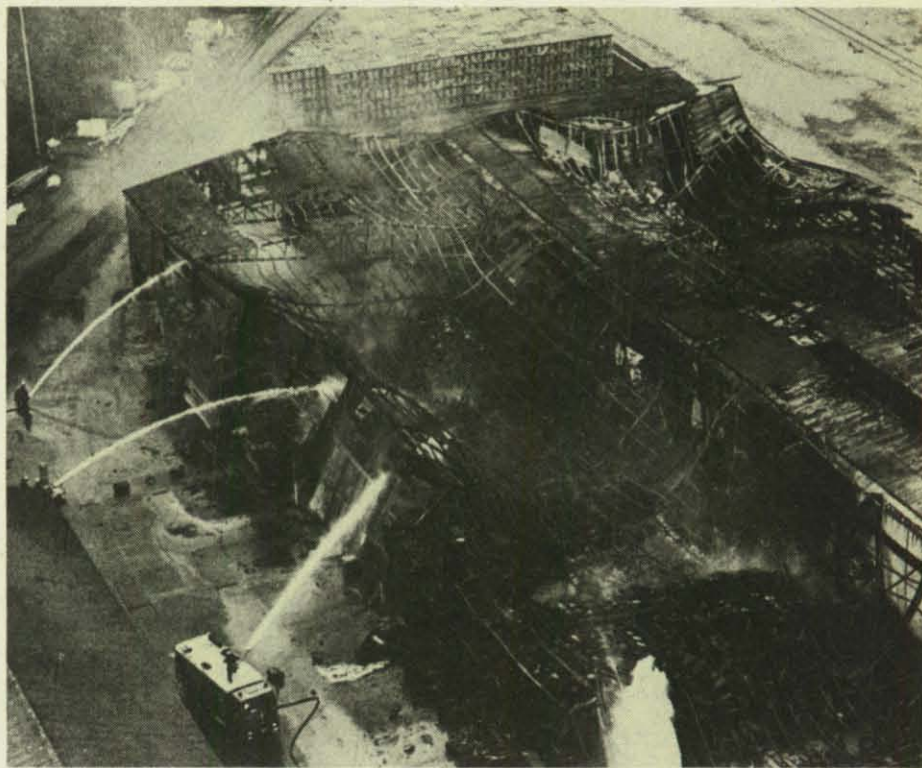
Für die Basler Region – so war der Presse zu entnehmen – wurde unmittelbar nach Ausbrechen des Feuers Katastrophenalarm ausgelöst. Über Rundfunk wurde die Bevölkerung aufgefordert, Fenster zu schließen und in den Häusern zu bleiben. Sonderbereitschaften wurden in den Kantonsspitä-

lern eingerichtet, aber kaum in Anspruch genommen.

Als das Feuer entdeckt wurde, schilderte ein Augenzeuge die Vorgänge: „Pausenlos Explosionen, 30 bis 40 Meter hohe Feuerbälle, grellgelb, zu schwarzem Rauch ausbrechend, bevor der nächste Knall ertönt, die nächste Glutwolke hochsteigt, pausenlos, stundenlang.“ 160 Feuerwehrleute und

47 Beamte der basellandschaftlichen Kantonspolizei waren laut Informationen aus der Presse im Einsatz.

Nachdem die Chemikalienwolke auf das Basler Zentrum zugetrieben war und Katastrophenalarm gegeben wurde, beschloßen die Verantwortlichen, den Betrieb aller öffentlichen Verkehrsmittel einzustellen. Die großen Lebensmittellager wurden angewie-



Blick auf die Unglücksstelle: Die abgebrannte Lagerhalle des Chemiekonzerns Sandoz in Basel.



In schweren Schutzanzügen räumten Mitarbeiter von Sandoz die Trümmer der bei dem Großbrand vernichteten Lagerhalle zusammen. (Fotos: dpa)

nen chemisch verunreinigtes Löschwasser waren aus einer lecken Rohrleitung am Brandort ausgetreten.

Wassernotstand in Rheinland-Pfalz

Im Norden von Rheinland-Pfalz führte die Verseuchung des Rheins zu einem Wassernotstand. 20 000 Menschen – in den Ortschaften Unkel und Bad Hönningen – wurden über Tankwagen mit Wasser notdürftig versorgt. Die Einwohner von Unkel und Bad Hönningen beziehen ihr Wasser ausschließlich aus gemeindeeigenen kleinen Uferfiltratswasserwerken.

Neue Unfälle wurden bekannt

Die Negativ-Nachrichten brachen nicht ab. Nun wurde – etwa eine Woche nach dem Großbrand – bekannt, daß 400 Liter hochgiftiges Atrazin (ein Pflanzenschutzmittel) von der Schweizer Firma Ciba-Geigy in den Rhein geleitet wurden, und zwar einen Tag vor dem Brand. In späteren Veröffentlichungen sprach man nicht mehr von 400 Litern, sondern von der 15fachen Menge des eingeleiteten Atrazins!

Während Experten mit Entsetzen feststellten, daß der Rhein erst wieder in frühestens zehn Jahren regeneriert sein wird; während man überlegte, wie 34 Fischarten wieder im Rhein eingesetzt werden können, wenn die Untersuchungen der Bodensegmente den Anforderungen genügen, und nachdem der Trinkwasser-Alarm an den Rheinufern der Bundesrepublik aufgehoben worden war, verzweifelte eine neue Nachricht die Bevölkerung: Eine übelriechende phenolhaltige Giftwolke war aus einer Versuchsanlage des Chemie-Konzern Ciba-Geigy entwichen. Stundenlang lag sie über der Stadt Basel. Die Werksleitung ließ über die Medien informieren, daß die Giftwolke für die Gesundheit der Bevölkerung unbedenklich sei.

Die Chemieunfälle werden Folgen haben

In den deutschen Tageszeitungen wurden Todesanzeigen aufgegeben: Der Rhein ist tot. Manche Zeitungen verglichen die Auswirkungen des Großbrandes mit denen des Reaktor-Unfalls in Tschernobyl einige Wochen zuvor. Neben den Diskussionen um die Höhen der Schadenersatzsummen werden aber auch derzeit notwendige Überlegungen angestellt, wie sich solche Unfälle mit derart verheerenden Auswirkungen vermeiden bzw. in Grenzen halten lassen. Die Chemieunfälle werden Folgen haben. boe

sen, ihre Lüftungen abzuschalten. Bei Milchsammelstellen und bei der Trinkwasserversorgung wurden Proben angeordnet.

Wasserwerke schalteten Pumpen ab

Am frühen Morgen schließlich wurde Entwarnung gegeben. Der Brand sei gelöscht, so hieß es, und „größtenteils harmlos“ seien die aufgestiegenen Dämpfe.

Als die französische Regierung noch bessere und sofortige Informationen bei Zwischenfällen dieser Art forderte, schreckte die Meldung hoch, die u. a. auch im „Kölner Stadtanzeiger“ zu lesen war: „Hochgiftige Substanzen sind wahrscheinlich als Folge des Großbrandes beim Basler Chemiekonzern Sandoz in den Rhein gelangt.“ Die Konzernleitung selbst machte alle Wasserwerke entlang des Rheins bis nach Rotterdam darauf aufmerksam. Mittlerweile fanden sich erste Kadaver von Aalen und Vergiftungserscheinungen bei Wasservögeln. 150 000 tote Aale wurden aus dem verseuchten Rhein geholt.

Ein Fernschreiben der Sandoz AG an die Wasserwerke verdeutlichte dann das schreckliche Ausmaß des Unfalls: Folgende Stoffe, so hieß es, können in den Rhein gelangt sein: die Phosphorsäureester Disulfoton, Propetamphos, Thiometon und Etrimphos, das Harnstoffderivat Metoxuron, Dimitro-O-Kresol, Oxadixyl (Oxazolidin) sowie Äthoxyäthyl-Quecksilber-Hydroxid. Vor allem die Phosphorsäureester und die Quecksilberverbindung sind stark giftig.

Die deutschen Wasserwerke entlang des

Rheins schalteten ihre Pumpen ab. U. a. gab NRW-Umweltminister Matthiesen für den Rhein Giftalarm.

Als derzeit „toten Fuß“ bezeichnete der Basler Fischereiaufseher Walter Hermann den Rhein bei Basel nach dem Großbrand in der Halle des Sandoz-Konzerns. Auf einer Strecke von neun Kilometern habe nichts überlebt. Tote Hechte, Forellen und Weißfische wurden aus dem Rhein geholt; tatenlos mußten die Anwohner den katastrophalen Auswirkungen des Chemieunfalls zusehen.

Langzeitschäden für das ganze Ökosystem

Eine Giftzone von 40 Kilometern, die im Verlaufe des Flusses bis zu 80 Kilometer lang wurde, bewegte sich auf den nordrhein-westfälischen Teil des Rheins zu. Knapp eine Woche nach dem Brand bei Sandoz erreichte die Giftwelle, die sich mit einer Rheingeschwindigkeit von 3,6 Kilometern bewegte, Köln. Ohnmächtig wurde das Massensterben auch von Kleintierlebewesen, von denen sich die Fische ernähren, beobachtet: Flußkrebse, Wasserflöhe, Wasserasseln, Käfer und Insektenlarven – alles war tot. Die Gefahr von Langzeitschäden für das ganze Ökosystem ist da.

Nicht nur, daß die in der Sandoz-Halle abgebrannten Quecksilber-Verbindungen vornehmlich Saatgut-Beizmittel waren, deren Anwendung in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland verboten ist, sondern ein neuer Umstand schockierte die Öffentlichkeit einige Tage nach dem furchtbaren Unfall: Eine zweite Giftwelle bewegte sich von Basel aus auf dem Rhein. 30 Ton-

Rotkreuz-Museum in Nürnberg zieht Besucher aus nah und fern an

Tradition sichtbar gemacht

Umfangreiche Sammlung gibt Einblick in die Geschichte des Roten Kreuzes – Privatinitiative führt zum Erfolg

„Drum rotes Kreuz auf weißem Grund, wir stehen bereit zu jeder Stund. Und weihen uns mit Herz und Hand, dem Wohl fürs deutsche Vaterland.“ Man kann die Inbrunst geradezu fühlen, mit der vor rund 80 Jahren die freiwilligen Helfer der Sanitätskolonne Hersbruck die Strophe aus ihrem Liederheft gesungen haben. Das vergilbte, zerlesene Büchlein aus dem Jahre 1900 liegt aufgeschlagen in einer Vitrine des Rotkreuz-Museums Nürnberg und ist eins der vielen Zeugen der langen Geschichte der Hilfsorganisation.

Langer Weg

Bis unter die Decke ist der rund 80 Quadratmeter große Raum gefüllt mit Dokumenten der Hilfe. Und zu verdanken ist diese beeindruckende Sammlung von Raritäten Gerhard Gebuhr, Ehrenkolonnenführer der Sanitätskolonne 1 des Bayerischen Roten Kreuzes, Kreisverband Nürnberg-Stadt. Es war ein langer und mit Beharrlichkeit gegangener Weg für Gebuhr, bis er seine von vielen nicht ernst genommene Idee eines Rotkreuz-Museums verwirklichen konnte. Unzählige Stunden hat er aufgebracht, um die Gegenstände aus früheren Zeiten des Roten Kreuzes zusammenzutragen. So kramte er u.a. auf alten Dachböden und in Kellern vieler Rotkreuz-Kolonnenhäuser und wurde oft fündig. Längst vergessene, nicht mehr benötigte Requisiten kamen wieder ans Tageslicht und mehrten die Sammlung.

Erst skeptisch

Viele Jahre stapelten sich die Antiquitäten in Garage, Keller und Dachboden des en-



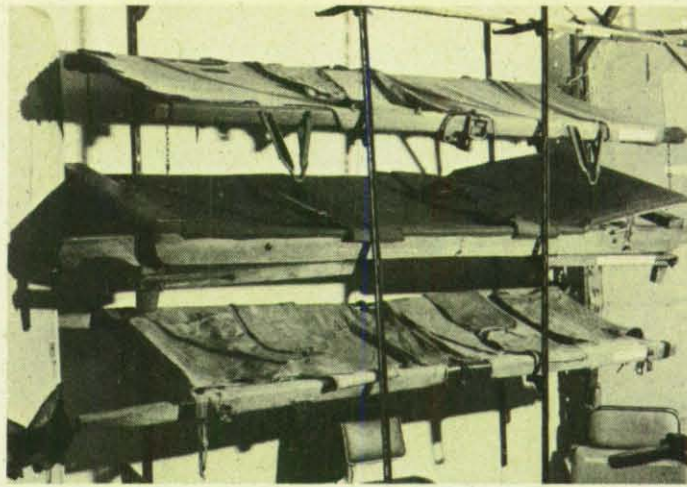
Oben: Ein Blick in den vorderen Teil des Museums.

Rechts: Dienstbekleidung der Rotkreuz-Frauen.





Heiß begehrt: alte Orden- und Ehrenzeichen.



Krankentragen um die Jahrhundertwende.

gagiertem Sammlers. Dann kam im Jahre 1980 die große Stunde für Gerhard Gebuhr. Vorstand und Geschäftsführung des BRK-Kreisverbandes Nürnberg-Stadt diskutierten den Neubau einer Rettungswache mit Garagen. Gelegenheit für den Ehrenkolonnenführer, seinen sehnlichsten Wunsch vorzutragen, bei der Planung auch einen Raum für ein kleines Rotkreuz-Museum zu berücksichtigen. Aber man war immer noch skeptisch. Ob sich der Aufwand denn lohnen würde? Kurz entschlossen packte Ge-

buhr seine „Schätze“ zusammen und präsentierte sie im Sitzungssaal des Kreisverbandes. Das Erstaunen war groß; so umfangreich hatte man sich die Sammlung nun doch nicht vorgestellt. Der Funke sprang über, ein Ausstellungsraum wurde mit eingeplant.

Gerhard Gebuhr wurde aufgrund dieses Erfolges noch weiter angespornt. Als erstes stellte er in der Geschäftsstelle des Kreisverbandes einen Glasschrank auf und zeigte darin vorübergehend die schönsten

Stücke. Nach kurzer Zeit schlossen sich auch Wanderausstellungen in Sparkassen, bei Jubiläen und „Tagen der offenen Tür“ des Roten Kreuzes an. Bei all diesen Arbeiten wurde Gebuhr von Kameraden seiner Sanitätskolonne unterstützt.

Das Ziel ist erreicht

Am 14. Juli 1984 war es dann soweit: Die Hartnäckigkeit des engagierten Sammlers



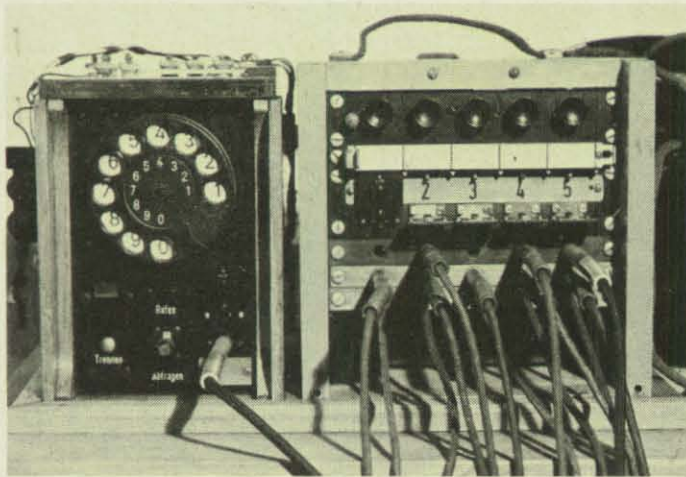
Bergwacht-Ausrüstungsgegenstände von 1920 bis heute.



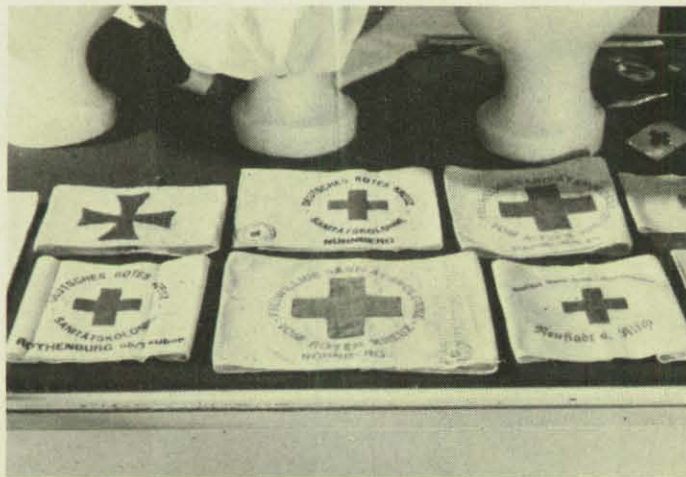
Verschiedene Verbandstaschen aus Leder und Leinen.



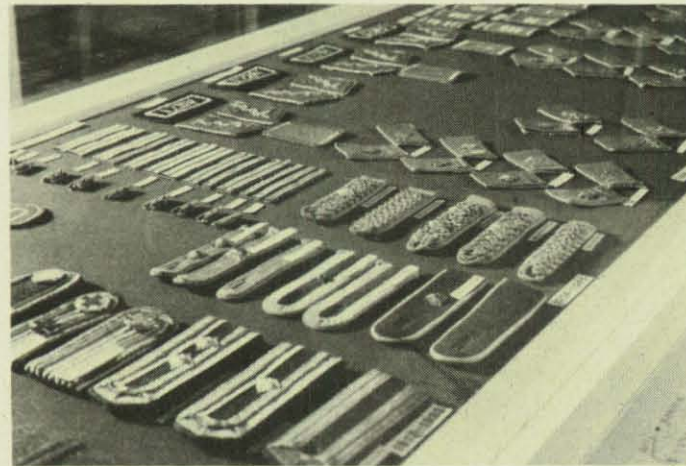
Lehrbücher und Ratgeber von gestern.



Da lecht das Sammlerherz: Eine alte Feldvermittlung.



Armbinden verschiedener Sanitätskolonnen.



Umfangreich die Sammlung alter Dienstrangabzeichen. (Fotos: Sers)

trug Früchte, das Museum wurde eröffnet. Zuvor waren aber noch viele Arbeitsstunden nötig, denn die Exponate sollten in würdiger und ansprechender Form ausgestellt werden. Unter Mithilfe eines Schreiners seiner Kolonne zimmerte Gebuhr Vitri-
nen sowie offene Schränke und richtete mit Unterstützung vieler Helferinnen und Helfer den Ausstellungsraum ein, brachte die Sammlung auf Hochglanz. Auch konnten jetzt Personen und Gruppen angesprochen werden, ihre privaten Sammlungen für das Museum zur Verfügung zu stellen.

Besucher aus dem In- und Ausland

Inzwischen haben viele Rotkreuz-Freunde aus dem In- und Ausland das Museum besucht. Prunkstück der Ausstellung ist der altertümliche Fuhrpark. Eine Krankenwagenkutsche, Baujahr 1918, man liest es mit Erstaunen, bis 1950 im Einsatz, wurde dem Museum von der Sanitätskolonne Schnaittach als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Eine Rädertrage, die sogenannte Handmarie, ist Leihgabe der Sanitätskolonne Weissenburg.

Sehenswert auch die vielen Wiederbelebungsgeräte von einst und jetzt sowie Fernmelde- und Funkgeräte. Lebensgroße Puppen tragen alte Rotkreuz-Uniformen der Männer sowie Dienstbekleidung der Frauen. Ein altes Zahnarztbesteck, Skalpel, Wundhaken, Sonden, Gipsscheren, Spritzen und Kanülen – umfangreich ist die Sammlung des ausgedienten ärztlichen Instrumentariums. Manch Sammlerherz schlägt höher beim Betrachten der vielen bunten Dienstrangabzeichen sowie Orden- und Ehrenzeichen aus fast einem Jahrhundert.

Eine ganze Vitrine ist gefüllt mit alten Lehrbüchern, Dienstanweisungen, Ausweisen, Liederheften usw. An der Wand gegenüber hängen Ausstattungsgegenstände der Bergwacht ab 1920.

Alte Verbandtaschen, Kranken- und Heerstragen um 1900, Beleuchtungsgeräte, Sammelbänder und -abzeichen um die Jahrhundertwende und vieles mehr füllen den heute schon wieder zu kleinen Raum.

Um Ausbau bemüht

Aktiv ist Gerhard Gebuhr immer noch. Er läßt es sich nicht nehmen, bei Führungen durch das Museum die einzelnen Exponate zu erläutern, weiß über viele Stücke eine Geschichte zu erzählen. Für den Ehrenkolonnenführer ist die Saat aufgegangen. Er hofft auf weitere Unterstützung beim Ausbau dieses in der Bundesrepublik einmaligen Museums. güse

Carl-Dieter Spranger, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern, hielt Ansprache bei der 9. Rettungshubschrauber-Fachtagung

„Engagement, Pflichterfüllung und vorbildliches Verhalten sind Grundlagen für Erfolge“

„Mit Entschlossenheit werden wesentliche Schritte zum Ausbau der Katastrophenvorsorge getan“

Auf der Gästeliste der inzwischen zur Institution gewordenen „Schliersee-Fachtagung“ des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) stand neben vielen anderen Namen auch der des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger, MdB. Er hielt bei dieser 9. Rettungshubschrauber-Fachtagung am Schliersee eine Rede, in der er seinen Stolz auf und sein Lob für den bestehenden Hubschrauber-Rettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck brachte. Als „beispielhaft“ bezeichnete Spranger das flächendeckende Luftrettungssystem im internationalen Bereich. Schließlich stehen von morgens bis abends jeden Tag in 35 Rettungstationen die Hubschrauber mit ihrer Besatzung für den schnellen Einsatz bereit, Menschenleben zu retten.

145 000 Einsätze seit Beginn des Luftrettungsdienstes

Für die Nutzung neuer wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse zum Wohle der Menschen sprach sich der Staatssekretär aus: „Wir werden daher unsere Anstrengungen fortsetzen, unser Luftrettungssystem weiter zu verbessern.“

Für den Luftrettungsdienst – eine humanitäre Aufgabe und ein Teil des Katastrophenschutzes – werden – so fuhr Spranger fort – in 18 Luftrettungsstationen 27 Katastrophenschutz-Hubschrauber mit ihren Piloten vom Bundesgrenzschutz (BGS) und dem dazugehörigen Wartungspersonal von der Bundesregierung bereitgestellt. Weiter erklärte der Staatssekretär in seiner Rede:

„Seit Beginn des Luftrettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland haben

die Katastrophenschutz-Hubschrauber des Bundes bis heute mehr als 145 000 Einsätze geflogen und dabei für über 130 000 Patienten eine optimale Erstversorgung ermöglicht. Diese Leistung zeigt in aller Deutlichkeit die enge Verzahnung zwischen Katastrophenschutz- und Zivilschutz.

Nach Auffassung der Bundesregierung müssen sich Zivil- und Katastrophenschutz einander ergänzen. Der Zivilschutz baut auf dem Katastrophenschutz auf.“

„Weiterer Ausbau der Katastrophenschutzvorsorge ist notwendig“

„Die vom Bund jährlich aufgebrauchten Mittel von derzeit über 750 Mio. DM für den Zivilschutz kommen auch dem Ausbau des Katastrophenschutzes in den Ländern zugute. Ebenso wie der Zivilschutz im Frieden nutzbar gemacht wird, muß andererseits auch der Katastrophenschutz im größten Katastrophenfall, im Verteidigungsfall, zur Verfügung stehen. Die Katastrophenschutz-Hubschrauber, die Meß- und Alarmanrichtungen des Warndienstes, das Technische Hilfswerk, der Selbstschutz oder der Schutzraumbau sind nur weitere Beispiele für die enge Verzahnung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz. Der weitere Ausbau der Katastrophenschutzvorsorge ist notwendig. Wer dies verhindern will, handelt verantwortungslos und gegen die Interessen der Bürger unseres Landes.“

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren den Ausbau des Zivilschutzes vorangetrieben. Dies war angesichts der vorgefundenen katastrophalen Haushalts- und Schuldenlage des Bundes nicht einfach. Während in den 70er und Anfang der 80er

Jahre die Ausgaben des Bundes für den Zivilschutz unter den Steigerungsraten des Gesamthaushalts lagen, liegen sie seit 1983 trotz der zwingend notwendigen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung darüber. So beträgt die Steigerungsrate des Gesamthaushalts in diesem Jahr 1,6 %, die des Zivilschutzes hingegen 2,9 %. Drei Maßnahmen, die hiermit finanziert werden, seien stellvertretend genannt:

Das aus 1500 Meßstellen bestehende Meßnetz zur Messung von Radioaktivität wird seit 1984 auf Meßsonden umgerüstet, die so empfindlich sind, daß sie auch die natürliche Radioaktivität feststellen können. Sie haben als erste in der Bundesrepublik die Radioaktivitätszunahme aufgrund des sowjetischen Tschernobyl-Unfalls gemeldet.

Das Gerät des erweiterten Katastrophenschutzes, insbesondere die überalterten Fahrzeuge werden im Rahmen eines Konsolidierungsprogramms, das bis zum Jahre 1990 reicht und ein Ausgabenvolumen von ca. 1,1 Milliarden DM umfaßt, erneuert.

Der Schutzraumbau wird nachdrücklich gefördert. Gegenüber dem Haushaltsjahr 1982 wurden die bereitgestellten Mittel in diesem Jahr mit erstmals mehr als 100 Mio DM nahezu verdoppelt.“

„Mit Entschlossenheit und Engagement“

„Diese wenigen Beispiele zeigen, daß trotz knapper Kassen mit Entschlossenheit und Engagement wesentliche Schritte zum weiteren Ausbau der Katastrophenvorsorge getan wurden. Die Bundesregierung wird diesen Weg konsequent fortsetzen. Hierin eingeschlossen sind selbstverständlich auch die vom Bund bereitgestellten Katastrophenschutz-Hubschrauber für den Luftrettungsdienst.“

Ziel unserer Politik ist es, mit allen Beteiligten auf der Grundlage fairer Zusammenarbeit anstehende Probleme – im Bereich der Luftrettung denke ich dabei etwa an den von verschiedener Seite geäußerten Wunsch, Luftrettungsstationen auszutauschen oder an die medizinische Einrichtung des Fluggeräts – zum Wohle unserer Bevölkerung zu lösen. Ich bin davon überzeugt, daß der Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft hilfebedürftigen Menschen auf dieser Grundlage schnell und sicher eine medizinische optimale Erstversorgung ermöglichen wird, um Menschenleben zu retten.

Persönliches Engagement, Pflichterfüllung und vorbildliches Verhalten sind auch im Luftrettungsdienst in unserem Lande mit entscheidende Grundlagen für dessen Erfolge.“

Andreas Drouve

Oberbrandmeister Willi Jansen sammelt Feuerwehrhelme, -mützen und -abzeichen

Im kleinen Kirchberg stehen Exponate aus aller Welt

Die Ausstellung steht jedem Interessenten offen

Er verkörpert den engagierten und begeisterten Typ des Feuerwehrmanns schlechthin. Und das gleich in doppelter Hinsicht: Nicht nur, daß Willi Jansen, beheimatet im rheinischen Kirchberg zwischen Jülich und Düren, seit knapp vier Jahrzehnten aktiv bei der Freiwilligen Feuerwehr ist, er frönt auch einem außergewöhnlichen Hobby. Mit seiner Sammelleidenschaft für Feuerwehrhelme, -mützen und -abzeichen hat sich der Löschgruppenführer ein bedeutendes Stück Historie aus der Welt der Wehren ins Haus nach Kirchberg geholt.

Sammelstücke aus 58 Ländern

Begonnen hatte das Hobby vor zehn Jahren, als die Feuerwehr der französischen Partnerstadt Jülichs der heimatischen Feuerwache ein Geschenk in Form eines Helms überreichte. Da hatte Willi Jansen die Idee, seine Fühler per Post in die Welt auszustrecken. Seine ersten Briefe schrieb

er an Berufsfeuerwehren in Deutschland und Skandinavien. Er bat sie, ihm Abzeichen, Plaketten, Mützen oder Helme zuzusenden. Die ersten Stücke trafen denn auch prompt bei ihm zuhause ein und setzten damit das Rad seines passionierten Sammelns erst richtig in Bewegung. Mittlerweile haben sich 130 Helme und Mützen sowie 650 Ärmelabzeichen aus insgesamt 58 Ländern bei ihm angehäuft.

Ein Besuch bei Willi Jansen in Kirchberg ist für Interessenten jederzeit möglich. Hinter einer schlichten Holztür verbirgt sich eine wahre „Schatzkammer“: „Sie werden staunen“, bereitet der Feuerwehrmann den Neugierigen auf seine Kollektion vor. Fürwahr: In dem Museum stehen Helme und Mützen beschriftet und in säuberlicher Ordnung in acht jeweils sieben Meter langen Regalen. Abzeichen aus aller Herren Länder zieren die Wände oder sind neben einer 200 Exponate umfassenden Modellauto-Kollektion in mehreren großen Schaukästen untergebracht.



Der Sammler mit seiner Helm- und Mützenkollektion.

Den Helm aus Brasilien persönlich überreicht

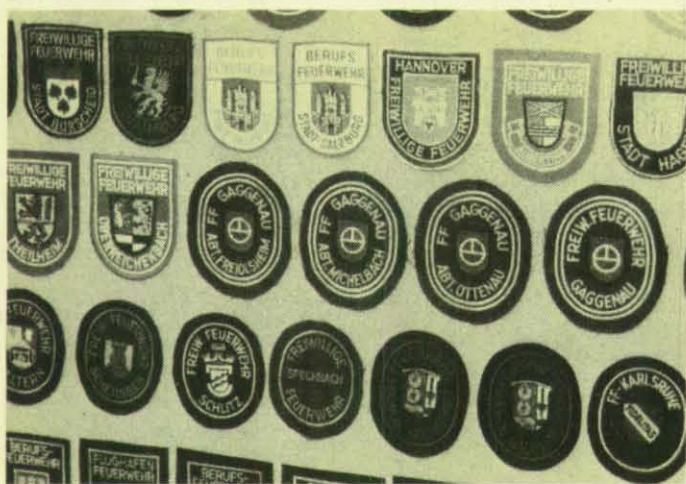
Ältestes Stück in der Sammlung ist ein Feuerwehrhelm, der um 1870 in Württemberg getragen wurde. Um jedes Exponat – die Herkunft reicht von Neuseeland bis Kanada und von Argentinien bis Singapur – ranken sich zwangsläufig kleine Geschichten. So hat ihn schon ein Feuerwehrmann aus Brasilien besucht, um persönlich einen Helm für das Museum zu überreichen; oder jene russischen Kollegen, die sich eigens erkundigten, ob ihr Helm auch gut angekommen sei...



Helm aus Oklahoma vom Fire Chief, 1971.

Ältestes ausländisches Sammelstück ist ein lederner Kopfschutz aus dem argentinischen Córdoba von 1895. Besonders stolz ist der Oberbrandmeister Willi Jansen, der hauptberuflich in der Kunststoffindustrie beschäftigt ist, auf einen mittelamerikanischen Sonderling aus El Salvador. An diesem Helm wurde ein Schuh- zu einem Kinnriemen umfunktioniert: „Unter anderem ein Beweis dafür, wie ärmlich die Ausstattung in anderen Ländern ist“ meint Jansen.

Messing-, Stahl-, Glasfaser- und Kork-Helme aus England, Frankreich, Alaska oder Japan stehen dicht nebeneinander.



Ärmelabzeichen aus der gesamten Bundesrepublik und aus dem Ausland.



Ausstellungsstücke aus Amerika und Alaska.



Auch eine Modellausstellung hat Willi Jansen im Museum ausgestellt.



Abzeichen aus Portugal und Polen.
(Fotos: Andreas Drouve)

Verborgene Schätze hinter verschlossenen Toren bleiben Willi Jansens Sammelobjekte indes nicht: „Sie sind schließlich da, um betrachtet zu werden.“ Bei Feuerwehrfesten oder an Tagen der offenen Tür bietet sich die Chance, die Sammlung zu bestaunen.

Die Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Mit Fachliteratur eingedeckt, kann Willi Jansen genaue Rückschlüsse auf die Zeit der Herstellung und des Tragens eines jeweiligen Exponates ziehen. Jansen: „Deutsche Helme beispielsweise unterscheidet man an der Befestigung des Kinnriemens, an der Form sowie an Luftlöchern und Nieten.“

„Im Durchschnitt geht täglich ein Brief raus“, verrät der Kirchberger Oberbrandmeister, der nach ausbleibender Antwort spätestens nach einem Jahr wieder zu Papier und Kugelschreiber greift. Seine Hartnäckigkeit zahlt sich aus, erreicht ihn doch manchmal mehr als „nur“ ein Abzeichen: Ganze Uniformen aus Japan und Österreich wurden ihm schon zugesandt.

„Nein, ein Adressenverzeichnis habe ich nicht“, schmunzelt er. „Ich suche mir im Atlas die großen Städte aus und adressiere meine Briefe nur an die dortige Wehr. Im Normalfall kommt das an.“ Durchschnittlich wird jeder fünfte Brief beantwortet. Als Geschenk aus „Germany“ sendet Willi Jansen deutsche Abzeichen zurück – ein kleines symbolisches Dankeschön.

Im Aktenordner „rund um die Welt“

Mit der Zeit haben sich zwischen Jansen und einigen Wehrleuten aus USA und Polen intensive Brieffreundschaften entwickelt. Sämtliche Feuerwehr-Korrespondenz ist in mehreren Aktenordnern archiviert, und beim Durchblättern hat man den Eindruck, sich „einmal rund um die Welt“ zu begeben.

In den Bann einer Sammelleidenschaft gezogen ist neben dem Freundeskreis auch die Familie von Willi Jansen. Erst vor kurzem schenkte das Enkelkind dem Opa ein selbstgebasteltes Feuerwehrauto. Das Geschenk fand einen Ehrenplatz in einer kleinen Vitrine.

Bei den vielen Kontakten zu Feuerwehren in der gesamten Welt bleiben Einladungen nicht aus. Willi Jansen: „Wenn ich jede Einladung annehmen würde, müßte ich mich jetzt schon pensionieren lassen.“ Und weil er ein sehr „häuslicher Mensch“ ist, wie er sagt, läßt er sich die „weite Welt“ eben lieber in Form von Exponaten zuschicken – für das liebevoll angelegte kleine Museum in Kirchberg.

„Erhaltung des Friedens ist die bedeutsamste Aufgabe“

Auszüge aus den Reden von Staatssekretär Wolfgang Müllenbrock vom Senator für Inneres in Berlin und von Volker Kröning, Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Bremen, zum Thema Zivilschutz

Das Thema Zivilschutz wird immer wieder in die politische Auseinandersetzung eingebracht und von Vertretern verschiedenster Couleur diskutiert. So äußerte sich zum Beispiel Staatssekretär Wolfgang Müllenbrock vom Senator für Inneres in Berlin zum „Zivilschutz in Berlin“ im Rahmen der Vortragsveranstaltung „Zivilschutz in der Diskussion“, von der das „Zivilschutz-Magazin“ bereits berichtete (Ausgabe 6/86). Volker Kröning, Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, sprach anlässlich einer BVS-Ausstellungseröffnung über „Ziele und Grenzen des Zivil- und Katastrophenschutzes“. Nachfolgend geht das „Zivilschutz-Magazin“ auf beide Ansprachen näher ein.

Zivilschutz – ein „vorrangig politisches Thema“

Als ein „vorrangig politisches Thema“ bezeichnet Staatssekretär Wolfgang Müllenbrock den Komplex Zivilschutz. Aus diesem Grunde ist es für den Redner wichtig, allgemein politische Bemerkungen dem eigentlichen Referatsthema voranzustellen. So sei „die Konfrontation zweier hochgerüsteter antagonistischer Paktsysteme“ mit ein Grund dafür, daß „wir zugleich in einer Epoche (leben), die länger von kriegerischen Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent verschont geblieben ist als es der Menschheit in diesem Jahrhundert bis dahin vergönnt war.“ Ob man sich dieser Phase des Friedens, die in der Bundesrepublik seit 1945 besteht, sicher sein kann – diese Frage stellt Müllenbrock während seines Vortrags. Die Antwort gibt er sogleich selbst: „Ich meine Ja, und zwar heute mehr noch als wenige Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges, weil das Führen eines Krieges mit einem so immensen selbstmörderischen Risiko für jeden Beteiligten verbunden ist, daß dies auf jeden Fall die erzielbaren Vorteile unendlich-fach übersteigt.“

Aus diesem Grunde meint der Staatssekretär auch, „daß die Vorstellungen der Friedensbewegung im Falle ihrer Realisierung den Frieden nicht sicherer machen... Die als langfristige Zielvorstellung propagierte Abschaffung aller Atomwaffen hätte zur Folge, daß Kriege wieder möglich, da überlebenswürdig wären.“

Den „Exkurs in die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik... erscheint“ dem Staatssekretär „notwendig zum Verständnis und zur Deutung vieler Phänomene und Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen, wenn es gilt, die Notwendigkeit von Strategien und Einzelmaßnahmen auf dem Gebiet des Zivilschutzes zu begründen und sie gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie seien – schlimmstenfalls – Akte der Kriegsvorbereitung oder – bestenfalls – sinnlose Geldausgaben.“

Zitat von Carl-Friedrich von Weizsäcker

„... die grundsätzlichen Positionen, Wertungen und Interessen der beiden großen politischen Lager in unserem Land“, so fährt Müllenbrock fort, driften „in unserem Land im Augenblick auf immer mehr sicherheitspolitisch relevanten Politikfeldern auseinander. Eines dieser Felder ist der Bereich des Zivilschutzes. Dies gilt bundesweit, aber auch und in ganz besonderem Maße in bezug auf unsere Stadt...“ Auf die Berlin-spezifische Situation – nämlich hinsichtlich der rechtlichen Verankerung (Besatzungsrecht) – geht der Referent im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ein.

Zivilschutz bzw. den „Bau von Bunkern“ als „kriegsvorbereitende Maßnahmen“ zu bezeichnen, hält Müllenbrock „nicht nur für falsch, sondern auch entschieden für gefährlich und unverantwortlich. Sie beruhen auf Prämissen, die in dieser Form ganz oder teilweise unzutreffend sind:

- Es trifft nicht zu, daß jeglicher Krieg, in welchem Atomwaffen eingesetzt werden, schlechthin nicht überlebenswert oder überlebensfähig ist. Diese Aussage orientiert sich an der Vorstellung, es würden in jedem Falle Atomwaffen größter Detonationskraft und in größtem Umfange eingesetzt werden. Demgegenüber ist es jedoch vorstellbar, daß ein Krieg mit einem beiderseits bewußt und kalkuliert reduzierten Arsenal an Atomwaffen geführt werden könnte.
- Es trifft nicht zu, daß eine kriegerische Auseinandersetzung heutzutage nur als Atomkrieg denkbar ist. In der makaberen Logik des beiderseitigen vielfachen atomaren Overkill-Potentials liegt auch die Möglichkeit der Kriegsführung mit konventionellen Waffen als der einzig ‚gewinnbaren‘. Es sollte zu denken geben, daß auf unserer Erde seit 1945 annähernd 70 Kriege mit herkömmlichen Waffen geführt wurden, aber keine einzige Atomwaffe eingesetzt wurde, obwohl dies einer Reihe von kriegführenden Staaten möglich gewesen wäre.“

Mit einem Zitat von Carl-Friedrich von Weizsäcker belegt der Referent die Notwendigkeit des Zivilschutzes:

„Dringend tut heute ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes. Es handelt sich darum, seit Jahrzehnten Versäumtes rasch, maßvoll, entschlossen und ohne Panik nachzuholen. Der Grund dafür ist rein humanitär. Menschen müssen geschützt werden: Wir, unsere Angehörigen, unsere Kinder und Enkel, unsere Freunde und Mitbürger. Begrenzte Kriegshandlungen in unserem Lande sind möglich, und ob es, vielleicht in wenigen Jahren, zu ihnen kommt, hängt nicht von uns allein ab.“

Die Meinung, der Friede sei schon gesichert, war immer ein Irrtum. Die Meinung, jeder mögliche Krieg sei so übergroß, daß es keinen Schutz gegen ihn gäbe, ist eben-

falls irrig. Es macht einen Unterschied, ob wir für den Schutz etwas tun oder nicht."

Katastrophen-Hilfsdienst mit 3300 Helfern

Zum konzeptionellen und Realisierungsstand des Berliner Zivilschutzes gibt Müllenbrock einige Informationen. So kann z. B. „die Warnung der Bevölkerung ... über die für die Alarmierung der Polizei bestimmten Sirenen und den Rundfunk improvisiert werden ... Der Schutzbau hat über zehn Jahre später begonnen als im übrigen Bundesgebiet. Der Rückstand kann leider nicht aufgeholt werden ... Die bereitgestellten öffentlichen Schutzräume stellen ca. 19 000 Schutzplätze zur Verfügung ... Finanzierungszusagen liegen für fünf Objekte vor.“ Auch auf Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit (z. B. drei vorbereitete Hilfskrankenhäuser, die Ausbildung von ca. 2 500 freiwilligen Schwesternhelferinnen durch die Sanitätsorganisationen) geht der Referent ebenso ein wie auf Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut (Sicherungsverfilmung).

Weiter führt Staatssekretär Müllenbrock aus: „Am erfolgreichsten gestaltet sich der auf einer diesbezüglichen Rechtsverordnung aus dem Jahre 1974 beruhende Aufbau des Katastrophen-Hilfsdienstes. Hier wird durch wirksamen Einsatz von Bundesmitteln eine echte zusätzliche Kapazität für die Gefahrenabwehr in Ausnahmesituationen geschaffen. Die Feuerwehr gewinnt zusätzliche Kräfte und Mittel dadurch, daß sie den Katastrophen-Hilfsdienst zusammen mit dem Landesverband Berlin des THW, den vier Sanitätsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst) sowie der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft bildet.

Die Kopfbzahl des Katastrophen-Hilfsdienstes beläuft sich zur Zeit auf ca. 3 300 Helfer, von denen ca. 1 300 Berufsfeuerwehrleute sind.

Der Bund hat für die Einhaltung des Katastrophen-Hilfsdienstes bisher 184 Fahrzeuge und 42 Anhänger zur Verfügung gestellt."

Vorsorgemaßnahmen müssen getroffen werden

Als „eine sinnvolle Ergänzung der auf die Erhaltung des Friedens gerichteten militärischen Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall“ sieht Staatssekretär Müllenbrock den Zivilschutz. „Die humanitäre Aufgabe, das Überleben der Bevölkerung mit nichtmilitärischen Mitteln zu ermöglichen, ist unabhängig davon, wie man sich den Verlauf eines etwaigen Krieges im Einzelfall

vorstellen mag. Für Berlin kann ebenso wenig wie etwa für die grenznahen Bereiche der entsprechenden Bundesländer und die Bevölkerung ganz Mitteleuropas gänzlich ausgeschlossen werden, daß sie in den Wirkungsbereich militärischer Waffen gerät.

Der Schutz der Zivilbevölkerung vor den Wirkungen bewaffneter Angriffe ist eine Aufgabe, die von der mehr oder weniger großen Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines bewaffneten Konflikts unabhängig ist.

Solange ein solcher Konflikt nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, solange müssen Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen werden."

„Erhaltung des Friedens ist die bedeutsamste Aufgabe“

Zum Schluß seiner Ausführungen meint Müllenbrock: „Die Erhaltung des Friedens ist die bedeutsamste Aufgabe, die den Politikern, Wissenschaftlern und politisch Engagierten aller Länder heute gestellt ist. Sie erfordert indes nicht nur Friedenssehnsucht und guten Willen, sondern darüber hinaus Nüchternheit, Realismus, Geduld und Nervenstärke."

Ziele und Grenzen des Katastrophenschutzes

Volker Kröning, Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, geht in seinen Ausführungen zum Thema „Ziele und Grenzen des Zivil- und Katastrophenschutzes“ u. a. auch auf den für ihn bestehenden Zusammenhang zwischen Zivil- und Katastrophenschutz und der Nukleartechnik ein, auf militärische und zivile Nutzung der Kernenergie.

Vorangestellt hat Kröning seiner Ansprache folgenden Wortlaut: „Sicherheit ist nicht nur ein elementares Bedürfnis des Menschen und ein durchgängiges politisches Handlungsziel, sondern auch – im Sinne von Schutz des Lebens, der Gesundheit und der freien Entfaltung des Menschen – ein oberster Verfassungsgrundsatz (Artikel 1 GG).“

Bürger sollen geschützt werden

Dies ist im Zivil- und Katastrophenschutz konkretisiert: In einem Verteidigungsfall sollen die Bürger durch die nicht-militärischen Maßnahmen des Zivilschutzes, die im Frieden vorbereitet werden, vor Kriegseinwirkungen geschützt werden, ebenso wie dies im humanitären Völkerrecht durch Begrenzung der Methoden und Mittel der Kriegführung versucht wird. Verteidigung und Schutz der Zivilbevölkerung sind inzwi-

schen im nationalen Recht (Artikel 73 GG) und im internationalen Recht (1. Genfer Zusatzprotokoll) eine untrennbare Einheit. An diesem Rechtsfortschritt sollten auch die Kritiker des Zivilschutzes festhalten, zumal Zivilschutz nicht mit der Art der Verteidigung zusammenhängt. Wer mit der Kritik am Zivilschutz die gegenwärtige Verteidigungspolitik meint, sollte dies klar unterscheiden.

Der Katastrophenschutz soll vor Schadensfällen schützen, die über Unfälle des täglichen Lebens hinausgehen und Leben, Gesundheit, erhebliche Sachwerte oder die Versorgung der Bürger gefährden.

Neben dem allgemeinen Katastrophenschutz gibt es Sondersysteme, z. B. zum Schutz beim Transport gefährlicher Güter oder bei Reaktorunfällen. Der Rückgriff in solchen Sonderfällen auf den allgemeinen Katastrophenschutz ist jederzeit möglich und vielfach notwendig.

Beide – Zivil- und Katastrophenschutz – sind nicht nur repressiv – im Sinne von Schadensbegrenzung –, sondern auch präventiv im Sinne von Schadensverhütung, oder auch: Gefahrenabwehr und -vorsorge – zu verstehen. Risikobewältigung ist damit nicht nur eine sicherheitstechnische, sondern auch eine sicherheitspolitische Aufgabe."

Unterstützung der Gemeinden und Hilfsorganisationen

Trotz einiger Vorbehalte, die Bremens Innensenator gegenüber der Thematik in einzelnen Punkten hat, sagt er als der für Zivil- und Katastrophenschutz verantwortliche Senator den Gemeinden und den Hilfsorganisationen die Unterstützung zu. Kröning wörtlich: „Mit ihren hauptamtlichen und vor allem mit ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern leisten sie einen nicht wegzudenkenden Dienst an der Allgemeinheit. Die demokratischen Parteien müssen mit den Hilfsorganisationen – und ebenso mit der Bundeswehr – das Gespräch suchen ...“

Die Hilfsorganisationen und besonders die Helfer dürfen sich hoher Wertschätzung in unserer Bevölkerung und des breiten Rückhalts bei Regierung und Parlament sicher sein. Sie brauchen sich nicht von den friedenspolitischen Bewegungen in unserem Land isoliert zu sehen oder isolieren zu lassen, sie können weiterhin auf die Zusammenarbeit mit allen staatlichen und privaten Stellen bauen, die an Vorsorge für Katastrophen und vor allem an Hilfe zur Selbsthilfe interessiert sind. Das Bewußtsein unserer Bürger für die Risiken unserer industrialisierten – aber auch militarisierten – Lebenswelt ist hellwach, die Chance der Zusammenarbeit ist deshalb groß – wenn man eine gemeinsame Ebene für den Dialog findet." boe

Dipl.-Ing. Karl Kiefer

Fragen nach Tschernobyl:

Was ist eigentlich Radioaktivität?

Meßgrößen, Maßeinheiten, Wirkungen – Wichtige Informationen zum aktuellen Thema Radioaktivität – 2. Teil und Schluß

Eine verhältnismäßig hohe Strahlenbelastung der Bronchien haben die Raucher unter uns zu erwarten. Tabakpflanzen nehmen mit ihren Wurzeln aus dem Boden und mit ihren Blättern aus der Luft natürliche Radionuklide auf, welche bei den hohen Temperaturen einer brennenden Zigarette (500°C) flüchtig werden und beim Inhalieren des Rauches in die Bronchien gelangen. Bei einem starken Raucher beträgt die Äquivalentdosis für das Bronchienepithel nach 25 Jahren Zigarettegenuß bis zu 10 Sv = 1 000 rem!

Es ist weiterhin zu beachten, daß auch die chemischen Umweltgifte, verursacht durch die Abgase der chemischen Industrieproduktion, unübersehbare Risiken für die menschliche Gesundheit in sich bergen. Die mutagene und carcinogene Wirkung dieser chemischen Umweltgifte lassen sich mathematisch und medizinisch verhältnismäßig einfach mit der Äquivalentdosis einer Strahlenbelastung durch radioaktive Nuklide vergleichen. So beträgt z. B. in Industriegebieten, wie in der Stadt Bochum, zu bestimmten Jahreszeiten eine Benzpyren

Tabelle 6: Zu erwartende Wirkungen einer einmaligen Ganzkörperbestrahlung beim Menschen [10]

Dosisbereich (Sv)	Zu erwartende Wirkung
0-0,5	Keine sichtbare Wirkung außer geringfügigen Blutbildveränderungen
0,8-1,2	Bei 5 bis 10 % der Bestrahlten etwa ein Tag lang Erbrechen, Übelkeit und Müdigkeit, aber keine ernstliche Leistungsunfähigkeit
1,8-2,2	Bei etwa 25 % der Bestrahlten etwa 1 Tag lang Erbrechen und Übelkeit, gefolgt von anderen Symptomen der Strahlenkrankheit; erste Todesfälle sind zu erwarten; Erholungszeit bis zu mehreren Wochen
4-5	Bei allen Bestrahlten Erbrechen und Übelkeit am ersten Tage, gefolgt von anderen Symptomen der Strahlenkrankheit; etwa 50 % Todesfälle innerhalb eines Monats; etwa 6 Monate lange Erholungszeit der Überlebenden
5-8	Bei allen Bestrahlten Erbrechen und Übelkeit innerhalb 4 Stunden nach Bestrahlung, gefolgt von anderen Symptomen der Strahlenkrankheit. Bis zu 100 % Todesfälle, wenige Überlebende mit Erholungszeiten von etwa 6 Monaten
10	Bei allen Bestrahlten Erbrechen und Übelkeit innerhalb 1 bis 2 Stunden; wahrscheinlich keine Überlebenden
50	Fast augenblicklich einsetzende schwerste Krankheit; Tod aller Bestrahlten innerhalb 1 Woche

(B[a]P)-Konzentration in der Luft bis zu 240 ng/m³. Dies bedeutet eine vergleichbare Dosisbelastung der Wohnbevölkerung von bis zu 0,576 Sv (57,6 rem) im Jahr [8].

Infolge des Reaktorunglücks in Tschernobyl ist für das Jahr 1986 eine Ganzkörperdosis von 3 bis 15 mrem zu erwarten [9].

Die Wirkung radioaktiver Strahlen auf den menschlichen Organismus

Infolge der ionisierenden Wirkung radioaktiver Strahlung im körperlichen Gewebe können im Zellaufbau Schäden entstehen, Fehlfunktionen auftreten oder aber auch ganze Zellkerne absterben.

Die akute Wirkung einer hohen Strahlendosis auf den menschlichen Organismus kann relativ genau beschrieben werden (vgl. Tabelle 6).

Aufgrund dieser Daten können folgende Richtwerte abgeleitet werden, die für alle Strahlenarten gelten:

- 0,25 Sv Gefährdungsdosis
- 1,00 Sv kritische Dosis
- 4,00 Sv mittletatale Dosis
- 7,00 Sv letale Dosis

Nicht für alle Lebewesen sind die Auswirkungen hoher Strahlendosen gleich [5]. Die mittletatale Dosis beträgt für

- Hamster 11,00 Sv
- Fledermäuse 150,00 Sv
- Schnecken 200,00 Sv
- Wespen 1000,00 Sv
- Viren bis 2000,00 Sv
- Protozoen bis 3000,00 Sv

Die biologische Auswirkung relativ geringer radioaktiver Strahlenbelastung ist noch nicht hinreichend erforscht. Man kann nur infolge statistischer Erhebungen die Feststellung machen, daß auch eine geringfügige Strahlenbelastung zu somatischen und genetischen Schäden führen kann. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber in verschiedenen Vorschriften und Gesetzen Grenzwerte festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen (Strahlenschutzverordnung = StrlSchV). Für beruflich Strahlenexponierte sind folgende Grenzwerte im Jahr erlaubt [11]:

- Ganzkörper, Knochenmark, Keimdrüsen: 0,05 Sv = 5 rem
- Knochen, Schilddrüse: 0,30 Sv = 30 rem
- andere Organe: 0,15 Sv = 15 rem
- Extremitäten: 0,60 Sv = 60 rem

Für die Normalbevölkerung wurden folgende maximale Jahreswerte festgelegt (§ 45 der StrlSchV):

- Ganzkörper, Knochenmark, Keimdrüsen: 0,0003 Sv = 0,03 rem

- Knochen, Haut: $0.0018 \text{ Sv} = 0.18 \text{ rem}$
- Schilddrüse: $0.0009 \text{ Sv} = 0.09 \text{ rem}$

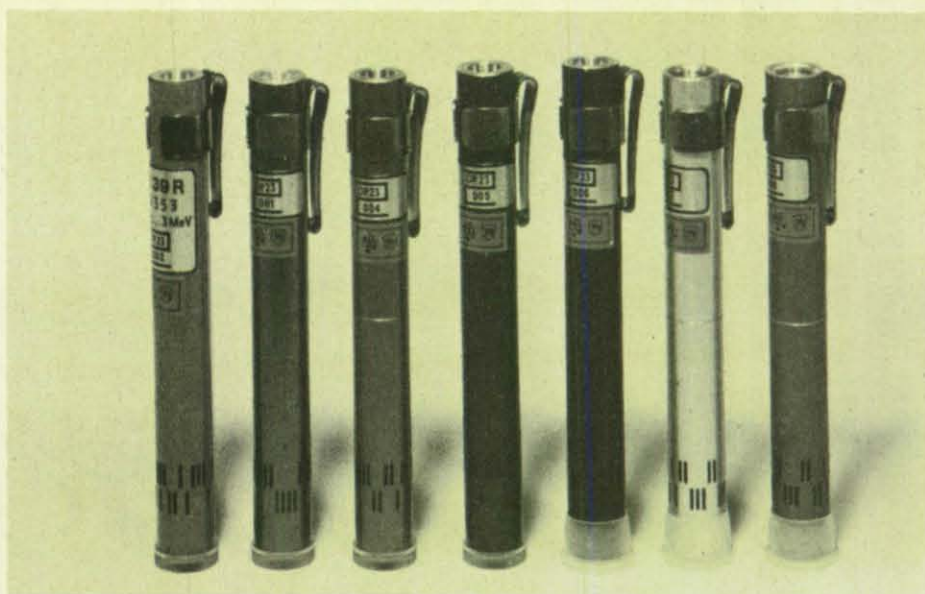
Darüber hinaus gilt das Gebot, jede Strahlenbelastung so gering wie möglich zu halten.

Messung der Radioaktivität

Zur Feststellung einer eventuellen Strahlenbelastung gibt es die unterschiedlichsten Meßgeräte. Je nach Art der ionisierenden Strahlung, der Energie sowie danach, ob die Ortsdosis oder die Personendosis gemessen werden soll, müssen zweckmäßige Meßgeräte eingesetzt werden. Um Fehlmessungen zu vermeiden, ist bei allen Nachweisgeräten eine kritische Beurteilung der vorliegenden Strahlenart sowie ein Vergleich mit den von den Herstellerfirmen angegebenen Anwendungsbereichen der einzelnen Geräte dringend zu empfehlen [12].

Über die eigentliche Grundaufgabe der Strahlenschutzmeßtechnik, nämlich einfache Dosis- und Aktivitätsmessungen hinaus, erwachsen dem Strahlenschutz zunehmend schwierigere Aufgaben, wie z. B. die Identifizierung von einzelnen Radionukliden. Hierfür sind komplizierte technische Anlagen erforderlich. Solche Spektroskopiegeräten kosten ab 50 000,- DM aufwärts.

Für den „Normalverbraucher“ kommen hauptsächlich nur zwei Geräteklassen in Frage:



Stabdosisimeter der Typenreihe FH 39.

- Dosismesser und Dosisleistungsmeßgeräte zu Messung der Gammastrahlen.
- Kontaminationsmeßgeräte zur Messung der Korpuskularstrahlung (Alpha- und Betastrahlung).

Dosismesser, auch Dosimeter genannt, werden am Körper getragen; z. B. das Stabdosisimeter wie ein Kugelschreiber in der Tasche (Bild 1).

Sie zeigen auf einer Skala die Dosis in Sievert bzw. in einer entsprechenden Teileinheit direkt an. Als Strahlungsdetektor hat das Dosimeter eine Ionisationskammer. Mit einem Ladegerät muß ein integrierter Kon-

densator aufgeladen werden, welcher dann der Ionisationskammer die Betriebsspannung liefert. Wird das Dosimeter einer ionisierenden Strahlung ausgesetzt, fließt ein elektrischer Strom in der Ionisationskammer, der den Kondensator entlädt. Der Spannungsabfall ist ein direktes Maß für die eingestrahelte Dosis, welche über ein Okular mit Hilfe eines Elektrometerfadens über einer entsprechenden Skala abgelesen werden kann.

Die Funktion eines Dosisleistungsmessers beruht auf dem Prinzip des Geiger-Müller-Zählrohrs. Die Impulse werden von einer analogen (bei älteren Geräten) oder einer digitalen Elektronik ausgewertet und so



Ortsdosisleistungsmesser.





Ortsdosisleistungsmesser mit externem Kontaminationszählrohr.

umgerechnet, daß eine direkte Anzeige in der Dosisleistung (z. B. Sv/h oder eine entsprechende Teileinheit) möglich ist. Manche Dosisleistungsmesser verfügen zudem über einen Lautsprecher zur akustischen Einzelimpulsanzeige (Bilder 2 und 3).

Bei Kontaminationsmeßgeräten muß berücksichtigt werden, daß die Korpuskularstrahlung nur ein sehr geringes Durchdringungsvermögen hat. Zur Messung werden daher Dosisleistungsmesser mit speziellen Vorsatzgeräten benutzt. Diese Vorsatzgeräte verfügen über ein speziell ausgebildetes Fenster, durch welches die Kor-

puskularstrahlen ungehindert in das Zählrohr eindringen können (Bild 4 und 5).

Praktische Tips zur Strahlenmessung

An dieser Stelle darf auf einige Besonderheiten hingewiesen werden, die beachtet werden müssen, wenn eine strahlenmeßtechnisch geringe Strahlenbelastung gemessen werden soll, wie z. B. infolge des falls outs durch den Unfall in Tschernobyl. Da die Radionuklide der Wolke ausschließlich Betastrahler waren, kamen zur Mes-

sung daher auch nur Kontaminationsmeßgeräte in Frage.

Wie mißt man Becquerel auf einer Oberfläche (Bq/m²)?

Da die Betastrahlen eine sehr geringe Reichweite haben, muß das Kontaminationsmeßgerät mit dem Meßfenster direkt auf die betreffende Oberfläche gesetzt werden. Nach einer gewissen Zeit wird sich eine konstante Impulsrate einstellen, welche am Meßgerät abgelesen werden kann. Diese Impulsrate ist aber nicht zu verwechseln mit der Aktivität dieser Oberfläche in Bq/cm² oder Bq/m². Zunächst muß eine zweite Messung durchgeführt werden, um den sog. Nulleffekt festzustellen. Der Nulleffekt wird z. B. in einer Entfernung von mehr als einem Meter von der kontaminierten Oberfläche in der Luft gemessen. Der Nulleffekt berücksichtigt die natürliche täglich schwankende Radioaktivität und muß daher vom ersten Meßwert abgezogen werden.

Das Ergebnis ist die Nettoimpulsrate. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß auf der kontaminierten Oberfläche ja nur die Strahlung gemessen werden konnte, welche das Meßfenster des Kontaminationsmeßgerätes passieren konnte. Die Strahlung breitet sich aber nicht nur von der Oberfläche weg, also nach oben aus, sondern radial in alle Richtungen, also auch nach innen, in die Substanz, deren Oberflächenaktivität bestimmt werden soll, hinein. Das Meßgerät erfaßt also nicht alle vorhandenen Impulse.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß das Meßgerät auch nicht für alle Radionuklide in gleicher Weise anspricht. Der Wirkungsgrad des Meßgerätes ist für jedes Radionuklid verschieden! Wenn man daher nicht weiß, welches Nuklid vorliegt, kann auch keine Aussage über die Aktivität in Becquerel gemacht werden.

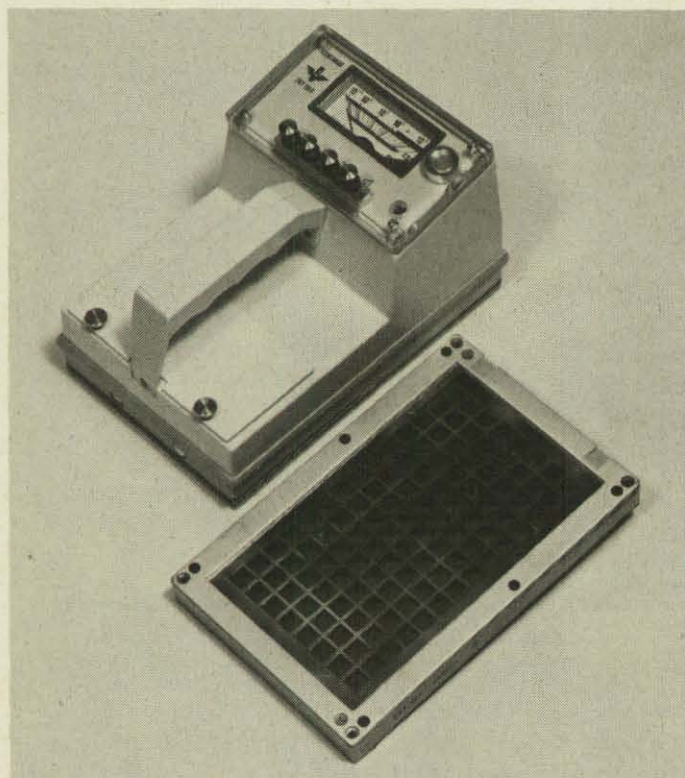
Beim Kauf eines Kontaminationsmeßgerätes muß daher eine Tabelle über die verschiedenen Wirkungsgrade des Meßgerätes beiliegen.

Hat man nun alle diese Dinge beachtet, kann die Oberflächenaktivität wie folgt bestimmt werden [13]:

$$\text{Aktivität/Flächeneinheit} = \frac{\text{Nettoimpulsrate}}{(\text{Fläche} \cdot \text{Wirkungsgrad})}$$

Daß selbst staatliche und technische Institute sich mit der exakten Feststellung der Oberflächenaktivität schwertun, zeigt folgendes Beispiel:

Auf dem Königsplatz in München trafen sich die Vertreter dreier staatlicher Institute zur Messung der dort herrschenden Strahlung. Das unerwartete Resultat: Das Bundesgesundheitsamt maß 17 000 Becquerel Cäsium pro Quadratmeter, der TÜV 15 000 und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz 12 000 [14].



Kontaminationsmonitor mit Detektor und Anzeigeneinheit.

Bestimmung der Aktivität von Flüssigkeiten oder Feststoffe (Bq/l bzw. Bq/kg)

Es darf hier gleich zu Beginn erwähnt werden, daß mit einfachen Meßgeräten, wie den Kontaminationsmeßgeräten die Grenzwerte von Milch oder Salat nicht gemessen werden können. Die Grenzwertaktivitäten sind einfach zu gering, um von solchen Meßgeräten erfaßt zu werden. Trotzdem soll auch hierzu einiges Wissenswertes erwähnt werden.

Es ist zum Beispiel Unsinn, das Meßgerät auf die Oberfläche einer Milchschatel zu halten, um die Aktivität bestimmen zu wollen. Die Betastrahlen sind niemals in der Lage, solch eine fest Hülle zu durchdringen und können daher auf diese Art und Weise nicht gemessen werden. Selbst wenn man das Meßgerät auf die freie Oberfläche der Flüssigkeit setzt, muß berücksichtigt werden, daß die Betastrahlen bereits aus einer Tiefe von nur 5 mm nicht mehr in der Lage sind, die Oberfläche der Flüssigkeit zu erreichen. Zur Messung trägt daher nur eine etwa zwei Millimeter tiefe Flüssigkeitsschicht bei. Wenn man jetzt noch die Fenstergröße des Meßgerätes berücksichtigt und von dem von der Messung erfaßten Volumen (wenige cm^3) auf ein Volumen von einem Liter Rückschlüsse ziehen möchte, ist leicht ersichtlich, daß bei solch einer Methode der Messung Grenzwerte in einem Bereich von 500 Bq/Liter nicht gemessen werden können, weil einfach zu wenige Zerfälle erfaßt werden.

Ähnlich ist es bei der Aktivitätsbestimmung von Feststoffen (z. B. Salat). Diese müßten zerkleinert und in Wasser aufgelöst werden, um dadurch die Messung auf eine Messung an Flüssigkeiten, unter Berücksichtigung der Verdünnung, zurückzuführen. Es ist jedoch aber auch möglich, ein Salatblatt vor das Fenster des Meßgerätes zu halten und somit eine Oberflächenmessung vorzunehmen (Bq/cm^2). Um jetzt aber die Aktivität pro kg zu erhalten, müßte die gesamte Oberfläche des Salates, was praktisch nicht möglich ist, und das Gewicht berücksichtigt werden.

Man sieht, daß es nicht so einfach ist, in einem meßtechnisch so geringfügigen Strahlenbereich und ohne Fachwissen selbst Messungen vornehmen zu wollen. Dies sollte man den eigens dafür ausgestatteten Instituten überlassen, welche über geeignete Meßmethoden und Meßgeräte verfügen (Veraschung-Strahlenspektroskopie etc.).

Wann sollen Jodtabletten eingenommen werden?

Durch die Einnahme nichtradioaktiven Jods in Form von Kaliumjodidtabletten wird die

Aufnahme des radioaktiven Jods nahezu vollständig blockiert.

Man muß jedoch beachten, daß die Einnahme von Jodtabletten mit bestimmten Risiken verbunden ist. Es kann zu allergischen Reaktionen, zu einer Hyperthyreose und eventuell auch zu einer thyreotoxischen Krise kommen (Schilddrüsenvergiftung).

Aus diesem Grund empfiehlt die Strahlenschutzkommission unter Abwägung der beiden Risiken, der Entstehung von Schilddrüsentumoren infolge inkorporierten radioaktiven Jod-131 und der Möglichkeit einer thyreotoxischen Krise infolge Einnahme von Jodtabletten, diese erst dann einzunehmen, wenn Schilddrüsendosen von mehr als 1,0 Gray zu erwarten sind [15].

Der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission beim BMI hat daher bereits am 1. Mai 1986 eindringlich vor der Einnahme von Jodtabletten gewarnt.

Infolge der vermehrten Aktivitätsaufnahme mit Jod-131 durch das Reaktorunglück in Tschernobyl errechnete die Strahlenschutzkommission eine Schilddrüsendosis für Erwachsene in Höhe von 0,003 Sv (300 mrem).

Empfehlungen zum Schutz vor offener Radioaktivität

Die Hauptgefahr bei Vorliegen einer offenen Radioaktivität (Korpuskularstrahler) besteht darin, daß solche radioaktiven Stoffe in den Körper gelangen und den menschlichen Organismus dadurch schädigen. Da die strahlenden Partikel staubgebunden sind, ist besonders auf eine staubfreie Umgebung zu achten.

Vorsorgemaßnahmen sind:

- peinlichste Sauberkeit (Hände waschen, staubfreie Wohnung),
- im Freien nicht rauchen, nicht essen und trinken,
- keine kosmetischen Mittel benutzen, (an den fetthaltigen Kosmetika haften Staubpartikel besonders gut),
- nicht mit Straßenschuhen die Wohnung betreten,
- den Aufenthalt im Freien auf ein Minimum beschränken,
- auf aktuelle Informationen der Behörden achten.

Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor geringfügiger Radioaktivität bezeichnet man nicht als Strahlenschutz, sondern man spricht besser von Strahlenhygiene.

Schlußwort

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Strahlenexposition infolge des Kern-

kraftwerksunglücks in Tschernobyl in der Bundesrepublik Deutschland relativ gering war. Der Gesetzgeber hat darüber hinaus durch vorsorgliche Maßnahmen, wie Festlegung von Grenzwerten, die Bevölkerung zusätzlich geschützt.

Es hat sich aber auch gezeigt, daß ein Großteil der Bevölkerung durch die Informationsflut der Medien überfordert war, weil ein Umsetzen der Daten mangels Kenntnis der physikalischen Grundlagen nicht möglich war.

Vom Kauf und Einsatz von „Geigerzählern“ ist daher abzuraten, wenn nicht wenigstens die Grundlagen des Strahlenschutzes beherrscht werden.

Das umfangreiche, kostenlose Ausbildungsangebot des Bundesverbandes für den Selbstschutz beinhaltet unter anderem auch einen Ergänzungslehrgang „Strahlenschutz“. In diesem achtstündigen Lehrgang hat jeder Bürger Gelegenheit, seine Kenntnisse im Strahlenschutz zu erweitern. Im Unterricht wird auf die Grundlagen des Strahlenschutzes eingegangen, Strahlenschutz und Strahlungsschäden werden erläutert. Gelehrt wird auch die Handhabung von Strahlenmeßgeräten sowie das Auswerten von Meßergebnissen.

Literaturnachweis:

- [1] G. Sitzlack „Einführung in den Strahlenschutz“
- [2] P. Thomas „Strahlendosis, Strahlenschutz“
- [3] Allgemeine Berechnungsgrundlagen für die Strahlenexposition bei radioaktiven Ableitungen mit der Abluft oder in Oberflächengewässer (Richtlinie zu § 45 StrlSchV)
- [4] D. Nachtigall „Physikalische Grundlagen für Dosimetrie und Strahlenschutz“
- [5] E. Sauter „Grundlagen des Strahlenschutzes“
- [6] Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit „Nach Tschernobyl, Antworten auf 21 Fragen“
- [7] Frankfurter Rundschau vom 16. 8. 1986, Bericht von W. Bauer
- [8] H. Glubrecht „Dosisvergleiche bei der Wirkung von Strahlen und Chemikalien“
- [9] Kölner Stadtanzeiger vom 14. 8. 1986 „Radioaktive Belastung kleiner als erwartet“
- [10] „Strahlenschutz im Selbstschutz“ Bundesverband für den Selbstschutz, Köln
- [11] Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung – StrlSchV)
- [12] Beck, Dressel, Melching „Leitfaden des Strahlenschutzes“
- [13] J. Fritz „Anleitung für Strahlen-Neulinge“
- [14] FAZ vom 15. 8. 1986
- [15] Zivilschutzforschung Bd. 18 Fachausschuß III: Strahlendosis und Strahlenwirkung
- [16] Zwischenbericht der Strahlenschutzkommission zur Abschätzung und Bewertung der Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl (UdSSR) in der Bundesrepublik Deutschland vom 16. Juni 1986. Anhang II zum Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 18. Juni 1986.

Zwischen Nord- und Ostsee

Rendsburg. Inhaltlich setzten die diesjährige 38. NORLA und 14. NORKOFA in Rendsburg neue Akzente, das Informationsangebot des BVS hingegen bewährte Schwerpunkte. Fünf Tage lang informierten sich rund 141 000 Messebesucher bei fast 600 Anbietern aus 13 Ländern. Dabei Gäste aus Dänemark und Expertengruppen aus China und Chile.

Die günstige Lage des BVS-Standes in Halle IV/V lockte das Publikum an, das aussagekräftige Informationsangebot motivierte es zum Verweilen. Über 3 000 Messebesucher holten sich aktuelle Tips und wertvolle Ratschläge zu den Themen Vorsorge, Schutzraumbau und Ausbildung im Selbstschutz. Rund 600 Besucher ließen sich detailliert beraten.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. Die Stadt Seelze führte vom 25. bis 30. August 1986 gemeinsam mit der BVS-Dienststelle Hannover ihre zweiten Selbstschutztage – diesmal im Ortsteil Letter – durch.

Zur Eröffnungsveranstaltung hatte Stadtdirektor Kurt Köhne Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Repräsentanten von Katastrophenschutz-Organisationen, Vereinen, Verbänden, Parteien sowie Ratsherren eingeladen.

Bürgermeister Adolf Harmening eröffnete als Schirmherr die Selbstschutztage. BVS-Dienststellenleiter Norbert Koy referierte danach zum Thema Zivil- und Selbstschutz. Anschließend besichtigten die Gäste die BVS-Ausstellung „Zivil-

schutz mit dem Bürger – für den Bürger“. Zum Abschluß der Veranstaltungstage wurde unter Mitwirkung von ASB, DRK, DLRG, MHD, Freiwilliger Feuerwehr und Polizei ein Sicherheitswettbewerb durchgeführt. 41 Teilnehmer gingen an den Start. An 13 Stationen konnten sie ihr Wissen und Können in der Selbst- und Nächstenhilfe unter Beweis stellen und Punkte sammeln.

Bei der Siegerehrung überreichte Bürgermeister Harmening Ehrenpreise des BVS an die drei Erstplatzierten und viele weitere Sach- und Geldpreise, die von der Stadt und Geschäftsleuten gestiftet worden waren, an die Teilnehmer.

Duderstadt. Die Grenzschutzabteilung Duderstadt führte eine praxisbezogene Ausbildung von Brandschutz- und Bergungskräften durch. Die Gesamtorganisation lag in den Händen des Feuerlöschoffiziers der Abteilung, Polizeikommissar Nienstedt. Die fachliche Durchführung übernahm der BVS. Unter Anleitung der BVS-Mitarbeiter übten 13 Polizeibeamte und zwei Bedienstete der Verwaltungsstelle zunächst den Brandschutz. Im Unterrichtsraum wurden vorher die theoretischen Grundlagen geschaffen.

So wurde u. a. die Bedienung von Kleinlöschgeräten und die Handhabung sowie der Gebrauch von Leinen geübt. Die Teilnehmer beherrschten nach der Ausbildung Brustbund, Sitzschlinge, Weberknoten, Halbschlag, Zimmermannschlag, doppelten und einfachen Ankerstich, Mastwurf und einige weitere „Knotentricks“.

Dann kam der Tragkraftspritzenanhänger der Abteilung zum Einsatz. Nachdem das Verlegen von Schlauchleitungen, Bedienung von Unter- sowie Überflurhydranten, Verteiler, Strahlrohr und TS 8/8 geübt war, führten die angehenden „Feuerwehrmänner“ Grundübungen durch. Jeder mußte sich als Truppführer und Truppmann vom Angriffs-, Schlauch- oder Wassertrupp sowie als Melder und Maschinist bewähren.

Bei den anschließenden „nassen“ Übungen kam es dann schon auf Schnelligkeit an. Jeder Handgriff mußte sitzen. Der zweite Abschnitt – die Bergung – wurde auf dem BVS-Übungsgelände in Göttingen durchgeführt. In der Theorie wurden hier u. a. Schadensklassen, Einteilung der Schadenselemente, Gefahren an der Einsatzstelle und die „5-Phasen-Taktik“ behandelt.

Es folgte eine praktische Einweisung in



Oben: Interessierter Gast am BVS-Stand in Rendsburg ist auch Kiels stv. Stadtpräsident Günter Schmidt-Brodersen (links).

Unten: Immer dicht umlagert: der Computer des BVS. Rund 300 Ausdrücke zur Lebensmittelvorsorge fertigte BVS-Mitarbeiter Claus von Rolbickl. (Fotos: Hartenberg)



die Ausrüstung einer Bergungsstaffel. Beim Selbstablassen aus Höhen und dem Bergen mit Leiterhebel mußte es sich zeigen, ob die im Brandschutzabschnitt gelernten Knoten sicher angewendet werden konnten. Im Rahmen kleiner Übungen wurden „verschüttete und verletzte“ Kameraden aus „Trümmern“ geborgen.

In beiden Abschnitten waren die Lehrgangsteilnehmer mit großer Begeisterung bei der Sache.

Burgdorf. In einer kleinen Feierstunde im Rathausaal der Stadt Burgdorf, an der Repräsentanten des Landkreises Hannover, der Städte Burgdorf und Lehrte sowie zahlreiche Vertreter aus Behörden, Verbänden und Organisationen teilnahmen, überreichte BVS-Landesstellenleiter Sohl der langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiterin Edith Giertz das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik, das ihr in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste vom Bundespräsidenten verliehen worden war.

In seiner Ansprache betonte Sohl die besondere Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements und der freiwilligen Leistungsbereitschaft, die mit dieser Auszeichnung allen Helfern entgegengebracht wird. Er bezeichnete die Leistungsbereitschaft, die bei Frau Giertz in allen Bereichen ihrer Tätigkeit beim BVS Ausdruck findet, als ein besonderes Beispiel für die Verantwortung, die viele Bürger unseres Staates dem Gemeinwohl gegenüber empfinden.

Frau Giertz kam 1959 zum damaligen Bundesluftschutzverband. Von 1960 bis 1966 war sie bei der ehemaligen Kreisstelle Burgdorf als Fach- und Sachbearbeiterin tätig. Aufgrund ihrer besonderen



Aus der Hand von Landesstellenleiter Edgar Sohl nimmt Edith Giertz die Auszeichnung entgegen.

Leistungen wurde ihr 1966 die Leitung der BLSV-Kreisstelle und späteren BVS-Dienststelle Burgdorf übertragen.

Frau Giertz führte die Dienststelle Burgdorf zu einer der leistungsfähigsten der 36 ehrenamtlichen Dienststellen des Landesstellenbereiches Niedersachsen.

Nach der Strukturänderung des BVS übernahm Frau Giertz die Aufgaben einer BVS-Beauftragten der Stadt Lehrte. Hier steht sie weiterhin der Dienststelle Hannover als wichtiges Bindeglied zwischen dem BVS und Bevölkerung, Betrieben und Behörden zur Verfügung.

Darüber hinaus hat sich Edith Giertz nie gescheut, auch weitere Aufgaben zu übernehmen. So ist sie auch als Selbstschutzberaterin der Stadt Burgdorf tätig. Ihrem vorbildlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß die Stadt Burgdorf als einzige Stadt im Landkreis Hannover alle Stellen der Selbstschutzberater dreifach besetzt hat.

Hildesheim. Im Beisein von Kreistagsabgeordneten, Ratsherren und Ortsbrandmeistern aus dem Gemeindegebiet sowie Vertretern von Behörden und Organisationen eröffnete Gemeindedirektor Reiter die Selbstschutztage in Algermissen.

In seinen Eröffnungsworten ging der Gemeindedirektor auf die Notwendigkeit des Zivil- und Selbstschutzes ein. Er meinte, daß es hinsichtlich der Informations- und Ausbildungsarbeit noch viel zu tun gebe und die Bürger der Gemeinde gut beraten wären, von dem reichhaltigen Angebot des BVS Gebrauch zu machen.

Im Rahmen der Veranstaltungstage fand eine Vielzahl von Straßenaktionen statt, die großes Interesse bei der Bevölkerung fanden.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Siegen. Mit einer großen Übung beendete das Finanzamt Siegen eine von der BVS-Dienststelle Olpe geführte Fachausbildung ihres Behördenselbstschutzes. Sie hatte sich über mehr als ein Jahr erstreckt und dabei schwerpunktmäßig die Fachgebiete Brandschutz, Bergung und Sanitätsdienst umfaßt.

An der Abschlußübung, die auf einem ehemaligen Zechengelände stattfand, beteiligten sich mit großem Engagement 40 Selbstschutzkräfte. Was die Teilnehmer in ihrer Ausbildung gelernt hatten, zeigte sich unter anderem auch beim selbständigen Führen der Staffel und Trupps im Einsatz unter erschwerten Bedingungen.

Münster. Bei hochsommerlichen Temperaturen bis 30 Grad kann der Umgang

mit Wasser Erholung sein; für die Selbstschutzkräfte der Standortverwaltung Münster war es diesmal jedoch harte Arbeit. Sie nahmen an einer von der BVS-Dienststelle Münster betreuten Einsatzübung teil, wobei die Selbstschutzbeauftragten der Standortverwaltung, Günther Haberl und Zugführer Siegfried Kunz, Theorie und Praxis miteinander verbanden. So kam die Brandschutzstaffel am brennenden Objekt zum Einsatz, die Bergungsstaffel an der Mauer und bei Dekkendurchbrüchen sowie auf dem Trümmergelände.

Die Ausbildung diente nicht nur dem besseren Schutz der Mitarbeiter der Standortverwaltung im Katastrophenfall, sondern brachte auch vielfältige Erkenntnisse für den privaten Bereich.

Der Leiter der Standortverwaltung Münster, Clemens Köyer, hob am Ende der groß angelegten Schlußübung hervor, daß der Selbstschutz seiner Behörde nicht nur auf dem Papier stehe. Die Ergebnisse hätten deutlich gezeigt, daß die eigenen Kräfte im Umgang mit dem Gerät gut geschult seien.

Neuss. Rund 300 Bürger der Stadt Neuss besuchten eine Ausstellung des BVS, die unter dem Motto „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ in der Stadtparkasse stattfand. In ihrer Eröffnungsansprache begrüßte Bürgermeisterin Brand-Elsweier nachdrücklich die Anstrengungen des BVS, der mit seinen Ausstellungen, Lehrgängen und anderen Veranstaltungen einen wertvollen Beitrag leiste, um das Bewußtsein der Bevölkerung für den Zivil- und Selbstschutz zu wecken. Obwohl die Stadt Neuss über einen gut funktionierenden Rettungsdienst verfüge, liege es im Interesse der Allgemeinheit, daß jeder Bürger einen eigenen Beitrag leiste. Dieser sei unersetzlich, trotz aller staatlichen Vorkehrungen, betonte Frau Brand-Elsweier.

Wuppertal. Der neue Leiter der BVS-Dienststelle Wuppertal, Werner Hachen, wurde durch Landesstellenleiter Peter Eykmann in sein Amt eingeführt. Wie Eykmann wünschte auch Helfervertreter Günter Winkler dem neuen Mann an der Spitze in Wuppertal alles Gute für den weiteren Berufsweg. Hachen sei in Wuppertal und darüber hinaus im Kreis Mettmann herzlich willkommen.

An der Einführung des neuen Dienststellenleiters nahmen auch der ehemalige Dienststellenleiter Günther Ehrlich, Kreisbeauftragter Georg Vogel und zahlreiche ehrenamtliche Helfer sowie der Leiter der Hagener BVS-Dienststelle, Kurt Stelten, teil, der ein Jahr lang mit der Leitung der Dienststelle Wuppertal beauftragt war.



Ein Gruppenfoto nach der Amtseinführung.

Hachen verband mit seinem Dank für die freundliche Aufnahme den Wunsch nach einer guten Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern. Er sehe darin eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches Wirken des BVS in Wuppertal.

Rheine. Mit einem Sicherheitswettbewerb begannen in Rheine Selbstschutztage, die sich unter dem Motto "Selbstschutz – ein Gebot der Zeit" an die Öffentlichkeit richteten. An der eindrucksvollen Selbstdarstellung beteiligten sich DRK, MHD, JUH, DLRG, THW, Freiwillige Feuerwehr und BVS.

Neben dem Sicherheitswettbewerb, bei dem die Bevölkerung ihr Wissen in der Selbst- und Nächstenhilfe überprüfen konnte, bildete die Vorführung von Rettungsmaßnahmen bei unmittelbarer Gefahr den Höhepunkt dieser Veranstaltung.

Zur Eröffnung der Selbstschutztage, an der auch Bürgermeister Ludger Meier teilnahm, betonte Stadtdirektor Clemens Ricken den großen Wert der freien Verantwortung eines jeden Bürgers in der Frage des Selbstschutzes.

Die enge Verknüpfung von Selbsthilfe des einzelnen und behördlicher Maßnahme kam auch bei der Demonstration eines „Notfalles“ zum Ausdruck: Ein Kraftfahrzeug, besetzt mit vier Puppen, war von der Emsbrücke in den Fluß gestürzt. In gemeinsamer Aktion bargen Taucher der DLRG und Freiwilligen Feuerwehr die „Verunglückten“ und übergaben sie den Kräften des DRK und der JUH. Nach schneller medizinischer Versorgung durch einen Notarzt wurden die „Verletzten“ durch das THW über eine Seilbahn an das andere Ufer der Ems befördert, wo sie vom Krankentransport des MHD übernommen wurden.

Den Abschluß dieser Übung bildete die Bergung des Autowracks durch das THW. Die Präzision und Art und Weise der Zusammenarbeit hinterließen großen

Eindruck bei den zahlreichen Zuschauern.

Auch der Sicherheitswettbewerb stieß auf starkes Interesse. 54 Teilnehmer konnten nach erfolgreichem Bewältigen des Parcours mit einer Urkunde und einem kleinen Preis belohnt werden.

Oelde. Die Notwendigkeit der Information über den Zivil- und Selbstschutz sei angesichts der jüngsten Katastrophen im In- und Ausland besonders groß, betonte der Stadtdirektor von Oelde, Dr. Friedrich Schmänk, anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung des BVS im Rathaus.

Der Verwaltungschef sagte weiter, es sei wünschenswert, daß der Bürger das Angebot des BVS mehr als bisher in Anspruch nehme. „Denn eins“, so Dr. Schmänk, „ist sicher: Richtiges Helfen in gefährlichen Situationen erfordert Wissen und Geschick.“ Da der Einsatzbereitschaft staatlicher und privater Hilfsorganisationen im Katastrophenfall Grenzen gesetzt seien, müsse sich auch der Bürger engagieren.



Stadtdirektor Dr. Friedrich Schmänk (links) bei der Eröffnung der BVS-Ausstellung in Oelde. (Foto: Pieper)

Leverkusen. Erheblich gefordert wurden die Teilnehmer bei einem Wettbewerb, den die BVS-Dienststelle Leverkusen für ihre ehrenamtlichen Helfer ausgeschrieben hatte. Fachlehrer und Ausbildungshelfer mußten dabei an insgesamt zwölf Stationen ihr Wissen unter Beweis stellen. Im theoretischen Teil galt es zum Beispiel, Sirensignale zu bestimmen. Außerdem wurde nach den vier Teilbereichen der zivilen Verteidigung sowie nach den Geräten gefragt, die zur Durchführung eines Selbstschutz-Grundlehrgangs und eines Ergänzungslehrgangs „Wohnstätten“ benötigt werden.

Im Praxisteil hatten die Helfer Übungsbrände vorzubereiten und abzulöschen; Sitzschlinge, Brustband und Mastwurf waren als weitere Aufgaben zu erfüllen. Beinahe echt behandelte man auch eine „Schlagaderverletzung“. Insgesamt konnten 277 Punkte erreicht werden.

In der Gruppe „Fachlehrer“ wurde der ehrenamtliche Mitarbeiter Harry Waschk mit 252 Punkten Sieger; bei den Ausbildungshelfern belegte Alexander Hörniß den 1. Platz.

Dienststellenleiter Jochem Weck sprach bei der Siegerehrung mit Pokal und Urkunden allen Teilnehmern Dank und Anerkennung für das Engagement aus. Die bei diesem Wettbewerb gewonnenen Erkenntnisse sollen in kommende Arbeitsgemeinschaften einfließen.

Castrop-Rauxel. Einen Frauenkongreß des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in Castrop-Rauxel nutzte die BVS-Dienststelle Recklinghausen, um sich auf dem Freigelände an der Europa-halle vorzustellen. Dabei fanden die Vorführungen des BVS bei den Tagungsteilnehmern, darunter auch der Landesvorsitzende der CDU, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, besondere Beachtung.

Bei einem Rundgang, den der Spitzenpo-

Professor Dr. Kurt Biedenkopf und seine Gattin im Gespräch mit BVS-Mitarbeitern.

(Foto: Butzek)



litiker gemeinsam mit seiner Frau und in Begleitung von BVS-Dienststellenleiter Stein unternahm, bedankte sich Biedenkopf ausdrücklich für die Darstellung des BVS. Dieser habe mit seiner Information auf dem Frauenkongreß wertvolle Denkanstöße vermittelt.

Leverkusen. Zur ersten Selbstschutzberaterin im Rheinisch-Bergischen Kreis ist Ellen Nixdorf berufen worden. Stadtdirektor Siegfried Störtte, Wermelskirchen, stellte Ellen Nixdorf im Rahmen einer Pressebesprechung der Öffentlichkeit vor. Er überreichte bei dieser Gelegenheit die Ernennungsurkunde und einen Blumenstrauß.

In einem kurzen Referat ging Störtte auch auf die Bedeutung des Zivilschutzes und die Zuständigkeiten ein. Es sei zum Beispiel Aufgabe einer Gemeinde, Selbstschutzberater zu werben und zu ernennen.

BVS-Dienststellenleiter Jochem Weck stellte der Presse auch den neuen BVS-Beauftragten für Wermelskirchen, Achim von Foller, vor, der im Hauptamt der Stadt beschäftigt ist und dort die Organisationsabteilung leitet.

Hessenspiegel

Friedberg. In einer kleinen Feierstunde würdigte BVS-Dienststellenleiter Aloys Wagner die zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit Irmgard Hohmanns im Verband und verabschiedete sie in den Ruhestand.

Seit 1976 war Frau Hohmann als Aufklärungs- und Ausbildungshelferin sowie als Fachlehrerin im Bereich der Dienststelle Friedberg tätig. In dieser Zeit stand sie dem Verband jederzeit und mit viel Engagement zur Verfügung.

Stadtverordnetenvorsteher Hubert Schulte

überbrachte die Glückwünsche der Stadt Bad Vilbel. Er hob Frau Hohmann als zuverlässige und stets mit fröhlichem Optimismus arbeitende Mitarbeiterin im Stadtparlament hervor.

Darmstadt. Karl-Heinz Rössler steht der BVS-Dienststelle Darmstadt seit nunmehr 30 Jahren als ehrenamtlicher Helfer zur Verfügung. Nach seiner Grundausbildung im damaligen Bundesluftschutzverband wurde er 1957 Luftschutzlehrer. Als technischer Angestellter in der Stadtplanung half er, die Stadt Darmstadt in Selbstschutzbezirke aufzugliedern.

1983 hatte Rössler sich bereiterklärt, für die Stadt Darmstadt als Selbstschutzberater zu wirken.

Zu seiner Ehrung waren Polizeipräsident Bernet, in seiner Funktion als Katastrophenschutzbeauftragter der Stadt, der Leiter des Amtes für Katastrophenschutz, Collin, BVS-Landesstellenleiter Straube und Landeshelfervertreter Breitmeier neben zahlreichen weiteren Gästen erschienen. In einer kleinen Feierstunde überreichte Bernet dem Jubilar einen Ehrenteller des BVS.

Ehrung in Darmstadt (v. rechts): Polizeipräsident Peter C. Bernet, Landesstellenleiter Gerhard Straube, BVS-Helfer Karl-Heinz Rössler, Margarethe Rössler, Landeshelfervertreter Peter Breitmeier, Leiter des Amtes für Katastrophenschutz, Oberamtsrat Karl Collin, Dienststellenleiter Willy Roth und der Helfervertreter der Dienststelle, Heinz Böckner.



Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz. Der Sozial-Psychologische Arbeitskreis des Landkreises Neuwied war an die Kreisverwaltung mit der Bitte um Information über den Zivilschutz herangetreten. Das zuständige Dezernat bat die BVS-Dienststelle Koblenz um Unterstützung.

Der Leiter der Dienststelle, Herbert Neuland, führte eine Informationsveranstaltung durch, in deren Verlauf sich eine lebhaft Diskussions entwickelte.

Eine weitere Informationsveranstaltung vor dem Arbeitskreis stand unter dem Motto: „Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten.“ Auch hier schloß sich eine rege Diskussion an. Dabei gelang es, eine Reihe von Vorurteilen gegen den Zivil- und Selbstschutz abzubauen.

Es wurde abschließend vereinbart, im 1. Halbjahr 1987 vor einem größeren Zuhörerkreis dieses Thema erneut aufzugreifen.

Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die BVS-Dienststelle Koblenz führte an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Informationstagung für Hausfrauen durch. Die Teilnehmerinnen gehörten dem „Club für Bildung und Freizeit e. V.“, Vallendar, an.

Nach intensiven Vorgesprächen gelang es der Frauenfachbearbeiterin der BVS-Dienststelle, Else Grosch, daß die Veranstaltung in das Programm des Clubs aufgenommen wurde. Obwohl die Anreise auf eigene Kosten durchgeführt wurde, nahmen 54 Damen an der Tagung teil. Begrüßt wurden die Gäste vom Leiter der BVS-Bundesschule, Letocha, und vom Leiter der Dienststelle Koblenz.

Der Besuch des Übungsgebäudes der Schule sowie die Demonstrationen des Ablöschens einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke und die Handhabung

von Feuerlöschern hinterließen bei den Hausfrauen einen nachhaltigen Eindruck.

Die Besichtigung der Übungs-Befehlsstelle der Katastrophenschutzschule und des in den Unterkünften vorhandenen Hausschutzraumes wurde nachträglich eingefügt, da eine große Anzahl der Tagungsteilnehmerinnen bisher noch keinen eingerichteten Schutzraum gesehen hatten.

Danach ging es in den Lehrsaal. In einem Vortrag stand die Bedeutung des Selbstschutzes für die Frau von heute im Vordergrund. Spontan meldeten sich anschließend viele Teilnehmerinnen zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang an.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Recht zahlreich kamen die Mandatsträger der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu einer Informationstagung „Zivilschutz“ der BVS-Landesstelle Saarland.

Schon zu Beginn zeichnete sich ein äußerst interessierter und diskussionsfreudiger Teilnehmerkreis ab. Vornehmlich im Bereich des Katastrophenschutzes ergaben sich in bezug auf das Kernkraftwerk Cattenom (im Dreiländereck Frankreich, Luxemburg, Deutschland) umfangreiche Fragen, wobei das Schutzbedürfnis der Bevölkerung im Vordergrund stand. Hier konnte Lt. Ministerialrat Grundmann erschöpfend Auskunft geben. Er verwies insbesondere auf die seitens der saarländischen Regierung zwischenzeitlich eingeleiteten Maßnahmen. Dazu gehören, so Grundmann, auch die Ergänzungen und Verbesserungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Einige Fahrzeuge seien bereits beschafft und auch dem Landkreis Merzig-Wadern zur Verfügung gestellt worden.

Darüber hinaus verwies er u. a. auf den besonderen Katastrophenschutzplan, der den Interessen der Bevölkerung bei einem evtl. Störfall in dem erwähnten Kernkraftwerk weitgehend Rechnung trage.

Anschließend referierte BVS-Landesstellenleiter Christian Koch über die Aufgaben des Verbandes sowie den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten. Die Teilnehmer zeigten sich von den bisherigen Leistungen und den künftigen Initiativen des BVS beeindruckt.

Im Hinblick auf die Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers wurde eine weitere Intensivierung der Information und Ausbildung für notwendig erachtet.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Aspekte widmeten die Teilnehmer auch den Ausführungen Dipl.-Ing. Leonhard Baureis hinsichtlich des Schutzraumbaus große Aufmerksamkeit.

Südwest aktuell

Stuttgart. Aus der Hand von Landrat Manfred Autenrieth erhielt der ehemalige Rottweiler BVS-Dienststellenleiter, Franz Gneist, das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz für sein herausragendes Engagement im Bereich des Rettungshundewesens.

Durch Gneists Initiative konnte 1978 ein Landes- und ein Jahr später ein Bundesverband für das Rettungshundewesen, deren jeweiliger Vorsitzender er war, gegründet werden.

Landrat Autenrieth dankte in einer Feierstunde Gneist für seinen bemerkenswerten Beitrag zur Rettung verschütteter Menschen. Durch dieses Engagement habe das Rettungshundewesen wieder an Wertschätzung gewonnen.

Ulm. „Auch in Friedenszeiten sind wir ständig Gefahren ausgesetzt, auf die sich der Mensch vorbereiten sollte.“ Oberbürgermeister Ernst Ludwig, der den „Tag des Katastrophenschutzes“ am Sonntag, dem 7. September 1986, mit einem Rückblick eröffnete, mahnte: „Tschernobyl hat uns gezeigt, daß wir die Augen nicht verschließen dürfen und ständig bereit sein müssen.“

Die Stadt Ulm ist seit 20 Jahren auf Gefahren aller Art vorbereitet. Ludwig schilderte den zunächst nur zögernden Aufbau des Katastrophenschutzes. Heute gewährleisten über 1 000 Helfer mit einem beachtlichen Fuhrpark von 122 Fahrzeugen Schutz und Sicherheit im Notfall.

Beim „Tag der offenen Tür“ konnten sich die Besucher einen Überblick verschaffen, was Katastrophenschutz eigentlich bedeutet. Die Katastrophenschutz-Organisationen stellten mit verschiedenen Vorführungen und Aktionen ihre Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten dar.

Die Stadt Ulm präsentierte sich in einem Zelt mit dem Katastrophenschutzstab und zeigte, wie Organisationsaufgaben wahrgenommen werden. Um den Besuchern aufzuzeigen, daß Katastrophenschutz

letztendlich nur funktioniert, wenn der einzelne Selbstschutz betreibt, wurde durch den BVS in Zusammenarbeit mit der Stadt Ulm und den Hilfsorganisationen als Rahmenprogramm ein Sicherheitswettbewerb durchgeführt.

An zehn Stationen prüften 104 Teilnehmer ihren Wissensstand in der Selbst- und Nächstenhilfe.

An einem Informationsstand konnte sich die Bevölkerung über das Informations- und Ausbildungsangebot der BVS-Dienststelle Ulm informieren.

Schwäbisch Gmünd. Zu einem Gedankenaustausch trafen sich die Selbstschutzberater aus dem Raum Schwäbisch Gmünd. Eingeladen dazu hatten BVS-Beauftragter Gutfreund und die BVS-Dienststelle Schwäbisch Hall. An der Aussprache war auch der BVS-Beauftragte für den Ost-Alb-Kreis, Banzhaf, beteiligt.

Die Veranstaltung sollte dazu dienen, Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten zu erörtern, wie die Arbeit der Selbstschutzberater gefördert und unterstützt werden kann. Sowohl durch die besondere Situation im Raum Schwäbisch Gmünd als auch durch das Kernkraftwerksunglück von Tschernobyl ergaben sich viele Fragen und Diskussionen.

Auch wurde die Rechtslage der Selbstschutzberater und die nicht selbstverständliche, aber dringend erforderliche Fortbildung erörtert. Es wurde beschlossen, künftig regelmäßige Weiterbildungsveranstaltungen durchzuführen. Hierbei sollen aktuelle Themen aufgegriffen und das Hintergrundwissen vertieft werden.

Karlsruhe. Nach über 20jähriger Mitarbeit verabschiedete sich die Bürosachbearbeiterin der BVS-Dienststelle Karlsruhe, Ruth Ziegenhagen, in den Ruhestand. In einer kleinen Feierstunde überreichte Amtsrat Büchler die Dankurkunde, wobei er ihr Engagement und ihre Leistungen würdigte.

Rege Diskussion am „Tag der offenen Tür“ (v. links): BVS-Dienststellenleiter Riebauer, der Zivilschutzleiter der Stadt Gallen, Bruggmann, BVS-Landesstellenleiter Raach, Oberbürgermeister Ludwig, Landtagsabgeordneter Göbel, Ortsvorsteher Schwer, Bürgermeister Dr. Hartung.



Bundesinnenminister Dr. Zimmermann führte neuen THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel in sein Amt ein

„Sie übernehmen ein schwieriges Amt“

Dr. Zimmermann wies auf die Fülle von Aufgaben hin – Festakt im Rathaus von Landshut

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann führte in einem Festakt im Prunksaal des Rathauses Landshut den neuen Direktor des THW, Gerd-Jürgen Henkel, in sein Amt ein und verabschiedete seinen Vorgänger, Dipl.-Volkswirt Helmut Meier.

Ehren- und hauptamtliche THW-Angehörige aus allen Bundesländern sowie aus 34 bayerischen THW-Ortsverbänden kamen in die alte Herzogstadt, um an der Festveranstaltung teilzunehmen. Die Abordnungen aus den Landesverbänden

vertraten die rund 56 000 aktiven THW-Helfer und füllten zusammen mit den zahlreichen Ehrengästen den Rathausaal bis auf den letzten Platz.

Der Gastgeber, THW-Landesbeauftragter Reiner Vorholz, begrüßte Repräsentanten aus Politik, Verwaltung, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und befreundeter Hilfsorganisationen sowie die Bundestagsabgeordneten Hermann Fellner, Dr. Wolfgang Götzer und Hans Painter, Landtagsabgeordneten Herbert Huber, Oberbürgermeister Josef Deimer und Regie-

rungsvizepräsident Dr. Heinz Huther. Ein besonderer Gruß galt dem Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, dem Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Karl-Ludwig Haedge, dem Präsidenten der THW-Helfervereinigung, Hans-Joachim Wiegand, dem Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes, Reinhard Voßmeier, und dem ehemaligen THW-Landesbeauftragten für Bayern, Simon Schwarz.

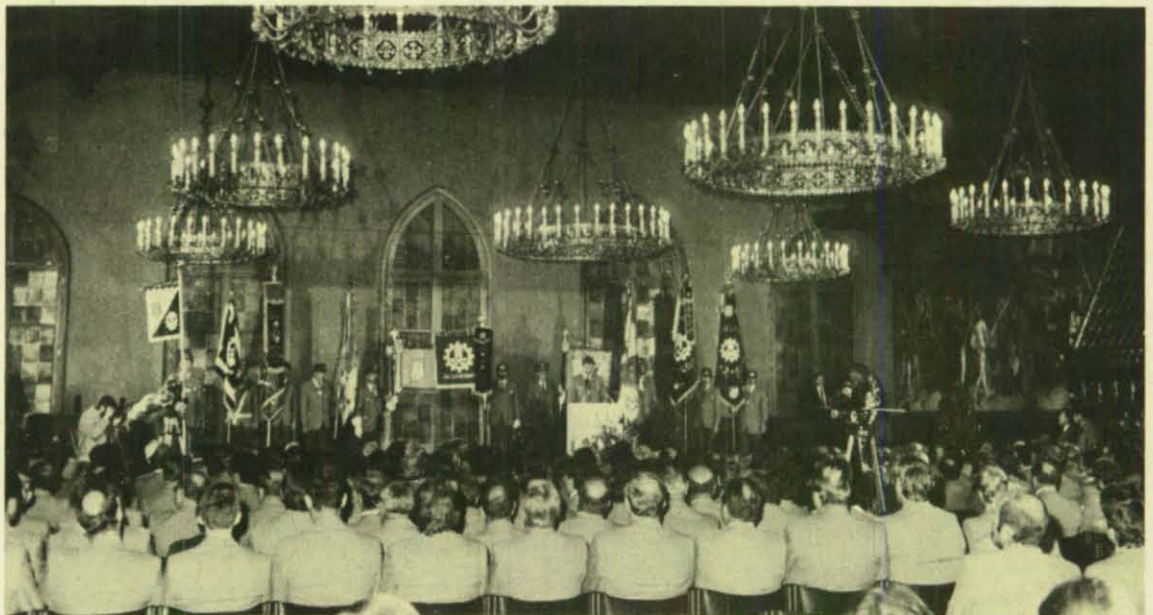
Grußwort des Oberbürgermeisters

„Kann der Staat für alle sorgen?“, fragte Oberbürgermeister Deimer in seinem Grußwort und überschrieb damit die Aufgaben der Hilfsorganisationen. Zwischen der kommunalen Selbstverwaltung und den Hilfsorganisationen bestehe eine starke Verwandtschaft bei der Hilfswilligkeit, doch werde die Hilfeleistung des einzelnen nicht immer klar erkannt, meinte Deimer. Um so mehr sei den THW-Helferinnen und Helfern für die Arbeit zu danken, die sie in den Kommunen einbrächten. „Der Wert einer Stadt kann auch daran gemessen werden, wieviele Menschen bereit sind, am Leben ihrer Stadt aktiv mitzuwirken“, sagte der Oberbürgermeister zum Schluß.

Zivil- und Katastrophenschutz weiter ausbauen

Bundesminister Dr. Zimmermann, der danach das Wort ergriff, meinte, er brauche

Der Prunksaal des Rathauses Landshut ist würdiger Rahmen für die Festveranstaltung.





Oberbürgermeister Josef Delmer betont in seinem Grußwort das Engagement der Bürgerschaft für die Gesellschaft.

in diesem Kreis nicht auf den Sinn und Zweck des Zivil- und Katastrophenschutzes eingehen. Dr. Zimmermann fuhr fort:

„Jedoch erwarten Sie zu Recht von dem für diesen Aufgabenbereich zuständigen Bundesinnenminister eine Aussage zum Stellenwert des Zivil- und Katastrophenschutzes im Gesamttrahmen der Politik der Bundesregierung. Ich nehme deshalb gern die Gelegenheit wahr, eine Bilanz der vergangenen vier Jahre zu ziehen und Perspektiven für die vor uns liegenden Jahre aufzuzeigen.“

Der Zivil- und Katastrophenschutz ist eines der Gebiete, auf denen sich die Versäumnisse früherer Jahre besonders nachteilig auswirken. Wenn heute im Durchschnitt für mehr als 30 Personen nur ein Schutzraumplatz vorhanden ist, so ist das eine Quote, die absolut indiskutabel ist und die leider nur auf lange Sicht verbessert werden kann.

Die jetzige Bundesregierung hat trotz der notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen erhebliche Anstrengungen unternommen, um dem Zivil- und Katastrophenschutz wieder ein solides materielles Fundament zu geben und ihn weiter auszubauen. In den vergangenen vier Jahren lagen die Steigerungsraten der Ausgaben für diesen Bereich immer über der Steigerung des Gesamthaushalts. So beträgt beispielsweise in diesem Jahr die Steigerungsraten des Gesamthaushalts 1,6 Prozent und die der militärischen Verteidigung 1,8 Prozent, während für den Zivil- und Katastrophenschutz eine Steigerung von 2,9 Prozent erreicht werden konnte. Nach dem Haushaltsentwurf des Bundes werden die Gesamtausgaben für den Zivilschutz 1987 auf die Rekordsumme von 756 Millionen DM aufgestockt werden.

Für den Schutzraumbau übersteigen die bereitgestellten Investitionsmittel des

Bundes 1986 erstmals 100 Millionen DM. Gegenwärtig befinden sich bundesweit Schutzräume mit rund einer halben Million Schutzplätzen im Bau bzw. in der Planung.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik ist der Ausbau des Katastrophenschutzes, auch hierfür wurden die Haushaltsansätze in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Im Rahmen des bis zum Jahre 1990 reichenden Konsolidierungsprogramms mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Milliarden DM werden allein in diesem Jahr rund 130 Millionen DM für die Beschaffung von Fahrzeugen bereitgestellt.

Die Verbesserung der Katastrophenvorsorge ist auch der Leitgedanke für den weiteren Ausbau der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. In den vergangenen vier Jahren konnten die Haushaltsansätze für die Selbstbewirtschaftungsmittel um 5 und für die Baumittel um 6,7 Millionen DM erhöht werden. Der Haushaltsentwurf für 1987 sieht weitere Steigerungen um 2,5 und 2,75 Millionen DM vor. Die Ausstattung wurde modernisiert und komplettiert. Allein für neue Fahrzeuge wurden rund 250 Millionen DM ausgegeben. Damit sind die Zeiten endgültig vorbei, in denen das Technische Hilfswerk seinen Ausbildungsbetrieb wegen fehlender Mittel zeitweilig einstellen mußte. Das Bauprogramm für die kommenden Jahre sieht die Erstellung von jährlich ca. 15 neuen Unterkünften vor. Damit wird das derzeit noch bestehende Defizit von rund 115 zeitgerechten Unterkünften voraussichtlich schon in fünf Jahren beseitigt sein.

Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß wir auch in Zukunft alle im Rahmen der finanzpolitischen Gesamtsituation möglichen Anstrengungen unternehmen werden, um den Zivil- und Katastrophenschutz in unserem Land weiter zu verbessern. Zivil- und Katastrophenschutz war und ist in unseren Augen immer eine selbstverständliche Vorsorgepflicht zum Schutz der Bürger.

Arbeitsprogramm beschlossen

Im Mitteleuropa sind wir seit über 40 Jahren, nicht zuletzt Dank unserer Zugehörigkeit zum westlichen Verteidigungsbündnis, von einer kriegerischen Auseinandersetzung verschont geblieben. Der Verteidigungsfall als außergewöhnlichste Notfallsituation, als größte aller denkbaren Katastrophen, für die der Zivilschutz Vorsorge zu treffen hat, wird – da bin ich sicher – auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht eintreten. Zivil- und Katastrophenschutz werden deshalb auch künftig in erster Linie ein einheitliches,

sich gegenseitig ergänzendes Hilfeleistungssystem im Frieden bleiben.

Der Bund hat sichergestellt, daß Einrichtungen, Einheiten und Ausrüstung des Zivilschutzes dem Katastrophenschutz der Länder bei der Bewältigung von Katastrophen in vollem Umfang zu Verfügung stehen. Der Zivilschutz ist immer wieder zur Lebensrettung und zur Schadensbekämpfung bei Hochwasser-, Sturm- oder Schneekatastrophen, bei Explosionsunfällen, Ölverschmutzungen oder Großbränden eingesetzt worden.

Vom Meßstellennetz des Warndienstes kamen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl die ersten wichtigen Informationen über das Eindringen der radioaktiven Wolken aus der Sowjetunion in unser Land. Tschernobyl hat aber auch deutlich gemacht, daß der weitere Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig ist, um alle im Frieden denkbaren Großschadensereignisse, wie zum Beispiel Industrieunfälle, zu bewältigen. Das Bundeskabinett hat aus diese Erkenntnis die notwendigen Folgerungen gezogen und am 3. September dieses Jahres ein Arbeitsprogramm beschlossen, das ein bundeseinheitliches Vorgehen nicht nur bei großflächiger Radioaktivitätsbelastung, sondern auch bei möglichen anderen überregionalen Katastrophenfällen vorsieht. Es hat keinen Sinn, im Blick auf Tschernobyl eine „Insellösung“ für Reaktorunfälle zu treffen. Mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den Hilfsorganisationen besteht Einvernehmen, daß Regelungen für ein bundeseinheitliches Vorgehen in allen Fällen – auch im Vorsorgebereich unterhalb der Katastrophenschwelle – geschaffen werden müssen. Zu diesem Zweck ist unter anderem geplant, ein flächendeckendes Meßnetz des Bundes unter Einbeziehung des Warndienstes, eine zentrale Datenerfassung und beim Bundesminister des Innern eine zentrale Koordinierungsstelle für Krisenfälle einzurichten.

Mein Haus hat inzwischen eine umfassende Bestandsaufnahme auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes eingeleitet. Hierzu wurde ein intensiver Dialog mit den zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen sowie mit den Vertretern der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und der Bundesärztekammer aufgenommen.

Es sind mehrere Arbeitsgruppen gebildet worden, die Vorschläge für eine Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes bei großflächigen Gefährdungslagen erarbeiten sollen. Dabei geht es uns darum, auch bei neuartigen Gefährdungslagen das bestehende Gesamtsystem des Katastrophenschutzes und der Katastrophenvorsorge einzuschalten. Aus Grün-

den der Effektivität, aber auch unter Spar-
samskeitsgesichtspunkten sollen die vor-
handenen und bewährten Instrumente
und Strukturen genutzt werden:

– Das bestehende Fernmeßsystem des
Warndienstes soll durch eine beschleu-
nigte Umrüstung der ca. 1 500 Meßstellen
verbessert werden.

– Eine bessere Ausstattung der vom
Bund finanzierten Einheiten des erweiter-
ten Katastrophenschutzes soll diese in die
Lage versetzen, auch Strahlenbelastun-
gen von geringer Intensität zu messen.

– Für den Aufbau des geplanten bundes-
weiten Krisenmanagements bieten sich
die personellen, organisatorischen und
kommunikationstechnischen Einrichtun-
gen des Bundesinnenministeriums als
zentrale Koordinierungsstelle an.

Ferner laufen in meinem Hause Vorpla-
nungen für ein Sofortprogramm, das die
Aufstellung weiterer ABC-Züge und eine
Verbesserung der ABC-Schutzausstat-
tung des erweiterten Katastrophenschut-
zes bringen soll.

Schwerpunkte für die nächsten Jahre

Lassen Sie mich noch einige weitere Ar-
beitsschwerpunkte für die nächsten Jahre
ansprechen:

1. Wir werden die Arbeiten an den neuen
gesetzlichen Grundlagen für den Zivil-
und Katastrophenschutz zu Ende führen.
Ich brauche nur das Stichwort Schutz-
baupflicht zu erwähnen, um zu verdeutli-
chen, daß es hier um nicht gerade ein-
fache Probleme gehen wird. Auch bei
den Ländern kommt Bewegung in die
Katastrophenschutzgesetzgebung. Der
Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz
der Länder und des Bundes ist dabei,
Leitlinien zu erarbeiten, um die Einheit-
lichkeit des Katastrophenschutzes in der
Bundesrepublik zu gewährleisten. Als zu-
ständiger Bundesminister unterstütze ich
dieses Vorhaben mit Nachdruck. Unsere
Bürger haben unabhängig von ihrem
Wohnort das recht auf grundsätzlich glei-
che Hilfeleistung in Notfällen. Zonen un-
terschiedlicher Sicherheit darf es nicht
geben.

2. Die Bundesrepublik Deutschland ist
Vertragspartner der vier Genfer Abkom-
men vom 12. August 1949 über den
Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte.
An diese sogenannten Genfer Rotkreuz-
Abkommen sind alle wichtigen Staaten
der Welt gebunden.

Die in Ergänzung zu diesem Abkommen
in den 70er Jahren erarbeiteten beiden
Zusatzprotokolle sind von der Bundesre-
publik Deutschland gezeichnet, aber bis-
her noch nicht ratifiziert worden. Wie



Amtseinführung in Landshut (v. links): THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel, Bundesinnenminister Dr. Zimmermann und scheidender THW-Direktor Meier.
(Fotos: Hackl)

schon frühere Bundesregierungen festge-
stellt haben, erfordern Bedeutung und
Komplexität der in diesen Protokollen ge-
regelten Materie einen umfassenden Mei-
nungsbildungsprozeß und eine enge Ab-
stimmung mit den Verbündeten. Die Bun-
desregierung hat nie einen Zweifel daran
gelassen, daß sie die Ratifizierung der
Zusatzprotokolle anstrebt, weil sie diese
als bedeutenden Fortschritt im Bereich
des humanitären Kriegsvölkerrechts be-
grüßt. Allerdings wird die Bundesregie-
rung insoweit zunächst die internationale
Entwicklung abwarten. Denn gerade in
den sensiblen Nuklearfragen kommt der
Meinungsbildung bei den Nuklearmäch-
ten besondere Bedeutung zu.

3. Das Warnsystem soll durch ein be-
darfsgerechtes zukunftsorientiertes und
auch kostengünstigeres System ersetzt
werden. Die derzeitigen Warnanlagen ge-
nügen nicht mehr den Anforderungen.
Sie sind technisch überholt und störän-
fällig. Im Rahmen eines Pilotprojekts wird
zur Zeit für den Bereich der Länder
Rheinland-Pfalz und Saarland ein neues
Warnsystem geprüft, das sich vorrangig
auf Rundfunkdurchsagen stützt.

Personalbestand sichern

4. Wie für die Bundeswehr gilt es auch
für den Zivil- und Katastrophenschutz,
den notwendigen Personalbestand in den
90er Jahren trotz zurückgehender Jah-
gangsstärken zu sichern. Ich werde mich
deshalb auch in Zukunft dafür einsetzen,
daß die bisherige Freistellungsquote für
den Zivil- und Katastrophenschutz erhal-
ten bleibt. Ich danke in diesem Zusam-
menhang der THW-Helfervereinigung, die

ganz wesentlich dazu beigetragen hat,
daß die ursprünglichen Überlegungen,
die Freistellung gänzlich abzuschaffen, in-
zwischen vom Tisch sind.

5. Die Bundesrepublik Deutschland be-
müht sich seit einer Reihe von Jahren,
mit ihren Nachbarstaaten Abkommen
über die gegenseitige Hilfeleistung bei
Katastrophen oder schweren Unglücksfä-
llen abzuschließen. Solche, im wesentli-
chen inhaltsgleichen Abkommen wurden
mit Frankreich 1977, mit Luxemburg 1978,
mit Belgien 1980, mit der Schweiz 1984
und mit Dänemark 1985 geschlossen.

Zweck dieser Abkommen ist die zügige
und wirksame Hilfeleistung bei größeren
Schadensereignissen ohne zeitaufwendigen
Formalismus sowie die Intensivierung
der Zusammenarbeit bei der Gefah-
renabwehr. Ich beabsichtige, weitere Ab-
kommen mit den anderen Nachbarstaa-
ten abzuschließen. Mit den Niederlanden
und Österreich sind bereits Vertragsver-
handlungen aufgenommen worden. Mit
einer Unterzeichnung dieser Abkommen
ist 1987 zu rechnen. Erste Kontakte wur-
den zur Tschechoslowakei geknüpft.

Dank für erfolgreiche Arbeit

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
als ich am 7. Oktober 1985 Herrn Meier,
den dienstältesten Landesbeauftragten
des Technischen Hilfswerks zum Direktor
bestellte, konnte niemand ahnen, daß wir
uns bereits nach fast einem Jahr erneut
aus Anlaß eines Amtswechsels zusam-
menfinden würden. Persönliche Überle-
gungen haben Herrn Meier zu der Bitte
veranlaßt, ihn von seinem bisherigen Amt
zu entbinden und ihn wieder zum Lan-

desbeauftragten in Schleswig-Holstein zu bestellen. Herr Meier hat als Direktor neben seinem großen Engagement für das THW vor allem seine fundierte Erfahrung auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und der Katastrophenfürsorge und seine in 27 Jahren erworbenen vielfältigen Kontakte einbringen können. Er sah es als eine wesentliche Aufgabe an, die Kameradschaft und den Zusammenhalt im Technischen Hilfswerk zu sichern und den unmittelbaren Kontakt zur Helferschaft zu pflegen. Ein besonderes Anliegen war ihm auch die Festigung der Verbindung zu anderen Hilfsorganisationen. Ich bedaure sehr, daß Herr Meier sich gezwungen sieht, diese eben erst begonnene neue Phase seines beruflichen Wirkens abzubrechen.

Sehr geehrter Herr Meier, ich danke Ihnen für Ihre erfolgreiche Arbeit als Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Ich wünsche Ihnen für die Fortsetzung Ihrer Tätigkeit an Ihrer früheren Wirkungsstätte Glück und Erfolg.

Ein schwieriges Amt

Ich freue mich, als neuen Direktor des Technischen Hilfswerks Herrn Henkel vorstellen und heute hier einführen zu können. Mit Herrn Henkel ist die Wahl auf einen Mann gefallen, der nach meiner Überzeugung die Gewähr dafür bietet, daß die in den letzten Jahren verfolgte Linie der Konsolidierung und Stärkung des Technischen Hilfswerks kontinuierlich fortgeführt wird.

Unmittelbar nach Abschluß seines zweiten juristischen Staatsexamens im Jahre 1972 ist Herr Henkel in das Bundesamt für Zivilschutz eingetreten. Er hat dort und im Bundesinnenministerium, wohin er zeitweise abgeordnet war, sowie in der Leitung des Technischen Hilfswerks – zuletzt als Stellvertreter des Direktors – umfassende Erfahrungen für sein neues Amt sammeln können.

Sehr geehrter Herr Henkel, Sie sind der 9. Direktor an der Spitze des Technischen Hilfswerks, dieser großen Katastrophenschutzorganisation des Bundes. Sie übernehmen ein schwieriges Amt. Vor Ihnen liegt eine Fülle von Aufgaben, die großen persönlichen Einsatz, viel Einfühlungsvermögen und zugleich ein hohes Maß an Durchsetzungskraft erfordern. Auf Sie als den neuen Direktor des Technischen Hilfswerks richten sich viele Hoffnungen und Erwartungen.

Selbständigkeit der THW-Leitung wurde gestärkt

In den vergangenen vier Jahren habe ich eine Reihe grundsätzlicher Entscheidun-

gen zur Verbesserung der inneren Strukturen des THW getroffen. Die wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang waren die Neuordnung der THW-Leitung und die Einführung der Helfermittlung. Mit diesen Maßnahmen soll die Selbständigkeit der Leitung gestärkt, dem Selbstverständnis einer Helfervereinigung Rechnung getragen und die Einbringung des Fachwissens der Helferschaft in die Entscheidungsprozesse institutionell sichergestellt werden. Nach Ablauf der zweijährigen Probezeit Ende dieses Jahres wird zu entscheiden sein, ob der eingeschlagene Weg einer stärkeren Selbständigkeit des THW Rechnung trägt.

Das Spannungsverhältnis zwischen der nach der Verfassung gebotenen hierarchischen Struktur einer Bundesbehörde und dem Selbstverständnis einer Helfervereinigung kann letztlich nur überbrückt werden, wenn Persönlichkeiten mit anerkannter Kompetenz an der Spitze des Technischen Hilfswerks stehen, die durch klare und abgewogene Entscheidungen die Helferschaft überzeugen und die so die notwendige Akzeptanz finden. In diesem Zusammenhang möchte ich die Hoffnung und die Erwartung aussprechen, daß die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Helfervereinigung und der THW-Leitung auch in Zukunft fortbestehen wird.

Die Helfervereinigung hat in den letzten Jahren das THW materiell und ideell in einem beachtlichen Maße gefördert. Die Erfüllung der dem Technischen Hilfswerk gestellten Aufgaben und das rege kameradschaftliche und gesellschaftliche Leben war in vielen Ortsverbänden nur dank der Unterstützung der Helfervereinigung denkbar. Das Technische Hilfswerk braucht auch weiterhin eine starke, handlungsfähige Organisation seiner Helfer und Förderer, die ihr politisches Gewicht auch auf Bundesebene zugunsten des THW und des Zivil- und Katastrophenschutzgedankens einzusetzen vermag. Ich hoffe daher, daß die Landesverbände Niedersachsen und Bayern ihre Vorbehalte gegen einen Bundesverband zurückstellen.

Ich möchte nicht versäumen, allen ehrenamtlichen Helfern und Führungskräften, aber auch allen hauptamtlichen Mitarbeitern des Technischen Hilfswerks meinen Dank und meine Anerkennung für ihr großes Engagement auszusprechen, das sie sowohl im Dienst- und Ausbildungsbetrieb als auch in Einsätzen im In- und Ausland immer wieder erfolgreich unter Beweis stellen.

Die Bundesregierung kann nur einen materiellen und organisatorischen Rahmen schaffen; die Bildung einer lebendigen Gemeinschaft, die ihre humanitären Aufgaben auf der Grundlage von persönli-

cher Einsatzbereitschaft und Kameradschaft verfolgt, bedarf engagierter Menschen. Unser Staat darf dankbar und stolz sein auf alle, die sich im Technischen Hilfswerk und in anderen Hilfsorganisationen uneigennützig der Hilfe für ihre Mitbürger verschrieben haben.

Ich bestelle nunmehr Herrn Henkel unter gleichzeitiger Beförderung zum Leitenden Regierungsdirektor zum Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Henkel, für die vor Ihnen liegenden Aufgaben viel Erfolg – im Interesse des Technischen Hilfswerks und im Interesse eines wirksamen Schutzes für die Bürger unseres Landes."

Noch viele ungelöste Probleme

Anschließend verabschiedete Dr. Zimmermann den bisherigen THW-Direktor Dipl.-Volkswirt Helmut Meier.

Meier wies in seiner Abschiedsrede u. a. darauf hin, daß ihn die Aufgabe als THW-Direktor schon nach kurzer Zeit voll in ihren Bahn gezogen habe. Es habe ihm auch Freude gemacht, seine Mitarbeiter zur Teamarbeit und zum gemeinschaftlichen Denken und Handeln zu bewegen. Zum Schluß dankte Meier allen THW-Kameraden für ihr entgegengebrachtes Vertrauen während seiner Amtszeit und wünschte seinem Nachfolger viel Glück und Erfolg.

Daß die Konsolidierung und Stärkung des THW kontinuierlich fortgesetzt werde, dafür stehe er, meinte Gerd-Jürgen Henkel, der als neunter Direktor an die Spitze des THW gerufen wurde. Henkel ist der erste Jurist in diesem Amt, das vorher traditionell mit Diplomingenieuren besetzt war.

„Ich bin bereit, getragen von der Helferschaft, Verantwortung eigenständig zu übernehmen und meinen Teil dazu beizutragen, eine starke THW-Leitung zu schaffen.“ Das THW müsse eine langfristig geltende Organisationsform erhalten. Auch wenn dies in den letzten Jahren schon besser geworden sei, so gäbe es doch noch viele ungelöste Probleme, sagte der neue THW-Direktor.

Konsul Peter Merck, THW-Bundessprecher, dankte dem scheidenden THW-Direktor und erklärte an die Adresse Henkels, daß er in enger Zusammenarbeit mit den Landessprechern die Ziele des neuen Direktors unterstütze und seine ihm gebotenen Möglichkeiten für die Stärkung des THW einsetzen werde.

Der Ortsverband Landshut lud die Festversammlung nach der Veranstaltung zu einem Stehumtrunk in den Residenzhof ein.

J. D.



Spektakuläre Rettungsübung: Luftwaffe und THW proben Seenotfall

Burg/Fehmarn. Unter nahezu realistischen Bedingungen probten Soldaten der 2. Hubschrauberstaffel der Luftwaffe und Einheiten des THW aus dem Kreis Ostholstein einen Seenotfall im Fehmarnbelt. Kräftige Sturmböen und heftige Regenschauer erschwerten die Bergung von zwei in „Seenot“ geratenen Personen mit einem SAR-Hubschrauber erheblich. Alle Akteure dieser großen Rettungsübung, die von über 2 000 Zuschauern mit Spannung verfolgt wurde, kehrten platschnaß an Land zurück.

Zum ersten Male bot sich in Burg für die beteiligten Einheiten der Luftwaffe und des THW aus Burg und Neustadt die Möglichkeit, praxisnahe Erfahrungen bei einem „Seenotfall“ zu sammeln, bekräftigte Major Peter Artemjew, Leiter der in Burg aufgebauten Großausstellung „Unsere Luftwaffe“, in deren Verlauf die zahlreichen Zuschauer auch das minutiöse Zusammenspiel der Hilfskräfte bei einem „Seenotfall“ hautnah miterleben konnten.

Während der fünftägigen Ausstellung, die nahezu alle Großgeräte der Luftwaffe den Besuchern vorführte, bot sich nach den Worten Artemjews eine solche Übungslage geradezu an. „Insbesondere der Kreis Ostholstein mit seiner 186 Kilometer langen Küste muß ständig für Seenot-

fälle im küstennahen Bereich vorbereitet sein“, betonte er. Folgerichtig sei das planmäßige Zusammenspiel zwischen der Bundesluftwaffe mit ihren SAR-Rettungshubschraubern und den Einheiten des Katastrophenschutzes eine notwendige Voraussetzung für effektive Rettungsaktionen.

Daß indes das Wetter mit kräftigen Sturmböen und Regenschauern bei dieser Übung so exakt mitspielte, hatten die Regisseure der Luftwaffe selbst nicht erwartet. Entsprechend hatten die Rettungsboote der THW-Einheiten, die, so die Übungslage, mehrere in „Seenot“ geratene Passagiere einer brennenden Yacht übernehmen sollten, Mühe mit dem nicht geringen Wellengang.

Nachdem vom Boot des THW-OV Neustadt jedoch zwei in der See treibende Passagiere aufgenommen werden konnten, kam die große Stunde der „fliegenden Retter“: Mit voll aufgeblendeten Suchscheinwerfern näherte sich ein SAR-Hubschrauber, der nun, mit Hilfe der bordeigenen Winde, von dem arg schwankenden THW-Boot die beiden geretteten Passagiere bergen mußte. Wenn der erste der Schiffbrüchigen auch noch halbwegs trocken durch die Lüfte Richtung Hubschrauber entschwebte, blieb dem Darsteller des zweiten Schiffbrüchigen ein weiteres Vollbad in der aufgewühlten Ostsee nicht erspart: Der in Böen mit Windstärke 9 blasende Sturm machte dem Piloten des Hubschraubers so zu schaffen, daß der bereits im Sicherheitsgurt freischwebend hängende Gerettete sich unversehens im Ostseewasser wiederfand.

Was für die Zuschauer zum großen Gag wurde, zeigte für die THW-Helfer der Ortsverbände Burg und Neustadt sowie für die Hubschrauberpiloten der Luftwaffe deutlich den Bedarf einer solchen gemeinsam durchgeführten Rettungsübung. „Auch für die Luftwaffe ist es wichtig, die vorhandenen Einsatzmittel der Hilfsdienste zu kennen“, erläuterte Major Artemjew vor Journalisten. C. B.

Leistungsvergleich im Instandsetzungsdienst

Rendsburg. Im Landesverband Schleswig-Holstein wurde am 30. August '86 ein Leistungsvergleich der Instandsetzungszüge in Rendsburg durchgeführt. Als Lage wurde eine Schiffskollision auf der Elbe zwischen einem Chemie- und einem Öltanker angenommen, bei der Giftgase freigesetzt wurden, die die Evakuierung einer großen Anzahl von Personen notwendig machte.

Die Behelfsunterkünfte, in denen diese Personen untergebracht wurden, waren mit elektrischer Energie und Wasser zu versorgen; außerdem war das anfallende Abwasser vorgereinigt in die Oberflächenentwässerung einzuleiten.

Die Leitung des Wettkampfes erfolgte durch eine Technische Einsatzleitung (TEL). Folgende Aufgaben mußten erfüllt werden:

- Einrichten und Betreiben einer Zugbefehlsstelle mit Führung eines Einsatztagebuches;
- Reparatur eines Erdkabels mittels Muffe;
- Bau eines Baustromverteilers;
- Stromversorgung aller Arbeitsstellen über den Baustromverteiler;
- Anbohren einer unter Druck stehenden PVC-Leitung DN 100 (Anbohrschelle);
- Aufbau einer Behelfswaschanlage;
- Herstellen von Leitungsverbindungen aus verschiedenen Materialien (Stahl - PVC - PE);
- Bau einer Behelfsfilteranlage.

Auf jeder Wettkampfbahn beobachteten drei Schiedsrichter die Arbeiten und hatten Fehler nach einem vorgegebenen Katalog festzustellen.

Von dem auf jeder Bahn eingerichteten Materialdepot mußte das Material durch die Gruppenführer über den Zugführer abgefordert werden. Innerhalb der vorgesehenen Zeit von drei Stunden hatten fünf Züge die Aufgaben durchgeführt.

Punktgleich auf dem 1. Platz lagen die Ortsverbände Meldorf und Neumünster. Um eine Entscheidung herbeiführen zu können, stimmten die Zugführer dieser Züge einer kritischen Begutachtung der Verdrahtung im Sicherungs- und Verteil-

Der „Schiffbrüchige“ wird an Bord des SAR-Hubschraubers gehievt.
(Foto: Behrens)





Rohrarbeiten für den Anschluß einer Behelfswaschanlage. (Foto: Voß)

lerkasten zu. Dabei wurde festgestellt, daß die Arbeit des OV Meldorf doch exakter war.

Die Siegerehrung wurde in Anwesenheit des Direktors THW, Henkel, vom Landesbeauftragten für Schleswig-Holstein, Dipl.-Volkswirt Meier, durchgeführt.

Es belegten:

1. Platz Ortsverband Meldorf
2. Platz Ortsverband Neumünster
3. Platz Ortsverband Kiel
4. Platz Ortsverband Norderstedt
5. Platz Ortsverband Flensburg

Den Gästen und Zuschauern wurde neben dem Wettkampf ein Informationsprogramm mit folgenden Aktivitäten geboten: Vorführung der Sauerstofflanze, THW-Musikzug, Arbeit mit den Rettungshunden, Bau eines Steges durch Jungheifer.

Aber auch Fahrzeuge und Geräte waren zur Besichtigung aufgebaut worden, insbesondere Festbrücke, Bergungszug, Ölschadenbekämpfung, Bergungsräumgerät, Mehrzweckboote, Taucherausrüstungen, Notstromerzeuger 50 KVA, Großpumpen und Trinkwasseraufbereitungsanlage.

Der Instandsetzungszug des OV Meldorf, der als Sieger aus dem LV-Leistungsvergleich hervorgegangen ist, wird im nächsten Jahr zu Pfingsten am Vergleichswettkampf auf Bundesebene in Hannover teilnehmen, um im Wettstreit mit den besten I-Zügen aus allen anderen zehn Landesverbänden den LV Schleswig-Holstein zu vertreten. Q. W.

Hamburg



Katastrophenschutzübung „Bille '86“

Hamburg. Auf einem alten Fabrikgelände fand die diesjährige Katastrophenschutzübung „Bille '86“ statt. Die Veranstaltung war durch einen Arbeitskreis, an dem alle Sanitätsorganisationen, die Feuerwehr und das THW beteiligt waren, als Fachdienstübung vorbereitet worden. Übungs-

zweck sollte es sein, den Helfern und Einheitsführern anhand einer möglichst realistischen Schadenslage Gelegenheit zu geben, ihr Fachwissen anzuwenden, ihren Leistungsstand zu beweisen und Motivation für die Mitwirkung und Fortbildung zu schaffen.

Der Übungsschwerpunkt lag in den Bereichen Bergungs-, Sanitäts- und Brandschutzdienst. Weiterhin waren Aufgaben für den Instandsetzungs-, Fernmelde- und ABC-Dienst vorbereitet worden.

Das THW war mit drei Bergungszügen, einem Instandsetzungszug und 40 Ver-

Eine der Übungsaufgaben ist das Ablassen von „Verletzten“.



Eine kräftezehrende Arbeit: Der Transport von „Verletzten“ zur Sammelstelle.

(Fotos: Krüger)



Gekont wird das alte Fabrikgebäude gesprengt.

(Foto: Rudolph)

letztendarstellern vertreten. Des weiteren waren THW-Führungskräfte in der Technischen Einsatzleitung, der Führungsgruppe Bereitschaft und als Schiedsrichter eingesetzt.

Der Übung vorgeschaltet war ein Wochenende zuvor eine Planübung, an der alle Einheitsführer und Führungskräfte teilnahmen.

Zu Beginn der Fachdienstübung wurden die alarmierten Einheiten in einem Bereitstellungsraum nach einer Checkliste materiell und personell auf ihre Einsatzbereitschaft überprüft. Nachdem sich die Technische Einsatzleitung über die Schadenslage informiert hatte, wurden die ersten Einheiten eingesetzt. Die Helfer fanden nach der „Explosion“ in einer Düngemittelfabrik verschiedene brennende Gebäude vor. Etwa 200 „Verletzte“ waren zu einem großen Teil unter Trümmern und schwerzugänglichen Stockwerken ausgelegt. Die zuerst eingesetzten Bergungshelfer mußten noch als besondere Schwierigkeit einen Teil der „Verletzten“ mit Booten über einen Fluß transportieren. Nach erster Versorgung auf dem Verletzenssammelplatz wurden die Geborgenen zu fünf Schwerpunktkrankenhäusern befördert. An diesem Übungsteil war auch die Gesundheitsbehörde der Hansestadt beteiligt.

Nach rund vier Stunden wurden die eingesetzten Einheiten abgelöst.

Am späten Nachmittag waren alle „Verletzten“ versorgt, die Brände gelöscht und die Gefahr gebannt.

Die gekonnte Sprengung eines 22 Meter hohen Fabrikgebäudes durch den Bergungszug des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Nord beendete die Übung. A. K.

THW-Auszeichnung für BGS-Kommandeur

Hamburg. Dem Kommandeur der Technischen Grenzschutzabteilung Nord, Polizeioberrat Friedrich Waldrich, wurde im Rahmen eines Gästeschießens vom Landesbeauftragten Trautvetter die THW-Ehrenplakette überreicht.

Waldrich hat das THW Hamburg in vielfältiger Weise unterstützt. Besonders durch die zur Verfügungstellung von Übungsplätzen war es in der Vergangenheit für viele THW-Einheiten möglich, eine effektive Ausbildung durchzuführen. Weiterhin ist es dank tatkräftiger Unterstützung des Kommandeurs gelungen, eine Dauernutzungsvereinbarung für den Land- und Wasserübungsplatz zu erreichen.

Trautvetter drückte bei der Überreichung der Auszeichnung die Hoffnung aus, daß die gute Zusammenarbeit zwischen BGS und THW auch in Zukunft erhalten blei-



Aus der Hand von Landesbeauftragten Trautvetter (links) nimmt Polizeioberrat Waldrich die Auszeichnung entgegen. (Foto: Krüger)

ben möge. Waldrich dankte für die Ehrung und sagte auch für die Zukunft seine Unterstützung zu. A. K.

THW bei „Du und Deine Welt“

Hamburg. Mehr als 300 000 Besucher wurden auf der großen Familienausstellung „Du und Deine Welt“ auf dem Hamburger Messegelände gezählt.

Auch dieses Jahr informierte das THW Hamburg mit einem attraktiven Stand in Halle 4 über die Arbeit und Aufgaben der



Oben: Zweiter Bürgermeister und Innensenator Alfons Pawelczyk trägt sich in das Gästebuch ein.

Rechts: Auch Senator Kuhbier läßt es sich nicht nehmen, das Modell über das Wasser zu steuern. (Fotos: Krüger)

Hilfsorganisation. Als Thema war „Das THW auf dem Wasser“ gewählt worden. Ein besonderer Anziehungspunkt war das maßstabsgetreue Modell einer Pontonfähre, die ferngesteuert von einer Anlegestelle zur anderen gelenkt werden mußte.

In über tausend Arbeitsstunden hatten die Jugendgruppe und der Instandsetzungszug des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte das Modell gefertigt.

Viel Prominenz besuchte den Messestand des THW. So trugen sich der Präsident der Bürgerschaft, Peter Schulz, Innensenator Alfons Pawelczyk, die Senatoren Kuhbier, Curilla und Polizeipräsident Dieter Heering in das Gästebuch ein.

Für die vielfältigen Informationen, die besonders von Jugendlichen verlangt wurden, standen ehrenamtliche Helfer des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte und hauptamtliche Mitarbeiter des Landesverbandes zur Verfügung. Einige Helfer opferten sogar ihren Urlaub für den Dienst auf dem Messestand. A. K.

Bremen



Helfen können muß erlernt werden

Bremen-Schwachhausen. Vor den großen Ferien hatte die Grundausbildungsgruppe des Ortsverbandes Bremen-Schwachhausen ihre Ausbildung mit Erfolg abgeschlossen. Am 30. August 1986 begann die Grundausbildung für eine neue Gruppe.

Nach der Begrüßung und Einführung durch den stellvertretenden Ortsbeauftragten, Zugführer Karsten Lindenstrauß, wurde die Gruppe vom Ausbilder Jens Buchart übernommen. Das Ausbildungsthema lautete: Ausstattung, Einsatzmöglichkeiten und Verlastung der Geräte bei einem MKW.



Die neue Grundausbildungsgruppe mit Ausbilder Jens Bucharth (rechts) und Zugführer Karsten Lindenstrauß (2. v. r.).

(Foto: Sandmann)



Erstaunt waren die Helfer-Anwärter über die vielfachen Einsatzmöglichkeiten bei der Verwendung von Seilen, Leinen und Ketten. Hier wurde den Helfer-Anwärtern wohl zum ersten Mal bewußt, daß Helfen eine gründliche und solide Ausbildung erfordert.

H. S.

anlage dagegen schon eher eine Strapaze. Eines aber bedeutete die NDR-Nachbarschaft auf jeden Fall, sie war ein Zuschauer magnet, in dessen Anziehungskraft das THW auf ganz erfreuliche Weise mit hineingeriet.

Überhaupt war dieser 6. Tag der Niedersachsen einer der am besten besuchten. In der Innenstadt war kaum noch ein Durchkommen, und auch in den Außenbezirken waren regelrechte Besucherströme festzustellen. So sah man bei allen Aktiven, ganz besonders aber beim THW, rundum zufriedene Gesichter.

Bei den zwei Helfern aus Goslar mit ihrer Modell- und Diaramaschau, ebenso wie bei den Hamelner Helfern an der Seilbahn, an den Fahrzeugen und an der Feldschmiede, wo Hunderte Birkenholzscheiben, mit THW-Brennstempel versehen, an die Bevölkerung verteilt wurden – Zufriedenheit auch bei den beiden Clausthaler Helfern, dem Ehepaar Bremer, das in den NDR-Pausen mit folkloristischen Darbietungen von der Plattform der Hamelner 4-t-Fähre glänzte.

Niedersachsen



6. Tag der Niedersachsen in Hameln

Hameln. Den Popfreunden unter den THW-Helfern und hauptamtlichen Mitarbeitern beim diesjährigen Tag der Niedersachsen, am 13. und 14. September 1986, in Hameln, bereitete die optische und akustische Nähe des Norddeutschen Rundfunks sicherlich einen Ohrschmaus. Für die Liebhaber leiserer Töne war die voll ausgefahrene Beschallungs-



Voll Vertrauen in die Arbeit des THW läßt sich Innenminister Hasselmann in den Schleifkorb einbinden und anschließend per Seilbahn in luftige Höhen heben. (Foto: Bormann)

Neben einem Auftritt von zwei Hamelner THW-Junghelfern in einer NDR-Hörfunksendung am Samstagnachmittag bildete der Besuch von Innenminister Wilfried Hasselmann am Nachmittag einen weiteren Tageshöhepunkt. Dabei ließ es sich der volkstümliche Politiker nicht nehmen – fachgerecht eingebunden in den Schleifkorb –, eine „Bergungsfahrt“ mit der THW-Seilbahn mitzumachen.

Der Publikumsandrang auf dem THW-Gelände setzte sich auch am Sonntag fort, vor allem, als der THW-Spielmanszug Salzgitter mit seinem mittäglichen Platzkonzert aufwartete. Zu den erfreuten Zuschauern zählte auch der Innenminister anlässlich seines zweiten Besuchs beim Technischen Hilfswerk.

Leider scheint es an den Tagen der Niedersachsen nicht ganz ohne Regen abzugehen. Ein Guß am Abend behinderte zwar die Abbaukaktivitäten, schränkte aber die Freude der Beteiligten über den außerordentlichen Erfolg der beiden Festtage nicht im geringsten ein.

R. B.

Dreißigjähriges Unterkunftsprovisorium beendet

Hildesheim. Mit einer ökumenischen Andacht begann der THW-Ortsverband Hildesheim am 6. September 1986 den Festakt zur offiziellen Einweihung seiner neuen Unterkunft. Im Anschluß an die Übergabe eines symbolischen Riesenschlüssels an den Ortsbeauftragten Günter Pohl durch einen Vertreter des Staatshochbauamtes zeichnete Landesbeauftragter Eckhard Leiser die teilweise außergewöhnlichen Stationen dieser Baumaßnahme vom Ankauf und Ausbau der Hildesheimer Liegenschaft bis hin zur Eigenleistung besonders tatkräftiger Helfer bei seiner Festrede nach.

An politischer Prominenz hatten sich u. a. MdB Hermann Rappe und Oberbürgermeister Gerold Klemke eingefunden, die herzliche Grußworte übermittelten. Für eine musikalische Einlage mit gekonnt vorgetragenen Seemannsliedern sorgte der Shantychor der dem THW verbundenen Kanu- und Segelgilde Hildesheim.

Als einer der Höhepunkte der Veranstaltung wurde mit dem befreundeten Bezirksverband Berlin-Steglitz durch den Austausch von Urkunden die offizielle Patenschaft besiegelt.

Im Anschluß an den Festakt hatten die rund einhundert Gäste Gelegenheit, den gesamten Bau nebst Außenanlagen in Augenschein zu nehmen. Ein Tag der offenen Tür mit Auftritt des THW-Spielmanszuges Salzgitter gab ab Mittag der Hildesheimer Bevölkerung Gelegenheit, sich über Unterkunft und Ausstattung des Ortsverbandes zu informieren.

R. B.

Stade mit klarem Vorsprung Sieger

Hoya/Hannover. 24 Instandsetzungszüge stellt der THW-Landesverband Niedersachsen insgesamt, acht davon traten von Freitagabend, dem 26. September, bis Sonntagnachmittag, dem 28. September 1986, zu einem Leistungsvergleich gegeneinander an.

Austragungsort war die Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, deren dammartig aufgeschüttete Übungsstrecke das ideale Wettkampfgelände bildete. Erstmals bei einem Leistungsvergleich Instandsetzungsdienst in Niedersachsen wurde neben fachlichem Können und schneller, ordentlicher Arbeit in den Gruppen auch das Führungsverhalten des Zugtrupps bewertet.

Jeweils zwei Stunden standen den Instandsetzungseinheiten aus Braunschweig, Einbeck/Norheim, Lehrte, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Stade und Uelzen zur Verfügung, um die gestellten Aufgaben zu lösen.

Die angenommene Lage von Verwüstungen nach orkanartigen Stürmen mit erheblichen Schäden an Versorgungsleitungen und die Einrichtung von zwei Technischen Einsatzleitungen (TEL), die als Meldeköpfe dienten und weitere Schadenssituationen – u. a. einen Giftgasalarm – einspielten, vermittelten dem Geschehen einen realistischen Rahmen.

Schiedsrichter, welche die Rolle von örtlichen Vertretern der Versorgungsbetriebe übernahmen, gaben den Zug- bzw. Gruppenführern an den jeweiligen Schadenstellen weitere Einweisungen in die Lage: „Instandsetzung einer Fernwasserleitung und Einrichtung einer Wasserentnahmestelle“ lautete sie für die Gas/Wassergruppe; „Auswechseln einer Rohrlänge bei einer Abwasserleitung und Herrichtung einer Anschlußmöglichkeit mittels Sattelstück sowie Einpassen eines Rohres in eine Regenwasserleitung“, hieß es für die Abwasser/Ölgruppe.

Die Elektrogruppe schließlich mußte eine Freileitung an eine ankommende Erdleitung anschließen, ein Luftkabel als Freileitung über drei Masten führen und wieder mit dem Erdkabel verbinden. Abschließend waren ein Kabelverteilerschrank und der Baustromverteiler anzuschließen und zu verdrahten.

Hauptsachgebietsleiter Ausbildung, Ralph Dunger, konstatierte den Instandsetzungszügen einen zwischen ausreichend bis gut angesiedelten Ausbildungs- und Leistungsstand, stellte aber noch Schwachstellen im Führungsverhalten der meisten Zugtrupps fest. Nach einer Phase des Aufbaus und der fachbezogenen Ausbildung im handwerklich-technischen Bereich ist hier zukünftig ein

Schwerpunkt bei den Aktivitäten der Instandsetzungszüge zu setzen.

Insgesamt aber – und davon konnten sich am Samstag eine Reihe geladener Gäste, u. a. der Hoyaer Bürgermeister Lühmann, Ministerialdirigent Antonischki vom Niedersächsischen Innenministerium und Kreisdirektor Dr. Hardegen, Nienburg – überzeugen, warteten die Helfer in den Wettkampfgruppen mit achtbaren Leistungen auf.

Als stolzer Sieger präsentierte sich nach der Auswertung am Sonntagnachmittag der letzte Teilnehmer Stade. Vor komplett angetretenem Zug sowie Repräsentanten der beteiligten Ortsverbände nahm Zugführer Behrens aus den Händen des Landesbeauftragten Eckhard Leiser den von diesem gestifteten Wanderpokal, ein Niedersachsenroß, entgegen.

Auf den weiteren Plätzen folgten Einbeck/Norheim und Lehrte als zweiter und dritter Sieger sowie nachfolgend Uelzen, Osnabrück, Braunschweig, Salzgitter und Oldenburg. Niedersachsen wird somit im nächsten Jahr beim Bundeswettkampf Pfingsten 1987 in Hannover durch den Ortsverband Stade repräsentiert, der immerhin den dritten Platz von Darmstadt 1983 zu verteidigen hat.

R. B.

Nordrhein-Westfalen



Übung für den Katastrophenfall

Paderborn. Samstag, 27. September 1986, 4.00 Uhr, Unterkunft des Technischen Hilfswerke, Paderborn. Während die Paderborner Bevölkerung noch schlief, wurden binnen weniger Minuten die weit über 200 Helfer des Ortsverbandes Paderborn alarmiert – Katastrophenalarm!

Was war passiert? In den frühen Morgenstunden hatte sich im Raum Paderborn ein Erdbeben der Stärke 8,5 auf der zwölfteiligen Mercalli-Skala ereignet. Die

Das fachgerechte Abstützen eines Tunnels erforderte von den Helfern der Bergungszüge besonderes Geschick.



Folge hiervon waren erhebliche Schäden an Gebäuden, Verkehrswegen und Industrieanlagen. Erschwerend kamen noch die starken Regenfälle hinzu, die die Bäche und Flüsse zum Anschwellen brachten.

So jedenfalls sah die Übungslage der diesjährigen Alarmübung „Land unter“ zu dieser frühen Stunde aus. Aufgabe der THW-Helfer war es nun, die entstandenen „Schäden“ so weit wie möglich zu beheben. Die Einsatzgebiete der vier Bergungszüge, des Instandsetzungszuges und der Pontongruppe lagen dabei im gesamten Kreisgebiet Paderborn.

So mußte beispielsweise über den Boker Kanal ein China-Steg erstellt werden. Der Instandsetzungszug hatte wenige Meter weiter eines seiner Einsatzgebiete an einer Schleusenbrücke. Hier mußte das Wasser aufgestaut und um die Schleusenbrücke herumgepumpt werden, um ein Wegspülen der Brücke zu verhindern. Weiterhin hatte der Zug die Aufgabe, eine Ölsperre auf dem Lippesee zu legen und ausgelaufenes Öl in Form von Sägespänen dargestellt, aufzunehmen.

Ebenfalls am Lippesee waren die Pontongruppe und ein weiterer Bergungszug im Einsatz. Die beiden Einheiten mußten hier gemeinschaftlich eine Fähre und die dazu gehörige Fährstelle errichten und anschließend den Übersetzverkehr über den Lippesee durchführen, da die Lippebrücke bei Sande laut Übungsplan zerstört war.

Zwei weitere Züge hatten schließlich die Aufgabe den „Schlonegrund-Tunnel“ bei Altenbeken auf einer Länge von 40 m abzustützen. Hierzu mußte zunächst einer der eingesetzten Bergungszüge das hierfür benötigte Holz in einem nahegelegenen Waldstück schlagen.

Besuch der 7. Minensuchboot-Flottille in Bonn

Beuel. Der THW-OV Beuel baute für den Besuch der 7. Minensuchboot-Flottille der

Die Pontongruppe beim Bau des Anlegers.



Bundeswehr in Bonn zwei Anleger am Rheinufer.

Zuerst wurde eine Vorauswahl des Gerätes vorgenommen. Pontons mit einer Länge von 8,80 m, die einen Freibord von mehr als 0,60 m aufweisen – schwere Bauweise im Sechs-Trägerbau mit einer Lage Fahrbahnplatten – rund 22 Tonnen Gerät.

Die eingereichten Unterlagen des THW an das Wasser- und Schiffsamt Köln trafen dort auf berechnete Skepsis. Da abzusehen war, daß die Anleger nicht ohne Aufsicht des THW oder der Bundeswehr am Ufer liegen würden, wurde eine Erlaubnis unter bestimmten Bedingungen erteilt. Zudem hatte der Ortsverband zwei stabile Widerlager am Ufer ermittelt, die benutzt werden konnten.

Aus Wesel und Köln-Ost wurden Pontons herangeschafft. Die Pontongruppe des THW-OV Wesel sagte spontan ihre Mitarbeit zu.

So begann Anfang Juni der Transport aller schweren Teile zu den Baustellen bei Stromkilometer 655,3 und 655,4.

Am Samstag, dem 7. Juni, wurde mit dem Bau begonnen. Die obere Baustelle übernahmen die Pontongruppen Beuel und Wesel, die untere Baustelle übernahm der 7. Bergungszug. Die Pontons wurden gekuppelt und jeweils zur Baustelle getreidelt. Die Träger mit der Spezialboh-

rung 2,18 m wurden aufgelegt, wobei es bei zwei Trägern Differenzen gab. Hier wurden die Exzentrerschrauben entfernt und Schrauben M 20 x 60 eingesetzt. Der Aufbau fand bei strömendem Regen statt. Zwei Stunden vor der kalkulierten Zeit waren beide Anlagen fertig.

Bei Baubeginn stand der Pegelstand auf 5,50 m, er stieg bis auf 6,20 m, um beim Abbau bei 4,50 m zu stehen. Die Neigungen und Gewichtsverlagerungen sind hierbei beträchtlich. Die THW-Helfer hatten jedoch gut vorgesorgt und stellten die sieben Greifzüge je nach Wasserstand nach.

Am Montag, dem 16. Juni, erschienen gegen 14.00 Uhr an jedem Anleger zwei Minensuchboote. Nach Zwischenlage von je vier Fendern und dem Anschlagen der Festmacheleinen am Ufer lagen die Boote sicher an den Anlegern.

In den fünf Tagen des Besuchs waren die Boote das Ziel vieler tausend Besucher, die alle sicher über die Anleger zu den Booten gelangen konnten. Am 20. Juni legten die Boote wieder ab, und Flottillenchef Fregattenkapitän Kramer sandte von Rotterdam aus ein Dankeschreiben an das THW.

Am 21. Juni bauten die beiden Pontongruppen sowie der 6. Bergungszug die Anleger wieder ab.

Für den THW-OV Beuel, der im Jahre

1958 den „Schwimmbrückenbau“ in einer denkwürdigen Übung aus der Taufe gehoben hatte, war es wieder eine Bestätigung ihres Könnens. Den jüngeren Helfern diente diese Aufgabe zur Abrundung ihrer Kenntnisse.

G. Sch.

Hessen



THW baute unsinkbares Rettungsboot

Solms/Wetzlar. Ein unsinkbares Rettungsboot bauten Helfer des THW-OV Solms/Wetzlar für den Instandsetzungs-, Bergungs- sowie Öl- und Pumpenzug. In über 100 freiwilligen Arbeitsstunden haben sie damit zusammen mit einem Hänger und den notwendigen Rettungsgeräten einen Wert von 8 000 Mark geschaffen.

Der Ortsverband verfügt nun neben dem Rettungsboot noch über ein Arbeitsboot mit Lichtanlage zum Ausleuchten der Einsatzstelle auf den Gewässern und zwei Schlauchboote.

O. U.

Dreißig Meter lange Behelfsbrücke gebaut

Herborn. Im Rahmen der Vorbereitungen des „Hessentages“ in Herborn baute der THW-OV Bad Homburg eine 30 Meter lange und drei Meter breite Behelfsbrücke. Sie sollte zwei Fest- und Ausstellungsgelände, die durch den Fluß Dill getrennt werden, verbinden.

Das sehr steinige Flußbett machte das genaue Einsetzen der als Brückenjoche dienenden Holzkonstruktionen problematisch und zeitraubend. Hierbei kam dem THW ein Kranwagen zu Hilfe.

Bei allen nachfolgenden Arbeiten waren dann Muskelkraft, so mancher Balanceakt in und über dem Wasser und vor allem ein ausgeprägter Teamgeist nötig, bis alle Brückenträger, Verbindungselemente und Fahrbahnplatten an ihre vorgesehenen Plätze gebracht und montiert waren.

Am Nachmittag konnte dann die Brücke ihrer ersten Belastungsprobe unterzogen werden. Das Befahren mit einem schweren Lkw ertrug das Bauwerk mit einigem Ächzen, aber ansonsten mit sehr vertrauenerweckender Standfestigkeit.

P. K.

Übungspuppen für das THW Hessen

Groß-Umstadt. In etwa 120 Arbeitsstunden fertigten zehn Helfer der Jugend-

Die 7. Minensuchboot-Flottille am Rheinufer in Bonn. (Fotos: Schmitz)



gruppe des THW-OV Groß-Umstadt zwölf Holzpuppen.

Unter Leitung von THW-Jugendbetreuer Michael Pohl werkten die 14 bis 16 Jahre alten Junghelfer, die durchschnittlich seit ein bis anderthalb Jahren im THW sind, an den Holzpuppen. Sie wurden für den THW-Landesverband Hessen hergestellt und sollen als Verletztendarsteller bei Bergungsübungen aus gefährlichen Lagen dienen.

Die Puppen werden vom Landesverband bei Bedarf an alle Ortsverbände des THW in Hessen ausgeliehen. H. Z.

THW-Jugendgruppe übte die Brandbekämpfung

Viernheim. Das Verhalten bei Bränden war das Thema einer Ausbildung der Jugendgruppen des THW-OV Viernheim. Die Jugendgruppe III (16- und 17jährige Junghelfer) besuchte die Lorscher Feuerwehr und wurde über Löschmöglichkeiten von Öl- und Gasbränden mit Hilfe von Handfeuerlöschern in Theorie und Praxis informiert. Besonders lehrreich waren die Übungen, bei denen die Junghelfer unter Aufsicht der Feuerwehrausbilder mit Handfeuerlöschern selbst löschen konnten.

Die 14- und 15jährigen Junghelfer der Jugendgruppe II waren am gleichen Abend Gäste der Viernheimer Feuerwehr und wurden mit Dias über verschiedene Brandbekämpfungsmethoden informiert. Ein Rundgang durch das Gerätehaus und eine Besichtigung der Fahrzeugausstattung war für die jungen THW-Helfer beeindruckend.

Die Jugendgruppe I (12- und 13jährige Junghelfer) war unterdessen am Waldsee damit beschäftigt, sich über die Pumpenausstattung des THW-Bergungszuges zu informieren. H. W.

30 Jahre THW-OV Rüsselsheim

Rüsselsheim. „Eine Helferschaft, auf die man sich verlassen kann, ohne verlassen zu sein“, wurde der THW-OV Rüsselsheim bei den Festansprachen zum 30jährigen Jubiläum von den Rednern charakterisiert. Schirmherr Oberbürgermeister Winterstein lobte die Leistungen des THW und bestärkte die Helfer, ihren eingeschlagenen Weg fortzuführen.

Daß der Ortsverband auf zwei gesunden Beinen steht, begründete THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen mit dem harmonischen Zusammenwirken von Ortsverband-Führung und Förderverein. Der Einsatz und die Kameradschaftspflege werden in Rüsselsheim hervorragend miteinander verbunden.

Viele Gäste nehmen an der Halleneinweihung teil.

(Foto: Schwepflinger)



Der Idealismus war es auch, den Friedel Roosen vom Förderverein als Voraussetzung für das bisher Geleistete herauskehrte. Oberstes Gebot sei es gewesen, betonte Roosen, Freunde bei den Hilfsorganisationen und in der Bevölkerung für die ideelle Unterstützung des Rüsselsheimer THW zu gewinnen.

Die mit viel Engagement und Zeitaufwand erstellte Gerätehalle, die anlässlich des Jubiläums eingeweiht wurde, ist ein sichtbarer Beweis der Leistung der Helferschaft.

Nach dem kirchlichen Segen von Pfarrer Hans Tölg wurde in Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus Politik und Gewerbe die neue Halle durch Oberbürgermeister Winterstein und THW-Direktor Meier ihrer Bestimmung übergeben. J. Sch.

Fahrzeugschau beim THW-OV Pfungstadt

Pfungstadt. Am Sonntag, dem 13. Juli, präsentierten sich THW, DRK, DLRG und Freiwillige Feuerwehr in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes Pfungstadt. Die Bevölkerung hatte Gelegenheit, Fahrzeuge und Ausstattung der Hilfsorganisationen zu besichtigen. Anlässlich der Veranstaltung übergab THW-Bundessprecher Peter Merck Ortsbeauftragten Franz Geißler den Fahrzeugschlüssel für ein neues Bergungsräumgerät.

Bürgermeister Erick Hoffmann beglückwünschte den Ortsverband zu dem neuen Fahrzeug und sagte die weitere Unterstützung des THW zu.

Großen Anklang fanden die von den THW-Helfern vorbereiteten Spiele für Kinder. Außerdem demonstrierte der Ortsverband sein Können durch den Bau eines Chinasteges. P. H.

Einsatzübung von THW und DRK

Darmstadt. Eine Gasexplosion auf einem Firmengelände war die angenommene

Lage einer gemeinsamen Übung des THW-OV Darmstadt und des DRK MesSEL. Insgesamt 75 Helfer mußten „Verletzte“ bergen und versorgen sowie Fernmeldeverbindungen erstellen, eine einsturzgefährdete Wand abstützen und einen Trümmersteg bauen. Das DRK übernahm die Betreuung der „Opfer“.

Besonders hart traf es die Helfer des 3. Bergungszuges: Sie mußten wegen ausströmenden Gases schweren Atemschutz tragen. H. G. H.

Saarland



Sintflutartiger Regen über St. Ingbert

St. Ingbert. An Montag, dem 23. Juni 1986, überfluteten die Wassermassen nach einem starken Gewitterregen zahlreiche Keller in St. Ingbert und richteten beträchtlichen Schaden an.

Der Großbach in der Gustav-Clauss-Anlage schwoll zu einem Fluß an, die Kanalisation konnte das Wasser nicht mehr fassen. Kanaldeckel wurden hochgedrückt, das Wasser stieg ins Freie, anstatt abzufließen.

Die Wehrmänner der Freiwilligen Feuerwehr waren rasch zur Stelle, da dieser Montag ein „Übungsabend“ war.

Auch bei THW-Ortsverband wurde nachgefragt, ob die Helfer nicht die überfluteten Keller auspumpen könnten.

Ortsbeauftragter Hans-Georg Wann sagte Hilfe zu, und so wurden bis 22.30 Uhr von 15 THW-Helfern viele Keller im Stadtgebiet leerpumpt. R. B.

Kriegsgräberpflege in Oberösterreich

Saarbrücken. Junghelfer des THW Saarland aus Spiesen-Elversberg, Saarwellin-

gen, Saarbrücken und Illingen, unter der Leitung von Bernhard Schmidt, waren in der Zeit vom 23. Juni bis 7. Juli 1986 in Freistadt, Oberösterreich, um auf einem Soldatenfriedhof des Zweiten Weltkriegs Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Sie wurden vom Vertreter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Hörschele, herzlich begrüßt.

Insgesamt wurden 130 Steinkreuze mit neuen Fundamenten versehen, einbetoniert und mit Mutterboden verfüllt. Auf Bitte des Konsuls der Bundesrepublik Deutschland, Grimm, wurde auch das Mahnmal im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gereinigt und beidseitig ein Fußweg angelegt.

Auch die Freizeit der Jugendlichen kam nicht zu kurz. Ein Empfang beim Bürgermeister, eine Grenzlandfahrt und viele weitere Aktivitäten sowie ein gelungener Lagerabend mit vielen Gästen füllten das Programm.

Baden-Württemberg



Tag und Nacht im Erdbebengebiet im Einsatz

Mannheim. Erschöpft, aber gesund kehren die fünf Helfer des Technischen Hilfswerkes, Ortsverband Mannheim, sowie ein Helfer aus Heidelberg und zwei aus Hessen in ihre Heimat zurück. Am 17. September waren sie im Rahmen einer bundesweiten Schnelleinsatzgruppe von Köln aus mit einer Transall der Bundesluftwaffe in das Erdbebengebiet um Kalamata auf dem Peloponnes geflogen worden, um dort im Schadensgebiet zu helfen.

Die Regierung in Athen hatte die Helfer angefordert, um bei Bergungs- und Räumarbeiten Spezialisten zur Hand zu haben. So gingen Hermann Bucher – einer der ältesten und erfahrensten Mannheimer THW-Helfer –, sein Sohn Günter, als Sauerstoffflanzenspezialist, Bruno Knöpfel als Zuggruppenfahrer, Manfred Ebert aus Heddesheim als „Schirrmeister“ und Thomas Gaberdiel als Brennschneidfachmann mit dem Heidelberger Roland Biehl und den Groß-Umstadtern Josef Auer und Andreas Heitzmann – beide an Ortungsgeräten ausgebildet – in das Katastrophengebiet.

Eine zu 90 Prozent zerstörte Stadt mit rund 40 000 Einwohnern erwartete die THW-Helfer. Ein Einsatz rund um die Uhr war die Folge, denn wer wußte schon, ob nicht noch Eingeschlossene in den Trümmern der bis zu fünfstöckigen Häuser auf Rettung warteten.

Über ihre Erfahrungen im Erdbebengebiet berichteten THW-Helfer Bruno Knöpfel und Ortsbeauftragter Manfred Stiegel im Studio des Rhein-Neckar-Fernsehens. (Foto: Sand)



Unterstützt von Feuerwehr und griechischen Soldaten gingen die Mannheimer Helfer mit Bergungsgeräten, Hebeemaschinen, Schneidbrenner und der Sauerstoffflanze sowie modernsten Ortungsgeräten an die Bergearbeit. Immer wieder standen die Männer vor einsturzgefährdeten Häusern. Nachbeben zwangen die Helfer zur Übernachtung im Freien.

Lob kam von der aus dem 300 km entfernten Athen hinzugezogenen Feuerwehr und vom griechischen Zivilschutzchef. Die Mannheimer bildeten die Griechen an der Sauerstoffflanze aus.

Um die Versorgung der Evakuierten aufrecht erhalten zu können, wurde schließlich ein Konvoi mit Feldküchen, Bio-Toiletten, Feldbetten und Decken sowie Lebensmitteln von Bonn aus nach Griechenland entsandt. 7 000 Portionen Essen werden nun von der THW-Kücheneinheit, Helfern des ASB sowie der JUH, am Einsatz beteiligt, zubereitet.

Für die zurückgekehrten Helfer war jedoch mit der Ankunft im Hauptbahnhof Mannheim der Einsatz beendet. Man spürte förmlich die Erschöpfung, die Strapazen, die alle hinter sich hatten. THW-Ortsbeauftragter Manfred Stiegel dankte den Angehörigen, die kaum Nachricht aus Griechenland erhalten hatten, und den Helfern für ihren Einsatz. Auch der Heidelberger Ortsbeauftragte Wolfgang Ulrich begrüßte die Helfer. Noch am Abend berichteten die Helfer im Katastrophenschutz-Zentrum des THW in Seckenheim über ihren Einsatz und zogen erste Bilanz.

O. S.

Bayern



Alten Holzsteg für Rollstuhlfahrer passierbar gemacht

Eggenfelden. Gewissermaßen zwei Brücken konnten die Helfer des Ortsverbands Eggenfelden unter ihrem Gruppenführer

Ludwig Maier beim Altersheim Christanger bauen. Zum einen galt es einen alten, morsch gewordenen Steg über einen Weiher südwestlich von Christanger nicht nur zu erneuern, sondern breiter und tragfähiger zu einer kleinen Brücke auszubauen.

Andererseits baute man damit eine menschliche „Brücke“ von jungen freiwilligen Helfern zu alten, teilweise gebrechlichen, vor allem aber behinderten Menschen, die nun ungehindert und sogar mit ihren Rollstühlen über diese Brücke fahren können und somit nicht auf die reizvolle Umgebung von Christanger verzichten brauchen.

Dieser Weg verbindet die Bewohner des Altenheimes Christanger mit ihrer Gemeinde in Postmünster, die für viele das Ziel einer kleinen Wanderung ist. Aber auch die Fußgänger und Radfahrer, die aus Pfarrkirchen kommen, nehmen diesen Weg, um abseits einer Teerstraße einen gemütlichen Ausflug zum Stausee machen zu können.

Heimleiter Diakon Horst Fleisch war es schon lang ein Dorn im Auge, daß man mit dem Rollstuhl diesen Weg nicht befahren konnte. Außerdem nagte der Zahn der Zeit an dem kleinen Holzsteg und machte die Balken und Bretter morsch und damit gefährlich. Die Handwerker des Altenheims hatten schon tüchtige Vorarbeit geleistet, indem sie die beiden Uferböschungen betonierten und somit dem THW die Arbeit erleichterten.

An einem Wochenende rückten 17 Helfer an, und in knapp fünf Stunden war es soweit, daß die Belastungsprobe gemacht werden konnte. Ein Rollstuhlfahrer war es, der als erster die Brücke ohne Beanstandung passierte und damit dokumentierte, daß das Werk gelungen war.

Helferleistungen gewürdigt

Simbach. Im Rahmen eines Helferabends wurden im Ortsverband Simbach verdiente Helfer ausgezeichnet. Verliehen

wurde Wilhelm Angloher das THW-Ehrenzeichen in Gold. Besonders herausgehoben wurden auch die Leistungen von Harald Plietsch, der das silberne Ehrenzeichen entgegennehmen konnte.

Wilhelm Angloher gehört seit 33 Jahren aktiv dem Ortsverband an. In diesen Jahren nahm er sich insbesondere der Pflege der gesamten Ausstattung an. Sein persönlicher Einsatz, so stellte der Landesbeauftragte, Reiner Vorholz, heraus, sei vorbildlich.

Harald Plietsch ist seit 32 Jahren im Ortsverband tätig. Vorholz lobte dessen ehrenamtliches Engagement, die herausragende Hilfswilligkeit, gerade als Vorbild für die Jüngeren. Jahrelang sei er ein hervorragender Ausbildungsleiter gewesen. K. H. G.

„Gasexplosion“ bei Neumarkt

Amberg. „Gasexplosion bei Neumarkt“, dies war das Motto, unter dem eine 2-Tage-Ausbildung des THW-Geschäftsführerbereiches Amberg stand. 150 Helfer der Bergungszüge Amberg, Sulzbach-Rosenberg, Parsberg und Neumarkt und des Instandsetzungszuges Amberg waren bei dieser Ausbildung im Einsatz, die vom Zugführer des Ortsverbandes Neumarkt, Raimund Spangler, organisiert und geleitet wurde.

Am Samstag gegen 6.00 Uhr wurde der Ortsverband Neumarkt alarmiert, wenig später war der Bergungszug bereits an der Unglücksstelle, einem ausgedienten Steinbruch nahe Neumarkt. Die gestellte Aufgabe lautete, in durch eine Gasexplosion zerstörten Häusern nach verletzten Personen zu suchen und sie zu bergen.

Danach kamen auch die übrigen alarmierten Ortsverbände zur Unglücksstelle und wurden von der örtlichen Einsatzleitung (ÖEL) sofort in ihre verschiedenen Aufgaben eingewiesen. Der Instandsetzungszug Amberg war damit beschäftigt, die durch die Explosion zerstörten Versorgungsleitungen für Strom, Wasser und Abwasser behelfsmäßig instanzzusetzen.

Die einzelnen Bergungsgruppen bauten Seilbahnen zum Überwinden von unwegsamem Gelände, Ausleger zum Ablassen Verletzter mittels Rollgliss, einen Chinasteg und einen Hängesteg von über 40 m Länge.

In einem eingestürzten Gebäude wurde wegen ausströmendem Gas und starker Rauchentwicklung der Einsatz mit schwerem Atemschutz erforderlich. An einer anderen Einsatzstelle mußte mit der Sauerstofflanze eine Betonwand durchbrochen werden.

Alle Helfer stellten ihr Können unter Beweis. Die Organisatoren legten mehr Wert auf Ausbildung als auf Leistung un-

Die Aufgabe für die Helfer aus dem Ortsverband Amberg, der Bau eines Hängesteges, war ein wichtiger Übungsteil. (Foto: Pöringer)



ter Zeitdruck. Alle im Einsatz befindlichen Bergungsgruppen waren über Funk ständig in Kontakt mit der ÖEL, die jede Meldung und Anforderung im Einsatztagebuch festhielt und entsprechende Weisungen gab.

Der Instandsetzungszug aus Amberg war damit beschäftigt, das gesamte Übungsgelände mittels einer 61 kVA-starken Polyma mit Strom für die Beleuchtung zu versorgen. Die Gas-Wasser-Gruppe sorgte für das Wasser. Aus einem 600 m entfernten Hydranten legten sie eine Schlauchleitung mit Pumpen, um den mit acht Zapfstellen versehenen Waschplatz und die zwei behelfsmäßig installierten Duschen zu speisen.

Auch der Verpflegungstrupp, bestehend aus Helfern der Ortsverbände Amberg, Parsberg und Neumarkt hatte alle Hände voll zu tun.

Am Sonntag führte Zugführer Spangler aus Neumarkt alle Helfer durch das Übungsgelände. Danach konnten die Übungsstrecken von den Helfern wieder abgebaut werden.

Im Zelt der ÖEL gab es mit den Einheitsführern noch eine abschließende Manöverkritik. Man war im allgemeinen mit der Arbeit sehr zufrieden und wünschte, auch in den nächsten Jahren wieder eine sol-

che Ausbildung in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Zügen durchführen zu können. R. P.

Alle bestanden die Prüfung

Starnberg. Ernst wurde es für acht Helfer des Ortsverbandes Freising an einem Sommertag in Starnberg. Galt es doch an diesem Tag, das in der Grundausbildung erworbene Wissen unter den kritischen Augen des Prüfungsleiters Josef Sckell (Ortsverband München-Süd) und seinen sieben Prüfern aus dem Ortsverband München-Nord in der Grundausbildungs-Abschlußprüfung unter Beweis zu stellen.

Quer durch alle Gebiete der Grundausbildung wurden von den Helfern Proben verlangt. Nach Auswertung der Prüfung konnte in Anwesenheit des Vertreters des Landesverbandes, Geschäftsführer Mayr (München), dann endlich das spannend erwartete Ergebnis bekanntgegeben werden. Alle Helfer hatten die Prüfung bestanden.

Neben den mit viel Schweiß verdienten Urkunden konnten die Helfer aus den Händen der Starnberger Ortsverbandsführung als Anerkennung ihrer Leistungen auch einen Taschenrechner in Empfang nehmen. C. D. M.



Nach bestandener Prüfung stellen sich Prüflinge und Prüfer zu einem Erinnerungsfoto. (Foto: Mendheim)



Das DRK-Nordrhein beim 89. Katholikentag in Aachen

Massenhaft gekocht – mundgerecht serviert

Flexibilität und Improvisation waren gefragt –
530 Helferinnen und Helfer im Einsatz

Sollten die Rotkreuz-Oberen in Bonn einmal einen neuen Orden herausgeben wollen, so müßte ihre Motivwahl auf einen Feldkochherd fallen. Abgestuft versteht sich. Die höchste Auszeichnung, die „Goldene Gulaschkanone mit Stern- und Schulterband“, würde dann wohl zuerst dem DRK-Landesverband Nordrhein überreicht werden, der „Große Gulaschkanonenorden“ aber ginge an die 530 Helferinnen und Helfer, die vom 11. bis 13. September 1986 über 52 000 Besucher des 89. Katholikentages in Aachen mit warmen Mahlzeiten versorgten. Und das zum Teil unter Bedingungen, die ganz anders waren im Vergleich zum Düsseldorfer Katholikentag 1982. Wurde damals alles zentral geregelt, gewissermaßen aus einem Guß geführt, gekocht, verteilt und gegessen, so muß der Ein-

satz in Aachen als der „Katholikentag der weiten Wege“ bezeichnet werden.

Im Regiebuch von Hans Bergs, dem stellvertretenden Führer der Hilfszugabteilung VI, kamen zwei Worte immer wieder vor: Flexibilität und Improvisationskunst.

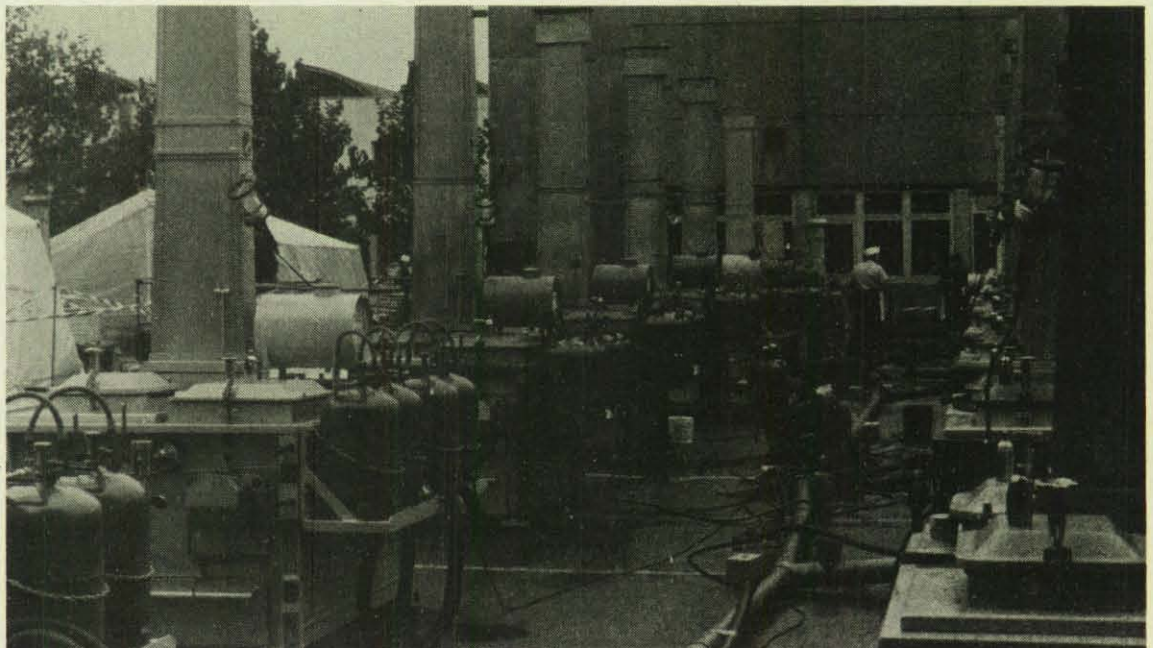
Beide Fähigkeiten, offenbar speziell für das Rote Kreuz erfunden, mußten den zuvor gesteckten logistischen Rahmen füllen. Und dieser Rahmen war, wie könnte es anders sein, routiniert zusammengemurmelt worden. So wußte der Stab um Einsatzführer Bergs, wo sich die ehrenamtlichen Kräfte aus 28 von insgesamt 32 Kreisverbänden bei ihrem Eintreffen in Aachen registrieren lassen mußten, wo sie schliefen und wo an sie selbst Verpflegung ausgegeben wurde. Auf dem Parkplatz der Rheinisch-Westfälischen

Technischen Hochschule präsentierten sich die Einsatzmittel zum Anfassen: die Kochstraße mit 34 Feldkochherden, die Spülstraße für die geleerten Thermophoren, die Fahrzeuge und Geräte des Fernmeldedienstes, des Instandsetzungsdienstes, des Technischen Dienstes, Zelte und (gemietete) Gabelstapler, Motorräder und der Rotkreuz-eigene Toilettenwagen. Dazwischen und in den ob der kühlen Tage meist beheizten Zelte: die Ehrenamtlichen im leichten Einsatzanzug, viele von ihnen alte Hasen mit reichlich Erfahrungen aus vorangegangenen Kirchen- und Katholikentagen. Nicht wenige hatten einige Tage ihres Jahresurlaubs geopfert, andere waren von ihren Arbeitgebern für diesen Einsatz freigestellt worden.

DRK-Köche rechnen nicht in Gramm, Pfund oder Kilogramm. Ihre Maßeinheiten sind Zentner oder gar Tonnen. Bei fünf Tonnen Kartoffelpüree 4,5 Tonnen Rindfleisch, 6,7 Tonnen Hühnchen und 2 000 Liter Soße wagt man schon gar nicht mehr zu fragen: „Darf's noch etwas mehr sein?“ Gleichwohl schlug die Masse den Essern nicht auf den Magen. Ganz im Gegenteil. Sie löffelten am Donnerstag Bohnensuppe, am Freitag Huhn mit Reis und am Samstag Gulasch. Mit fünf Mark war dabei, wer sich in einem der acht Großzelte (Fassungsvermögen rd. 900 Personen) zu Tisch setzen wollte.

Zum Beispiel in der Ausgabestelle Maria-Brunn-Straße. Hier regierte die Kölner Kreisbereitschaftsführerin Doris Frentup, ohne reinzureden. Auch sie war in Düsseldorf, damals vor vier Jahren, dabei gewesen als es die zentrale Ausgabestelle den Helferinnen ermöglicht hatte, im dün-

Feldkochherd an
Feldkochherd – die
imposante Kochstraße
beim Katholikentag.
(Foto: Zimmermann)





Oben: Angetreten zur Essensausgabe.
(Foto: Zimmermann)

Unten: Nach dem Riesenessen kommt der Riesenabwasch.
(Foto: Bauer)



nen Dienstkleid zu erscheinen. Davon konnte in Aachen freilich keine Rede sein. Das meist kühle und nicht selten regnerische Wetter verdonnerte die 47 Ehrenamtlichen aus Duisburg und Erftstadt zur dicken Vermummung. Mit gutem, weil zweckmäßigem Beispiel voran: die Kreisbereitschaftsführerin. Kein Dienstkostüm, keine weißen Handschuhe. Doris Frentup stiefelte in Einsatzanzug und Parka herum, und im Ausgabezelt zog sie sich ein kleines Papierschliffchen auf.

Was motivierte die Ehrenamtlichen hier Dienst zu tun: „Die Gemeinschaft“. An den Ruf, in Aachen den Tisch zu decken, hatten sie eine Bedingung geknüpft: „Wir machen nur mit, wenn wir hier übernachten können.“ Doch die Nächte waren kurz. Der Dienst begann noch bevor der

Hahn krächte. Nämlich um vier Uhr in der Früh. Sechzehn, manchmal auch siebzehn Stunden später war das Tagewerk vollbracht. Wieder ein Rahmen. Ein zeitlicher diesmal. Dazwischen: Eigenverantwortlichkeit. Jeder Ausgabebereich hatte seine eigene Führungsgruppe und vor allem seine eigene Funkstelle. Doch trotz guter Kommunikation zum etwa sechs Kilometer entfernten Zelt der Einsatzführung, waren Entscheidungen spontan vor Ort zu fällen.

Kamen gegen Mittag die Lastzüge mit den Thermophoren, dann probierte die Kreisbereitschaftsführerin erstmal selber vor. Ob es Klagen über das Essen gab? Mitnichten.

Küchenchef Horst Hastermann und seiner gemischten Mannschaft in der Kochstraße müssen an den drei Tagen von Aachen permanent die Ohren geklungen haben. Ob in der Ausgabestelle Maria-Brunn-Straße, ob am Ferberpark, in der Viehhofstraße, an der Alkuinstraße oder in den Schulhöfen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums des Schulzentrums Brand und des Pius-Gymnasiums: Die Menüs mundeten prima.

Für das Rote Kreuz kam nach dem Riesenappetit der Riesenabwasch und das Aufräumen. Während in der Spülstraße die tausend Warmhaltebehälter mit Heißdampfstrahlgeräten gereinigt wurden und die achtzig Zentimeter tiefen Bottiche der Feldküchen nach kurzer Zeit schon wieder wie geleckt aussahen, holte der Reinigungsdienst der Stadt Aachen in den Ausgabestellen die Müllcontainer ab und ersetzte sie durch neue, freute sich ein nordrheinischer Landwirt auf die Essensreste, die zu verwerten er angeboten hatte, schrieben die dezentralisierten Führungskräfte ihre Berichte, brütete der Rechnungsführer über seinen Zahlen und wurden schließlich bei der abendlichen Einsatzbesprechung die Erfahrungen des Tages ausgetauscht.

Mit am positivsten bewertete das Rote Kreuz in Aachen die Disziplin der Katholikentagsbesucher und vor allem ihre Geduld in den Ausgabestellen.

Als dann alles vorbei war, am Samstagnachmittag nämlich, ließen weder die Köche schlagartig ihre Löffel fallen, noch eilte Einsatzführer Bergs stracks ins Wochenende: Hatte schon die Aufbauphase eine Woche vor dem ersten Schlag aus der Gulaschkanone begonnen, so dauerte die Phase des Abbaus ebenfalls eine Woche.

Übrigens: Nach zwei Katholikentagen (1982 und 1986) und einem Evangelischen Kirchentag (1985) im Bereich des DRK-Landesverbandes Nordrhein, darf sich nun das Rote Kreuz in Berlin auf einen Verpflegungseinsatz größeren Stils anlässlich des Katholikentages 1990 freuen ...

Carl-Walter Bauer

In der Ersten Hilfe waren die Hessen vorn

Am 4. Oktober 1986 trafen sich in Xanten am Niederrhein 14 Mannschaften aus 13 DRK-Landesverbänden zum Bundeswettbewerb „Erste-Hilfe 1986“, um den Solferino Wanderpreis, der jährlich vom Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes vergeben wird, nach Hause zu tragen. Das Spitzentrio stellten heuer Baden-Württemberg (Platz 3), Südbaden (Platz 2) und Hessen (Platz 1). Da traditionsgemäß der Austragungsort in der Regel derjenigen Kreis- oder Landesverband ist, der die Siegergruppe des Vorjahres stellte, wird es der Hessische Kreisverband Biedenkopf sein, der den Bundeswettbewerb 1987 ausrichten darf.

Das erste, was der anreisende Chronist auf seinem Notizblock vermerkte, war: „Vorzügliche Ausschilderung“. Die Realschule in Xanten zu finden, war demnach ein Kinderspiel. Vor der Eröffnungsveranstaltung in der Turnhalle gab Peter Heimer vom DRK-Generalsekretariat die Parole aus: „Favoriten gibt es nicht.“ Somit sah die alte Römerstadt Xanten den ganzen Tag über friedliche Wettkämpfe, aus denen schließlich die Hessen als Sieger hervorgingen.

Muß noch erklärt werden, daß die Wettbewerbe zunächst auf Kreisverbandsebene von Mannschaften der verschiedenen Bereitschaften innerhalb eines Kreisverbandes ausgetragen werden, das der oder die Siegergruppe danach den entsendenden Kreisverband auf der Bezirks- bzw. Landesverbandsebene vertreten und das letztendlich die Siegergruppen der Landesverbände am Bundeswettbewerb teilnehmen?

Für Insider sicherlich nicht. Beim Bundeswettbewerb 1985 in Wenden (Westfalen-Lippe) wurde die Gruppe aus Sonsbeck Bundessieger. Aus diesem Grund fand in diesem Jahr der Bundeswettbewerb in Sonsbeck/Xanten statt. Neben



Oben: Vor dem „Unfall“, gestellt in der Turnhalle von Xanten, werden die „Verletzten“ erst einmal „gemacht“.

Rechts: Für die richtigen Rettungsgriffe gibt es die höchsten Punkte beim Bundeswettbewerb „Erste Hilfe“ des DRK. (Foto: Zimmermann)

den teilnehmenden Gruppen aus den Landesverbänden waren auch Abordnungen des Österreichischen, des Niederländischen und des Schweizerischen Roten Kreuzes an den Niederrhein gekommen. Der Wettbewerb gliederte sich in theoretischen Aufgaben, Einzelpraxis und Gruppenarbeit. So rauchten in der Theorie die Köpfe bei „Grundlagen für die Mitwirkung des DRK im Zivil- und Katastrophenschutz“, in der Einzelpraxis galt es, insgesamt fünf Aufgaben zu bewältigen, und die Gruppenarbeit beschäftigte sich mit einer Aufgabe aus dem Sanitätsdienst. Für letztere hatten die vielen freiwilligen Helfer in der schon erwähnten Turnhalle eine Volksfestszene aufgebaut: In einem Autoscooter waren zwei Wagen „zusammengestoßen“. Peter Heimer zu den Gästen der Eröffnungsveranstaltung: „Sie sehen hier nur die Kulisse, die ‚Verletzten‘ kommen gleich herein.“

Tausend Punkte konnte erreichen, wer sich in Theorie und Praxis als unschlagbar erwies. Als gegen Abend addiert wurde kam die Siegergruppe auf 848,8 Punkte, die Südbadener erreichten 834,5 Punkte und Baden-Württemberg war mit 829,8 Punkten zufrieden.

Nach getaner Arbeit huldigten am Abend die Xantener und ihre Gäste dem altrömischen Motto „Brot und Spiele“. Über 750 Menschen waren in die Reithalle in Sonsbeck gekommen, um nicht nur der brilliant gereimten Wettbewerbsanalyse der Oberschiedsrichterin Frau Dr. Gocht zu lauschen und die Siegerehrung durch DRK-Vizepräsidentin Fürstin Salm Horstmar zu bejubeln, sondern vor allem, um

einen bunten Abend mit viel Musik, Tanz und künstlerischen Darbietungen beizuwohnen. Dabei wurde wieder einmal deutlich, daß so ein Bundeswettbewerb

ohne die beeindruckende Zahl von Schlachtenbummlern und interessierter Öffentlichkeit nur halb so schön ist.

Carl-Walter Bauer

„Ortsvereine sind das Rückgrat des Roten Kreuzes“

Bei der Eröffnung des ersten Rotkreuz-Ortsvereinstags in Schleswig Holstein sah nur Petrus schwarz, ansonsten herrschte schon früh am Sonntagmorgen Ende August eitler Sonnenschein in Neumünster. Die Ortsvereine des DRK-Landesverbandes gewährten hier einen Tag lang eindrucksvolle Einblicke in die große Palette ihres Engagements.

Bereits am Vortag regten sich viele Hände auf dem Gelände der Holsten-Halle. In zwei Großzelten und vier Ausstellungshallen sowie in der Halle selbst entstanden Ausstellungsstände um Ausstellungsstände. Mit Filzstift, Tesaband, Fotos, Plakaten und anderen Hilfsmitteln wurde gewerkelt und gebastelt. Engagement, seine Aktivitäten eindrucksvoll herauszustellen, waren überall sofort zu erkennen. Pünktlich zur Eröffnung präsentierte sich dem Betrachter dann auch ein Ausstellungsbild, das ebenso bunt und vielfältig wie die Bandbreite der gezeigten Aktivitäten war.

Die Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes, Marie-Alix Herzogin zu Schleswig-Holstein, eröffnete die Veranstaltung mit dem Hinweis, daß der Sozialstaat ohne die DRK-Helfer und deren oft ehrenamtliches Engagement in dem heute erreichten Umfang undenkbar und auch unbezahlbar wäre.

Beim anschließenden Rundgang mit dem Innenminister des Landes Schleswig-Holsteins und Repräsentanten des örtlichen Roten Kreuzes konnte sich die Herzogin aus erster Hand über die verschiedenen Aktivitäten des Roten Kreuzes informieren: Friseurdienst auf Rädern, Haus-Notruf-System, Videothek auf Rädern, Baby-Betreuung, Senioren-Wassergymnastik, Mobile Erste-Hilfe-Stationen und vieles andere mehr.

Auch konnte sich die Vize-Präsidentin mit ihrer Begleitung über DRK-Gesundheitsprogramme informieren und sich interessante Neuigkeiten und wissenswerte De-

tails über neuartige Rotkreuz-Einsatz-Ausrüstung vermitteln lassen.

Neben den Rotkreuz-Gliederungen zeigten auch eine Reihe von Firmen ihre Produkte, die in der täglichen Rotkreuz-Arbeit sinnvolle Verwendung finden können. Auch diese Stände waren gut besucht, und sicher konnte hier so mancher Geschäftsabschluß getätigt werden.

Besonders eindrucksvoll waren auch die Senioren-Tanzveranstaltungen. Mehrere hundert alte Menschen zeigten hier, daß sie noch lange nicht zum alten Eisen gehören. Gut zwei Stunden präsentierten sie die verschiedensten Gruppentänze und konnten sich nach Beendigung eines jeden Tanzes des uneingeschränkten Applauses der Zuschauer sicher sein.

Aktivitäten ganz anderer Art zeigte zu gleicher Zeit das Jugendrotkreuz in einer anderen Halle. Tanz, Spiel und Spaß, aber auch ernste Themen, wie realistische Unfalldarstellungen und Maßnahmen der Ersten Hilfe standen hier im Vordergrund. Daß alle nicht nur ihr Handwerk beherrschten, sondern daß es ihnen auch riesig Spaß machte, konnte man jederzeit hören und auch sehen. Feucht und fröhlich ging es bei der Senioren-Wassergymnastik zu, wo man sich munter und mutig im kühlen Naß tummelte.

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich mit ziemlicher Sicherheit bei den Beteiligten und Zuschauern der Hunger einstellt, schwangen fleißige Rotkreuz-Küchentrupps bereits vor dem eigentlichen Veranstaltungsbeginn den Kochlöffel oder wetzten in friedlicher Absicht das Küchenmesser.

Pünktlich um die Mittagszeit wurden die knurrenden Mägen, etwa 4 000 an der Zahl, mit einer deftigen Erbsensuppe mit Einlage beruhigt. Und damit bei der Einnahme der Mahlzeit das Klappern der Suppenlöffel nicht die einzige mehr oder weniger musikalische Untermalung war, spielten verschiedene JRK-Kapellen flotte Rhythmen.

Nach dem Essen empfahl sich dann ein Verdauungsspaziergang, so zum Beispiel in das Rotkreuz-Museum, oder man sah sich technisches Rotkreuz-Gerät an, wie z. B. Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen, Hilfszugfahrzeuge, moderne Krankentransportwagen oder auch die wie bei allen DRK-Großveranstaltungen eindrucksvolle und lebendige Kochstraße. Anschließend konnte sich der Besucher bei einer Darstellung eines Rettungsdienstes überzeugen von der Funktionstüchtigkeit des DRK-Rettungsdienstes überzeugen.

Kaffee und Kuchen bereiteten die Besucher und Teilnehmer schließlich auf den abschließenden großen Festakt vor. Der Rahmen in einer gut gefüllten Holsten-Halle war gegeben, der mit Musik, Tanz und Ansprachen wirkungs- und ein-



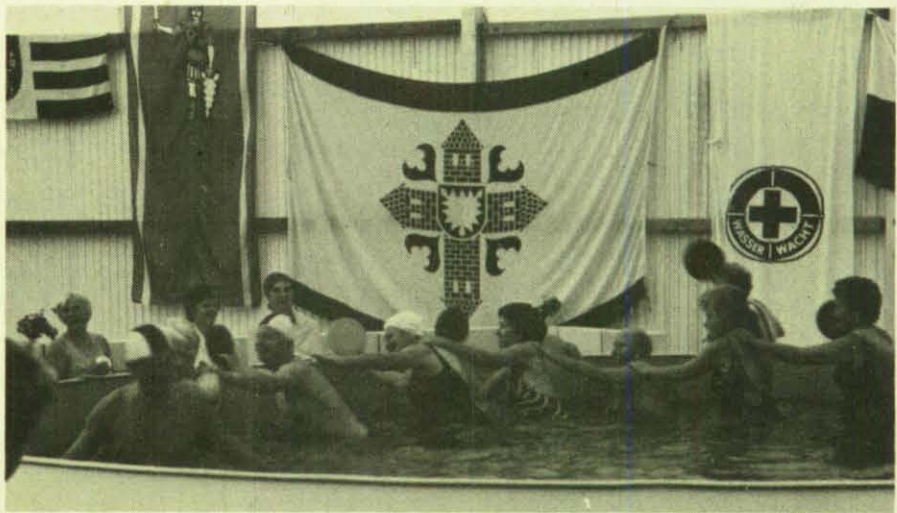
Auch Mitglieder des Dänischen Roten Kreuzes sind interessierte Besucher der Leistungsschau.

drucksvoll ausgefüllt wurde. In seiner Festansprache würdigten neben DRK-Präsident Prinz-Wittgenstein auch der Präsident des DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Dr. Hartwig Schlegelberger, die Arbeit der DRK-Ortsvereine.

Sie seien das eigentliche Rückgrat der Rotkreuzgemeinschaften. Gerade hier an der Basis würde durch vorbildliches Engagement der Helfer der Grundstein da-

für gelegt, daß gerade in vielen Städten und Gemeinden Schleswig-Holsteins die Identifikation der Bevölkerung mit dem Roten Kreuz einen Stand erreicht habe, der die Helfer des Roten Kreuzes zu einer festen Größe und die durch sie angebotenen und umgesetzten Aktivitäten und Hilfen zu einer festen Einrichtung in Stadt und Land mache.

Seniorentanzgruppen läuteten mit ihren



Oben: Trotz empfindlicher Kühle sind die Wassergymnasten voll bei der Sache.

Unten: Gruppentanz als Gemeinschaftserlebnis eindrucksvoll dargestellt.

(Fotos: Forkert)



auch optisch eindrucksvollen Darbietungen dann das Ende der Veranstaltung ein. Die JRK-Orchester bliesen und trommelten abermals um die Wette, und die Senioren-Bewegungsgruppen zeigten noch einmal allen, daß sie noch ganz schön fit sind, bevor Landesverbands-Präsident Dr. Schlegelberger das Schluß-

wort sprach, in dem er die Hoffnung ausdrückte, sich bald in diesem Rahmen wiederzutreffen. Sein Dank galt allen, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen hatten und all denen, die tagein, tagaus die gezeigten Aktivitäten vor Ort in die Tat umsetzen.

Peter Forkert

Kettenreaktion auf dem Bonner Münsterplatz

Den „Stellenwert des Ersthelfers“ unter Beweis zu stellen, galt Mitte Oktober eine Aktion des DRK-Kreisverbandes Bonn auf dem Münsterplatz der Bundeshauptstadt. Zum ersten Male zeigten Rotes Kreuz und Polizei wie die „Kettenreaktion“ der Hilfe und der Versorgung an einem Unfallort abläuft. „Wir wollen zeigen, wie jeder, der einen Unfall miterlebt, reagieren sollte, um schnell und exakt zu

helfen“, sagte dazu Helmut Lehder, Leiter der DRK-Landesschule Nordrhein.

Immer wieder erlebten das Rote Kreuz und die anderen Hilfsorganisationen große Ratlosigkeit der unverletzten Unfallbeteiligten und der Passanten angesichts der zerstörten Fahrzeuge und der Verletzten. So vergehen oft viele wertvolle Minuten, ehe die ersten lebensrettenden Maß-

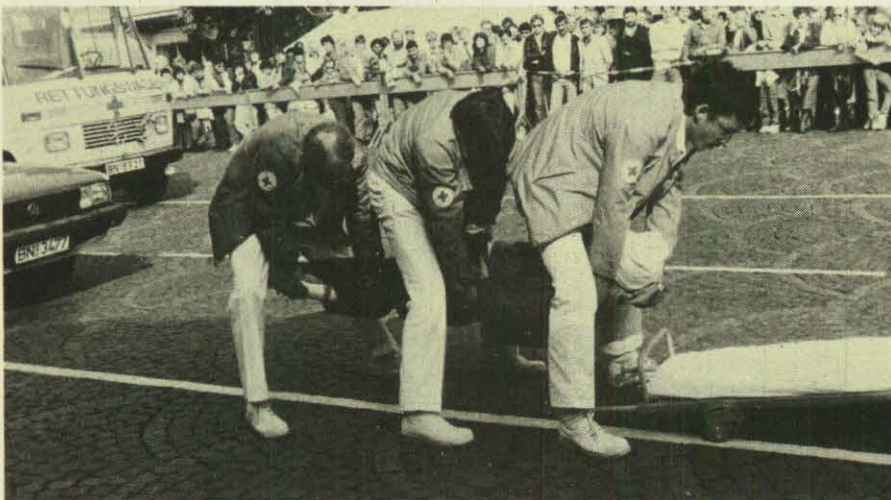
nahmen getroffen werden. Doch oft genügen schon wenige, einfach zu erlernende Hilfeleistungen, um Leben zu retten.

Mit der Darstellung auf dem Münsterplatz zeigt das DRK Bonn die exakt funktionierende Rettungskette, zu der folgende Aufgaben gehören: Unfallstelle sachgemäß absichern, lebensrettende Maßnahmen sofort einleiten, einen mit allen notwendigen Angaben versehenen Notruf abgeben, damit der Rettungsdienst vollständig informiert ist. Erste Hilfe leisten bis der Rettungsdienst eintrifft und der Rettungstransport ins Krankenhaus.

Helmut Lehder: „Was Sie hier auf dem Münsterplatz sehen, ist menschliches Fehlverhalten.“ Die gestellte Szene: Drei Verletzte fordert ein Verkehrsunfall auf der Schnellstraße als sich ein PKW, ohne Blinkzeichen zu geben, von der Standspur in den fließenden Verkehr einfädeln will. Er wird von einem aufholenden Fahrzeug seitwärts erfaßt, trotz Vollbremsung einige Meter mitgeschleift und kommt erst dann zum Stillstand. An beiden Fahrzeugen entsteht hoher Sachschaden. Mit der Demonstration von Unfall und anschließenden Rettungsmaßnahmen appellierten Polizei und Rotes Kreuz an die Bevölkerung, besonders im streubreichen Herbst- und Winterverkehr durch verkehrsgerechtes Fahren Unfällen vorzubeugen, aber auch durch schnelle und richtige Hilfeleistung Menschenleben retten zu helfen.

Im Rahmen einer Begleitausstellung erhielten die Besucher Gelegenheit, Rettungsfahrzeuge, Rettungsboote des DRK, eine moderne Funkleitstelle und Einsatzfahrzeuge der Polizei zu besichtigen. Interessant waren auch die Sehtests und die Blutdruckmeßaktionen. Ausbilder des DRK-Kreisverbandes informierten darüber hinaus in einem Zelt über Aktivitäten des Roten Kreuzes allgemein, insbesondere über die Ausbildung in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ und in „Erste Hilfe“.

Helmut Lehder wies darauf hin, daß allein im Bereich des Landesverbandes Nordrhein jährlich 11 000 Erste-Hilfe-Lehrgänge angeboten und von durchschnittlich 165 000 Teilnehmern besucht werden. Um den speziellen Bonner Bedürfnissen mit den vielen ausländischen Diplomaten entgegen zu kommen, sollen die Kurse in Zukunft in mehreren Sprachen angeboten werden. Die Aktion auf dem Münsterplatz sollte dazu motivieren, einen Erste-Hilfe-Kurs zu besuchen, denn die „Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung nimmt bei Unfällen zu“, wie es ein Polizeisprecher formulierte. Auf dem Münsterplatz appellierte denn auch Helmut Lehder, spätestens nach drei Jahren einen Erste-Hilfe-Lehrgang wieder zu besuchen.



Oben: „Hebt an!“ Mit diesem Kommando der Rettungssanitäter wird der „Verletzte“ auf die Trage gehoben.

Links: Sie erläuterten die Übung auf dem Bonner Münsterplatz: ein Vertreter der Polizei, ein Rotkreuz-Dolmetscher für seine türkischen Landsleute und der Leiter der DRK-Landesschule Nordrhein.

(Foto: Zimmermann)



Carl-Walter Bauer

Das Baby schwieg . . .

Fortsetzung aus Heft 10/86

Als wir von Ferne den Trecker kommen hörten, fiel uns ein Stein vom Herzen, und das Baby hörte für kurze Zeit mit dem Brüllen auf. Diesmal wateten zunächst fünf Männer zu uns durch den Schlamm, um die Lage zu klären. Nach einer schier endlosen Debatte mit Justin stapften sie zurück. Der Anhänger wurde abgekoppelt, das Zugfahrzeug schlug sich rechts in die Büsche und kam nach einer Weile vor uns wieder raus, walzte rückwärts auf uns zu und kettete das Fahrzeug an. Justin setzte sich ans Steuer, ein kräftiger Ruck, und der Toyota schlitterte hinter dem Trecker her, bis der Boden wieder hart und trocken war. Wir bedankten uns bei dem Fahrer, drückten ihm ein kräftiges Trinkgeld in die Hand, sammelten unsere „Familie“ ein und hockten uns schlammverkrustet ins Wageninnere. Dasselbe Spiel exerzierten wir noch zweimal bis gegen 20 Uhr (um 19 Uhr war die Sonne untergegangen). Dann machte uns der Traktorfahrer den Vorschlag, daß wir uns an seinen Anhänger anketten sollten, er würde uns bis nach Somanga ziehen, von da an würde es viel besser laufen.

Somanga: Das war der halbe Weg nach Rom oder, genauer, die Hälfte der Strecke nach Lindi. Für diese 20 Kilometer ab unserem letzten Schlammereinbruch berechneten uns unsere Armbanduhrer viereinhalb Stunden. Dreimal riß die Kette, zweimal wurden wir mitsamt dem Anhänger vor uns abgekoppelt, weil der Trecker einen Tanklastzug und einen Lastwagen aus dem Dreck ziehen mußte.

Das Baby schlief, aber in der Ferne hörten wir die Löwen brüllen. Eine halbe Stunde nach Mitternacht verabschiedete sich die Traktormannschaft von uns. Wir standen zwischen den Hütten von Somanga und beschlossen, die Nacht im Fahrzeug zu verbringen. Der einzige, der wie ein Stein sofort einschlieft, war Justin, unser Fahrer.

Der Freitagmorgen graute gegen 5.30 Uhr, und um 6.15 Uhr stürzten wir uns ungewaschen, unrasiert, (bis auf Justin) unausgeschlafen und hungrig in die zu erwartenden und vor uns liegenden Schlammflöcher. Um es kurz zu machen: Einmal schaufelte uns die Einwohnerschaft des Dorfes Miteja frei, einmal half uns ein Caterpillar der Straßenbaubehörde, dreimal halfen wir uns selbst, und zweimal zogen uns vorbeikommende Armeelastwagen aus dem Dreck.

Um 15 Uhr fahren wir in Kilwa ein, der

einst so berühmten Hafencity mit seiner goldenen Moschee, die im 15. Jahrhundert als eine der schönsten Afrikas galt. In Kilwa machten sie alle Station, die Portugiesen, die Holländer, die Engländer, alle, die nach Aden wollten, nach Hormus, nach Java und zu den Gewürzinseln. Von Kilwa aus starteten die Karawanen der Araber in die legendäre Stadt Zimbabwe, um Rhinohörner und Gold zu erstehen. Wir hatten keine Zeit für eine große Stadtrundfahrt. Vor uns lagen noch 169 Kilometer bis Lindi.

Saidi Namwewe, Rotkreuz-Präsident von Lindi, traute seinen Augen nicht, als er uns gegen 23 Uhr an jenem Freitag an seiner Haustür sah. Nachdem wir unsere doch ziemlich erschöpften Passagiere gut abgesetzt hatten, war es uns mit List und Tücke gelungen, den Wohnsitz des Präsidenten ausfindig zu machen. Und da waren wir nun und wollten nichts als schlafen. Nach einer weiteren halben Stunde fanden wir eine Art Pension, die noch drei Zimmer frei hatte, doch zuvor noch rasch ins Strandhotel und ein lauwarmes Cola getrunken und das Programm für den Samstag durchgesprochen.

„Den Ankommenden beurteilt man nach seinem Rock, den Abgehenden nach seiner Rede.“ Dieser Weisheit Immanuel Kants machten wir in Lindi, der „unterentwickeltesten Region in Tansania“, alle Ehre. Wir waren fast völlig verdeckt angekommen, und am nächsten Morgen bestaunte jedermann, der den Landcruiser mit seinem angetrockneten Schlammpanzer sah, auch gleichzeitig uns drei Verrückte, die während der Regenzeit die Fahrt von Darassalam nach Lindi unternommen hatten. Als wir uns Stunden später offiziell mit Reden verabschiedeten, wurden diese gar im Rundfunk auszugswise zitiert. Der Landesverband Lindi, erst 1984 gegründet, leidet, wie die gesamte Region, darunter, daß sich niemand um ihn kümmert. Die kümmerliche Infrastruktur behindert jede normale Kommunikation, und wäre Saidi Namwewe nicht am Krankenhaus beschäftigt und hätte er nicht einen so guten Draht zum Regional Medical Officer (vergleichbar dem Chef eines Gesundheitsamtes bei uns), dann wäre mit dem Roten Kreuz in Lindi nicht viel los. 300 der 416 Mitglieder gehören dem Jugendrotkreuz an. Sie wollen demnächst in den Schulen kleine Rotkreuz-Einheiten bilden und ausbilden. Die älteren Aktiven kümmern sich darum, Blutspender für das Krankenhaus zu finden, und der Leiter der Gesundheitsbehörde würde es sehr begrüßen, wenn Rotkreuzler aufs Land hinausgingen, um den Menschen dort zu helfen. Zwar rangiert Lindi derzeit in der Prioritätenliste des Tansanischen Roten Kreuzes nicht gerade an vorderster Stelle, aber wenn es ein querschnittgelähmter ehrenamtlicher Rotkreuz-Geschäftsführer geschafft

hat, in dieser verlassenem Ecke des Landes Menschen für die Rotkreuz-Idee zu interessieren, dann kann man nicht einfach danebenstehen und sie werkeln lassen: Die Blutbank des Hospitals benötigt dringend einen Kühlschrank, um die Blutspenden zu lagern, es fehlt an Lehrbüchern für die Sanitätsausbildung, an Lehrmaterial zum Üben (Dreieckstücher, Mullbinden, Schienen), der Jugendrotkreuz-Leiter sollte auf Seminare geschickt werden, der Geschäftsführer braucht eine Schreibmaschine, ganz zu schweigen von den Mitgliedskarten, Anstecknadeln, eben jenen fast schon als primitiv zu bezeichnenden Grundausstattungen, ohne die ein Ortsverein im Deutschen Roten Kreuz nicht mal ein einziges Mitglied werben könnte.

Am Palmsonntag setzten wir unsere Reise (im frisch gewaschenen Wagen) auf einer neu asphaltierten Straße nach Mtwara fort. Ein Genuß! 106 Kilometer weiter bezogen wir im dortigen Strandhotel Quartier und wurden am nächsten Tag von Dr. Ladda, dem Rotkreuz-Präsidenten, abgeholt. Das besonders während der Regensaison völlig aufgeweichte Straßennetz (sofern man überhaupt von „Straßen“ reden kann) macht es schier unmöglich, ärztliche Versorgung in die rund 490 Dörfer der Region zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß hier das Rote Kreuz gefragt ist, zumal wenn es um Gesundheitserziehung, um spezielle Mutter- und Kind-Programme und ganz besonders um das Ligaprojekt „Child alive“ geht.

Vom Landesverband des Tansanischen Roten Kreuzes in Mtwara ist freilich vorerst nicht viel zu erwarten. Der Präsident, selbst ein Mediziner am städtischen Krankenhaus, betreibt eine Art Ein-Mann-Show, obwohl es auf dem Papier immerhin 241 Mitglieder gibt, die allerdings dann zupacken, wenn die Region alle Jahre wieder mit Überschwemmungen konfrontiert wird. Für Mtwara gilt daher um so mehr, was wir auch schon in Lindi beobachtet hatten: Trotz der widrigen Infrastruktur muß sich die Rotkreuz-Zentrale in Daressalam mit Hilfe von Schwesterngesellschaften einiges einfallen lassen, um die „weg vom Schuß“ liegenden Regionen zu betreuen, zu motivieren, Projekte ins Leben zu rufen.

Die 1500 Kilometer zurück in die Hauptstadt, diesmal auf einer anderen Route, schafften wir in anderthalb Tagen. Da es bei mir zu Hause vier Tage lang (bis Ostermontag) kein Wasser gab, mußte ich meine beiden Kühlschränke abtauen, was knapp fürs Zähneputzen reichte. Auch das ist Tansania. Dafür gab's in Lindi nur vier Stunden Strom täglich. Was nutzt ein Kühlschrank für die Blutkonserven, wenn er ohne Stromaggregat geliefert wird?

Carl-Walter Bauer

12. ASB-Bundeskonferenz in Hannover

ASB kritisiert Vorkehrungen im Zivil- und Katastrophenschutz

Erste Hilfe-Ausbildung in Schulen gefordert – Ausbau der humanitären Auslandshilfe

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat die Situation im Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik kritisiert. Die Vorkehrungen für eine eventuelle Katastrophe, vor allem im kerntechnischen und chemischen Bereich, seien völlig unzureichend, sagte ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer zum Auftakt der 12. ASB-Bundeskonferenz Anfang Oktober vor der Presse in Hannover. Es fehle an Ausbildung und technischer Ausrüstung, vor allem aber an klaren Konzepten. „Unsere Helfer“ so Ehmer, „wissen nicht, für welche Zwecke sie genau gerüstet sind und vor welchen Gefahren sie geschützt werden müssen.“

Ehmer forderte Bund, Länder und Gemeinden auf, das System des Zivil- und Katastrophenschutzes generell zu überdenken, realistische Konzepte zu entwickeln und gemeinsam für eine Neuordnung der Zuständigkeiten zu sorgen. Mehr Tatkraft sei gefordert. Der ASB-Bundesvorsitzende verwies dabei auf die Vorschläge der vier Hilfsorganisationen, die ein gemeinsam erarbeitetes Thesepapier zum Zivil- und Katastrophenschutz vorgelegt hätten. Auf dieser Grundlage könnten alle Beteiligten neue Wege beschreiten, um eventuelle Schadensfälle in Zukunft besser zu bewältigen.

Jürgen Mackensen, Technischer Leiter des ASB, hob vor der Presse in Hannover die Effektivität der humanitären Auslandshilfe seiner Organisation hervor. Bei Naturkatastrophen, etwa dem Erdbeben in Griechenland und Mexiko und dem Vulkanausbruch in Kolumbien, sei die ASB-Katastrophenhilfe zügig angelaufen und habe der betroffenen Bevölkerung genützt.

Auch langfristig angelegte Projekte, vor allem in Staaten Afrikas, trügen dazu bei, gefährdetes Leben zu erhalten und tragbare Lebensbedingungen wieder herzustellen. Hier leiste der ASB technische,



Auf der 12. ASB-Bundeskonferenz bestätigten die Delegierten den Bundesvorstand für weitere vier Jahre in seinem Amt (v. l.): Karl-Jörg Wohlhüter, Fritz Gogalla, Jürgen Mackensen (Technischer Leiter), Dr. med. Friedhelm Bartels (ASB-Bundesarzt), Bernd Reinshagen, Martin Ehmer (ASB-Bundesvorsitzender), Gabriele Klühs, Fritz Tepperwien (stv. Bundesvorsitzender), Arend Rahner (Schatzmeister), Wolf-Rainer Merget und Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger (Belsitzer).

aber auch personelle Hilfe. Allein 1985/86 habe der ASB in neun Ländern Unterstützung gewährt, sagte Mackensen. Die humanitäre Auslandshilfe des ASB soll weiter ausgebaut werden.

Vor der Presse in Hannover forderte ASB-Bundesvorsitzender Ehmer außerdem, die Ausbildung in Erster Hilfe grundsätzlich in die Schulen zu verlagern. Die Erste Hilfe gehöre in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen, sagte er. Durch aufbauende und wiederholende Lernabschnitte sollte schon bei Schülern die Basis für eine bessere Laienhilfe geschaffen werden. Zusätzlich sprach sich Ehmer für regelmäßige Wiederholungslehrgänge aus, zumindest für Führerscheininhaber.

Als Begründung verwies der Bundesvorsitzende auf die Situation in der Erste-Hilfe-Ausbildung: 50% der Bevölkerung ha-

ben nach seinen Angaben keinerlei Erste-Hilfe-Ausbildung durchlaufen. Nur 15% der Bundesbürger könnten, so eine Schätzung der Bundesanstalt für Straßenwesen, im Notfall qualifizierte Erste Hilfe leisten. Mehr als die Hälfte der Ausgebildeten hätte die erworbenen Kenntnisse noch nie angewendet. Mangelnde praktische Erfahrung aber, so Ehmer, führe zu einem hohen Maß an Unsicherheit, wenn Laienhilfe nach einem Notfall benötigt werde.

Ehmer führte weiter aus, ein gutes Ausbildungsniveau der Bevölkerung, ein voll ausgeschöpftes Potential der Laienhilfe schaffe die Voraussetzung für einen hohen Wirkungsgrad des organisierten Rettungsdienstes und der ärztlichen Hilfe in der Klinik. Außerdem trügen gute Laienkenntnisse zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen bei.

esc

ASB-Hilfe für El Salvador

Rund tausend Todesopfer, mehrere tausend Verletzte und Zehntausende von obdachlosen Menschen: Das ist die vorläufige Bilanz des Erdbebens, das am 10. Oktober weite Teile des mittelamerikanischen Staates El Salvador erschütterte. Vor allem in der Hauptstadt San Salvador mit 700.000 Einwohnern richteten die Erdstöße schwere Verwüstungen an. Der Zwergstaat, in dem seit sieben Jahren Bürgerkrieg herrscht, konnte die Probleme nach dem Naturereignis nicht aus eigener Kraft beheben, war auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Die Regierung Duarte setzte mehrere Katastrophenkomitees ein, die die Verteilung der Hilfsgüter aus vielen Ländern, darunter auch der Bundesrepublik, koordinieren sollte.

Auch der Arbeiter-Samariter-Bund gehörte zu den humanitären Organisationen, die materielle Hilfe nach El Salvador schickten. Auf Anfrage des Auswärtigen Amtes in Bonn stellte der ASB einen Tag nach dem Erdbeben eine erste Fracht zusammen, die am 12. Oktober mit einer Maschine der Bundesluftwaffe vom Flughafen Köln/Wahn nach Mittelamerika startete. Medikamente, vor allem Schmerzmittel, Antibiotika, kreislaufstärkende Mittel und Blutersatzmittel sowie größere Mengen Verbandmaterial waren für die Opfer bestimmt. Wert der ASB-Lieferung: rund 100.000 DM.

Sanitätsmaterial und Rettungshunde hielt der ASB vorsorglich für einen Auslandseinsatz bereit. Sie wurden jedoch nicht abgerufen.

Ein zweiter Hilfsflug ging am 16. Oktober nach El Salvador. An Bord: 41 Zelte, 1000 Wolldecken und eine Feldküche, die in Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Internationalen Arbeiter-Hilfswerk (IAH) bereitgestellt wurden. An der Aktion beteiligt hatten sich die Österreichische Volkshilfe und Solidarité Socialiste aus Belgien. Eine Frau aus Rösrath bei Köln spendete zusätzlich Lebensmittel (Proteinnahrung) im Wert von 10.000 DM und sammelte Kleidung und Spielsachen. Empfänger der Fracht: ein Kinderheim („Hogar del niño“) in der Hauptstadt El Salvador, in dem 600 Waisen und Halbweisen leben.

Presseberichten zufolge soll die salvadorianische Regierung Teile von Hilfsliefe-

Auf dem Flughafen Köln/Wahn: ASB-Hilfsgüter für die Erdbebenopfer in El Salvador werden verladen.

(Foto: Köhler)



rungen aus dem Ausland beschlagnahmt oder kirchliche Organisationen an der Verteilung von Gütern gehindert haben. Daß die ASB-Hilfe korrekt ankam, steht fest: Zum einen liefen die Hilfsgüter nicht über die eingesetzten Katastrophenkomitees, zum anderen nahm die Deutsche Botschaft in El Salvador die ASB-Fracht am Flughafen in Empfang.

Außerdem bestätigte eine Rückfrage aus dem kirchlichen Kinderheim, daß das Material eingetroffen war: Eine Nonne bat um die Bedienungsanleitung für die Feldküche, mit der sie nicht zurechtkam. Die Dolmetscherin im ASB-Referat Auslandshilfe in Köln half weiter: Sie übersetzte die Gebrauchsanleitung ins Spanische.

esc

25 „Verletzte“ versorgt

Eine fürchterliche Detonation erschütterte die Mauern einer Fabrik im schleswig-holsteinischen Bargtheide, 15 Kilometer südlich von Bad Oldesloe. Gut 25 Verletzte liegen in den Trümmern, die Bergung der Menschen stößt auf Schwierigkeiten. Ein grausliches Szenario, glücklicherweise jedoch nur eine Übung: Der vierte Sanitätszug und die Hundestaffel des Arbeiter-Samariter-Bundes, Ortsverband Stormarn und der erste Bergungszug des Technischen Hilfswerks probten im September den Ernstfall.

Ausgearbeitet hatte diese realistische gestaltete Übung Klaus-Dieter Prella von den Arbeiter-Samaritern. Als Gelände des „Manövers“ mit ernstem Hintergrund diente die niedergebrannte Bargtheider Ziegelei am Ortsausgang in Richtung Ammersbek.

Für eine Übung ein ideales Gelände: Trümmer und längst verrostete Eisenteile ringsherum, der obere Teil des früher florierenden Betriebes ist mittlerweile allein über Leitern zu erreichen. Dort hatten sich die 25 „Schwerverletzten“ versteckt, gestellt von Gruppen der Stormarner Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), die zuvor natürlich möglichst lebensecht geschminkt und zurechtgemacht worden waren.

Die zehn Hunde der ASB-Staffen mußten gemeinsam mit ihren Führern schon ganze Arbeit leisten – die Verantwortli-

chen der Übung hatten sich alle Mühe gegeben, die „Verletzten“ auf dem weitläufigen und unübersichtlichen Gelände gut zu verstecken. Doch alles klappte: Keiner der mit viel Filmschminke zurechtgemachten DLRG-Helfer blieb von den Helfern unentdeckt.

Jetzt war es an der Reihe, daß die Sanitätszughelfer unter den rund 60 Übenden auf den Plan gerufen wurden: Sie hatten — je nach Art der zurechtgeschminkten „Verletzungen“ und den Aussagen der „Opfer“ — zu entscheiden, wer in welcher Reihenfolge und wie versorgt werden mußte.

Die zuvor als Übungssituation vorbereitete Schwierigkeit bestand darin, die Verletzten rechtzeitig aus dem einsturzgefährdeten Gelände zu bergen. Denn einen Menschen mit Schädelbasisbruch oder gar Wirbelverletzungen konnte man natürlich nicht über Leitern abseilen. Da griff der Bergungszug des THW ein: In Windeseile wurde ein großer Dreibock samt Winde installiert — ungefährdet konnten die „Schwerverletzten“ nun abgeseilt werden.

„Fazit einer Übung, bei der nicht zuletzt die Helfer selbst hofften, daß daraus nie bitterer Ernst wird, ist, daß wir manchmal zu schnell waren“, meinte einer der Verantwortlichen. „Doch besser ein ganzes Stück zu schnell als um Sekundenbruchteile zu langsam.“

Lothar H. Kullack

Kalamata/Griechenland:

Die JUH im Auslands-katastropheneinsatz

Hilfe und Hoffnung den verzweifelten Erdbebenopfern gebracht

Am 13. September kurz nach 20.00 Uhr Ortszeit: Die Erde bebt in Griechenland. Es ist ein schweres Beben, daß die Stärke 6,3 auf der Richterskala erreicht. Besonders betroffen sind die Stadt Kalamata auf dem Peloponnes und die umliegenden Gebiete.

Kalamata bietet ein verheerendes Bild: Trümmerhaufen, wo vorher noch die malerische Altstadt gestanden hat, zerstörte Häuser, verschüttete Straßen und Wege, entwurzelte Bäume, verschüttete und um Hilfe rufende Menschen, Tote.

In Kalamata kommt man kaum dazu, das ganze Ausmaß der Katastrophe zu erfassen und systematisch ihre Folgen zu beiseitigen. Denn nur zwei Tage später bebt die Erde erneut (Stärke: 5,6 auf der Richterskala). Aus leicht beschädigten Häusern werden Ruinen, Krankenhäuser, Schulen und andere öffentliche Gebäude fallen in Trümmer.

Eine erste Bilanz zeigt: 80% aller Gebäude in Kalamata sind zerstört, 20 Tote, Hunderte von Verletzten, 40 000 Obdachlose. Der Sachschaden liegt nach den ersten Schätzungen bei über drei Milliarden DM.

Besonders betroffen ist das Dorf Palaeochori, 15 Kilometer von Kalamata entfernt. Der Ort ist total zerstört. Von seinen 120 Häusern stehen noch drei. Zum Glück befinden sich fast alle 400 Einwohner zur Zeit des Bebens im Freien bei einer Prozession.

Die Hilfsmaßnahmen im betroffenen Gebiet setzen bald ein. Doch es zeigt sich, daß die nationalen Hilfsmaßnahmen nicht ausreichen. Zu groß sind die Erdbebenfolgen. Internationale Solidarität ist gefragt.

Viele Organisationen, Verbände, Regie-

rungen und Einzelpersonen fühlen sich angesprochen, auch in Deutschland. Die JUH ist dabei. Schon am 16. 9. 1986 bricht ein erstes Team nach Kalamata auf. Geleitet wird es vom Oberarzt Dr. Rainer Schmitz, Chirurg aus Köln.

Ein Notarztwagen der JUH-Frankfurt, versehen mit einer medizinischen Ausstattung für zehn Tage, wird ins Katastrophengebiet überführt. Der Einsatz erfolgt im Auftrag des Weltrates der Kirchen und in enger Abstimmung mit dem Diakonischen Werk.

Wichtigste Aufgabe des Teams ist die Mitwirkung bei der ärztlichen Versorgung der notleidenden Bevölkerung. Innerhalb der ersten drei Wochen werden vom JUH-Team über 3 000 Betroffene betreut, wie Dr. Schmitz in einem seiner ersten Telefonberichte feststellt.

Die JUH betreibt dort die einzige feste Sanitätsstation im Schichtdienst. Die Akzeptanz ist hervorragend. Das Team hat sich auf Grund seiner Zuverlässigkeit einen sehr guten Namen gemacht. Es wird zu allen wichtigen Entscheidungen herangezogen. Anfängliche Schwierigkeiten sind bereits behoben oder werden es gerade. Zwei Dolmetscher und eine griechische Kinderärztin haben sich angeschlossen und arbeiten tatkräftig mit. 14 Stunden sind die Helfer täglich im Einsatz.

Am 23. 9. 1986 fliegt mit einer Transall der Bundeswehr von Köln-Wahn aus das 2. JUH-Team nach Griechenland. Es soll vor allem bei der Betreuung und Versorgung eines Camps für die Erdbebenopfer mitwirken. Eine Krankenschwester, ein Krankenpfleger, zwei Köche und zwei Techniker haben Urlaub genommen, um selbstlos in Not geratenen Menschen zu helfen. Eine ganze Kucheneinheit, eine

Krankenpflegeausstattung und viele weitere Versorgungsmaterialien werden mitgenommen.

Gleichzeitig laufen in Deutschland Spendenaktionen an. Vor allem in Göttingen tut sich für die JUH viel. Das „Göttinger Tageblatt“ und der allgemeine Anzeiger „Göttinger Blick“ beginnen eine gemeinsame Spendenaktion. Initiator ist der Wissenschaftler Dr. Dieter Mengel, der während des Unglücks nur 10 Kilometer entfernt bei seinem griechischen Freund Petros zu Besuch war.

Gemeinsam fahren sie nach Kalamata und sehen das ganze Ausmaß der Katastrophe. Zurückgekehrt nach Deutschland entwickelt Mengel die Idee, die die beiden Göttinger Zeitungen unterstützen: Zeitungsleser spenden für einen neuen Kindergarten in Kalamata und übernehmen die Patenschaft. Das Gebäude soll aus Fertigteilen errichtet werden, um möglichst schnell zur Verfügung zu stehen.

Es wird ein Spendenkonto der Johanniter-Unfall-Hilfe eingerichtet. Und die JUH erklärt sich bereit, den Transport von Sachspenden nach Kalamata zu übernehmen. Informationsstände werden in der Göttinger Innenstadt aufgebaut. Es wird gesammelt; Firmen, Institutionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden um Unterstützung gebeten. Mit allen Mitteln wird versucht, das Schicksal der Erdbebenopfer im Bewußtsein zu halten. Celle schließt sich der Spendenaktion an.

Information tut Not. Denn das Schicksal von Kalamata gerät schnell, zu schnell aus den Schlagzeilen der Medien. Terrormeldungen aus Frankreich, die Vorbereitung des Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow in Reikjavik, der Verkauf der Neuen Heimat, das Erdbeben in El Salvador beherrschen bald das Bild. Es waren ja nur 20 Tote, da wird schnell zur Tagesordnung übergegangen.

Dabei hätten es leicht Tausende und mehr sein können. Tatsächlich hatte die Bevölkerung Kalamatas Glück im Unglück. Denn zur Einweihung einer neuen Fähre nach Kreta wurde im Hafen ein Volksfest gegeben. Daran nahmen mehr als 10 000 Schaulustige teil. Sie befanden sich nicht in ihren Häusern, sie wurden nicht unter den Trümmern begraben oder von ihnen erschlagen.

In Göttingen, in Celle, aber auch in anderen Städten und Gemeinden wird weiterhin alles daran gesetzt, das Bewußtsein um Kalamata wach zu halten und es nicht zur „vergessenen Katastrophe“ werden

zu lassen. Allein in Göttingen und Umgebung wurden in den ersten Wochen rund 20 000 DM gesammelt, dazu viele Sachspenden.

Zurück nach Kalamata: Das JUH-Team, die Ärzte, Sanitäter, Köche, Techniker und andere Mitarbeiter im Zeichen des Johanniterkreuzes sind pausenlos im Einsatz. Einige müssen nach Hause, da ihr Urlaub zu Ende ist. Dafür kommen neue Helfer, die sich nahtlos in die Reihe der „alten Hasen“ einpassen. Der Teamgeist ist hervorragend, und es wird bis zur Erschöpfung gearbeitet. Urlaub ist das wahrlich nicht, eher harter Einsatz, wie sie keine Katastrophenschutzübung in Deutschland verlangt. Aber alle sind mit Freude und Engagement dabei, getrieben von dem Willen, das Beste zu geben.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die medizinische Versorgung und die Versorgung der Obdachlosen. Ein dringendes Problem stellt die Schaffung fester Unterkünfte dar. Denn bald beginnt die Regenzeit. Kalamata wird dann zu einem Schlammloch, das Wasser in die Zelte der Obdachlosen eindringen, beschädigte Wasserleitungen werden Seuchengefahr hervorrufen.

Die JUH plant, Fertighäuser nach Kalamata zu bringen und dort aufzustellen. Der Referent für Katastrophenschutz der JUH-Bundesgeschäftsführung, Harald Rebmann, fliegt nach Griechenland, um sich vor Ort ein Bild von den Zuständen, den Hilfsmaßnahmen und den weiteren Aufgaben zu machen. Zurückgekehrt nach Bonn setzt er sich für die weitere Intensivierung der Hilfsmaßnahmen ein.

Ein besonderes Ziel hat sich die JUH noch gestellt. Sie möchte einen Kindergarten in Kalamata aufbauen und einrichten. Damit soll den Kindern ein Stück unbeschwerter Kindheit ermöglicht werden. Die in Göttingen gesammelten Spenden können den Grundstock für dieses spezielle Projekt bilden.

Inzwischen sind acht Wochen seit dem großen Unglück vergangen. Die Überlegungen und die Planung der weiteren Wiederaufbauabschnitte müssen jetzt umgesetzt werden. Die JUH-Helfer sind nach Deutschland zurückgekehrt. Das medizinische Material, die Kücheneinrichtung und viele andere Dinge wurden der griechisch-orthodoxen Kirche kostenlos übergeben.

Die zurückgekehrten Helfer sind erschöpft, aber glücklich. Ihr Einsatz war hart, aber er hat sich gelohnt. Der größte Dank für sie waren die Freundschaft und die Dankbarkeit, die ihnen die Menschen von Kalamata entgegenbrachten und entgegenbringen. Hier sind Brücken zwischen Griechen und Deutschen gebaut worden.

Werner Dierker

Viel Not, harte Arbeit, neue Freunde

Walter Stadlmair (36), erfahren in vielen Auslandseinsätzen für die JUH, z. B. im Sudan, Kenia, Italien, Botswana und Simbabwe, war einer der ersten Johanniter, der in Kalamata eintraf. Im folgenden Gespräch schildert er seine wichtigsten Eindrücke, Erlebnisse und Erfahrungen.

Sie waren bei dem ersten JUH-Trupp, der im September nach Kalamata in Griechenland kam. Was waren Ihre ersten Eindrücke?

Am Abend des 16. September verließen wir mit einem Rettungstransportwagen (RTW) Frankfurt. Wir, das waren Michael Caspari, Andreas Erny und ich. 24 Stunden dauerte die Fahrt bis Brindisi, dann 17 Stunden mit der Fähre bis Patras und anschließend gleich weiter nach Kalamata. Erwähnenswert, daß wir alle Grenzen ungehindert passieren konnten.

Am 18. September gegen 21.00 Uhr erreichten wir die Stadt Kalamata oder vielmehr, was davon übrig war. Die Fahrt zur Katastrophenschutzleitstelle gab uns einen ersten Eindruck von der Verwüstung. Die Innenstadt glich einem Schlachtfeld. Da brannte kaum Licht, es war totenstill und kein Mensch war zu sehen.

Nach einer kurzen Lagebesprechung mit Dr. Schmitz, dem leitenden JUH-Arzt, fielen wir todmüde ins Bett. Am nächsten Morgen begannen wir mit der eigentlichen Arbeit. Über hundert Patienten wurden an diesem ersten Tag versorgt. Es folgten noch viel, viel mehr.

Welche besonderen Probleme haben sich im Laufe der Hilfsaktion ergeben?

Bereits nach zwei Tagen war unsere Zeltkapazität erschöpft, weil der Patientenandrang immer größer wurde!

Außerdem lief der Nachschub von Medikamenten und Verbandmaterial nur langsam. Dies hat dann später aber um so besser geklappt.

Dank der sehr guten Führung von Dr. Schmitz und einem Team, das einfach zusammengepaßt hat, haben wir irgendwie doch alle kleinen und großen Probleme bewältigt. Bei den Verständigungsschwierigkeiten standen uns unermüdete griechische Dolmetscher zur Seite.

Wie war die Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden und den anderen Hilfsorganisationen?

Hier muß man den offiziellen Stellen in Griechenland einmal ein Lob aussprechen. Man hat uns bei allen unseren Problemen und Anliegen – wenn es möglich war – schnelle und unbürokratische Hilfe zukommen lassen. Besonders möchte ich die Leitung des Krankenhauses Kalamata hervorheben, zu der wir ein besonders enges und gutes Verhältnis hatten. Vom Krankenhaus sind wir mit allem versorgt worden, was wir im medizinischen Bereich benötigten. Natürlich gab es auch Engpässe, aber wenn man bedenkt, in welcher Situation wir gelebt und gearbeitet haben, war es doch eine großartige Zusammenarbeit.

Wie steht die Bevölkerung im Unglücksgebiet zu Eurer Arbeit?

Nach anfänglichen Bedenken – denn auch die Kalamatener hatten ja Sprachprobleme – sind alle gerne zu uns gekommen. Es ergab sich dann mit der Zeit, daß wir nicht nur 2 500 Personen versorgt haben, sondern daß auch Leute aus weiter entfernten Camps zu uns kamen. Ich glaube, man darf sagen, daß wir viele Freunde gewonnen haben. Das hat sich auch gezeigt, als Michael und Andreas ihre Heimreise antreten mußten; es gab viele Tränen und „lange Gesichter“ auf beiden Seiten.

Auch mir selbst ist der Abschied sehr schwer gefallen, und das passiert nur an einem Ort, wo man Freunde hat und gerne gesehen wird.

Was muß Ihres Erachtens weiter geschehen, damit in Kalamata möglichst bald wieder normales Leben einziehen kann?

Zur Zeit leben noch mehr als 20 000 Menschen in Zelten und Behelfsunterkünften, und der Winter steht vor der Tür.

Trotz der unermüdeten Arbeit von Militär und Regierung werden wohl mehr als die Hälfte der Menschen in diesen Zelten überwintern müssen. Durch die Kälte und den Regen werden viele Menschen erkranken. Weitere medizinische Betreuung und der Bau von Fertighäusern sind dringend erforderlich.

Sanitätsorganisationen rufen zur Ausbildung in Erster Hilfe auf

Alarmierende Hilflosigkeit

Sendereihe des SWF-1-Hörfunks gibt Tips zur Ersten Hilfe

Anlässlich einer Pressekonferenz zur Eröffnung der Erste-Hilfe-Hörfunkreihe des Südwestfunks, Mitte Oktober, wies Johannes Freiherr Heeremann, Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes, als Vertreter aller Sanitätsorganisationen darauf hin, daß im Bereich der Ersten-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung eine fallende Tendenz festzustellen sei. Heeremann weiter:

„Die Zahl der Bundesbürger, die sich in Erster Hilfe durch eine der Organisationen ausbilden lassen, ist stetig rückläufig.

Jüngere Forschungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) sprechen ebenfalls für eine mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung, an diesen Ausbildungen teilzunehmen.

Die Ergebnisse der Forschungen belegen, daß

- 50 % der Bevölkerung keine Erste-Hilfe-Ausbildung haben,
- von den Ausgebildeten 50 % ihre Kenntnisse noch nie angewandt haben und
- lediglich 13 % der Ausgebildeten sich in der Lage fühlen, selbständig Erste Hilfe zu leisten.

Die Gründe für diese mangelnde Ausbildungsbereitschaft mögen vielfältig sein. Es wäre an dieser Stelle müßig, alle denkbaren Ursachen hierfür aufzuzählen. Worauf es jetzt ankommt, ist nicht, den jetzigen Zustand zu beklagen, sondern es kommt vielmehr darauf an, etwas dagegen zu unternehmen, damit in Zukunft die

Tendenz wieder ansteigend ist. Und hier hat ein Aspekt absoluten Vorrang:

Wir müssen die Motivation und somit die Bereitschaft der Bevölkerung, sich fachgerecht in Erster Hilfe qualifizieren zu lassen, auf jede erdenkliche Weise fördern.

Eine sehr erfreuliche Initiative in dieser Richtung stellt die Hörfunkreihe des Südwestfunks dar, für deren Ausstrahlung wir dem SWF, aber auch dem NDR und dem BR sehr dankbar sind. Hier wird eine breite Öffentlichkeit über die Notwendigkeit und die einzelnen Maßnahmen der Ersten Hilfe informiert und gleichzeitig darüber aufgeklärt, daß man es nicht bei der bloßen akustischen Aufnahme der Hörfunksendung bewenden lassen darf, sondern daß zur sicheren Beherrschung das Üben der lebensnotwendigen Handgriffe unerlässlich ist, was wiederum den Besuch von Erste-Hilfe-Lehrgängen erforderlich macht, die von den vier Hilfsorganisationen als ausbildende Stellen durchgeführt werden. ASB, DRK, JUH und MHD verfügen über die Fachkompetenz, wir haben den nötigen medizinischen und pädagogischen Hintergrund. Wir haben Ärzte, die uns beraten und mitwirken, wir verfügen über pädagogisches Fachpersonal, das unsere Ausbilder in Methodik und Didaktik schult. Und vor allen Dingen stehen unsere Fachleute in ständigem Kontakt miteinander, um eine Einheitlichkeit der Ausbildungsinhalte zu gewährleisten und neue Erkenntnisse auf medizinischem und pädagogischem Gebiet zu prüfen und in unsere Schulungen einfließen zu lassen.

Und gerade weil wir fachkompetent sind, sind wir auch in der Lage, innovativ auf dem Gebiet der Ersten Hilfe zu wirken. Wir können nicht immer auf Anstöße von außen warten, um Dinge, die im Sinne des Allgemeinwohls dringlich erscheinen, in Gang zu setzen. Unter diesem Aspekt fördern wir vor Ort Pilotprojekte, die auf längere Sicht richtungweisend sind.

Hier sind derzeit vor allem Projekte zu nennen, die mit der Erste-Hilfe-Ausbildung an Schulen befaßt sind. Wenn ich zu Beginn von Motivationsförderung gesprochen habe, so ist es dabei ein ganz wichtiger Aspekt, daß der Bewußtseinsprozeß schon in frühester Jugend einsetzt. Wir müssen den Gedanken der Ersten Hilfe so früh wie möglich in die Schulen tragen, damit er so wie das Einmaleins in Fleisch und Blut übergeht. Man mag an dieser Stelle einwenden, daß die Schüler mit Wissen überfrachtet werden, und daß viele Fachrichtungen fordern, Bestandteil der Schulausbildung zu werden. Aber wir denken, daß es



Der Erste-Hilfe-Ausbildung an Schulen kommt besondere Bedeutung zu.

keine Frage ist, von welcher großen Bedeutung für das Allgemeinwohl fundierte Kenntnisse der Hilfeleistung sind. Je früher wir mit den Schulungen ansetzen, um so fester verankert wird das Wissen.

Derzeit ist noch die Ansicht verbreitet, daß für eine Erste-Hilfe-Ausbildung ein Mindestalter von 14 Jahren erforderlich ist. Versuchsreihen der Hilfsorganisationen haben jedoch gezeigt, daß man bereits im Grundschulalter ansetzen sollte. Es kommt lediglich darauf an, die Ausbildungsinhalte altersgemäß aufzubereiten. So kann man Baustein auf Baustein setzen und hat am Ende der schulischen Erziehung ein solides Fundament. Konkret sehen unsere Vorstellungen folgendermaßen aus:

- Beginn der Erste-Hilfe-Ausbildung im 3. Schuljahr,
- Turnusmäßige Aufbau- und Wiederholungslehrgänge (alle zwei Jahre),
- Erarbeitung von Konzepten für die Schulausbildung durch die Hilfsorganisationen in enger Zusammenarbeit mit Experten aus dem Hochschulbereich.
- Als Ergebnis daraus Vorschläge für die Curricula an die Ständige Konferenz der Kultusminister.

Um die Kompetenz der Ausgebildeten auch im Erwachsenenalter sicherzustellen, sind regelmäßige Wiederholungslehrgänge erforderlich. Auch hier ist von seiten der Hilfsorganisationen die Vorarbeit dahingehend zu leisten, daß der Bevölkerung deutlich gemacht wird, wie schnell das Fachwissen ohne regelmäßige Anwendung und Wiederholung verlorengeht. Unter Umständen wäre hier aber auch eine zeitlich begrenzte Gültigkeit der Ausbildung in Erwägung zu ziehen. Es ist leicht einsehbar, daß man mit einem vor 25 Jahren erworbenen Erste-Hilfe-Wissen im Notfall nicht mehr viel ausrichten kann, weil zum einen bereits annähernd alles vergessen worden ist, und sich zum anderen in diesem langen Zeitraum auf medizinischem Gebiet viele neue Erkenntnisse durchgesetzt haben.

Abschließend gilt unsere Aufforderung an alle Bundesbürger:

Lassen Sie sich in Ihrem eigenen und im Interesse Ihrer Mitbürger, die vielleicht einmal Ihre Hilfe brauchen werden, durch die vier Hilfsorganisationen fachgerecht ausbilden. Erste Hilfe ist keine paramedizinische Wissenschaft. Sie ist für jedermann erlernbar, und jeder kann sich die kleinen Handgriffe, die unter Umständen lebensrettend sein können, aneignen. Hören Sie sich die Sendungen im Hörfunk an, und Sie werden feststellen, daß Erste-Hilfe-Kenntnisse dringend nötig und leicht erlernbar sind. Es bedarf Ihrerseits nur der Bereitschaft, sich an eine der Hilfsorganisationen zu wenden und an einem Lehrgang teilzunehmen.

100 000 Schwesternhelferinnen ausgebildet



Sabine Dietz und Dr. Graf von Rechberg.

(Foto: Wolk)

Die 19jährige Münchnerin Sabine Dietz ist die 100 000. Schwesternhelferin, die vom Malteser-Hilfsdienst ausgebildet wurde.

Im Rahmen eines Festgottesdienstes wurde der Schwesternhelferin am 4. Oktober 1986 der SH-Paß und die Brosche übergeben. MHD-Vizepräsident, Dr. Albrecht Graf von Rechberg, überreichte der Schülerin einen Gutschein für eine gestiftete Reise nach Israel. Sabine Dietz ist seit einem Jahr bei den Maltesern aktiv. An zahlreichen Wochenenden war sie bereits bei Einsätzen im Schwimmbad, im Rettungsdienst oder im Altenheim aktiv. Nach ihrem Abitur wird

Sabine Dietz Sozialpädagogik studieren. „Es gibt keinen Staat, der für alle sorgt und jedem hilft, so praktisch das auch wäre. Wir selbst sind eine Lebensgemeinschaft, und unser Bemühen und unser persönlicher Beitrag zu derselben entscheidet, ob diese unsere Welt in unserer geliebten Heimat eine Höhle von Egoismus und Egozentrik, angeheizt durch Ideologien, ist oder ob wir in ihr 'Zipfel vom Himmel' empfinden“, betonte Dr. Graf von Rechberg in seiner Ansprache an die frisch gebackenen Schwesternhelferinnen und die zahlreich erschienenen Gäste, unter ihnen Ministerpräsident a. D., Dr. hc. Alfons Goppel.

34. Delegiertenversammlung des DFV in Weinheim

Präsident Struve appellierte an Bundesregierung

Der DFV-Präsident dankte in seiner Ansprache allen Aktiven in den Feuerwehren für ihre Arbeit

Der DFV-Präsident wandte sich in Weinheim an die Delegierten: „Die 1,1 Millionen Aktiven im Deutschen Feuerwehrverband, in den Freiwilligen Feuerwehren, Berufs- und Werkfeuerwehren, Jugendfeuerwehren sowie im ‚Verband der Bundeswehrfeuerwehren‘ als auch im ‚Bundesverband der Berufsfeuerwehren der Stationierungstreitkräfte‘ verkörpern den abwehrenden Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Nicht zu vergessen sind die Mitglieder aus der Fachindustrie, dem Handel und Handwerk sowie den Organisationen und Verbänden. Sie alle haben die Arbeit des DFV mitgestaltet und getragen.

Im Berichtszeitraum trat das Präsidium des DFV am 18. Januar 1986 in Schonach, am 25./26. April 1986 auf der Insel Helgoland, am 22./23. August 1986 in Bad Hersfeld und am 17. Oktober 1986 in Weinheim zu seinen Sitzungen zusammen. In offener kameradschaftlicher Weise wurden die anstehenden Probleme erörtert, behandelt und vieles konnte zum Abschluß gebracht werden. Für diese Mitarbeit und Hilfe gilt den Präsidiumsmitgliedern ein herzlicher Dank. Der Vorstand tagte fast monatlich, um die anfallenden Arbeiten zu erledigen, aber auch um möglichst frühzeitig auf Probleme reagieren zu können. Viel Zeit nahm die Erarbeitung der Neugliederung der Fachgebiete und Fachausschüsse in Anspruch. Ein Dank den Herren des Vorstandes für ihre Mitarbeit und dafür, daß

Sie bereit sind, soviel Zeit für unseren Verband zu opfern. Den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände gilt der Dank für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen.

Im Januar 1986 fanden in Schonach die 4. Deutschen Feuerwehrskilanglaufmeisterschaften statt. Durch die großzügige Organisation war es für alle Teilneh-

mer und Gäste wieder eine gelungene Veranstaltung. Über 1 000 Läufer nahmen an den Leistungsläufen und über 800 Läufer am Volkslauf teil. Dank dem ‚Mitausrichter‘, den LFV Baden-Württemberg und den Organisatoren vor Ort.

In Wissen zeigten beim 5. Bundeswertungsspielen des DFV – trotz viel Regen – die rd. 50 Musik- und Spielmanszüge

Präsident Struve heißt Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei seiner Ankunft zur Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes in Weinheim herzlich willkommen.



der Feuerwehren ihr Können. Die Leistungssteigerung seit der letzten Veranstaltung vor drei Jahren war beachtlich.

So war es nicht verwunderlich, daß die meisten Teilnehmerzüge mit 'Gold' ausgezeichnet wurden. Dem Fachausschuß 'Musik' gilt ebenso ein Dank wie dem LFV Rheinland-Pfalz und den Organisatoren vor Ort.

Nach langem Bemühen konnte Mitte 1986 mit der Erweiterung des Deutschen Feuerwehr-Museums in Fulda begonnen werden. Durch die Mithilfe der Stadt Fulda, des Landkreises Fulda, der Länder – hier insbesondere des Landes Hessen – und des Bundes konnten die hierfür benötigten Geldmittel zusammengetragen werden. Entscheidend war aber die Bereitschaft der Feuerwehren, mit ihrem Anteil in Form einer Umlage von DM 1,- pro Aktiver beizutragen. Möge dieses Museum nach seiner Einweihung im Jahre 1987 Reiseziel vieler Feuerwehren sein, damit sie erleben und erkennen, was durch Gemeinsamkeit geschaffen werden kann.

Facharbeit des DFV

Die Fachgebiete und Fachausschüsse im DFV wurden mit Wirkung ab 1. Oktober 1986 neu gegliedert und z. T. personell neu besetzt, wobei die hierin mitwirkenden Mitarbeiter dem DFV von den Mitgliedsverbänden benannt wurden, ohne daß der DFV selbst hierauf Einwirkung nahm. Aus dieser Umstrukturierung ergibt sich teilweise eine personelle Veränderung bei der künftigen DFV-Vertretung in Fremdgremien, die ab 1. Januar 1987 wirksam wird.

Die Mitgliedsverbände des DFV sind aufgerufen, verstärkt an der Facharbeit mitzuwirken, um durch mehr Zusammenarbeit und einen verbesserten Informationsfluß noch bessere Arbeitsergebnisse zu Gunsten aller Feuerwehren zu bekommen. Der Vorstand und das Präsidium des DFV sind der Hoffnung, daß sich diese Neustrukturierung positiv auswirkt. Der DFV weiß, daß eine erhebliche Arbeit auf jeden der aktiv in den Fachausschüssen mitwirkt, zukommt. Besonders werden die Vizepräsidenten des DFV in ihrer Eigenschaft als Fachgebietsleiter gefordert sein und es gilt diesen ein Dank, daß sie bereit sind, diese Aufgaben zusätzlich zu übernehmen.

Neue Fahrzeugkonzeption

Die aus Fachleuten der AGBF und des DFV vor rd. acht Jahren gebildete Arbeitsgruppe hat die konzeptionellen Arbeiten für eine neue Fahrzeugkonzeption noch nicht ganz abgeschlossen. Im Um-

lauf befindliche Papiere und Aussagen stellen deshalb derzeit lediglich die Meinung dieser Arbeitsgruppe dar und bilden noch keine offizielle Verbandsmeinung. Eine Abschlußberatung ist dem DFV erst möglich, wenn die endgültige Konzeption schriftlich vorliegt.

Unser aller Auftrag ist es aber, nicht nur an heute und morgen, sondern auch in die Zukunft zu denken. Die Feuerwehren, die im Einsatz über die beste Technik verfügen sollen, haben letztlich mit zu entscheiden, ob die in dieser Arbeitsgruppe erarbeitete technische Konzeption Eingang finden wird.

Zivilschutz / Erweiterter Katastrophenschutz

Der Entwurf des Zivilschutzgesetzes des Bundes ist nicht an der Haltung der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen gescheitert, sondern an den Inhalten der Entwurfstexte, die die Helfer und Organisationen benachteiligen würden. Der DFV erwartet vom neuen Gesetzentwurf, mit dem zu Beginn der neuen Legislaturperiode gerechnet wird, daß die vom DFV vorgetragene zwingend notwendigen Änderungen Berücksichtigung finden.

Im Bereich der Finanzierung des Erw. KatS erwartet der DFV die Erfüllung des bis 1990 laufenden Konsolidierungsprogrammes, jedoch ohne finanzielle Umschichtungen zu Lasten des Brandschutzdienstes.

Der Löschzug LZW ist derzeit fahrzeugmäßig nicht komplett und einsatzfähig, da laut STAN vom Bund keine kompletten Schlauchwagen SW 2000, sondern nur noch verlastetes Material auf 'zu beordernde' Lkws geliefert werden soll. Eine technische Konzeption fehlt hierfür nach wie vor, so daß vom Bund weder komplette SW 2000 noch 'verlastetes Material' geliefert wird. Der DFV fordert, wie in der Vergangenheit, eine Änderung der STAN und die Lieferung vollständiger SW 2000.

Die Hauptaufgabe der Feuerwehren im KatS-Fall ist vorrangig die Rettung von eingeschlossenen und eingeklemmten Personen. Der DFV erwartet gerade deshalb, daß vom Bund die Rüstwagen RW 1, entgegen der augenblicklichen Praxis, gemäß STAN vollständig mit Spreizer geliefert werden. Eine Streichung dieser Spreizer aus Kostengründen kann nicht akzeptiert werden. Das BZS teilte auf Grund des DFV-Einspruches in den Tagen vor der Delegiertenversammlung mit, daß man die Lieferung der Spreizer für das Jahr 1987 vorgesehen habe.

Wegen Überalterung auszusondernde Fahrzeuge des Brandschutzdienstes im

Erw. KatS sollten erst dann eingezogen werden, wenn hierfür die notwendige Ersatzlieferung bereitsteht, weil sonst der Zug des Brandschutzdienstes nicht einsatzfähig ist und die zugehörigen Aktiven ihre im Zusammenhang mit der Freistellung (gem. Paragraph 8.2 KatSG) eingegangenen Dienstverpflichtungen nicht erfüllen können. Es kann nicht akzeptiert werden, noch einsatzfähige Feuerwehrfahrzeuge einzuziehen, nur weil das Alter erreicht ist und noch kein Ersatzfahrzeug geliefert wurde.

Bei der Verwendung der Bundesmittel für Aufgaben des Erw. KatS auf HVB-Ebene muß es bezüglich der Verwendungsnachweise dringend Vereinfachungen geben. Offensichtlich ist der Bundesrechnungshof hiermit einverstanden. Nun sollten auch die Verwaltungen Einsicht für diese Notwendigkeiten haben; dies gilt für das Bundesinnenministerium, aber ebenso für die Länder und Kommunen.

Die zusätzlich zur friedensmäßigen Feuerwehrausbildung notwendigen Ausbildungslehrgänge im Erw. KatS dürfen nicht deshalb zu einer Mehrbelastung für die Aktiven der Feuerwehren werden, weil die Länder z. B. vorrangig ihre Landeskatastrophenschutzschulen auslasten wollen. Wo es fachlich vertretbar ist, müssen Doppellehrgänge zugunsten der Aktiven und mit Rücksicht auf ihre Arbeits- und Freizeit vermieden werden. Der DFV fordert die Bundesländer auf, ihre bisherigen diesbezüglichen ablehnenden Äußerungen gegenüber dem Bund zurückzunehmen und die entsprechenden Feuerwehrlehrgänge als Teilnahmevoraussetzung für bestimmte KatS-Lehrgänge an der Katastrophenschutzschule des Bundes anzuerkennen.

Selbstbewirtschaftungsmittel des Erw. KatS

Der Bund plant zum 1. Januar 1987 die Einführung neuer Richtzahlen über die Selbstbewirtschaftungsmittel im Erw. KatS, die bereits Mitte 1985 zwischen den Bundesministerien des Innern und der Finanzen vereinbart wurden. Erst hiernach wurden Länder und Organisationen unterrichtet und um Stellungnahme gebeten, obwohl seitens des Bundes gleichzeitig verlautete, daß Änderungen nicht mehr möglich seien. Dieses Verfahren mißfällt uns und erhebt keinen Anspruch auf 'Beteiligung' oder 'Herstellung des Benehmens' zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Organisationen, wie es die entsprechende Verwaltungsvorschrift des Bundes vorsieht.

Nach unserer Prüfung und Zusammenstellung ergibt sich folgendes Bild:

Die neuen Richtzahlen bedeuten für den Brandschutzdienst eine Mittelkürzung bis

Präsident Struve dankte in seiner Ansprache allen Aktiven in den Feuerwehren für ihre Arbeit und sagte u. a.: „Sie sind es, die unseren Verband, den DFV, tragen und mit Leben erfüllen.“ Vor der Delegiertenversammlung, der Vertretung der rd. 1,1 Mio. Aktiven in den deutschen Feuerwehren, berichtete er über tagesaktuelle bundespolitische Probleme, die die Feuerwehren unmittelbar betreffen.

(Fotos: Barnes, Albrecht)

zu 20 Prozent und eine Mittelserhöhung in den meisten anderen Fachdiensten, wie z. B. für das THW um annähernd 60 Prozent. Der DFV hat sich Ende 1985 in seiner Stellungnahme gegenüber dem Bund deutlich gegen diese Benachteiligung des Brandschutzdienstes ausgesprochen. Der DFV fordert das Bundesinnenministerium auf, die Inkraftsetzung der neuen Richtzahlen nicht zum Jahresbeginn 1987 wirksam werden zu lassen und nochmals in Fachgespräche einzutreten.

Nach den vom DFV vorgenommenen detaillierten Überprüfungen aller Einzelwerte muß der Brandschutzdienst gegenüber den derzeitigen Zahlen nicht 20 Prozent weniger, sondern rd. 25 Prozent mehr bekommen, wodurch dann u. a. auch ein Gleichgewicht mit anderen Fachdiensten hergestellt wird.

Brandschutz bei Bundeswehr und Bundesbahn

Bestehende Brandschutzgruppen bei der Bundeswehr können vom Bundesverteidigungsministerium nicht mit dem Ziel abgebaut werden, daß diese Aufgaben in den Liegenschaften der Bundeswehr künftig von den öffentlichen Feuerwehren wahrgenommen werden. Die öffentlichen Feuerwehren sind zur Aufgabenübernahme vielfach vom Informationsstand, der vorhandenen Technik und der notwendigen Spezialausbildung her überfordert; dort vorhandene Gefahrenlagen können von den Aktiven kaum eingeschätzt werden. Die Bundeswehr muß deshalb weiterhin ihre besonders gefährdeten Objekte mit eigenen Brandschutzgruppen schützen. Dieses müssen aber einsatzfähige Gruppen bleiben und können deshalb nicht nur aus ein oder zwei Feuerwehrmännern bestehen.

Die Deutsche Bundesbahn muß bei den Bahn-Neubaustrecken, besonders im Bereich der Tunnelanlagen und weiträumigen Brücken, mehr und rechtzeitiger den Vorbeugenden Brandschutz und notwendige Rettungseinrichtungen beachten. Sie muß ihr bisheriges Verhalten der Desinformation und Nichtbeteiligung aufgeben und rechtzeitig mit den für den Brandschutz und Rettungsdienst zuständigen Stellen der Länder sprechen.

Sowohl in den Liegenschaften der Bundeswehr, als auch bei der Bundesbahn,



kann der Einsatz der öffentlichen Feuerwehren nur als Amtshilfe angesehen werden.

Kernkraftwerksunglück ,Tschernobyl'

Das Unglück selbst hat die deutschen Feuerwehren sehr betroffen gemacht. Waren es doch Feuerwehrmänner, die dort im Einsatz ihr Leben hingaben, um noch Schlimmeres zu verhüten. Bereits unmittelbar nach dem Unglück haben der DFV und die Sanitätsorganisationen gemeinsame fachliche Gespräche mit den verantwortlichen Repräsentanten auf Bundesebene geführt. Schon am 24. Juni 1986 fand zwischen den Präsidenten dieser Hilfsorganisationen und dem Kanzleramtsminister Dr. Schäuble ein ausführliches Gespräch statt; anschließend ein weiteres mit dem Fraktionsvorstand der SPD. Die FDP und CDU/CSU haben zu Gesprächen eingeladen bzw. diese angekündigt.

Bund, Länder, Kommunen und Organisationen sind nach dem Unglück gemeinsam angetreten, die notwendigen Konsequenzen aus den in der Bundesrepublik Deutschland festgestellten Mängeln zu ziehen. Die dabei abgesprochenen Vorhaben dürfen nicht in verwaltungsmäßigen Aktenvorgängen enden, sondern müssen in die Praxis umgesetzt werden. Problemlösungen dürfen nicht nur darin bestehen, daß man zu Einzelthemen Arbeitsgruppen bildet, aber in vertretbarer Zeit dann keine Schlußfolgerungen für die Umsetzung zieht.

Angekündigt wurden vom Bund für 1987 Sofortmaßnahmen, u. a. durch die Beschaffung von 10 zusätzlichen ABC-Zügen und einigen Tausend Schutzausrüstungen für die Helfer. Mit Verwunderung

und Enttäuschung hat der DFV zur Kenntnis genommen, daß bei der Besprechung der Berichterstattung im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages dieses Vorhaben gestrichen wurde; bisher wurden für 1987/1988 keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt.

Der DFV und die Feuerwehren fragen: Was ist noch zu glauben, wenn in dieser kurzen Zeit nach Tschernobyl vom Bund angekündigte Planungsvorhaben von Haushaltsexperten der Bundestagsparteien nicht beachtet werden?

Der DFV wartet mit Interesse auf die Abschlußberichte der beim Bundesinnenministerium gebildeten verschiedenen Arbeitsgruppen. Es geht um den Schutz der Bevölkerung und deshalb sollten daran alle Beteiligten ein ehrliches Interesse haben und nicht versuchen aus dem Unglück evtl. politisches Kapital zu schlagen.

Der DFV bekräftigt noch einmal die mit den Sanitätsorganisationen gemeinsam gestellten Forderungen:

1. Grundlegende politische Voraussetzung zur Verbesserung des Systems des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland ist die Schaffung eines dauerhaften und allgemeinen Bewußtseins, des Verständnisses und der Akzeptanz der Bevölkerung für die Notwendigkeit der Katastrophenvorsorge. Diese Aufgabe obliegt den politisch Handelnden und Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen.
2. Notwendig ist eine umfassende Information und Aufklärung der Bevölkerung über denkbare Gefahrenlagen sowie die Unterrichtung über erforderliche Maßnahmen der Vorsorge und des Verhaltens des einzelnen Bürgers für Katastrophenfälle.

3. Bei unveränderter rechtlicher und organisatorischer Zuständigkeit von Bund und Ländern, muß die Bekämpfung einer Katastrophe in ihrer Durchführung eine einheitliche sein. Dazu bedarf es auf allen Ebenen verbindlich geregelter trägerschaftlicher und aufgabenmäßiger Abgrenzungen für alle im KatS mitwirkenden staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, Organisationen und Einrichtungen.
4. Bei Staats- und Ländergrenzen überschreitenden Gefahrenlagen auch unterhalb der Katastrophenschwelle sowie bei Katastrophen sollte auf der Ebene des Bundes bzw. der Länder ein abgestimmtes, einheitliches Instrumentarium im Sinne eines Lage- und Informationszentrums eingerichtet werden.
5. Es sollte eine Gesamtbestandsaufnahme des KatS in der Bundesrepublik Deutschland in Form eines ‚Weißbuches zum KatS‘ erstellt werden.

Der DFV weiß, daß es nicht einfach sein wird, alles sofort oder schnell zu verwirklichen. Bund und Länder sollten und müßten hier gemeinsam wirken und der Sache wegen über die Frage von Zuständigkeiten und Kompetenzen hinwegsehen. Unglücksfälle oder gar Katastrophen richten sich eben nicht nach Länder-

oder Bundesgrenzen. Nicht jeder für sich, sondern in ehrlicher Gemeinschaft soll das Problem gelöst werden. Der Deutsche Feuerwehrverband und die Feuerwehren sind bereit dazu beizutragen.

Personenbeförderungsgesetz

Der Bundesrat beantragte 1985 durch einstimmigen Beschluß eine Gesetzesänderung, wonach u. a. private Transportunternehmen im Krankentransport und Rettungsdienst gleiche Bedingungen erfüllen müssen wie die Feuerwehren und Sanitätsorganisationen. Das Bundeskabinett lehnte diesen Antrag der Bundesländer aber in der Kabinettsvorlage ab. Der DFV fordert nochmals das Bundeskabinett und die Koalitionsfraktionen des Deutschen Bundestages auf, dem Antrag des Bundesrates zu folgen.

Der Rettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland kann nicht dadurch finanziell ruiniert werden, daß Private sich beispielsweise lukrative Fahrten herausuchen, für sie wirtschaftlich ungünstige Fahrten vernachlässigen oder nur zu bestimmten Tageszeiten präsent sind. Das Bundeskabinett hat in dieser Frage gegen die Interessen aller Bundesländer, der Kommunalen Spitzenverbände, der

Feuerwehren und Sanitätsorganisationen entschieden, ja, vielleicht sogar gegen eine qualifizierte Versorgung der Bürger im Notfall. Wir wollen keinen Schutzzaun gegen den privaten Unternehmer aufbauen, wir erwarten aber im Interesse der Bürger auch vom privaten Unternehmer die gleichen Bedingungen und Voraussetzungen – wie von den derzeitigen Trägern des Rettungsdienstes – zu verlangen und daß diese von ihm zu erfüllen sind.

UVV ‚Feuerwehren‘

Nach vielen Schwierigkeiten haben wir durch gemeinsame Bemühungen für die Feuerwehren noch einen vertretbaren Entwurf erhalten. Dieser wird derzeit vom BAGUV mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung – und von dort mit den zuständigen Länderministerien – abgestimmt. Das Ergebnis dieses Genehmigungsverfahrens liegt noch nicht vor, jedoch wird im Frühjahr 1987 damit gerechnet. Ein Dank gilt allen denen, die mitgearbeitet haben und in der Auffassung festgeblieben sind, daß eine UVV ‚Feuerwehren‘ den Einsatz der Feuerwehren nicht erschweren oder gar unmöglich machen darf.“

Grußwort zum Jahreswechsel

Ein Jahr neigt sich wieder dem Ende zu und hält uns dazu an, auf das Vergangene Rückschau zu halten.

Das Jahr 1986 wurde durch viele Geschehnisse geprägt. Weltweit war es wohl der Reaktorunfall in Tschernobyl. Auch wir in den Feuerwehren hatten uns mit diesen Auswirkungen auseinanderzusetzen, denn neue Aufgaben in anderen Dimensionen kündigten sich an. Mit allen Verantwortlichen hieraus schnell zu notwendigen Erkenntnissen zu gelangen, war auch eine Aufgabe des Deutschen Feuerwehrverbandes. Zur Zeit sind wir dabei, diese Erkenntnisse umzusetzen, um entsprechende Vorsorgemaßnahmen in Ausbildung und Ausrüstung zu verwirklichen.

Lassen Sie mich diesem Ereignis ein anderes gegenüberstellen, vielleicht erkennt man gerade aus dieser Gegenüberstellung, wie vielfältig das Leben, auch in den Feuerwehren, ist und daß neben Angst und Betroffenheit auch Freude und Hoffnung den Jahresablauf mitbestimmen.

So konnte im Juni 1986 nach langem Bemühen mit dem Erweiterungsbau des Deutschen Feuerwehrmuseums in Fulda begonnen werden. Beim Richtfest, am 4. Dezember, konnte ich darauf hinweisen, daß nur durch die Bereitschaft aller Feuerwehrmitglieder, sich an einer Sonderumlage zu beteiligen, der Grundstein für die zu führenden Verhandlungen gelegt werden konnte und daß wir weitere Partner fanden, die diesen Bau ermöglichten. Mein Wunsch ist es, daß in der Zukunft das Deutsche Feuerwehrmuseum in Fulda zu einer Begegnungsstätte aller im Brandschutz Tätigen wird.

Die im Januar durchgeführten Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften in Schonach waren von der Organisation, aber auch von der Teilnehmerzahl her, ein voller Erfolg. Die nächsten werden am 23. und 24. Januar 1988 in Braunlage/Harz stattfinden.

Beim Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge im Juni in Wissen wurde deutlich, welche Leistungssteigerung

seit dem letzten Bundeswertungsspielen vor drei Jahren erreicht wurde. So war es nicht verwunderlich, daß über zwei Drittel der Musik- und Spielmannszüge mit „Gold“ bedacht werden konnte.

Die Mädchen und Jungen in der Deutschen Jugendfeuerwehr haben auch im vergangenen Jahr gezeigt, daß sie bereit sind, anstehende Probleme anzupacken und zu deren Lösung beizutragen. Sie haben sich, neben den ureigensten Aufgaben, besonders für den Schutz der Umwelt eingesetzt und damit ein Beispiel, sicherlich auch für andere, gegeben.

Wie immer, ist neben besonderen Veranstaltungen und Aktivitäten auch die tägliche Arbeit zu verrichten. Die Unfallverhütungsvorschriften „Feuerwehren“ konnten endlich zum Abschluß gebracht werden. Die Fachausschüsse im Deutschen Feuerwehrverband wurden neu gegliedert, um die Arbeit effektiver zu gestalten, aber auch, um schneller zu Ergebnissen zu gelangen.

Das Zivilschutzgesetz und das Personenbeförderungsgesetz, um hier nur einige zu nennen, werden uns, wie andere Dinge auch, noch im Jahre 1987 beschäftigen.

Alle Feuerwehren haben sich auch 1986 den anfallenden Aufgaben gestellt und damit erneut gezeigt, daß es in unserem Lande noch viele Bürger gibt, die bereit sind, zu dienen und sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Dieses läßt uns hoffnungsvoll in die Zukunft blicken!

Ihnen allen gilt mein Dank ebenso wie all denen, die mir helfend zur Seite standen.

Ich grüße Sie alle sehr herzlich und wünsche Ihnen eine ruhige und besinnliche Weihnacht.

Für das Jahr 1987, das für Sie Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg bereithalten möge, ein „herzliches Glückauf“!

Hinrich Struve

Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl:

„Eine große Bürgerinitiative für den inneren Frieden“

Die „menschliche Solidarität“ und die „tätige Hilfsbereitschaft“ der Feuerwehr gewürdigt



Der Bundeskanzler sagte in seiner Ansprache vor der Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes in Weinheim u. a.:

„Ich darf der Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes die herzlichen Grüße und die guten Wünsche der Bundesregierung überbringen. Ich darf mich bei dieser Gelegenheit auch bei Ihnen, Herr Präsident Struve, für mancherlei guten Rat und Unterstützung, gerade auch in der jüngsten Vergangenheit, bedanken.

Ich habe soeben meine alte Universität Heidelberg besucht, die heute ihren 600. Geburtstag feiert. Wie das heutzutage üblich ist, gab es dort neben den vielen Bürgern, die sich über dieses Ereignis und die vielen Besucher freuten, auch eine Gegendemonstration.

Dagegen ist auch nichts zu sagen. Denn Demonstrieren ist ein Freiheitsrecht. In einem Land, in dem nicht mehr demonstriert werden darf, ist die Freiheit dahin.

Aber ich habe mich nie damit abgefunden, daß wir uns angewöhnt haben, nur gegen etwas zu demonstrieren. Wir können selbstverständlich auch für etwas demonstrieren. Deswegen bin ich jetzt nach dem Besuch der Universität hierher zu Ihnen gekommen, um für Sie und für Ihre Arbeit zu demonstrieren.

Es ist eine Demonstration für Männer und Frauen, die mehr tun, als ihr persönliches

Glück – so wichtig das ist – zu pflegen: die nicht nur dem Beruf nachgehen, nicht nur in der Familie nach dem Rechten sehen, sondern darüber hinaus das Gefühl haben, auch für andere da zu sein, und den Willen besitzen, das in die Tat umzusetzen. Sehen Sie, davon lebt jeder Staat, lebt jede freie Gesellschaft – eine Gesellschaft, die nicht befehlen will, sondern in der die Menschen durch die Kraft ihrer Überzeugung, ihrer Ideen, ihrer Ideale zur Nachahmung, zum Mittun anregen.

So bin ich gekommen, um ganz einfach mit Ihnen gemeinsam zu demonstrieren für solidarische Pflichterfüllung, für gelebte Verantwortung, für praktizierte Mitmenschlichkeit, für tätige Hilfsbereitschaft. Und dabei denke ich nicht nur an die Feuerwehrmänner, sondern auch an die Ehefrauen, die das alles mitmachen, ertragen und auch erleiden.

Zur Feuerwehr gehört der Einsatz im Ernstfall, aber natürlich auch das Üben und übrigens auch die fröhliche Gemeinschaft. Und manchmal dauert die Übung länger, als sie unbedingt dauern müßte, weil das eine zum anderen führt.

Mancherorts sieht man gelegentlich das Schild ‚Die Feuerwehren – retten, löschen, bergen, schützen‘. Das ist ein großartiger Einsatz, denn dahinter steht ja die Bereitschaft, sich zur Rettung des Nächsten, des anderen bewußt auch in eigene Gefahr zu begeben. Wir haben großen Respekt vor jedem, der dies tut.

Lassen wir uns nicht von falschen Propheten einreden, man müsse stets das eigene Ich allem anderen voranstellen. So finde ich es auch gut, daß Sie ein Wort des ehrenden Gedenkens für jene mutigen Männer sagen, die beim Einsatz der Feuerwehr ihr Leben für andere ließen.

Ich denke, wir sollten über die guten Beispiele für solidarisches Handeln bei uns in der Bundesrepublik Deutschland viel mehr reden. Wir sollten das vor allem auch deshalb tun, damit junge Leute ein Beispiel erfahren. Denn durch Vorbilder werden Menschen weit mehr angeregt als durch lange, große Reden. Auf dem Weg über das Vorbild wächst auch die menschliche Qualität unseres Gemeinwesens.

Sie haben eben, Herr Struve, die Zahlen genannt. Über eine Million aktiver Männer und Frauen und junger Leute in den Feuerwehren zeigen, auf welch großes Echo Ihre Arbeit in der Bevölkerung stößt. Sie sind die mit Abstand größte Hilfsorganisation in unserem Lande – wenn Sie so wollen: eine große Bürgerinitiative für den inneren Frieden. Ich finde, man kann nicht für den Frieden in der Welt wirken, wenn man nicht einen Beitrag zum Frieden zu Hause leistet. Der innere und der äußere Frieden gehören zusammen.

Vor einigen Wochen habe ich vor einem großen Gremium unter anderem über das

Leben im ländlichen Raum gesprochen. Als ich jene Rede vorbereitete, dachte ich über den Alltag des Dorfes nach und nahm dann in meine Rede einen eigenen Absatz über die Feuerwehr auf und über ihre Bedeutung im Dorf. Es geht ja nicht nur darum, daß Sie der menschlichen Gemeinschaft mehr Sicherheit geben. Es ist ja auch ein Stück Gemeinschaft selbst, was da deutlich wird und was über das normale Maß hinausgeht. Solche Beiträge schätze ich hoch ein, weil wir ohne sie in eine Vereinsamung geraten würden.

Wir leben in einer modernen Industriegesellschaft. Jeder von uns spürt es tagtäglich, aber je mehr sich das Land und die Gesellschaft in diese Richtung entwickeln, um so größer wird die Sehnsucht der Menschen nach menschlichen Dimensionen: Die alten Leute wollen nicht irgendwo allein bleiben – das Problem bei vielen älteren Mitbürgern ist ja nicht die materielle Sicherung, sondern daß sie sich allein fühlen. Die Jungen möchten gerne in einer Gemeinschaft aufwachsen – die Zerschlagung von Klassenverbänden etwa bei der sogenannten Oberstufenreform hat dazu wahrhaftig nicht beigetragen. Sie können die neu gewachsene Bereitschaft zum Mitmachen bei jenen Angehörigen der jungen Generation sehen, die jetzt in der Bundeswehr sind und auch dort ganz selbstverständlich Gemeinschaft praktizieren.

Die Feuerwehr leistet zu einem solchen Gemeinschaftsbewußtsein in vielen Bereichen, in Stadt und Land einen Beitrag, der nach meiner Meinung unentbehrlich ist. Ich habe eben von der Pflichterfüllung gesprochen. Sie übernehmen Pflichten, die Mitmenschen vor Feuer und vor aller möglichen Unbill zu schützen. Wir haben in den letzten Jahren auch zu viele gehabt – es war nie die Mehrheit, aber eben eine lautstarke Gruppe –, die immer nur von Rechten gesprochen haben und nicht von Pflichten. Unsere Verfassung gewährt uns – und wir sind stolz darauf – mehr Rechte, als jemals dem Bürger in der deutschen Geschichte gewährt wurden. Aber – der Satz klingt einfach, manche sagen inzwischen: primitiv – wer Rechte hat, hat Pflichten.

Wenn sich zu viele den Pflichten entziehen – wobei die, die das tun, in einer bestimmten Perversion des Denkens fest damit rechnen, daß die Mehrheit das nicht tut –, dann brauchen wir von den Rechten bald nicht mehr zu reden. Weil das so ist, ist es wichtig, daß man am Beispiel der Feuerwehr – und gerade der Freiwilligen Feuerwehr – einmal deutlich macht, daß hier jemand freiwillig Pflichten übernimmt.

Deswegen finde ich es auch so gut, daß es weit über 100 000 junge Leute gibt, die bei den Jugendfeuerwehren mitmachen. Ich sage es noch einmal: Wer als

junger Mensch nicht lernt, Pflichten zu übernehmen, der wird später kein Beispiel für andere geben. Man kann nicht als Vater oder Mutter Kinder großziehen – so wie wir uns das vorstellen –, ohne Pflichten zu übernehmen. Und die Taten und Opfer einer Mutter sind nicht mit Geld aufzuwiegen. Weil ohne die Selbstlosigkeit zum Beispiel der Mütter eine menschliche Gemeinschaft gar nicht möglich wäre, ist es auch so wichtig, ihr Beispiel herauszustellen.

Ich selbst gehöre einer Generation an, die schon als Kinder erlebt hat, was es heißt, füreinander einzustehen. Ich war damals beim ersten großen Luftangriff auf meine Heimatstadt Ludwigshafen elf Jahre alt und habe dann bis 1944, bis ich zur Heimatflak nach Berchtesgaden kam, am Schülerluftschutzdienst an unserer Schule teilgenommen. Ich habe erlebt, was Feuerwehrleute und Mitglieder anderer Hilfsorganisationen gemeinsam mit uns Kindern tun mußten. Das waren schreckliche Erfahrungen. Und meine Arbeit und mein Denken zielen immer darauf ab, daß Kinder nie wieder erleben müssen, was wir damals erlebt haben. Aber es waren zugleich prägende Erfahrungen, weil wir erlebt haben, daß solche Pflichterfüllung für das Ganze notwendig ist.

Wir wissen, daß die große Mehrzahl der Bürger mit Engagement und Idealismus in unserer Gesellschaft mitarbeiten. Die Jungen mögen das Wort ‚Idealismus‘ nicht mehr so. Sie sagen lieber: Engagement. Mir ist völlig gleichgültig, ob Engagement oder Idealismus – die Haltung, die mit beiden Worten gemeint ist, ist wichtig.

Jedem Einsatz für das Gemeinwohl liegt der Gedanke zugrunde, daß weder die Freiheit unseres Volkes, noch der Frieden für unser Land, noch die soziale Gerechtigkeit und der Wohlstand unserer Gesellschaft zum Nulltarif zu haben sind. Wir können das alles nur erreichen und erhalten und an die nächsten Generationen weitergeben, wenn wir unseren Beitrag dazu leisten. Und es ist ein exemplarischer Beitrag – ich sage es noch einmal –, den Sie leisten. Der Staat – Bund, Länder und Gemeinden – hat Ihnen dabei zu helfen. Das geschieht ja auch – sicherlich nicht immer zur vollen Zufriedenheit einer jeden Ortsfeuerwehr –, zum Beispiel in der Bereitstellung der immer teurer gewordenen Geräte.

Daß die Feuerwehren nicht allein bei Brandverhütung und -bekämpfung einen wichtigen Dienst an der Gemeinschaft leisten, belegt auch das Thema dieser Versammlung: ‚Feuerwehr und Umweltschutz‘.

Wir alle haben beim Thema ‚Umweltschutz‘ dazugelernt. Es geht dabei in erster Linie um Vorbeugung und Gefahren-

abwehr. Unser gemeinsames Ziel in der Umweltpolitik ist, nicht nur die schon entstandenen Schäden zu beseitigen, sondern möglichst die Gefahr von Schäden früh zu erkennen und abzuwehren. Ich meine, der Gedanke der Vorbeugung liegt auch Ihrem Denken und Handeln zugrunde. Denn Sie versuchen, Schaden zu begrenzen, ja durch Früherkennung unmöglich zu machen.

Wenn Sie dabei vorbildlich mithelfen – jetzt noch verstärkt auf neuen Wegen –, Umweltschäden zu verhindern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, dann ist das ein ganz wichtiger Beitrag für die Zukunft.

Wir brauchen als Industrienation aber auch den technischen Fortschritt. Sie selbst haben viel mit technischen Entwicklungen im Alltag der Feuerwehr zu tun, mit modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen – auch das ist ein Punkt, wo Ihr Tätigsein zum Wohl der Allgemeinheit beiträgt. Natürlich sind technische Neuerungen mit neuen Gefahren verbunden. Wir wissen heute, daß nicht alles, was wissenschaftlich, technisch machbar ist, auch für den Menschen sinnvoll ist. Wir müssen uns immer die Frage stellen: Ist das moralisch vertretbar?

Wenn wir in Kenntnis der Sorgen und Nöte, die es noch bei uns gibt, ‚Ja‘ sagen zur Zukunft, dann können wir noch vieles verbessern, dann haben wir eine großartige Chance, anderen zu helfen, denen es schlechter geht als uns. Und den meisten Völkern dieser Erde geht es viel schlechter als uns. Sie brauchen unsere Solidarität und unsere Hilfe. Und wenn wir zusammenstehen und nicht nur ‚Ich‘, sondern ‚Wir‘ sagen, dann werden wir auch die Herausforderungen der Zukunft bewältigen.

Wir müssen über die Wege diskutieren, vielleicht streiten. Das ist das freiheitliche Kernstück jeder Demokratie. Aber wir sollten über allem Streit das Gemeinsame, das Miteinander nicht vergessen. Und da kann die Politik tatsächlich von der Feuerwehr lernen. Denn wenn der eine den Schlauch in diese Richtung lenkt, der andere das Wasser aber in jene Richtung pumpt, dann kann am Ende auch nichts Vernünftiges herauskommen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Versammlung einen guten Verlauf und gute Beschlüsse. Ich wünsche der Feuerwehr bei uns in der Bundesrepublik Deutschland möglichst viel Zulauf, Herr Präsident, gerade von jungen Leuten, damit Sie ein Beispiel für möglichst viele geben können. Sie sind ein wichtiger Teil unseres Gemeinwesens, Sie sind Bürger, die nicht nach dem ‚Ich‘ fragen, sondern das ‚Wir‘ leben. Ich hoffe, Sie werden Ihre Erfahrungen auch in Zukunft wirkungsvoll verbreiten können.“

Hans-Joachim Bartholdt wurde neuer Präsident

Die Zukunft der DLRG nicht der Zukunft überlassen

Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Karl Carstens ist Ehrenmitglied der DLRG / 130 Delegierte auf der Bundestagung in Schonach

Der neue Präsident der DLRG heißt Hans-Joachim Bartholdt. Mit ihm wurde auch ein neues Präsidium gewählt, ein DLRG-Breitensportkonzept wurde vorgestellt und der Mindestbeitrag wurde nach nunmehr sechsjähriger Beitragsstabilität auf 30 DM bei Erwachsenen und auf 24 DM bei Jugendlichen angehoben. Dies waren die wesentlichen Ergebnisse der DLRG-Bundestagung 1986 in Schonach im Schwarzwald. Zahlreiche Gäste, darunter auch Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Karl Carstens, dem die DLRG in Schonach die Ehrenmitgliedschaft verlieh, sowie Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble besuchten die diesjährige Tagung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

„Die DLRG hat es nicht immer leicht gehabt“

Auftakt der dreitägigen Bundestagung war ein Festakt im Schonacher Haus des Gastes. Vor 130 Delegierten aus allen Teilen der Bundesrepublik sowie zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens eröffnete DLRG-Ex-Präsident Prof. Dr. Siegfried John die Tagung. In Anspielung auf das diesjährige Motto „Die Zukunft der DLRG nicht der Zukunft überlassen“ würdigte der Referent den Einsatzwillen der DLRG-Rettungsschwimmer: „Die Zukunft“, so Dr. John, „hat viele Namen. Für den Schwachen ist sie das Unerreichbare, für den Furchtsamen ist sie das Unbekannte, für den Mutigen ist

sie die Chance. Furcht und Schwäche gelten jedoch in den Reihen der DLRG-Aktiven nicht. Dagegen ist der Mut eine Tugend, die dem Rettungsgedanken geradezu innewohnen muß“.

Weiter heißt es in der Eröffnungsrede: „Getragen von dieser Tugend und dem humanitären Anliegen, ist die DLRG in den 73 Jahren ihres Bestehens zur größten Wasserrettungsorganisation der Welt herangewachsen. Diese große Rettungsgesellschaft hat es in ihrem Leben nicht immer einfach und leicht gehabt, stellt sie doch eine Vereinsform dar, die eine gewisse Einmaligkeit besitzt.“

Dennoch hat sie Kriege, Inflationen und Ungerechtigkeiten in der Behandlung erfahren und überstanden. Warum das so war, ist einfach dahin gehend zu beantworten, daß die Idee zu ihrer Gründung eben Hilfe im Dienst der Menschheit ist. Welch segensreiche Tätigkeit die DLRG seit ihrer Gründung erbracht hat, läßt sich in statistischen Erhebungen leicht nachvollziehen.

Immer mehr Bürger haben sich uneigennützig in den Dienst unserer guten Sache gestellt. Millionen erholungsuchender Bürger an der deutschen Ost- und Nordseeküste, an den Seen und Flüssen und in den Bädern unseres Vaterlandes genießen durch das Wirken der DLRG Sicherheit in ihrer Freizeit.

Die politische und soziale Entwicklung der Gesellschaft schlechthin, veränderte Umweltbedingungen und viele andere Anforderungen haben auch die Wirkungskreise und Aufgaben der DLRG verändert. Die DLRG hat sich diesen Veränderungen angepaßt, ohne ihre in hoher Verantwortung getragenen ethischen Ziele über Bord zu werfen. Die Besonderheit und das Schöne am Wirken der Lebensrettungsgesellschaft ist, daß ihre bedeutsame Arbeit immer mehr Beachtung findet.“

Die DLRG steht für ehrenamtliche freiwillige Hilfsbereitschaft

In seinen weiteren Ausführungen erinnerte Prof. Dr. Siegfried John an den Präsidialratsempfang durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im März dieses Jahres im Bundeskanzleramt. Auch Kanzleramtsminister Dr. Wolfgang Schäuble nahm in seiner Begrüßungsansprache den Gedanken auf und unterstrich den festen Willen, den anlässlich des Empfangs bei Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl begonnenen Dialog weiterzuführen.



Das neue Präsidium der DLRG. Von links nach rechts: Wilfried Wieneke (Langenberg), stellvertr. Technischer Leiter; Peter Heidinger (Bonn), Justitiar; Dr. Uwe Kopacz (Hainberg), stellvertr. Leiter der Öffentlichkeitsarbeit; Otto Zimmermann (Stuttgart), Ehrenmitglied; Richard Winkels, MdL (Warendorf), Vizepräsident; Hans-Joachim Bartholdt (Hann.-Münden), Präsident; Jürgen Illing (Dreieich), Vizepräsident; Dieter Schreiber (Köln), Bundesvorsitzender der DLRG-Jugend; Dr. Klaus Wilkens (Adendorf), Technischer Leiter; Joachim Praßer (Essen), Schatzmeister; Peter Huth (Neuss), stellvertr. Schatzmeister; Bernd Schäfer (Geretsried), Leiter der Öffentlichkeitsarbeit; Prof. Dr. med. Gerhard Meuret (Freiburg), Präsidialarzt. Es fehlen auf dem Foto Ehrenmitglied Klaus Bartnitzke (Flensburg); Prof. Dr. med. Klaus Koppenhagen (Berlin), stellvertr. Präsidialarzt; Hans-Joachim Sperling (Attendorf), stellvertr. Justitiar.



Oben: 130 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet steckten für die kommenden drei Jahre den Kurs der größten Wasserrettungsorganisation der Welt ab.

Links: Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Karl Carstens wurde in Schnoch Ehrenmitglied der DLRG auf Lebenszeit. (Von links:) DLRG-Präsident H. J. Bartholdt, Vizepräsident R. Winkels, Altbundespräsident Prof. Dr. K. Carstens, DLRG-Ex-Präsident Prof. Dr. S. John.

Dr. Schäuble weiter:

„Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft steht seit über 70 Jahren als Symbol für vieles, auf das wir in unserem Land stolz sein können. Vieles, was wir in unserem Land nicht nur für die Zukunft erhalten wollen, sondern sogar verstärken müssen.

Die DLRG als größte Wasserrettungsorganisation der Welt steht zuallererst für ehrenamtliche und freiwillige Hilfsbereitschaft. Zu viele haben in der Vergangenheit nach dem Staat gerufen und Forderungen gestellt, wenn es darum ging, Probleme zu lösen.

Mündige Bürger wissen aber in der Regel besser als der Staat, was für sie gut ist und was ihren Lebensinteressen dient. Wir brauchen deshalb eine Rückbesinnung auf das dem einzelnen und der Gemeinschaft zuträgliche Maß, auf die beherrschbare Größe. Und wir brauchen deshalb auch eine Rückbesinnung auf das Prinzip des freiwilligen, uneigennütigen Einsatzes für unsere Familien, für unsere Nachbarn, für unsere Stadt und für unser Land.

Die freiwilligen Einsätze der DLRG, wie sie in fast 2 000 Ortsgruppen organisiert werden, sind Ausdruck praktizierter Soli-

darität. Solidarität heißt, füreinander da sein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen. Ihre Einsätze sind nicht ungefährlich. In der DLRG mitzumachen hieß schon immer, bereit zu sein, auch ein persönliches Risiko einzugehen.

Von den über 50 000 Rettungen vor dem Ertrinkungstod seit 1950 geschahen fast 8 000 unter Lebensgefahr, das ist rund jede achte Rettung! Das verdient Anerkennung und muß laut und deutlich gesagt werden! Freiwillig Dienst in der DLRG tun heißt auch, aus freiem Antrieb staatsbürgerliche Pflichten zu übernehmen.“

„Rechte und Pflichten, Leistung und Anspruch gehören zusammen“

Dr. Schäuble fuhr fort:

„Wir müssen bei der Erziehung unserer Kinder anfangen. Die meisten von uns haben als Eltern erlebt, daß eine Erziehung zum Pflichtbewußtsein auch eine liebevolle Erziehung sein kann. Wer als

Kind lernt, daß man nichts für die Gemeinschaft tun muß, wird als Erwachsener schwerer einsehen, daß Rechte und Pflichten, Leistung und Anspruch zusammengehören, daß eine freiheitliche Ordnung nur gedeiht, wo freiwillige Pflichten übernommen werden: damit geholfen wird. Der Wert solcher Dienste ist dabei für den Gebenden häufig nicht geringer als für den Empfänger.

Sie als Angehörige der DLRG geben unserer Jugend ein solches Beispiel der Pflicht und des Einsatzes für den Nächsten. Und da so viele von Ihnen selbst zur Jugend gehören, ist Ihr Vorbild, das Sie Ihren Schulkameraden und Arbeitskollegen geben, besonders wirkungsvoll.

Bei uns in der Bundesrepublik gibt es keinen Zwang zur Mitgliedschaft in Jugendverbänden wie in vielen Staaten dieser Welt. Man kann teilnehmen, aber man muß nicht. Um so mehr sind wir auf Vorbilder angewiesen. Dabei lernt man eben, daß man auch für sich selbst Positives tut. Viele, die sich hier engagieren, werden initiativ, nicht nur damit etwas „getan wird“, sondern weil sie ganz persönlich etwas Sinnvolles „tun wollen“.

Sport als Hilfe für den Menschen

Man muß an dieser Stelle auch einmal sagen, daß in unseren Medien über ehrenamtliche Nächsten- und Selbsthilfe viel zu selten berichtet wird. Wir wissen, daß für die Medien der Nachrichtenwert einer Information entscheidend ist. Aber es kann nicht einleuchten, daß Negativnachrichten immer wieder interessanter sein sollen als die zum Teil wirklich bewegenden Initiativen, mit denen Menschen ihren Mitmenschen helfen.

Mir hat an der DLRG immer besonders gefallen, daß Dienst am Nächsten und Sport miteinander verbunden werden. Sport lehrt Hilfsbereitschaft und verknüpft das Bedürfnis der Menschen nach spielerischer Freude mit dem Streben nach persönlicher Leistung, Begegnung und Engagement in der Gemeinschaft.

Ich habe mich selber auch in meiner politischen Arbeit immer für den Sport eingesetzt, weil ich überzeugt bin, daß man mit dem Sport, und ich meine vor allem mit dem Breitensport, vielen jungen Menschen, aber auch vielen nicht mehr ganz so jungen Menschen eine Hilfe geben kann, auch die anderen Probleme ihres Lebens besser zu meistern.

Sie haben die Bereitschaft gezeigt, über Probleme nicht nur zu klagen, sie wegzureden oder sie ganz zu verschweigen, sondern die Chance zu sehen, Probleme anzupacken und sie zu bewältigen. Sie haben als Bürger gezeigt, daß Sie für unsere Gemeinschaft zupacken können.

Dafür schulden wir Ihnen allen unseren Dank.“

Zuwendungen werden angehoben

„Die Zunahme der Freizeit bedeutet für Sie als DLRG aber ein weitersteigendes Maß an Einsatzbereitschaft. Verstärkte Planungs- und Koordinierungsaufgaben verbunden mit entsprechenden Aufwendungen für die Ausstattung und Ausrüstung stellen Sie vor Finanzierungsfragen. Deshalb freue ich mich, daß es gelungen ist, die Zuwendung der Bundesregierung für Ihre wertvolle Arbeit als Unfallhilfsorganisation ab dem kommenden Haushaltsjahr um ein Mehrfaches anzuheben: von 25 000 DM auf 125 000 DM.“

Rettungsdienst ausschließlich durch freie Organisationen

Die Grüße der Landesregierung Baden-Württemberg überbrachte Staatssekretär Hermann Mühlbeyer. In seiner Ansprache betonte Mühlbeyer, daß die freiwillige, unentgeltliche Übernahme von Aufgaben durch den Bürger zum Wohl des Ganzen ein unverzichtbares Element einer humanen Gesellschaft und lebendigen Demokratie sei.

Der Staatssekretär weiter: „Bei uns in Baden-Württemberg wird der Rettungsdienst – und dazu gehört natürlich auch der Wasserrettungsdienst – fast ausschließlich von freien Organisationen durchgeführt. Das Rettungsdienstgesetz von Baden-Württemberg sieht eine Aufgabenträgerschaft durch Stadt- und Landkreise nur in den Fällen vor, wo die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Einrichtungen des Rettungsdienstes nicht auf Grund von Vereinbarungen mit den Sanitäts- und Spezialorganisationen sichergestellt ist. Wir sind stolz darauf, daß dies in unserem Bundesland bis zum heutigen Tage noch nicht nötig war, und das ist Ihr Verdienst.“

Dieses System bringt es mit sich, daß ein großer Teil der Rettungsdienstleistungen durch ehrenamtliche Kräfte erbracht wird. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft führt den Wasserrettungsdienst sogar ausschließlich mit ehrenamtlichen Kräften durch.

Die DLRG darf für sich in Anspruch nehmen, eine wichtige staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Funktion zu erfüllen. Ehrenamtliche Hilfe ist aber nicht nur aus der Sicht der Gesellschaft und des Hilfeempfängers ein Gewinn. Vielen ehrenamtlichen Helfern eröffnet dieses Engagement neue Möglichkeiten zur Entfaltung von Begabungen, ja gibt ihrem eigenen Leben einen zusätzlichen Sinn.

Ehrengast Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister für besondere Aufgaben (Bildmitte), sagte den DLRG-Delegierten eine wesentliche Aufstockung der finanziellen Bundesmittel zu.



Gerade in einer Zeit, die durch einseitige Anforderungen an den Menschen im Arbeitsleben, andererseits aber auch durch zunehmende Freizeit infolge Verkürzung der Arbeitszeit gekennzeichnet ist, stellt sich die Frage nach einer Selbstverwirklichung des Menschen immer mehr. Ich möchte daher auch den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft bestätigen, daß ihr von mitmenschlicher Solidarität geprägter Einsatz für uns alle zu einem unverzichtbaren Element unserer Gesellschaftsordnung geworden ist und sie damit einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwesen leisten.

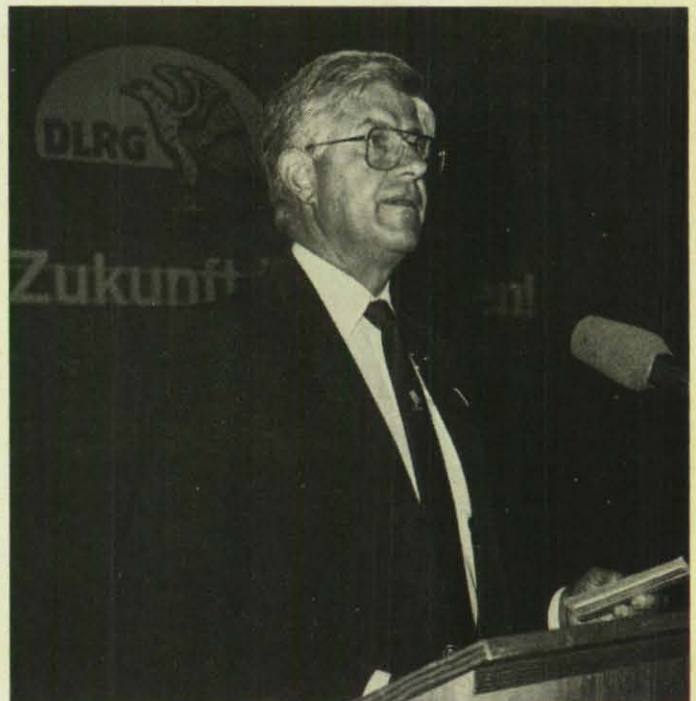
Hilfskräfte zum „Null-Tarif“

Ich weiß sehr wohl, daß das Interesse der Politiker an ehrenamtlicher Tätigkeit von einigen Trägern sozialer Aufgaben mit einem gewissen Argwohn beurteilt

wird. Auch ehrenamtliche Helfer haben schon die Sorge geäußert, daß sie als Lückenbüßer für eingesparte hauptberufliche Fachkräfte, quasi als „Hilfskräfte zum Null-Tarif“, mißbraucht und ihr persönliches Engagement für den Mitmenschen vom Staat vereinnahmt und verplant werden könnten. Hier hoffe ich doch sehr, daß gerade den vielen Helfern der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft bewußt ist, daß ihr Einsatz weder vom Staat als Ganzes übernommen, noch durch hauptberufliche Kräfte ersetzt werden könnte. Lassen Sie mich hierzu sagen: Die Aufwertung ehrenamtlicher Arbeit ist kein politischer Trick, um die Finanzmisere zu beheben, in die das System der sozialen Sicherheit geraten ist.

Es ist eine erfreuliche Begleiterscheinung ehrenamtlicher Arbeit, daß sie Spareffekte hat. Aber der Sinn der ehrenamtlichen Arbeit ist in erster Linie die qualitative Verbesserung unserer sozialen Dienste, das Ziel ist eine menschlichere Gesellschaft.

Hans-Joachim Bartholdt, Leitender Polizeidirektor und Chef der Landespolizeischule Niedersachsen, wurde neuer Präsident der DLRG.





Gerade die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft trägt in vielfältiger Weise zur qualitativen Verbesserung des Rettungsdienstes bei: Sie tut dies einmal im großen Bereich der Schwimmausbildung, mit dem vorsorglicher Rettungsdienst betrieben wird. Durch die Schwimmausbildung werden Menschen dazu gebracht, aus eigener Kraft und mit persönlichem Können den Gefahren des Wassers zu begegnen und sich im Ernstfall selbst zu retten. Die DLRG erbringt damit aber auch gesundheitsfördernde, ja sogar sportliche und freizeitorientierte Leistungen und erfüllt gewissermaßen eine Aufgabe im Breitensport. Außerdem leistet sie wertvolle Arbeit durch den Einsatz als Badeaufsicht in Schwimmbädern und an Seen, Flüssen und Talsperren.

Das Land Baden-Württemberg ist sich seiner Verpflichtung bewußt, die im Rettungsdienst Tätigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Wir sind hier der Auffassung, daß alle menschlichen, technischen, medizinischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten mobilisiert werden müssen, wenn es gilt, Leben zu retten, wo immer Menschen in Gefahr geraten sind. Die Landesregierung hat mit Genugtuung registriert, daß es den beiden DLRG-Landesverbänden Baden und Württemberg gelungen ist, mit Unterstüt-

zung des Sozialministeriums wenigstens den „Einstieg“ in eine Entgeltregelung mit den Kostenträgern zu finden.“

„Stolz auf die DLRG“

Hans Gmelin, Ehrenmitglied und langjähriger Vizepräsident des Deutschen Sportbundes (DSB), überbrachte Grüße in Vertretung des DSB-Präsidenten Hans Hansen: „Der Deutsche Sportbund ist stolz auf die DLRG.“

Ausführlich ging Hans Gmelin auf die DLRG-Leistungsbilanz der letzten Jahre ein: „Aus der DLRG der frühen 50er Jahre mit knapp 50 000 Mitgliedern ist eine Armee gegen den Wassertod mit nunmehr 470 000 Mitgliedern geworden. Ihre Leistungsbilanz der vergangenen 35 Jahre ist ein Zeichen praktizierter Menschlichkeit. Sie können darauf stolz sein. Der DSB ist jedenfalls glücklich, Sie in seinen Reihen zu wissen.“

Menschen im Sport 2000

„Die DLRG“, so Hans Gmelin weiter, „liegt mit dem Thema ihrer Bundestagung voll im Trend. Blicke in die Zukunft haben

Mit der in Schonach vorgestellten DLRG/BARMER-Breitensportkonzeption wollen beide Partner in Form von Badepartys in den nächsten Jahren große Bevölkerungsteile näher an den Wasserfreizeitsport heranführen.

derzeit Konjunktur. Dafür gibt es handfeste Gründe. Es geht schlicht und einfach um die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben, auf die wir schon eine ganze Reihe solider Hinweise haben. Solche sind nicht zu gewinnen durch beschwörende Befragungen von Glaskugeln, sondern es bedarf hierfür einer gesunden Kombination aus praktischer Erfahrung und wissenschaftlichem Sachverstand.

Der DSB bereitet für November 1987 in Berlin einen großen nationalen Kongreß zum Thema „Menschen im Sport 2000“ vor, zu dem 1 500 Teilnehmer vor allem aus den Vereinen und Verbänden erwartet werden. Hierzu sind auch Sie von der DLRG herzlich eingeladen.“

Einen herzlichen Dank dafür, daß die DLRG Schonach als Austragungsort ihrer diesjährigen Bundestagung auserwählt habe, sprach Bürgermeister Albert Haas den anwesenden Delegierten aus.

Zusammenarbeit gewürdigt

Nach Worten von Julius Redling (Mdl), der die Grüße der SPD-Landtagsfraktion überbrachte, würdigte Alfred Sigl, Geschäftsführer der Barmer Ersatzkasse in Wuppertal, die nunmehr zehnjährige erfolgreiche Zusammenarbeit von DLRG und BARMER. Als einen Weg in die richtige Richtung kennzeichnete Sigl dabei die geplanten Aktivitäten von DLRG und BARMER im Bereich des Breitensports. Was in Schonach Delgierten und Presse als Konzept vorgestellt worden sei, verdiene Anerkennung und verspreche für die Zukunft Erfolg.

Für eine „angenehme Überraschung“ sorgte dann der Vertreter eines Automobilherstellers. Neben Worten des Dankes, mit denen er die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Rettungsschwimmer würdigte, hatte er als Gastgeschenk ein Auto mit nach Schonach gebracht. Dieses werde, so der Spender, sicherlich gute Dienste bei den vielfältigen DLRG-Aufgaben leisten.

Den Reigen der Grußworte schließlich beendete FIS-Präsident Klaus Bartnitzke. Bartnitzke stellte heraus, daß der DLRG hinsichtlich der Förderung von gleichartigen Gesellschaften, insbesondere in Entwicklungsländern, eine besondere Aufgabe zukomme. Bartnitzke dankte den Verantwortlichen der DLRG für die doch recht umfangreiche Unterstützung bei diesen Bemühungen. Auch den Vertretern der Bundesregierung, die dieses zusätzliche Engagement der DLRG im internationalen Bereich auch finanziell zunehmend fördern, galt der Dank.



Verdienstzeichen in Gold für Barmer-Geschäftsführer Alfred Sigl (Bildmitte). Äußerer Dank für eine zehnjährige erfolgreiche Zusammenarbeit von DLRG und Barmer Ersatzkasse.

Presseschau des Inlands

Katastrophenschutz: Spitzengespräche in Bonn

Zu einem zweistündigen Meinungsaustausch kamen Bundesminister Wolfgang Schäuble und Vertreter der Hilfsorganisationen im Bonner Kanzleramt zusammen. Einziges Thema: der Katastrophenschutz nach Tschernobyl. Während des Gesprächs erläuterten die Vertreter der Organisationen ein gemeinsam erarbeitetes Thesenpapier. Darin fordern sie ein „bürgernahes und effizientes Schutz- und Hilfeleistungssystem“. Außerdem müsse das Verständnis der Bevölkerung für den Katastrophenschutz verstärkt werden.

Einig waren sich alle Beteiligten, daß der Katastrophenschutz verbessert werden muß. Die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, hieß es nach dem Treffen, sei unstrittig und das nicht erst nach dem Reaktorunfall in der Ukraine. Die Gespräche sollen mit Beteiligung der Länder und kommunalen Spitzenverbände fortgesetzt werden.

Gespräch der Organisationen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Vogel – Einigkeit auch hier: Im System des Katastrophenschutzes sind grundlegende Verbesserungen nötig. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen müsse neu geregelt werden. Auch in der Bevölkerung sei ein „dauerhaftes“ Bewußtsein für die Notwendigkeit des Katastrophenschutzes anzustreben.

Die SPD-Bundestagsfraktion, teilte Vogel mit, will im Innenausschuß eine Anhörung zum Katastrophenschutz beantragen, um Defizite und Fehlentwicklungen aufzudecken.

Zu einem Gedankenaustausch über Tschernobyl und die Folgen hatte die

FDP-Bundestagsfraktion ebenfalls Vertreter aus den Verbänden eingeladen.

(„Der Arbeiter Samariter“)

DDR gibt erstmals Strahlenwerte seit Tschernobyl bekannt

Die DDR hat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Meßdaten über die Strahlenbelastung nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl übermittelt. Mit der Übergabe von etwa 10 000 Einzeldaten über die Strahlenbelastung in Luft, Boden, Wasser und Nahrungsmitteln kommt die DDR nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur ADN ebenso wie andere Staaten einem Ersuchen der in Wien ansässigen Behörde sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach. Bis zu dieser Bekanntgabe der einzelnen Meßwerte waren in den DDR-Medien keine Daten darüber veröffentlicht worden.

(„Süddeutsche Zeitung“)

Nicht geleistete Erste Hilfe kostet 3 500 Menschenleben

Die oftmals nicht geleistete Erste Hilfe bei Verkehrsunfällen kostet jährlich rund 3 500 Unfallopfern das Leben. Würde immer schon in den ersten fünf Minuten nach einem Verkehrsunfall qualifizierte Hilfe geleistet, könnten jährlich 3 500 Unfallopfer in der Bundesrepublik gerettet werden, sagte Gerhard Stöcker, Sprecher der Aktion „Jeder kann helfen“, in Hamburg. Die Aktion will die Erste Hilfe fördern. Nur jeder siebte Bundesbürger könne qualifizierte Erste Hilfe leisten, teilte Henriette Reinsberg vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat mit. Zudem bedeute eine Ausbildung nicht unbedingt auch die Bereitschaft zum Helfen.

(„Süddeutsche Zeitung“)

Zimmermann will mehr Schutzräume

In der Bundesrepublik gibt es immer noch zu wenige Katastrophenschutzräume. Das erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vor dem Technischen Hilfswerk Landshut. Durchschnittlich stünde für 30 Personen nur ein Schutzraumplatz zur Verfügung: „Dies ist eine Quote, die absolut indiskutabel ist.“ 1986 weise der Haushalt an Mitteln für den Schutzraumbau 100 Millionen Mark auf. Die Gesamtausgabe für den Zivilschutz würde 1987 im Etat auf die Re-

kordsumme von 756 Millionen Mark steigen.

(„Welt am Sonntag“)

Katastrophenschutz ist glaubwürdiger geworden

Der Katastrophenschutz habe nach Tschernobyl wieder mehr an Glaubwürdigkeit gewonnen, in der Bevölkerung sei die Bereitschaft wieder größer, über die Hilfe in Notfällen nachzudenken, erklärten der Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, Dr. Bruno Merk, und sein Stellvertreter, Reinhold Vöth, in einem Pressegespräch bei der ersten Zentralen Fachdiensttagung der Organisation im Lager Hammelburg (Lkr. Bad Kissingen).

742 Freiwillige von Fernmelde- und Technischem Dienst der Organisation kamen aus ganz Bayern, um bei der groß angelegten Lehrveranstaltung ihre Einsatzbereitschaft zu steigern.

Parallel dazu tagten die Kreiskolonnenärzte und der Landesausschuß der Sanitätskolonnen unter Vorsitz von Reinhold Vöth. (. . .)

Die Fachdiensttage dienten der Koordination über Kreisgrenzen hinweg und dem gegenseitigen Kennenlernen. Anmarschweg und großes Lager vermitteln den Teilnehmern Erkenntnisse im Bereich der Logistik. Gleichzeitig sollten Schwachstellen aufgedeckt werden. Die Vertreter des technischen Dienstes schulten sich unter anderem im Aufbau von Verbandsplätzen, Trinkwasserversorgung und -aufbereitung, Installation sanitärer Einrichtungen, Sicherstellen der Stromversorgung.

Die im Fernmeldedienst tätigen Rettungskräfte übten die Bedienung der Funkeinrichtungen, wie sie in Katastrophen- und Rettungsfällen sowie bei Großveranstaltungen gebraucht werden.

Die Bedeutung der ehrenamtlichen Kräfte unterstrichen Dr. Merk und Reinhold Vöth. Unter den 33 000 Helfern des Freistaates, die im Jahr sechs Millionen Einsatzstunden leisteten, seien 1 000 im Technischen- und 900 im Fernmeldedienst eingesetzt. 138 Sanitätskolonnen Unterfrankens werden nach den Worten von Bezirksgeschäftsführer Klaus Bayerlein durch 4 737 Mitglieder und 182 Kolonnenärzte unterstützt. Ohne Freiwillige sei in Katastrophenfällen keine Hilfe möglich. Theoretisch könnten zwar, wie Vöth vorrechnete, ehrenamtliche Helfer durch hauptamtliche ersetzt werden. Dies würde aber nicht nur finanzielle Probleme aufwerfen. In Katastrophenfällen wäre die geringere Personalkapazität nicht ausreichend.

(„Fränkisches Volksblatt“)

Presseschau des Auslands

Eigeninitiative hat Vorrang

Ein neuer Besen kehrt gut, sagt ein Sprichwort. Neu ist nur, daß der Bundesverband wieder zur ursprünglichen Organisationsform des Generalsekretariats zurückgekehrt ist. Kehren aber muß jeder einzelne Bürger wohl selbst noch vor der eigenen Tür, was seine Einstellung zum Zivilschutz betrifft.

Was ist die Aufgabe des Zivilschutzverbandes? Einmal die Motivation der Mitbürger, zum anderen, und das in einem nicht weniger hohen Maß, die Einleitung von Bewußtseinsprozessen in der Öffentlichkeit. Fehlt es aber an der Bereitschaft der Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit, werden auch weiterhin alle Bemühungen unter den Teppich der Lethargie gekehrt werden.

Es gibt nur ein sinnvolles Miteinander zwischen den Behörden, sonstiger ZS-Einrichtungen und der Eigeninitiative des Bürgers. Das eine hat ohne das andere keinen Bestand. Dieser Zusammenhang liegt auch dem Gedanken der Gemeinde-Selbstschutzzentren zugrunde, welche das Motto des Über- und Welterlebens auf ihre Fahnen geschrieben haben: Information, Beratung und Ausbildung.

Der ÖZSV betrachtet sich als Schulungsorganisation und Serviceeinrichtung. Sie sollen es dem Bürger erleichtern, für sich selbst und seiner Familie Vorsorge für den Selbstschutz in Katastrophenfällen aller Art zu treffen. Nur Bürger, die sich dessen bewußt sind und danach handeln, geben in Summe eine sichere Gemeinde ab. Und machen es alle Städte und Gemeinden so, dann hat dieses Österreich den höchstmöglichen Sicherheitsgrad zu bieten.

Die Bevölkerung muß imstande sein, sich vom Beginn der Katastrophe bis zum Einsetzen staatlicher Katastrophenpläne über Wasser zu halten. Tausende Helfer der Einsatzorganisationen haben ebenso schon ihre Verlässlichkeit unter Beweis gestellt. In der Folge aber bedarf es großangelegter Hilfsaktionen, die nur durch behördliche Organisation möglich sind.

Ein schlagender Beweis dafür, daß die viel strapazierte „Bevormundung des Bürgers durch den Staat“ nichts als ein Schlagwort geblieben ist, liefert u. a. gerade die Strategie des Innenministeriums in Sachen Zivilschutz. Denn was beinhaltet der Appell an den Bürger, in Fragen des Selbstschutzes die Eigeninitiative zu ergreifen anderes, als für sich selbst und seine Mitmenschen bei Katastrophenfällen in Eigenverantwortung zu handeln? Behördliche Maßnahmen können ja nur wirklich greifen, wenn dieses Grundverhalten des einzelnen als Voraussetzung gegeben ist.

Daher sind die Gemeinde-Selbstschutzzentren ein Anliegen, das über die Parteigrenzen hinweg seinen Tiefgang hat. – Fernab von jeder Tagespolitik. Parallel zu diesem positiven Effekt der Bürgerselbstverantwortung ist Zivilschutz auch noch ein Hoffungsgebiet für die heimische Wirtschaft und Wissenschaft. Die verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung in diesem Bereich mobilisiert auch die Industrieunternehmen, die Zivilschutzgeräte und -einrichtungen anzubieten haben. Die Wissenschaft wird ihre Entwicklung auf diesem Gebiet verstärkt vorantreiben.

Und das alles dient letztlich dem einen und höchsten Ziel: dem Schutz der Bevölkerung.

(Anton Gaal in „Zivilschutz“, Österreich)

Riyadh: Schutzkeller im Wüstensand

Die Saudis haben den Zivilschutz nicht erst seit Tschernobyl entdeckt. Zwar hat die „Saudi Gazette“ kürzlich unter dem Eindruck des sowjetischen Reaktorunfalls kritisch auf die Lücken des schweizerischen Zivilschutzkonzepts hingewiesen. General Abdul Rahman Hashim hat sich jedoch letztes Jahr bei seinem Besuch in der Schweiz von dem Zivilschutz tief beeindruckt gezeigt. Ja, die Saudis waren derart beeindruckt, daß sie sich in der zweiten Oktoberhälfte in Riyadh vorführen lassen wollen, was die Schweiz auf diesem Gebiet alles zu bieten hat.

Unter dem organisatorischen Dach der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (SZH) werden 21 Exportfirmen ein viertägiges Symposium mit Fachreferaten bestreiten. Die Initiative ging von der Schweizer Botschaft in Riyadh aus. Nachdem die Finnen und die Schweden auf diesem Markt recht aktiv wurden, fanden unsere dortigen diplomatischen Vertreter, daß es nun auch an der Schweizer Wirtschaft wäre, in die Offensive zu gehen. So gelang es der SZH schließlich, eine Reihe illustrier Einzelkämpfer, wie Losinger, Elektrowatt, Landis & Gyr usw. unter

einem Dach zu vereinigen. „Das ist eine Premiere“, freut sich Kurt Bächler, bei der SZH verantwortlich für Auslandsmessen und Sonderaktionen. Das Symposium erhält auch vom Bund Sukkurs: die Delegation wird nämlich von Hans Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, geleitet werden. Das Konzept sieht vor, daß den Saudis der schweizerische Zivilschutz in neutralen Fachvorträgen nähergebracht werden soll. Die Firmen werden aber Gelegenheit haben, in einem separaten Showroom ihre Produkte und Dienstleistungen zu zeigen.

Atombunker mit Swimmingpool

Zivilschutz ist im saudischen Wüstenreich an sich nichts Neues. So hatten einige wenige Schweizer Firmen kürzlich das Glück, einen saudischen Prinzen eine ganze unterirdische Villa mit allem Drumherum, bei der auch die Trennung von Männlein und Weiblein nicht unberücksichtigt blieb, bauen zu dürfen. Sogar der unterirdische Swimmingpool fehlte hier nicht. Nun soll aber der Zivilschutz auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt werden. Die Regierung gab dazu vor einem guten Jahr dem Innenministerium den Auftrag, ein Konzept auszuarbeiten. Fachleute schätzen den Markt in diesem Bereich auf 30 Mrd. Dollar, wobei die Verwirklichung dieses Projekts natürlich einige Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Trade Office in Riyadh?

Jene, die zuerst in den Zug einsteigen, werden natürlich die besten Plätze besetzen. Den Finnen ist es bereits gelungen, einen Mann in die Konzeptrealisierung einzuschleusen. Auch bei den Schweizer Firmen bestehen diesbezüglich gewisse Hoffnungen. Denn für die interessierten Firmen wäre es natürlich von großem Vorteil, wenn Reglemente und Spezifikationen auf unsere Normen ausgerichtet wären. Die 21 Firmen spielen deshalb sogar mit dem Gedanken, in Riyadh eigens ein Swiss Trade Office zu eröffnen, um besser am Ball bleiben zu können.

Auf höchster Ebene scheint der Schweizer Zivilschutz bereits großes Prestige zu genießen, wie nach dem Besuch von General Abdul Rahman Hashim festzustellen war. Mit dem Symposium soll nun auch beim subalternen Beamten, über dessen Pult die saudischen Zivilschutzprojekte laufen, ein entsprechendes Image geschaffen werden. Die Bedingungen sind nicht schlecht. Das Symposium fand auf Einladung der Saudis in der King Faysal Hall statt. Diese für Prinzenhochzeiten und andere derartige Festivitäten bestimmte Halle ist nicht zu mieten. Dort stattfindende Anlässe sind deshalb mit etwelchem Prestige verbunden.

(Schweizerische Handelszeitung)

Wissenschaft & Technik

Neues Flugfeld-Großlöschfahrzeug

Zwei neue Flugfeld-Großlöschfahrzeuge vom Typ „Firehunter“ verließen in diesen Tagen nach umfangreichen Erprobungen die Bundesrepublik. Per Schiff werden sie nach Bahrain transportiert. Auftraggeber und Betreiber ist das Civil Aviation Directorate des internationalen Flughafens Bahrain im Persischen Golf. Es handelt sich bei den Fahrzeugen um eine völlige Neuentwicklung, beide „Firehunter“ sind das Ergebnis einer Ende 1984 begonnenen Entwicklungs- und Planungsarbeit.

Im Großraum-Fahrerhaus finden vier Mann Besatzung Platz. Das dreiachsige Allrad-Fahrgestell hat bei 8 460 mm Gesamtlänge und 2 850 mm Gesamtbreite einen Radstand von 3 785 + 1 480 mm. Es handelt sich um ein Serienfahrgestell, das unter Gesichtspunkten des Einsatzes und Aufbaues modifiziert und gezielt abgestimmt wurde.

Hauptantrieb ist ein Zehnzylinder-Dieselmotor mit Turbolader und Ladeluftkühlung. Er leistet 368 kW (500 PS). Bei 32 t zulässigem Gesamtgewicht beschleunigt das Fahrzeug von 0 auf 80 km/h in ca. 38 s. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 110 km/h.

Ein den Fahrer von der Schaltarbeit entlastendes Fünfgang-Automatikgetriebe überträgt die Antriebskraft auf die drei Außenplanetenachsen. Diese sind mit bei Bedarf zuschaltbaren Differentialsperren ausgerüstet.

Zum Antrieb der unabhängig vom Hauptmotor steuerbaren Feuerlösch-Kreiselpumpe dient ein Dieselmotor mit 206 kW (280 PS) Leistung. Die zweistufige Pumpe hat eine Fördermenge von 6 000 l/min bei 10 bar. Für die Löschmittel befinden sich ein Wassertank mit 11 000 l Inhalt und ein Schaummittel tank mit 1 350 l Inhalt an Bord.

Der elektro-hydraulisch angetriebene Dachmonitor erreicht eine Durchflußmenge von wahlweise 2 500 oder 5 000 l/min und erzielt bis zu 75 m Wurfweite. Fahrer oder Beifahrer bedienen den

Dachmonitor von ihren Sitzen aus über eine Steuerhebeleinheit. Zusätzlich ist eine Notbetätigung durch das Schiebedach vom Fahrerhaus aus möglich.

Hinten am Fahrzeug befindet sich eine Schnellangriffseinrichtung mit 40 m Schlauchlänge und Pistolen-Schaumrohr, das eine Durchflußmenge von 400 l/min hat. Mit dieser Löscheinrichtung wird bis zu 22 m Wurfweite erzielt.

Besonders zum Löschen kleiner Triebwerksbrände verfügt das Fahrzeug außerdem über eine 100-kg-Halonanlage. Das Halon wird aus der unter permanentem Druck von 25 bar stehenden Anlage über eine formstabile, maximal 30 m lange Schlauchleitung auf Haspel von einer Löschpistole mit 2 kg/s ausgestoßen.

Entsprechend den Bestimmungen der NFPA (National Fire Protection Association) verfügt das Fahrzeug auch über eine Selbstschutzanlage. Sie besteht aus einer Frontschutz-Sprühanlage mit 2 x 200 l/min Wasser oder Schaum und einer weiteren Sprühanlage zwischen den hinteren Rädern mit 2 x 50 l/min.

(Foto: Krupp)

Neues Konzept in der Temperaturmessung

Ein neu vorgestelltes Thermometer-System beinhaltet ein völlig neues Konzept in der Temperaturmessung. Die Thermometer sind nicht nur Handmeßgeräte mit einigen neuen Eigenschaften und Funktionen sondern auch Temperatur-Überwachungs- und Alarmgeräte sowie Grundbausteine für Datenerfassung.

Durch Weiterentwicklung des Vormodells konnten bessere technische Eigenschaften und mehr Funktionen erreicht werden. In der ersten Phase sind zwei Modelle – jeweils für Thermoelemente Typ K, E oder J mit Meßbereichen zwischen $-200\text{ }^{\circ}\text{C}$ und $+1\,200\text{ }^{\circ}\text{C}$ – erhältlich.

Die besonderen Eigenschaften dieser beiden Modelle sind hohe Genauigkeit durch ständige elektronische Selbstkalibrierung, Haltefunktion, Mittelwertbildung, Maximal- und Minimalwertanzeige, Netzbetrieb alternativ, Fühlerdefekt-Anzeige und automatische Batteriekontrolle.

In der zweiten Phase ab Januar 1987 werden zwei weitere Modelle angeboten, die zusätzlich mit Alarmeinstellung, manueller Fühler-Kalibrierung, Differenzmessung, Centronics-Parallel-Anschluß, Alarm-Ausgang und Fühler-Kalibrierungs-Interface ausgestattet sind.

Durch Zusatzgeräte wie Fühler-Kalibrator, Mini-Drucker und Alarm-Converter werden die Geräte dann zu einem kompletten System ergänzt. Eine Reihe superschneller Fühler mit Thermoelemente-Band steht als Meßwertaufnehmer zur Verfügung. Bereits vorhandene Fühler können benutzt werden.

(Foto: Airflow)



Neue Bücher

Retter in der Not – Erste Hilfe schnell erlernt

**Herausgeber: Bundesgeschäftsführung
der Johanniter-Unfall-Hilfe**
Heimbedarf, 2370 Rendsburg

Dieses Buch, das sich mit den grundlegenden Fragen der Ersten Hilfe befaßt, ist als unterrichtsbegleitende Lektüre für die Teilnehmer von Erste-Hilfe-Lehrgängen, aber auch als Hintergrundinformation für die Ausbilder gedacht. Es handelt sich dabei um ein reich bebildertes, didaktisch professionell aufgebautes und trotzdem leicht verständliches Werk.

Das Buch kann und soll einen Erste-Hilfe-Lehrgang nicht ersetzen. Es bietet aber immer die Möglichkeit, zu Hause bestimmte Dinge nachzulesen und durch eine Wissensüberprüfung festzustellen, in welchen Bereichen eine Auffrischung der Kenntnisse bzw. der Besuch eines Lehrganges erforderlich ist.

Amerika – Kampf den Flammen

**EFB-Verlagsgesellschaft mbH,
6450 Hanau**

Die Bilder in diesem Buch verdeutlichen den Unterschied zwischen den Begriffen „Feuerwehrmann“ und den amerikanischen „Firefighter“. Während in den meisten europäischen Ländern der Feuerwehrmann heute mehr oder minder ein „Mädchen für alles“ ist, ist der „Firefighter“ in den Vereinigten Staaten im ursprünglichen Sinne des Wortes ein Kämpfer gegen das Feuer.

Dem Betrachter wird vor Augen geführt, wie gefährlich und mühsam dieser mit soviel falscher Romantik behaftete Beruf tatsächlich ist. In diesem Kampf gegen die Flammen gibt es wenig Schattierungen, obwohl er oft aussichtslos erscheint, gelingen häufig geradezu unglaubliche

Löschfolge, die nur dem persönlichen Einsatz der Männer zu verdanken sind.

Die Mentalität der Bevölkerung, die unterschiedliche Bauweise und vieles mehr führen zu einer erheblich höheren Zahl von Brandeinsätzen als in Westeuropa. Die „Engine Company“ des Verfassers rückt im Jahr zu über 1000 Brandeinsätzen aus. 35 solcher Einheiten versehen in Boston ihren Dienst. Das Buch zeigt vielfältig und umfassend den Alltag des Feuerwehrmannes in den Großstädten der USA.

Feuerwehrfahrzeuge im Bild

**Feuerwehr-Wandkalender 1987
EFB-Verlagsgesellschaft mbH,
6450 Hanau**

Jedes Monatsblatt dieses farbigen Jahreskalenders zeigt ein interessantes Einsatzfahrzeug. In Kurzform werden die wichtigsten Fahrzeugdaten angegeben. Vor allem die internationale Mischung gibt dem Feuerwehrkalender einen zeitlosen Sammelwert.

Die Feuerwehr

**Kohlhammer-Bildkalender 1987
Verlag W. Kohlhammer
7000 Stuttgart 80**

Der Wandkalender hat zwei thematische Schwerpunkte. Zum einen enthält er attraktive und seltene Fotografien von Oldtimern, zum anderen bietet er außergewöhnliche Aufnahmen von nicht weniger ungewöhnlichen Löschfahrzeugen, Drehleitern und Sonderfahrzeugen aus Amerika und Europa.

Die vierfarbigen Abbildungen im Format 34 x 18 cm werden jeweils durch ein Kalendarium ergänzt. Die ausführlichen Beschreibungen der einzelnen abgebildeten Fahrzeuge sind auf einem separaten Blatt zusammengefaßt. Die geglückte Motivwahl von teilweise unbekanntem Fahrzeugen macht den Kalender zu einem informativen Wandschmuck.

Feuerwehr-Bildkalender

Wandkalender 1987

**Versandhaus des Deutschen
Feuerwehrverbandes, 5300 Bonn 2**

Der vierfarbige Wandkalender zeigt auf zwölf Monatsblättern historische Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände aus verschiedenen Epochen. Die Abbildungen im Format 25 x 17 cm bieten eine Auswahl von attraktiven Exponaten aus

deutschen Feuerwehrmuseen. Der brillante Druck und die geglückte Motivwahl machen den Wandkalender zu einem Leckerbissen für alle an der Feuerwehrgeschichte Interessierten.

Taschenkalender für die Feuerwehren 1987

**Verlag W. Kohlhammer
7000 Stuttgart 80**

Auch 1987 wird die Reihe der Feuerwehr-Taschenkalender fortgesetzt. Der Kalender beinhaltet neben dem Kalendarium zahlreiche Tabellen und Textbeiträge mit einer Vielzahl von praktischen Hinweisen und sachlichen Informationen.

Der in sieben Landesausgaben erschene Kalender wird durch länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial ergänzt. Durch den umfangreichen Themenrahmen stellt der Taschenkalender eine nützliche Hilfe für die tägliche Praxisarbeit der Feuerwehr dar.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

**Roderich Lüttgen
Handbuch des Rettungswesens
32. Ergänzungslieferung
Verlag v. d. Linnepe, 5800 Hagen**

**Töpfer/Lind
Notstandsrecht
der Bundesrepublik Deutschland
92. und 93. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha**

**Rolf-Heinz Müller
Druckgase
42. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun & Co. KG, 6200 Wiesbaden 1**

**Friedrich Steinkamp
Gesetze
der Bundesrepublik Deutschland
Ergänzungslieferung
Oktober 1985, Februar 1986
und Mai 1986
Walhalla u. Praetoria Verlag
8400 Regensburg 1**

**Roeber / Such / Keil
Wassersicherstellungsgesetz
Band 2: Leitfaden für den Praktiker
18. Ergänzungslieferung
Verlag für Verwaltungspraxis
Franz Rehm GmbH & Co. KG
8000 München 80**



Zivile Verteidigung und Zivilschutz

Kommunaler Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung	1/23
Sprecher von CDU/CSU, SPD und F.D.P. zum Thema Zivilschutz	2/8
Informationspolitische Tagung der Hermann-Ehlers-Akademie zum Thema Zivilschutz, 1. Teil	2/11
2. Teil	3/24
Zuständigkeit für den erweiterten Katastrophenschutz soll den Großen Kreisangehörigen Städten übertragen werden	2/19
Der Sinn von Zivilschutzmaßnahmen	2/25
„Geheimgesetze sind undenkbar“	2/26
Über das sicherheitspolitische Umfeld des Zivilschutzes	4/9
Deutscher Ärztetag zum Katastrophen- und Zivilschutz	6/5
Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Unzureichender Zivil- und Katastrophenschutz Tschernobyl – Krisenmanagement – Zivilschutz	6/8
„Funktionsfähigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes ist unverzichtbar“	6/11
Baden-Württemberg schuf Gesetz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Zivilen Verteidigung	6/20
Eine Akademie hat Geburtstag	7-8/8
BZS-Präsident Dusch: Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes bewußter machen	7-8/21
Neuer Vizepräsident für das Bundesamt für Zivilschutz	7-8/77
Zivilschutz aus militärischer Sicht	9/3
Das gesellschaftspolitische Umfeld des Zivilschutzes im Wandel der Zeit	9/6
Bekanntnisse zum Zivilschutz	10/10
Fragen an den Präsidenten	10/61
„Erhaltung des Friedens ist die bedeutsamste Aufgabe“	11-12/13
	11-12/29

Katastrophenschutz und Selbstschutz

„Glühende Gleise '85“	1/13
Der Erfahrungsbericht hält die Übung im Detail fest	1/16
Neue Übungsbefehlsstelle in der KatS-Schule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler	2/16
Mängel und „gefährliche Unzulänglichkeiten“ in der Katastrophenmedizin	2/21
Inbetriebnahme des Hilfskrankenhauses Schwabmünchen wurde geprobt	2/23
Einsatzplanung und Gefahrenbeschreibung des Rhein-Sieg-Kreises	3/18
Ausbildung für Feldküche an der KatS-Schule NRW in Wesel	4/27
Stade: Über tausend Helfer probten den Ernstfall Katastrophenhilfe durch den BGS: „Wo Not am Mann ist, helfen wir schnell und unbürokratisch“	5/4
Katastrophenschutz auch im Winter	5/9
1800 Helfer in drei Landkreisen im Einsatz	5/15
Selbstschutzarbeit in den niedersächsischen Gemeinden soll verstärkt werden	6/2
Fernmelde-Einsatzübung „Seefalke '86“	7-8/4
Mit vereinten Kräften den Ernstfall geprobt	7-8/6
Nachteile für Katastrophenschutz befürchtet	7-8/11
Was die Katastrophen-Medizin zu leisten hat	7-8/77
Der erste Einsatz brachte die Wende	9/15
„Heros '86“ – Damit's auch untereinander funkt	9/25
	10/21

Probleme des Brand- und Katastrophenschutzes im Zusammenhang mit dem Transport gefährlicher Güter	11-12/16
Katastrophenschutz: Spitzengespräch in Bonn	11-12/75

Katastrophen

Vulkanausbruch in Kolumbien	1/6
Eine Bilanz der Humanitären Auslandshilfe der Bundesregierung 1985	3/6
Nach Tschernobyl: „Mögliche Gefahren in Relation zum Gesamtrisiko des Lebens sehen“	6/17
Verheerende Brände an der Cote d'Azur	9/4
Tschernobyl – aus der Sicht einer bayerischen Kreisverwaltungsbehörde	9/9
Giftgas-Katastrophe in Kamerun: 2 000 Tote befürchtet	10/3
Waldbrände und Unwetter in Südfrankreich	10/9
Nach Tschernobyl: „Keine Gefährdung der Bevölkerung“	10/15
Langzeitschäden für das ganze Ökosystem	11-12/21

Schutzraum

Mehrheit der Deutschen für Schutzraumbau	2/6
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann: „Der Schutzraumbau ist eine wichtige humanitäre Aufgabe“	5/7
Aus Protest wurde Zustimmung	5/30
Die Nürtinger glauben, ohne Bunker sicher zu sein	5/61
Schutzräume auch für den Fall ziviler Katastrophen	6/2
Bundesregierung tritt nachdrücklich für Schutzraumbau-Förderung ein	6/10
Karl Miltnner (CDU) fordert Schutzraum-Baupflicht	6/61
Den Schutzraum ernster nehmen	7-8/2
Zimmermann will mehr Schutzräume	11-12/75

Vorsorge

Eine neue mobile Trinkwasser-Aufbereitungsanlage im Rhein-Sieg-Kreis	2/27
Trinkwasser-Notbrunnen mit neuen Handpumpen in der Erprobung	3/26
Neue Hochwassermeldeverordnung des Landes Rheinland-Pfalz bewährt sich	4/31
Schlechte Noten für die Katastrophenmedizin	6/61
„Panikvorsorge sollte zum Ausbildungsprogramm der Ersten Hilfe gehören“	7-8/18
Ein klares Konzept kann ein zusätzliches Gefühl der Sicherheit darstellen	7-8/23
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann: Vorsorgeeregungen nach Tschernobyl überdenken	9/2
720 Meter hohe Deiche trotz der drohenden Sturmflut	9/17
Initiative des Bundeskanzlers führt zu internationalen Abkommen über Zusammenarbeit bei kerntechnischen Unfällen	10/2
Gemeinsamer Strahlenschutz und bessere Koordination zwischen Bund und Ländern	10/3
Sicherheitskennzeichnung von Notausgängen	10/7
Was ist eigentlich Radioaktivität? (1. Teil)	10/18
Kabinettt billigt Gesetzentwurf zum Schutz gegen Strahlenbelastung	10/61

Arbeitsprogramm der Bundesregierung	11-12/9
Verbesserungen des Katastrophenschutzes als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl	11-12/12
Was ist eigentlich Radioaktivität? (2. Teil)	11-12/31

Rettungsdienst

Schnelle Hilfe aus der Luft	4/15
Mitwirkung von Hilfsorganisationen und medizinischen Assistenzberufen beim Massenansturm Kranker und Verletzter	4/21
Rettungsdienste können durch moderne Technik noch erfolgreicher werden	5/3
Möglichkeiten und Grenzen der Luftrettung heute	5/21
Verbesserungen im Rettungswesen gefordert	6/6
Ein Baby-Notarztwagen auf Pkw-Basis	6/23
Das Rettungswesen in der Bundesrepublik Deutschland	7-8/31
Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger hielt Ansprache bei der 9. Rettungshubschrauber-Fachtagung	11-12/26

Zivilschutz im Ausland

Die Schweiz ist das sicherste Land der Welt	1/62
Überblick über die Zivilschutzvorkehrungen in Norwegen	1/62
Der Zivil- und Selbstschutz in Österreich	2/62
Österreichs größtes Zivilschutzobjekt	2/62
Überblick über die Zivilschutzvorkehrungen in der Schweiz	3/62
Felskavernen für den Zivilschutz in Finnland	4/62
Wiener Stadtrat kritisiert Katastrophenschutz: Frühwarnsystem fehlt weiter	5/62
Schweiz: Luftschutztruppen unterstützen Zivilschutz	5/62
Schweiz: Zivilschutz mit neuen Gütezeichen	6/62
Basler Kaserne für den Zivilschutz?	7-8/78
Österreich: Im Zivilschutz fehlen Planung und Koordination	7-8/78
„Die österreichische Zivilschutzwelt ist in Bewegung geraten“	9/21
Österreich: Im Ernstfall schützen ...	10/62
Schweiz: Neue Zahlen in einem neuen Kleid	10/62
Riyadh: Schutzkeller im Wüstensand	11-12/76

Bundesverband für den Selbstschutz

Grüßwort von Bremens Innensenator Volker Krönig anlässlich einer Dienstbesprechung der BVS-Helfervertreter	1/29
Ein Faltblatt in Kooperation mit dem BVS	3/32
Neue Informationsstände für die bewährten BVS-Straßenaktionen	4/34
Innenminister Claussen weist auf Bedeutung des Selbstschutzes hin	4/36
„Schutz und Wehr“ im Einkauf-Center	6/28
Neue Broschüre des BVS	9/27
„Eine rundum gute Idee“	10/25

Technisches Hilfswerk

Ölwehren mit Modellcharakter	1/35
Fachdienstübung „Steinwerder '85“	1/40
Weltweite Anerkennung der Hilfeleistungen	2/36

„Motorisierte Bereitschaftszüge“ — die ersten Einsatzfahrzeuge des THW	3/15
Mexiko dankt den deutschen Helfern	3/37
Führungskräfte-seminar bei BGS	3/38
Zusätzliche Fachdienstausrüstung für Fernmeldezüge	5/6
THW will im nächsten Jahr in Dänemark über Großübung des THW-OV Neumünster	5/38
Erster Herz-Lungen-Wiederbelebungskurs	5/39
Gezieltes Training und eiserne Selbstbeherrschung	6/25
Ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung des vom Bund für den Katastrophenschutz auf zehn Jahre angelegten Konsolidierungsprogramms	6/35
18000 Liter Kunstharz nach Tanklastzug-Unfall abgepumpt	6/37
Entwicklung des Technischen Hilfswerks 1983 bis 1986	7-8/2
„Die beste und schönste Unterkunft in Süddeutschland“	7-8/29
„Es ist das erklärte Ziel der jetzigen Bundesregierung, das THW weiterhin zu einer effektiven Katastrophenschutz-Organisation auszubauen“	7-8/39
4000 Liter Heizöl ausgeflossen	7-8/42
Mexiko dankte dem THW	9/2
425 Helfer bei Katastrophenschutzübung	10/33
„Windwurf '86“	10/37
Projekt El Girba erfolgreich abgeschlossen	11-12/2
Schnelleinsatzeinheit des Technischen Hilfswerks für Auslandseinsätze gebildet	11-12/2
Staatssekretär würdigte THW-Helfervereinigung	11-12/40
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann führte neuen THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel in sein Amt ein	11-12/40

Warndienst

Warndienstleitstelle 82 in neuen Räumen	2/39
Baudirektor Joachim Lux verstorben	6/44
Tschernobyl: Fernmeßsystem des Warndienstes im Einsatz	7-8/49
Staatssekretär Spranger beim Warnamt IX	10/41
Ehrungen im Warnamt V	10/42

Deutsches Rotes Kreuz

Hilfsorganisationen zu Gast bei Hannelore Kohl	1/45
Schnelle Hilfe bei Giftunfällen	2/43
Der Beruf des Rettungssanitäters kommt	3/44
„Für einen effektiven Zivilschutz fehlen wesentliche politische, organisatorische und finanzielle Voraussetzungen“	4/45
Verheerende Folgen der Erdbebenkatastrophe	5/43
Perspektiven für die Zukunft	6/45
Luftrettung — ein unverzichtbarer Teil des Gesamtsystems Rettungswesen	7-8/51
Umfangreiche Hilfen für Mexiko	7-8/55
Präsident des DRK besuchte Entwicklungsprojekte in Sri Lanka	9/44
Reine Routine für das Rote Kreuz?	10/43
Ab 1987 neuer Präsident des IKRK	10/43
Rotkreuz-Museum zieht Besucher aus nah und fern an	11-12/23
Das DRK Nordrhein beim 89. Katholikentag in Aachen	11-12/53

Arbeiter-Samariter-Bund

Pannenhilfe für Rollstuhlfahrer	1/47
Rettungswache und Landesverband unter einem Dach	2/46
Der oft geprobte Ernstfall wurde Wirklichkeit	3/45

Auf dem Landweg in den Tschad	4/49
Technische Hilfe soll 1986 verstärkt werden	5/45
Neuer KatS-Zug: An alles ist gedacht	6/49
Notfall-Parcours einmalig im Bundesgebiet	6/50
Die ausgetretenen Pfade verlassen — neue Wege gehen	7-8/13
Leistungsbericht weist Aufwärtstrend aus	7-8/57
Spitzengespräche über Katastrophenschutz in Bonn	9/45
Gemeinsame Sotohilfe von ASB und THW	10/45
Spende für ein Entlausungsprogramm	10/47
12. ASB-Bundeskonferenz in Hannover	11-12/59

Johanniter-Unfall-Hilfe

Kritische und gefährliche Situationen im Straßenverkehr meistern lernen	1/49
Fortbildung für JUH-Führungskräfte in Didaktik und Rhetorik	2/47
Forderung nach bundeseinheitlichem Berufsbild für Rettungssanitäter	3/47
Unfallfolgedienst eine soziale Aufgabe der JUH	5/47
„Unser Ziel ist es, ein effizienteres und bürger-nahes Schutz- und Hilfeleistungssystem unter Mitwirkung der Hilfsorganisationen zu schaffen“	6/21
Wie man eine Gruppe richtig führt	6/51
Schwesterhelferinnen zwischen Theorie und Praxis	7-8/59
JUH-Leistungsbericht 1985	9/47
Soziale Dienste — Chance für die Zukunft	10/49
Die JUH im Auslandskatastropheneinsatz	11-12/61

Malteser-Hilfsdienst

Katastrophenschutzübung im Hilfskrankenhaus Alzey	1/51
Internationales Jahr der Jugend 1985	2/49
Kleiderkammern sind wichtiger den je	3/49
Was lernt man in den Ausbildungskursen des MHD?	4/53
Auf dem Prüfstand: die neuen Vorschriften für die Helferausbildung	5/51
„Unser Ziel ist es, ein effizienteres und bürger-nahes Schutz- und Hilfeleistungssystem unter Mitwirkung der Hilfsorganisationen zu schaffen“	6/21
Unterführerausbildung: Das Engagement fördern — die Eignung vermitteln	6/53
Bilanz '85: Mit der Jugend in die Zukunft	7-8/61
Malteser sehen Ehrenamt gefährdet	9/51
Gegen den Herzdot — CPR-Ausbildung	10/51
2. Allgäuer Notfallsymposium	10/52
Alarmierende Hilflosigkeit	11-12/63

Deutscher Feuerwehrverband

Vom Truppführer zum Gruppenführer	1/19
Einsatzbereitschaft der Frankfurter Feuerwehr ist rund um die Uhr gewährleistet	1/25
Meßwagen für die Feuerwehren	3/3
Vorkehrungen für die Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren in der kalten Jahreszeit	3/11
Fünf neue Großflughafenlöschfahrzeuge für die Frankfurter Flughafenfeuerwehr	4/23
Überblick über zwölf Jahre Feuerwehrwesen in Baden-Württemberg	5/3
Unterrichtsthema: „Gefährliche Stoffe und Güter“	5/26
5. Bundeswertungsspielen in Wissen/Sieg	5/55
Jugendfeuerwehr beim Empfang des Bundespräsidenten	6/55
1985 in Daten und Fakten	6/55
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann: Feuerwehr und Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland	7-8/9

5. Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehr	7-8/65
Feuerwehren wurden 1985 öfter alarmiert	9/53
„Feuerwehr heute“ in Stuttgart	10/53
Hohe Auszeichnung für Ministerialrat Dr. Andrews	10/53
Im kleinen Kirchberg stehen Exponate aus aller Welt	11-12/27
34. Delegiertenversammlung des DFV	11-12/65

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Neues Mehrzweckboot steigert die Leistungsfähigkeit	1/57
Ministerpräsident Dr. Albrecht informiert sich bei der DLRG	2/58
Jahrestagung der Technischen Leiter der DLRG	2/59
Neues Wiederbelebungsbüchlein für DLRG	3/57
Ein neuer DLRG-Katastrophenschutzzug	3/59
Beachtliche Summen für den Katastrophenschutz aufwendet	4/59
Für die Badesaison bestens vorbereitet	5/17
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl empfing Repräsentanten der DLRG	5/57
9. Bundeswettbewerb „Schwimmen und Retten“	6/57
Internationale Sicherheitssymbole gefordert	6/58
DLRG-Werbe- und Informationsarbeit auf internationaler Ebene vorgestellt	7-8/69
Ausbildungsveranstaltung der westfälischen DLRG in den Niederlanden	7-8/71
Modernes DLRG-Ausbildungs- und Einsatzzentrum verbessert die Lehr- und Rettungsarbeit	7-8/73
Das Hansa-Board für die Eisrettung	7-8/74
Landespräsidium beim bayerischen Innenminister	9/59
DLRG-Breitensport bei der SAIL '86 vorgestellt	10/55
Schirmherr Weihbischof Siebler lobte den Einsatz der Lebensretter	10/59
Die Zukunft der DLRG nicht der Zukunft überlassen	11-12/71

Wissenschaft und Technik

Erfolgreiches Preßluftatmer-System weiterentwickelt	2/63
Schutz durch Einwegkleidung	3/63
Forschungsergebnisse zur Tankersicherheit	4/3
Komplett ausgerüstete medizinische Räume in Container-Bauweise	4/63
Selbstlöschender Papierkorb	5/63
Neue Mehrzweckleiter mit 16 Metern Arbeitshöhe	5/63
Explosionswarngerät für alle Einsatzgebiete	5/63
Neues Chemiesauerstoff-Atemschutzgerät für Arbeit und Rettung	6/63
Schutzkleidung gegen radioaktiv verseuchtes Gemüse	6/63
Ölwehr sorgt für klare Verhältnisse	7-8/79
Neue Hör-Sprechrichtung	7-8/79
Meß- und Alarmsystem für brennbare Gase und Sauerstoffmangel	7-8/79
Neues Ölbekämpfungsschiff „MPOSS“ einsatzbereit	9/3
Entwicklung und Erprobung von Geräten zur Abwehr wassergefährdender Stoffe	9/12
Ein neues Schnellrettungsgerät für Rettungsschwimmer	9/55
Clinoboxen für medizinische Aufgaben	9/63
Filteradapter zum Preßluftatmer	10/63
Ein Meßgerätesystem für alle Fälle	10/63
Neuentwicklung zur Wasservorsorge	10/63
Neues Flugfeld-Großlöschfahrzeug	11-12/77
Neues Konzept der Temperaturmessung	11-12/77

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Allgemeines

In dem Betreuungszug des KatS sind der Verpflegungsgruppe drei FKH zugeordnet. Als Zugfahrzeug dient je ein Lkw 4 t.

Personelle Besetzung (für drei FKH)

- 1 Gruppenführer/Koch
- 2 Truppführer/Koch
- 3 Betreuungshelfer/Koch
- 3 Betreuungshelfer
- 3 Kraftfahrer

Aufgaben- und Leistungsbereich

Der FKH dient der Zubereitung von Speisen, Suppen und Getränken sowie der Zubereitung von Pfannen- und Bratgerichten. Die Verpflegungskapazität liegt bei ca. 200 Portionen.

Technische Ausführung

Der FKH ist auf einem Sonderanhänger aufgesetzt. Seitwärts links und rechts sind zwei Gerätekisten mit klappbarem Fußgestell zur Aufnahme des Wirtschaftsgerätes und der Zubehörteile leicht abnehmbar angebracht. Die Oberseiten der Gerätekisten sind als Arbeitstische ausgebildet.

Der FKH besteht aus:

- einem doppelwandigen Kochkessel aus Alu, 100 l
- einem doppelwandigen Kochkessel aus Alu, 70 l beide in einer Kochbadflüssigkeit
- einem einwandigen Kochkessel aus Alu, 85 l
- einer Bratpfanne Nirosta, 45 l, mit Auslaufhahn

Als Heizeinrichtung dienen vier Flüssiggasbrenner. Zum Zubehör gehören u. a.

- vier Brenner für flüssige Brennstoffe (Vielstoffbrenner) und eine
- Gasversorgungsanlage.

Durch eine einfache Demontage der Brenner kann der FKH auch auf den Betrieb mit festen Brennstoffen umgestellt werden.

Abhängig von den Außentemperaturen sowie von dem verwendeten Kraftstoff und dem Zustand der Küche gelten folgende Kochrichtzeiten:

100-l-Kessel, mit Wasser aufgefüllt, ca. 50 Min.

70-l-Kessel, mit Wasser aufgefüllt, ca. 40 Min.

85-l-Kessel, ca. 35 Min.

Bratpfanne, ca. 20 Min.

Diese Werte gelten ohne „Anheizen“.

Fahrgestell

Der FKH ist auf einem 1,6-t-Fahrgestell abnehmbar montiert, das mit einer höhenverstellbaren Zugeinrichtung ausgestattet ist. Das Kopfteil der Zugdeichsel ist auswechselbar und kann sowohl mit einer Nato-Zugöse als auch mit einer entsprechenden DIN-Zugöse ausgestattet werden. Das Gesamtgerät ist gemäß StVZO mit einer Beleuchtungsanlage ausgestattet.

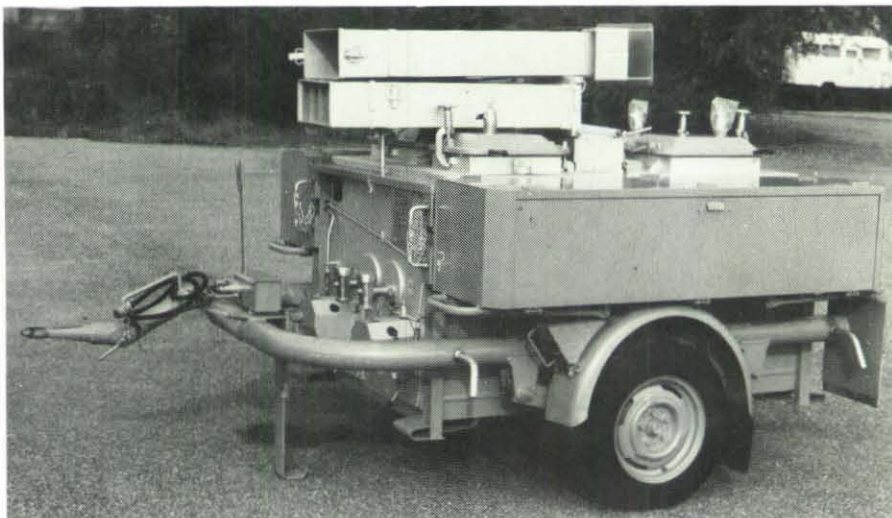
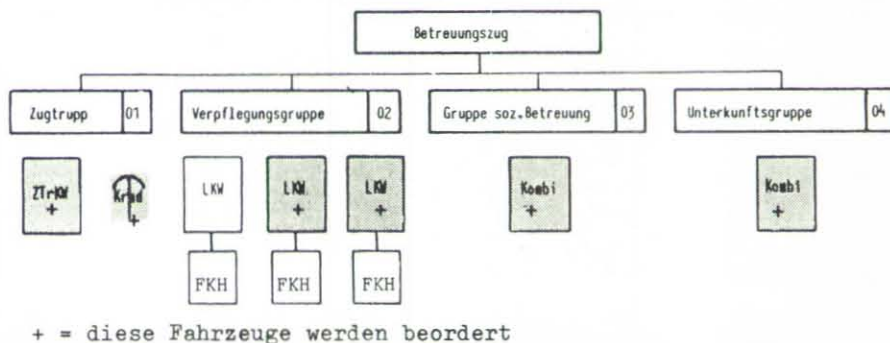
Maße und Gewichte

- Länge der Küche
- einschl. Zugdeichsel: 3 250 mm
- ohne Zugdeichsel: 2 250 mm

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

Der Feldkochherd (FKH)



Länge des Kochherdes

- einschl. Brenner: 1 950 mm
- ohne Brenner: 1 700 mm

Breite – über alles: 2 060 mm

Gesamthöhe

- bei aufgeklapptem Kamin: 2 350 mm
- bei abgeklapptem Kamin: 1 660 mm

Arbeitshöhe: 970 mm

Bodenfreiheit: 260 mm

Gewicht der Küche mit Fahrgestell

- leer: 1 160 kg
- mit Wirtschaftsgerät: ca. 1 200 kg
- mit Kesselfüllung: ca. 1 490 kg

Stützlast: 60–100 kg

Fahrgestell

- 1,6 t
- Spurweite: 1 720 mm
- Bodenfreiheit – belastbar: 260 mm
- Felgenreife: 5 J K x 13 B
- Reifengröße: 6,70–13
- Federung: Blattfedern
- Radabhängung: Schwingarme
- Reifendruck (Küche beladen): 2,6 bar
- Bremseinrichtung: Handfeststellbremse (Auflaufbremse möglich)
- Höchstgeschwindigkeit: 80 km/h

Zubehör

Der FKH ist mit einem Wirtschaftsgeräte- und einem Werkzeugsatz ausgestattet. Der Wirtschaftsgerätesatz ist ausreichend für die Zubereitung sämtlicher gängiger Speisen und Gerichte.



Dokumente der Hilfe



Geduld, Ausdauer und Zähigkeit braucht man, um eine Idee zu verwirklichen. Gerhard Gebuhr, Ehrenkolonnenführer der Sanitätskolonne 1 des Bayerischen Roten Kreuzes, Kreisverband Nürnberg-Stadt, hat diese Eigenschaften, und das, was er geschaffen hat, ist zumindest in der Bundesrepublik Deutschland einmalig.

Über viele Jahre hinweg trug Gebuhr alte Rotkreuz-Requisiten zusammen. Er stöberte auf den staubigen Speichern alter Kolonnenhäuser, drängte Freunde und Bekannte, lieb-gewonnene Antiquitäten aus der langen Rotkreuzgeschichte herauszugeben; alles mit dem Ziel, die Dokumente der Hilfe in einem Museum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Seit gut zwei Jahren ist der Erfolg des engagierten Sammlers in einem Anbau der Rettungswache Nürnberg zu besichtigen. Die einzigartigen Exponate, die auch die technische Entwicklung des Roten Kreuzes aufzeigen, begeistern inzwischen Rotkreuz-Freunde aus dem In- und Ausland.

Unser Titelbild zeigt eine Krankenwagenkutsche, Baujahr 1918, sowie Rädertragen aus der Zeit um 1900. Die Fotos auf dieser Seite zeigen alte Rotkreuz-Uniformen (links oben), medizinische Geräte in bunter Vielfalt (links) und alte Wiederbelebungsgeräte (oben) (siehe auch Beitrag im Innern).